Donnerstag, 2. Oktober 1986

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. (0201) 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (0228) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 11 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 229 - 40.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 850 TL.

Heute in der WELT

Report Städtebauförderung

Wohneigentum bleibt der klassische Schnittpunkt von privater Vermögensbildung und individuellem Lebenskomfort. Die Qualität des Wohnens mißt sich heute nicht mehr an umbauten Kubikmetern, sondern zunehmend an anderen Motiven: der lebenswerten Stadt mit familienfreundlichem Umfeld. Der liebevoll modernisierte Altbau verdrängt das „Haus von der Stange". Anläßlich des „Volksheimstättentages '86", der heute und morgen in Konstanz stattfindet, beleuchtet dieser umfangreiche WELT-Report Probleme der Städtebauförderung und Vermögensbildung. Seiten I-XIV

POLITIK

Innerdeutsch: Vom neuen Treffen Reagan–Gorbatschow erwartet der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen (Foto), positive Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Beziehungen. Das Umwelt- und das Wissenschaftsabkommen könnten bald unterzeichnet werden. Ein WELT-Interview. (S. 5)



Verschoben: Der französische Außenminister Raimond hat seinen für heute geplanten Besuch in Bonn verschoben. Er wird stattdessen, wie in Paris mitgeteilt wurde, Premierminister Chirac nach Marokko begleiten.

Moskau: Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Honecker reist heute zu einem „Freundschaftsbesuch" nach Moskau. Er folgt einer Einladung des ZK der KPdSU und des Obersten Sowjets. Themen und auch die Dauer des Aufenthalts wurden nicht bekannt.

Kampagne: Die Post hat nach den Worten von Minister Christian Schwarz-Schilling keine Privatisierungspläne. Er verurteilte eine Kampagne der Deutschen Postgewerkschaft: Sie wisse, daß die Bundespost als Einheitsunternehmen erhalten bleiben solle. Die Gewerkschaft verunsichere die Kunden. (S. 2 und 12)

Test: Die USA haben auf dem Testgelände in der Wüste von Nevada in 600 Meter Tiefe den zehnten nuklearen Versuch in diesem Jahr unternommen. Der Sprengsatz entsprach der Explosion von etwa 50 000 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs TNT.

Raketen: In Würzburg und in der Nähe von Trier sind Hawk-Luftabwehrraketen beim Transport von ihren Fahrzeugen gefallen und beschädigt worden. Nach Angaben der US-Streitkräfte waren sie nicht atomar bestückt.

Abgestürzt: Eine MiG-21 sowjetischer Bauart, die bei Einsätzen in Angola verwendet wird, ist nahe der Grenze auf zairischem Gebiet abgestürzt. Der kubanische Pilot konnte sich mit dem Fallschirm retten. Er wurde festgenommen.

Terror: Der Chef der rechtsradikalen französischen Nationalen Front, Le Pen, hat bei einem Treffen von Europa-Parlamentarier in Athen der sozialistischen griechischen Regierung vorgeworfen, die Rechte aus dem Land „herausterrorisieren" zu wollen.

WIRTSCHAFT

Steinkohle: Zur Sicherung des deutschen Steinkohleabsatzes fordert IG Bergbau-Chef Meyer zusätzliche Subventionen der öffentlichen Hand für den Export in die EG und ein Importverbot für südafrikanische Kohle. Die morgige Energiedebatte dürfe nicht „zu einer Wahlschlacht um die Kernenergie werden". (S. 13)

Börse: Kräftig verbessert zeigten sich gestern die deutschen Aktienmärkte. Am Rentenmarkt war die Tendenz freundlich. WELT-Aktienindex 273,97 (269,85). BHF-Rentenindex 106,976 (106,813). BHF-Performance-Index 107,150 (106,958). Dollarmittelkurs 2,0275 (2,0207) Mark. Goldpreis je Feinunze 425,00 (423,20) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
280
270
260
18. 19. 22. 23. 24. 25. 26. 29. 30. 1.
September/Oktober 86
DIE WELT

KULTUR

Kunsthistoriker: Das Motto „Bewahren – erklären – gebrauchen" verweist auf die Zielsetzung, die auf dem 20. Deutschen Kunsthistorikertag in Berlin gesteckt ist: Es geht darum, das historische Erbe zu bewahren, alte Funktionen zu erklären und für Baudenkmäler neue Gebrauchsmöglichkeiten zu finden. (S. 22)

Fragen: „Wovon werden wir morgen geistig leben?". Dies war die Frage im Salzburger Humanismus-Gespräch. Kardinal König meldete sich mit der Forderung an die Theologie, aufgeschlossen zu sein gegenüber den Fragen der Zukunft. Er will den Menschen im Mittelpunkt von Glauben und Wissenschaft sehen. (S. 23)

SPORT

Fußball: Die Mitgliederzahl im Deutschen Fußball-Bund (DFB) ist mit rund 50 000 Neuanmeldungen während der vergangenen zwölf Monate auf 4,7 Millionen gestiegen. Besonders erfreut registrierten die DFB-Verantwortlichen 32 000 Neuzugänge im Bereich des Jugendsports.

Sportpolitik: Schweden hat vor der V. Europäischen Sportministerkonferenz Boykottmaßnahmen der Regierungen gegen Südafrikas Sport gefordert. Bundesinnenminister Zimmermann erklärte, die Bundesregierung respektiere die Autonomie der Sportorganisationen. (S. 10)

AUS ALLER WELT



Wies'n: Es ist nicht allein ein Ort ungetrübter Freude zwischen Bierzelt und Geisterbahn. Eine erste klinische Oktoberfeststudie „mit richtungweisenden Ergebnissen" belegt es. Zu den gefährlichen Gerätschaften zählt der Maßkrug (Foto). (S. 24)

Nothilfe: Sechs Kinder zwischen zehn und 15 Jahren, die im mörderischen Afghanistan-Krieg verletzt wurden, finden medizinische Hilfe in der Diakonie-Kinderklinik in Düsseldorf. Eine Aktion der „Afghanistan-Nothilfe". (S. 24)

Leserbriefe und Personalien Seite 6
Umwelt – Forschung – Technik Seite 8
Fernsehen Seite 22
Wetter: Meist trocken Seite 24

Reagan erntet Lob und Kritik für Arrangement mit Moskau

Kissinger: Ich hätte vom Island-Treffen abgeraten / Shultz: Gutes Ergebnis

FRITZ WIRTH, **Washington**

Der Vor-Gipfel von Reykjavik zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow soll den Weg zu Abkommen zwischen beiden Ländern im Bereich der Rüstungskontrolle ebnen und nach Lösungsmöglichkeiten anderer Weltkonflikte suchen, doch er soll kein Gipfel-Vorgriff auf das geplante Washingtoner Treffen sein. Das ist die Marschroute, mit der Ronald Reagan am übernächsten Wochenende nach Island fährt. Man warnt deshalb im Weißen Haus vor zu hohen Erwartungen, die an das Treffen geknüpft werden könnten.

Außenminister George Shultz verteidigte gestern das Vor-Gipfeltreffen von Island gegen eine wachsende Schar von Kritikern, die von Henry Kissinger angeführt wird. Kissinger ist vor allem besorgt darüber, daß das Treffen zu eilig arrangiert worden sei und daß die Gespräche sich wegen der mangelnden Vorbereitung festlaufen und dem Abrüstungsdialog zwischen den Großmächten schaden könnte. „Ich hätte dem Präsidenten als Berater nicht empfohlen, nach Island zu gehen", sagte er.

Shultz wies dieses Argument zurück: „Wir haben in den letzten drei Monaten intensiv an Gipfelvorbereitungen gearbeitet. Es geht im übrigen bei diesem Treffen nicht darum, wer gewinnt und verliert, sondern darum, Probleme in der Welt zu lösen. „Wir haben den Vorschlag Gorbatschows zum Vorbereitungstreffen in Island unter dem Aspekt geprüft, wie weit er unseren Interessen dient und kamen

SEITEN 2, 3 UND 5:
Weitere Beiträge

zu dem Ergebnis, daß es eine gute Idee sei, angesichts des ausdrücklichen Wunsches beider Regierungen, daß der Washingtoner Gipfel ein ‚produktives Treffen' werden soll."

Er verteidigte im übrigen das Arrangement mit den Sowjets, das zur Freilassung des amerikanischen Journalisten Daniloff führte und vom rechten Flügel der Republikaner scharf kritisiert worden ist, als ein gutes Ergebnis. „Wir haben nicht nur Daniloff freibekommen, sondern haben ihnen außerdem eindeutig klargemacht, daß wir den Gebrauch ihrer UNO-Mission in New York nicht als eine Plattform für Spionage dulden werden. Zugleich aber ist es wichtig, unsere Fähigkeit beibehalten zu haben, mit ihnen die Probleme dieser Welt zu diskutieren und zu Lösungen zu kommen."

Der republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses und mögliche Präsidentschaftskandidat Jack Kemp nannte das Arrangement „einen schrecklichen Präzedenzfall". Dagegen ernteten Reagan und Shultz Lob für ihre Vereinbarungen mit den Sowjets von den demokratischen Senatoren Kennedy, Moynihan und Bradley.

Obwohl das Islandtreffen vorwiegend als eine Begegnung unter vier Augen zwischen Reagan und Gorbatschow geplant ist, wird der amerikanische Präsident mit einem großen Beraterteam nach Island fahren, dem auch Staatssekretär Perle aus dem Verteidigungsministerium angehört, der bisher allen Abrüstungsvereinbarungen mit den Sowjets sehr skeptisch gegenüberstand.

DER KOMMENTAR

Alte Heimatgefühle

PETER GILLIES

Der Eigentümer von Europas größten Wohnungskonzern ist brandneu, von seinem Sanierungskonzept kann man dies nicht sagen. Der Berliner Großbäcker Schiesser erklärte, die Rettung der Neuen Heimat sei nur mit drei Partnern zu schaffen: mit den Banken, mit der öffentlichen Hand und – an dritter Stelle – mit Eigenkapital. Just diese Reihenfolge erinnert an den Altbesitzer DGB, der auch sein Eigenkapital (sprich: die Streikkasse) schonen wollte und beherzt in die Steuerkasse zu greifen gedachte.

Der neue Konzernherr bekennt sich zum Grundsatz der Wirtschaftlichkeit. Es ist in der Tat das Überlebensprinzip des wankenden Bauriesen. Aber die sogenannte Gemeinwirtschaftlichkeit und die starre Kostenmiete widersprechen der Rentabilität. Um sie herzustellen, bedarf es nicht nur massiver Wohnungs- und Grundstücksverkäufe, sondern auch gewaltiger Modernisierungsinvestitionen in den Bestand. Das erforderliche Kapital ist weit und breit nicht zu sehen. Sogar die Gläubigerbanken, an denen das Überleben hängt, haben sich noch nicht definitiv erklärt. So beginnt die neue Ära mit vielen Aufklärungsbedürftigkeiten und Risiken. Der alte wie der neue Eigentümer sind gefordert, Klarheit zu schaffen. Die Bemerkung von Frau Wulf-Mathies, der Verkauf sei die einzige Alternative zum Konkurs gewesen, verschleiert die Tatsachen. In Wahrheit lautete die Alternative zum Konkurs: Milliardeneinschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Peter Glotz (SPD) beklagt weinerlich, das bürgerliche Lager nutze den Neue-Heimat-Skandal, um die Gewerkschaften zu „demütigen". Er vertauscht Ursache und Wirkung. Das Unvermögen und die Heuchelei der „Gewerkschafts-Unternehmer" sind die Wurzel der Kritik am DGB. So stammt die „Demütigung", falls es eine sein sollte, aus gewerkschaftlicher Eigenproduktion.

Künftig soll es, so verkündete Schiesser, wieder Freude machen, Mieter der Neuen Heimat zu sein. Wohlan, ein ehrgeiziges, wenn auch noch diffuses Konzept. Es dauert wohl noch geraume Zeit, bevor bei diesen Mietern wieder Freude aufkommt.

Kohl fordert Details über NH-Verkauf

DGB beschuldigt Minister Schneider / Treffen im Kanzleramt bringt keine Annäherung

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Der DGB ist nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl durch den Verkauf der Neuen Heimat nicht aus der wirtschaftlichen und politischen Verantwortung für den Niedergang des Unternehmens und für die Verwendung von mehr als zehn Milliarden Mark an Steuergeldern entlassen worden. Im Gespräch mit dem Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB verlangte der Kanzler eine „lückenlose Aufklärung" und die Erklärung von Widersprüchen im Zusammenhang mit dem Neue-Heimat-Skandal, die der DGB bisher schuldig geblieben sei.

Bundesarbeitsminister Blüm kritisierte Äußerungen aus dem DGB, angeblich hätten politische Einflüsse die Konsolidierung der Neuen Heimat erschwert. Es liege an der „Grenze der Selbstachtung", noch zu einem solchen Gespräch mit der DGB-Führung zusammenzukommen, „wenn ihr jetzt so tut, als ob wir die Schuldigen wären".

Blüm wies nach Angaben von Regierungssprecher Ost bei dem Treffen darauf hin, daß niemand ein Interesse an einer Schwächung der Gewerkschaften habe. Der „Nacht-und-Nebel-Verkauf" der Neuen Heimat habe aber auch beim Thema Mitbestimmung Schaden angerichtet. Der

SEITE 4:
Interview mit Schiesser
Die Lage in Hessen und NRW

DGB-Vorsitzende Breit verteidigte nach dem zweieinhalbstündigen Gespräch im Bundeskanzleramt die Verkaufsaktion der Neuen Heimat. Er wiederholte dabei auch den Vorwurf, daß „politisch motivierte Einflüsse" die Sanierung des Gewerkschaftskonzerns erschwert hätten. Diese Einflüsse – als Beispiel nannte er die von Bauminister Schneider im Sommer geäußerte Einschätzung, daß die Neue Heimat vor dem Konkurs stehe – seien „nicht nur aus der Bundesregierung, sondern auch aus den Ländern" gekommen. Erklärungen wie die Schneiders kosteten ein sanierungsbedürftiges Unternehmen „Mark und Pfennig".

Beim Gespräch mit dem Bauminister im Februar dieses Jahres hatte die Neue Heimat aus Eigentum und Verbindlichkeiten ein Guthaben von fünf Milliarden Mark angegeben. Beim Verkauf des Konzerns war jetzt von einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Schulden und Besitz die Rede. Breit versuchte in der Pressekonferenz den Differenzbetrag damit zu erklären, daß die Grundstücks- und Immobilienpreise schwankten, „vor allem, wenn wir uns den Zeitpunkt des Verkaufs nicht frei wählen können". Der Wert des Neue-Heimat-Besitzes sei durch die politische Stimmungsmache gesunken. Neben der Misere des Gewerkschaftskonzerns wurde im Kanzleramt ausführlich über die Entwicklung des Arbeitsmarktes gesprochen, wobei die DGB-Spitze ihre Forderung nach staatlichen Konjunkturprogrammen wiederholte. Weitere Themen waren die Energiepolitik und die Sicherung der Montanmitbestimmung.

„DDR" schiebt Drogenhändler ab

Syrer wegen „guter Führung" aus der Haft entlassen / Antrag auf Asyl gestellt

WERNER KAHL, **Bonn**

Die „DDR"-Behörden haben einen syrischen Drogenschmuggler vorzeitig aus der Haft entlassen und nach West-Berlin abgeschoben. Dort stellte er Antrag auf Asyl. Wie die WELT gestern erfuhr, ermitteln die Ausländerbehörden bereits mehrere Wochen in dieser Angelegenheit, daß ein wegen krimineller Delikte abgeurteilter Ausländer aus „DDR"-Haft unter Asylbewerber im Westen eingereiht wurde.

Nach Verbüßung von vier Jahren Haft war der 30jährige Ouni Mustafa H. wegen „guter Führung" aus dem Gefängnis entlassen worden. Die „DDR"-Justiz schickte den aus Damaskus stammenden Häftling nicht nach Syrien zurück.

Angehörige des Staatssicherheitsdienstes schleusten ihn statt dessen über einen Berliner Grenzübergang, an den sich der Syrer angeblich nicht mehr erinnern kann, in den Westteil der Stadt.

Bei der Asylantragsstelle legte der Abgeschobene lediglich einen „Entlassungsschein" mit dem gestempelten Staatswappen der „DDR" vor. Der Text: „H., Ouni Mustafa, geb. 1956 in Damaskus, wurde nach Berlin (West) entlassen. Er befand sich seit 11. Oktober 1982 im Strafvollzug." Daneben der Vermerk: „gültig in Verbindung mit dem Reisepaß Nr.: 814 237." Der Entlassungsschein enthält keine Angaben über die ausstellende Behörde und den Registraturangestellten. Gleiche Formulare benutzt das Ministerium für Staatssicherheit bei „DDR"-Bewohnern, die wegen krimineller Delikte ebenfalls vom Geheimdienst über einen Berliner Grenzkontrollpunkt abgeschoben werden. Ihre Zahl hat sich nach Feststellungen in Bonn in den vergangenen Jahren verdreifacht.

Der Syrer Ouni H. ließ seinen Asylantrag so protokollieren: „Ich bin nach Deutschland und beantrage Asyl, weil ich Angst habe, in meine Heimat zurückzukehren, weil ich schon seit Jahren außerhalb meines Landes bin. Weil ich von einem meiner Freunde gehört habe, daß meine Lage mich zum Gefängnis bringen könnte und da ich gerade aus dem Gefängnis entlassen worden bin, möchte ich nicht, daß das noch einmal passiert."

Nach Angaben des Antragstellers hatte er Damaskus nach Ableistung des Wehrdienstes 1981 verlassen. Mehrere Reisen hatten ihn über den „DDR"-Flughafen Schönefeld nach Ost- und West-Berlin geführt.

Damals hatte er nicht Asyl beantragt. Bei der erneuten Einreise über Schönefeld nach Ost-Berlin war er 1982 als angeblicher Chef einer syrischen Drogenhändler-Gruppe verhaftet und abgeurteilt worden.

Gestern trat die neue Transitregelung der „DDR" in Kraft. Auswirkungen der Bestimmung, wonach Transitreisende vom 1. Oktober an nur noch mit gültigen Anschlußvisum in den Westen ausreisen dürfen, werden nicht vor Ende nächster Woche erwartet. Der Berliner Senat registrierte für September eine neue Rekordzahl von 6400 Asylbewerbern.

Ohne Onkel im Westen läuft nichts

DIETER DOSE, **Berlin**

Die einen haben es, die anderen nicht. Die einen dürfen, die anderen nicht. Erich Honeckers „Gesellschaftsordnung, die allein den Interessen und dem Wohl des Volkes dient", zeigt stärkere Züge einer Mehrklassengesellschaft. Westgeldbesitzer, Westreisende und die davon Ausgeschlossenen.

An Stammtischen, Werkbänken und beim Anstehen in der Kaufhalle gibt es nur ein Thema: Westreisen. Seit nicht nur Rentnern, sondern auch „DDR"-Bewohnern unter 60 bzw. 65 Jahren in sogenannten dringenden Familienangelegenheiten Reisen nach „drüben" großzügig gewährt werden, herrscht permanenter Andrang bei den Kreisämtern der Volkspolizei. Plakate mit der Aufschrift „Sonderreiseanträge" weisen den Weg ...

Mit 200 bis 220 000 „DDR"-Besuchern „unterhalb" des Rentenalters wird bis Ende des Jahres gerechnet. Bis Ende Juli waren es schon 107 000. Dreimal so viel wie im vergangenen Jahr.

Selbst junge Leute erhalten immer häufiger Genehmigungen – vorausgesetzt, daß ihr Dienst bei der „Fahne" (Nationale Volksarmee) länger als fünf Jahre zurückliegt. Staatsbedienstete wie Lehrer und Mitarbeiter von Behörden, auch die Reinemachefrau des Bürgermeisters, müssen zwei Anträge stellen. Erst beim Arbeitgeber, dann mit dessen Einverständnis bei der Vopo.

Doch ohne Onkel oder Cousine, und die darf nicht nur angeheiratet sein, geht nichts. Wer diesen Nachweis und einen Anlaß, neuerdings muß es nicht unbedingt zum Beispiel ein runder Geburtstag sein, nicht bringen kann, bleibt von der Westreise ausgesperrt. Ebenso die große Zahl von „DDR"-Bewohnern, denen Westkontakte generell verboten sind. Die Praxis der Genehmigungen, „die ein Recht, das selbstverständlich sein sollte, zum Privileg verkommen läßt", ist erst kürzlich vom Leiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, Pfarrer Hans-Jochen Tschiche, kritisiert worden.

Der kürzliche mehrstündige Sitzstreik von 3000 Arbeitern eines Kombinats im Erzgebirge, die eine teilweise Bezahlung in Westgeld forderten, war Ausdruck einer allgemeinen Empörung. Denn immer mehr in der „DDR" hergestellte Waren, aber auch Dienstleistungen (Handwerker) sind nur noch für Westgeld zu bekommen. Ein großer Teil der Bürger aber besitzt das nicht.

Dabei wird die Zahl der „Intershops", in denen nur für „Kacheln" (Westmark) oder die sogenannten Forum-Schecks eingekauft werden kann, laufend erhöht. Rund 1,2 bis 1,5 Milliarden DM West sollen im vergangenen Jahr in den „Intershops" umgesetzt worden sein.

Deren Mitarbeiter erhalten allerdings einen Teil ihres Lohnes in Westgeld – 40 Mark monatlich ...

Widerstand gegen Gorbatschow

DW. **Moskau**

Die Kampagne von Parteichef Gorbatschow zur wirtschaftlichen und moralischen Erneuerung trifft nach Angaben der Partei auf den Widerstand eigensinniger Bürokraten, „Gauner und unehrlicher Kommunisten", die nur auf den Erhalt ihrer Privilegien bedacht seien. In einer von der Parteizeitung „Prawda" veröffentlichten Resolution des Zentralkomitees heißt es weiter, die auf dem Parteitag im Februar beschlossenen Maßnahmen würden nicht mit der angemessenen Dynamik umgesetzt.

Chirac droht mit Vergeltung

DW. **Paris**

Der französische Premierminister Jaques Chirac hat Terroristen und „jene, die sie unterstützen" gewarnt: Länder, die nachweislich Terroristen helfen, müßten mit „schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen" rechnen. Chirac räumte allerdings ein, gegenwärtig könne Frankreich kein Land der Komplizenschaft bei Attentaten beschuldigen. Der Regierungschef begrüßte die Gelassenheit der französischen Bevölkerung nach der jüngsten Welle von Attentaten.

Auch die „DDR" geht auf China zu

DW. **Berlin**

Unmittelbar nach dem Besuch des polnischen Staats- und Parteichefs Jaruzelski in der Volksrepublik China hat Ost-Berlin unterstrichen, daß die bevorstehende Visite von SED-Chef Erich Honecker in Peking „eine neue Seite in den Beziehungen" zwischen der „DDR" und China „aufschlagen wird". Die Nachrichtenagentur ADN zitierte diese Worte in einer Meldung über ein „Staatstelegramm", das Honecker an die Pekinger Führung schickte.

China regelt das Arbeitsrecht neu

AP, **Peking**

Die chinesische Regierung hat gestern das bisher geltende Anrecht auf einen unkündbaren Arbeitsplatz für Mitarbeiter abgeschafft, die von Oktober an in staatlichen Betrieben eingestellt werden. Gleichzeitig soll der Aufgabenbereich der chinesischen Gewerkschaften erweitert und eine staatliche Arbeitslosen- und Rentenversicherung eingeführt werden. Kündigungen sind nach der neuen Regelung nur nach mehrmaliger Ermahnung des Beschäftigten möglich.

Sondersitzung zu Brokdorf

dpa, **Kiel**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag tritt morgen zu einer Sondersitzung zum Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe zusammen. Das seit Jahren heftig umstrittene Kernkraftwerk wird in wenigen Tagen von der Landesregierung in Kiel die Genehmigung zur Aufnahme des Betriebes erhalten. Der Reaktor soll etwa Mitte Oktober ans Netz gehen. Zuvor hatten die Bundesregierung und die Reaktorsicherheitskommission grünes Licht gegeben.

Autorentreffen am WELT-Stand

sta. **Frankfurt**

Am WELT-Stand auf der Frankfurter Buchmesse fanden sich gestern unter anderen Hans-Peter Schwarz, Boris Chasanow, Hugo Loetscher und Gabriel Laub ein. Die Adenauer-Biographie von Schwarz steht im politischen Bereich im Vordergrund der Messegespräche. Der Politikwissenschaftler über Adenauer: „Dieser zupackende alte Mann ist das politische Schicksal von uns allen geworden, die wir in der zweiten Jahrhunderthälfte leben."

Warschau verweigert das Gespräch mit „Solidarität"

Regierungssprecher Urban: Kein Dialog mit Walesa

DW. **Warschau**

Die verbotene polnische Gewerkschaftsbewegung „Solidarität" will wieder zurück in die Legalität. Das hat ihr Vorsitzender, der Arbeiterführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa in Danzig mitgeteilt. In diesem Zusammenhang kündigte er die Bildung eines „Provisorischen Rates" der Gewerkschaft an, der faktisch die bisherige Untergrundführung TKK ablösen soll. Damit kommt die „Solidarität" einer Forderung der Regierung entgegen, die eine Auflösung der Untergrundführung verlangt hatte.

Gegen diese Abschaffung haben sich zwar mehrere andere „Solidaritäts"-Führer ausgesprochen, doch steht für Lech Walesa fest, daß es nicht zwei Führungsgremien innerhalb der Gewerkschaft geben kann. Die sieben Mitglieder des neuen „Provisorischen Rates" wurden alle in den vergangenen Jahren wegen „versuchten Staatsstreichs" verhaftet und erst im Rahmen der Amnestie für politische Gefangene vom 15. September wieder freigelassen.

Ganz will die Solidarität ihre Untergrundtätigkeit aber noch nicht aufgeben. So sollen auch weiterhin zahlreiche Aktionen in den Betrieben des Landes veranstaltet werden und die 500 regelmäßig erscheinenden Publikationen der Gewerkschaft werden ebenfalls noch aus dem Untergrund heraus veröffentlicht. Walesa stellte in Danzig fest, daß „die Rückkehr zum gewerkschaftlichen Pluralismus" in Polen das erklärte Ziel der Solidarität bleibe. Dies sei eine unerläßliche Voraussetzung, um „die Untergrundstrukturen aufzulösen.

Gleichzeitig bekräftigte der polnische Arbeiterführer den guten Willen und die Bereitschaft seiner Organisation zum Dialog mit der Regierung. Unterdessen erklärte der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban auf einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Warschau, die politische Führung seines Landes sei nicht bereit, in Gespräche mit der „Solidarität" einzutreten. „Walesa ist ein Privatmann, und es ist nicht einzusehen, warum die Regierung mit ihm verhandeln soll".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sonderinteressen

Von Bernt Conrad

Die Deutschen verbinden mit dem Reagan-Gorbatschow-Gipfel besondere Wünsche und Hoffnungen. Und dank des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Ronald Reagan und Helmut Kohl bestehen gute Chancen, daß diese Wünsche berücksichtigt werden. Denn der Präsident hat den Kanzler ausdrücklich um Anregungen für Reykjavik gebeten.

Diese Anregungen werden sich vor allem auf das dringende Interesse Bonns an Fortschritten bei der Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen größerer und kürzerer Reichweite sowie an einer Einigung über das weltweite Verbot chemischer Waffen konzentrieren. Das zwischen Kohl, Genscher und Wörner vereinbarte Konzept, in ein Zwischenabkommen über Mittelstreckenwaffen die Verpflichtung zu weiteren Verhandlungen über Kurzstreckenraketen aufzunehmen, wird bei den Amerikanern gewiß auf Verständnis stoßen.

Weniger Verständnis hätte Reagan vermutlich für den Wunsch aufgebracht, parallele Verhandlungen über Kurzstreckenraketen zur einer Art Vorbedingung für ein Zwischenabkommen zu machen. Denn dies würde zumindest zu einer erheblichen Verzögerung der Mittelstrecken-Vereinbarung führen. Der Kanzler tat recht daran, derartige Erwägungen von Parteifreunden zu bremsen.

Seltsam mutet es an, daß ausgerechnet aus den Reihen der SPD – die bisher alles getan hat, um Reagan vor den Kopf zu stoßen – die Forderung kommt, Kohl solle „die deutschen Sonderinteressen gegenüber Reagan" mit dem Blick auf Reykjavik „selbstbewußt und energisch vertreten". Soll das heißen: ohne Rücksicht auf Verluste? Ohne Aussicht auf Erfolg?

Wenn von sozialdemokratischer Seite gar verlangt wird, Reagan solle Gorbatschow zu größerem Entgegenkommen in deutsch-deutschen Fragen drängen, dann sieht man, daß hier mehr an den Bundestagswahlkampf als an die sonst immer beschworene Entspannung gedacht wird. Denn in Reykjavik stehen andere Fragen auf der Tagesordnung. Das wissen natürlich auch die SPD-Politiker, die bei ihren Separatvereinbarungen mit der SED sonst wenig Rücksicht auf die Amerikaner oder gar auf die Bundesregierung nehmen.

DGB beim Kanzler

Von Günther Bading

Bei der Aussprache mit dem Bundeskanzler sei zum Skandalthema Neue Heimat „nur kurz berichtet worden", erklärte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit im Anschluß vor der Bonner Presse. Nur kurz? Volle sechzig Minuten des insgesamt zweieinhalbstündigen Gesprächs wurde über die „Nacht-und-Nebel-Verkaufsaktion", wie sie der Arbeitsminister in seiner blumigen Sprache bezeichnete, konferiert.

Es scheint typisch für das Verhalten der DGB-Spitze, Unangenehmes derzeit zu verdrängen. Und es ist verständlich, wenn Ernst Breit sich gegen Angriffe, etwa gegen die Forderung nach seinem Rücktritt, mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit gewerkschaftlicher Gremien zur Wehr setzt. Schließlich war es nicht er allein, der das Desaster einer in ihrer Anfangsphase sicherlich segensreich tätigen gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft zu verantworten hat.

Nicht hinnehmen kann man es allerdings, wenn die DGB-Oberen jetzt den Schwarzen Peter über den Tisch zurückzuschieben suchen. Breits Vorwurf, „politisch motivierte Einflußnahme" habe die Konsolidierung der Neuen Heimat erschwert, verläßt den Bereich des anständigen Umgangs miteinander. Um so mehr, als der Bundeskanzler in der Unterredung mit dem Geschäftsführenden DGB-Vorstand seine Bereitschaft zu erkennen gab, trotz all der bösartigen Angriffe aus dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften – und nicht nur im Zusammenhang mit der Neuen Heimat, sondern auch bei den Wahlhilfe-Einsätzen zugunsten der SPD in Niedersachsen – den Dialog mit den Gewerkschaften fortzusetzen. Ja, er sagte sogar zu, ihre Ansichten in künftige Gesetzesvorhaben wie Sicherung der Montanmitbestimmung, Minderheitenschutz in der Betriebsverfassung oder auch Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes mit der konkreten Absicht zur Verlängerung des Arbeitslosengeldes zu berücksichtigen.

Sollte der DGB seine geplante Flugblattaktion vom Wochenende an unter dem Motto „Schuld ist Bonn" wirklich veranstalten, dann allerdings zwingt er die Bundesregierung zur Klarstellung der Schuldfrage. Und das kann dann wirklich peinlich für ihn und eine ihm nahestehende Partei werden.

Linke und Generale

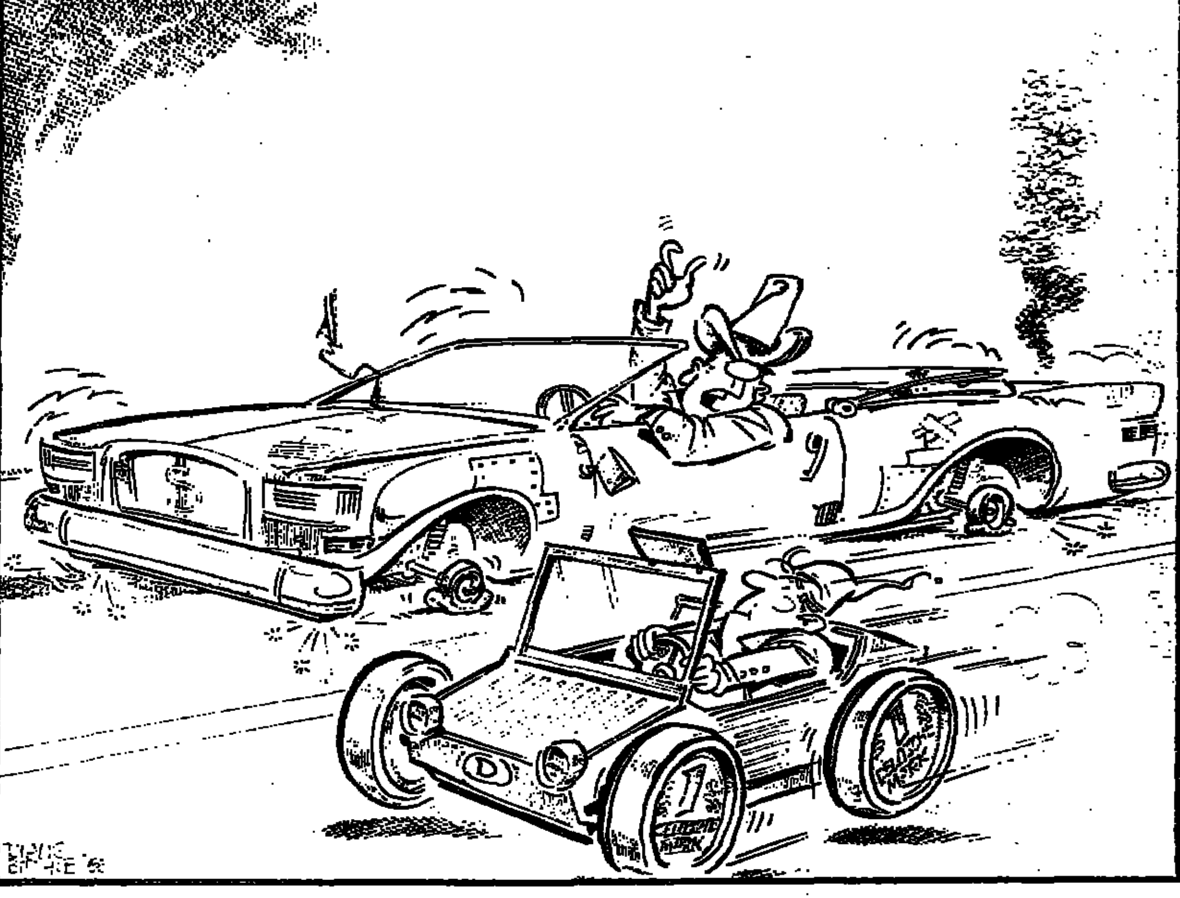
Von Günter Friedländer

Lateinamerikas Linke beklagt sich ständig darüber, daß die Generäle und Obersten des Subkontinents sich in die Politik einmischen, statt sich ausschließlich und gehorsam ihren beruflichen Pflichten zu widmen. War da nicht ein Aufschrei der Empörung zu erwarten, als Ecuadors Parlament den Generalleutnant Frank Vargas Pazzos begnadigte, der vor sechs Monaten zweimal gegen die Regierung des konservativen Präsidenten Leon Febres Cordero putschte, um den Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers und des Heereskommandanten zu erzwingen, die er „korrupt" nannte?

Nun, der Aufschrei blieb aus, denn die Mehrheit des ecuadorianischen Parlaments wird von Linksparteien gestellt. Sie fügten Spott zum Schaden und begnadigten den Generalleutnant mit der kuriosen Begründung, daß er ja „nur ein politisch motiviertes Vergehen" begangen habe. Die Linke erzielte, was sie wollte: eine Erklärung des Heeres, daß es „in Gedanken und Tat geeint" gegen diese Begnadigung angehe. Es wird vom Präsidenten unterstützt, der die Veröffentlichung der Amnestie im Regierungsanzeiger verbot, wodurch sie ohne Rechtskraft bleibt.

Während der weiter inhaftierte Vargas nun mit einem Hungerstreik seine Freiheit zu gewinnen sucht, ging Ecuadors Parlament zum nächsten Punkt seiner Tagesordnung über, das Land unregierbar zu machen. Es hat „in Erfüllung des vom Volk erteilten Mandats" den Finanzminister Alberto Dahik abgesetzt (das ist nach der Verfassung zulässig), weil er im August die Währung abwertete, um die durch die gefallenen Erdölpreise erlittenen Exportverluste auszugleichen. Und wo man gerade dabei ist, will das Parlament nun den Innenminister Luis Robles Plaza absetzen, der wegen „Verletzung der Menschenrechte" angeklagt werden soll.

Man kann nur hoffen, daß Ecuadors Parlament und der seit August 1984 regierende, aus freien Wahlen hervorgegangene Präsident Febres Cordero Frieden schließen. Wenn das Parlament ihm das Regieren unmöglich macht, riskiert es eine neue Unterbrechung des erst 1979 wiederhergestellten demokratischen Prozesses.



„Hey – gib mir sofort ein paar von deinen Reifen ab!" KLAUS BÖHLE

Gorbatschow in Bedrängnis

Von Carl Gustaf Ströhm

Ist der Vor-Gipfel von Reykjavik ein Erfolg für Reagan – oder ein propagandistischer Punktsieg für Gorbatschow? Ist der Austausch des sowjetischen UNO-Beamten Sacharow gegen den seit Jahren in der Verbannung festgehaltenen Bürgerrechtler Juri Orlow – eine überaus bedeutende Persönlichkeit, deren „Tauschwert" viele Spione à la Gennadi Sacharow aufwiegt – ein Sieg oder eine Niederlage für jene sowjetischen Kräfte, die den Versuch unternahmen, den US-Journalisten Daniloff als Geisel und Tauschobjekt einzusetzen?

Diese Fragen können nur schlüssig beantwortet werden, wenn man das Kräftefeld ins Auge faßt, aus dem heraus Reagan und Gorbatschow agieren. Hier zeigt sich, daß der amerikanische Präsident über die günstigere Ausgangsposition verfügt. Er steht gewiß unter dem Druck der amerikanischen und westlichen öffentlichen Meinungen, wie jeder andere demokratische Politiker auch. Aber er muß sich erstens nicht um seine Wiederwahl sorgen und wird zweitens von einer patriotischen Grundstimmung in seinem eigenen Volk getragen. Er kann es sich also leisten, auf seinen Grundpositionen zu bestehen, etwa in der SDI-Frage oder auch bei den Menschenrechten. Das einzige, was ihn vielleicht zur Eile antreiben könnte, wäre der Wunsch, dereinst als der Präsident des Friedens und des Ausgleichs in die Geschichtsbücher einzugehen.

Bei Gorbatschow sehen die Dinge anders aus. Er steht nicht am Ende, sondern am Beginn eines Weges, der für ihn sehr viele Gefahren und Fallstricke birgt. Er steht unter Zeitdruck, denn die Periode der Vorschußlorbeeren ist für ihn sowohl gegenüber der Bevölkerung als auch unter den Funktionären der Nomenklatura vorbei. Will er nicht als „Boltun" (Schwätzer) dastehen – dieser Ausdruck geht bereits in manchen Kreisen der Sowjetunion um –, so muß er mit handfesten Erfolgen aufwarten.

Schnelle und spektakuläre Erfolge aber sind für Gorbatschow zunächst nur in der Außenpolitik zu haben. Mit einer nur auf den ersten Blick unverständlichen Zähigkeit hat Gorbatschow deshalb die Idee eines Vor-Gipfels vor dem eigentlichen Gipfel verfochten – offenbar, weil er sich zweierlei erhofft: Erstens den amerikanischen Präsidenten doch noch von der Notwendigkeit eines Entgegenkommens gegenüber der Sowjetunion zu überzeugen (vor allem in der Weltraumrüstung), zweitens aber auch, um Kritikern im eigenen Lande zu demonstrieren, daß er mit den Amerikanern schon zu Rande kommen kann und daß er Washington dazu bewogen hat, der im ökonomischen und technologischen Bereich katastrophal hinter dem Westen zurückbleibenden Sowjetunion eine „Atempause" und „Regenerationsphase" zu gewähren.

Der Zwang zu einer solchen Atempause wird für Gorbatschow um so drängender, als die wirtschaftliche Entwicklung immer mehr in eine Sackgasse führt. Das unerläßliche Modernisierungsprogramm, das ohne westliche Kooperation, Kredite und Technologie sowie ohne eine fühlbare Entlastung im Rüstungsbereich nicht zu verwirklichen ist, stößt aber jetzt auf zusätzliche Probleme: Durch den niedrigen Dollarkurs sind die Erlöse aus den sowjetischen Erdöl- und Gasexporten, die sechzig Prozent der Deviseneinnahmen ausmachen, drastisch zurückgegangen. Die Weltmacht Sowjetunion ist in Gefahr – wie es die Denkschrift einer „sozialistischen Opposition" aus Leningrad formulierte –, auf das Niveau eines Entwicklungslandes abzusinken.

Vielleicht hängt die weltpolitische Aktivität Gorbatschows, ähnlich wie bei seinem Vorgänger Chruschtschow, dem er in mancher Hinsicht immer ähnlicher wird, mit der immer deutlicher werdenden Erkenntnis zusammen, daß die „Perestrojka" (die vom Parteichef proklamierte „Umgestaltung" der sowjetischen Gesellschaft, von der er sagte, sie müsse „revolutionär" sein) ungeheuer schwer zu bewerkstelligen ist. Wie sieht es in der KPdSU aus, wenn das Parteiorgan „Prawda" jetzt von „Gaunern" und vom „Modergeruch" spricht, wovon man gewisse Parteiorganisationen befreien müsse?



Eine große Gegenleistung: Juri Orlow FOTO: DIE WELT

Schon wird gegen den Parteichef – auch hier ist die Parallele zu Chruschtschow geradezu beängstigend – der Vorwurf laut, er untergrabe mit seinen radikalen Reformvorschlägen die Grundlagen des Systems. Bei seiner Rede in Krasnodar richtete Gorbatschow vor einigen Tagen einen ganz erstaunlichen Appell an die Sowjetmenschen, wobei er als Kronzeugen nicht Marx, Engels oder Lenin, sondern den großen christlich-orthodoxen Dostojewski zitierte: Seine Frau Raissa und er, Gorbatschow, hätten Dostojewski gelesen, erklärte Gorbatschow, und dabei festgestellt, daß auch Dostojewski für die „Vereinigung" aller russischen Menschen gewesen sei. Im Namen Dostojewskis forderte Gorbatschow die Russen dann zur Einigkeit auf – wobei nicht nur zu fragen wäre, was es dann mit den nicht-russischen Menschen der UdSSR auf sich hat.

Wie immer in solch kritischen Situationen für einen sowjetischen Parteichef steht der Westen vor der Frage, ob er dem Mann „helfen" soll und kann. Sicher kann „Hilfe" nicht darin bestehen, eigene politisch-moralische Positionen aufzugeben oder gar eigene Sicherheitsinteressen zu gefährden.

Wenn Gorbatschow wirklich bereit zu einer Neugestaltung des Ost-West-Verhältnisses ist, würden voreilige Konzessionen des Westens seine innere Position gegenüber Kritikern und Gegnern innerhalb des sowjetischen Apparats nur schwächen. Spielt der Parteichef aber ein falsches Spiel mit dem Westen, dann wäre ein Appeasement erst recht gefährlich. Wenn der Westen also etwas erreichen will, dann muß er das System und dessen Exponenten Gorbatschow mit den Konsequenzen einer falschen Ideologie und Praxis konfrontieren. Wenn Reagan dies im Sinn haben sollte, erwiese er den Menschen im Westen wie im Osten einen großen Friedensdienst.

IM GESPRÄCH Franz Kamphaus

Wo die Kirche verkommt

Von Gernot Facius

Mitglieder des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend marschierten an der Spitze von Demonstrationen gegen die NATO-Politik. Aus der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) kamen Solidaritätsbekundungen für Hausbesetzer. Die Katholische Junge Gemeinde (KJG) forderte ihre Mitglieder im Mai 1985 auf, „jegliche Art von Kriegsdienst" zu verweigern. Dieser Appell richte sich „nicht nur an junge Männer, die sich zur Tatsache ihrer Wehrpflicht verhalten müssen, sondern auch an alle Frauen und Männer, die in Gesundheitsdienst und Katastrophenschutz, in der Wissenschaft und im Rüstungsbetrieb arbeiten".



Die Kirche bei den Jugendlichen glaubwürdig vertreten: Kamphaus. FOTO: DPA

Kirche, befanden die Bischöfe, verkomme bei diesen jungen Katholiken zu einem „Instrument für sozialkritisches Engagement". Das gestörte Verhältnis soll jetzt der Limburger Bischof Franz Kamphaus (54) in Ordnung bringen. Der ehemalige Professor für Predigtlehre in Münster hat mit seiner Betonung der Drittwelt- und Friedens-Problematik sowie der Ökologie bereits viel Zustimmung im Düsseldorfer Jugendhaus, der BDKJ-Zentrale, gefunden. Er soll „die Kirche bei den Jugendlichen glaubwürdig vertreten", heißt es in der Bischofskonferenz.

Daß sich die Vollversammlung der Bischöfe für Kamphaus entschied und nicht, wie zeitweilig spekuliert wurde, für den Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba, der während eines als „beinhart" geschilderten Gesprächs mit dem BDKJ im Dezember 1985 den Verbänden „sektiererische politische Enge" attestierte, ist eine Richtungsentscheidung. Man möchte nicht die Konfrontation, sondern setzt auf das Gespräch im Limburger Dialog-Stil.

Der Bauernsohn aus dem westfälischen Lüdinghausen, 1959 zum Priester geweiht, seit 1982 Bischof der hessischen Diözese, ist ein Mann der Synode von Würzburg. Das verschafft ihm von vornherein Sympathien bei der Jugend. Negative Erscheinungen in seiner Kirche nennt er beim Namen. Er forderte von seinen Mitbrüdern stets „deutliche Zeichen des Verzichts, wenn wir unserer Sendung treu bleiben wollen". Aber wird seine Autorität ausreichen, um angesichts der Parallelstrukturen auf Bundes- und Pfarreiebene eine sinnvolle Neuordnung der kirchlichen Jugendarbeit zu erreichen?

Die Politisierung der Verbände ist das eine, das Alleinlassen der Jugend das andere, weit gewichtigere Problem. Den Kaplan, der sich der Jugendarbeit widmet, gibt es kaum noch. Die neuentstandenen kirchlichen Jugendämter haben dieses Vakuum nicht auffangen können. Es gibt zwar Tausende von Pastoralassistenten, aber sie sind in den seltensten Fällen für die Jugendarbeit ausgebildet. Viele streben gar nicht nach dieser Arbeit, wie man im Düsseldorfer Jugendhaus kritisch anmerkt: „Sie wollen am liebsten in die Kranken- und Altenarbeit, da haben sie größere Erfolgserlebnisse."

Auch das ist kirchliche Wirklichkeit. Kamphaus wird an seiner Fähigkeit gemessen werden, diese Realität seinen Mitbrüdern in der Bischofskonferenz zu vermitteln.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The New York Times

Sie meint zum Treffen auf Island:

Maßnahmen, um die Gefahr von Feindseligkeiten in Europa zu begrenzen, sind vereinbart, und eine Reduzierung der Mittelstreckenwaffen in Europa soll angeblich bevorstehen. Ein solcher Fortschritt ist ermutigend, aber der wesentliche Durchbruch wäre eine umfassende, begriffliche Vereinbarung zur Koordinierung von Reduzierungen bei den strategischen Atomwaffen mit Begrenzung bei der Raketen-Verteidigung.

Hannoversche Allgemeine

Sie kommentiert zur Buchmesse:

Selbst während der zurückliegenden Jahre der Rezession geriet der Buchhandel nie ganz in den Schatten. Jetzt bewegt er sich mit fünf Prozent Umsatzplus deutlich auf der Sonnenseite der Konjunktur. Niemand spricht mehr von der Angst, das Fernsehen könne die Menschen vom Buch abziehen. Und an die gefürchtete Konkurrenz der neuen elektronischen Informationsmedien wie Bildschirmtext und Multimediaplatten wird kaum noch ein Gedanke verschwendet.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie meint zu Brokdorf:

Die vier Milliarden Mark teure Anlage, jahrelang Symbol des Widerstands gegen den „Atomstaat" und Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen, darf ans Netz gehen ... Im Grunde belegen Wallmanns und Barschels Garantieerklärungen nur, daß es mittlerweile beim Anschalten neuer Kernkraftwerke jede Menge Bedarf an beruhigenden Zusicherungen gibt. Auch in Brokdorf freilich ist das vielbeschworene „Restrisiko" auf noch so beredte Weise nicht auszuschalten.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie sieht Rau in der Zwickmühle:

Als habe sich alles gegen ihn verschworen, wird Johannes Rau in immer neue Verlegenheit gestürzt. Diesmal widerfährt ihm Ungemach von einem bunten Aktionsbündnis, das über einen Volksentscheid die Stillegung der Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen erreichen will. Dieses Begehren hat er erst bekämpft und nun mit juristischem Zuspruch und Unterstützung seines Kabinetts abgeblockt. Das bringt ihn in Widerspruch, der zwar nur scheinbar ist, doch gleichwohl an seiner Glaubwürdigkeit kratzt. Als Kanzlerkandidat der SPD propagiert er den Ausstieg aus der Atomwirtschaft, als Ministerpräsident lehnt er den Einstieg dazu ab.

Aachener Nachrichten

Sie schreiben zur Bundeswehr:

In Bonn pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß General Altenburg ... aus Enttäuschung nach Brüssel zieht. Enttäuscht ist er vom Regiment seines Oberbefehlshabers, Minister Wörner, der den Stäben auf der Hardthöhe aus Gründen politischer Opportunität eine realistische Planung nicht gestattet. Wörners Credo, seine Streitkräfteplanung werde den Erfordernissen der Zukunft gerecht, wird von Offizieren hinter vorgehaltener Hand nur allzugern angezweifelt.

Ausstieg à la SPD, indem man hier verbietet und dort kauft

Mittleres Ruhrgebiet: Jedes siebte Unternehmen sieht seine Wettbewerbsposition gefährdet / Von Heinz Heck

Die größte Baustelle Nordrhein-Westfalens steht in Niedersachsen. Gemeint ist das Kernkraftwerk Lingen. Die Vorstände der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) Elektromark und Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) hatten sich seit 1975 lange erfolglos um einen Standort für ein Kernkraftwerk in Hamm bemüht. Sie hatten nämlich den Appell des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt ernst genommen, der nach Ausbruch der Ölkrise 1973 die Regierungschefs der Länder aufgefordert hatte, sie sollten Standorte für Kernkraftwerke ausweisen, um so wenigstens langfristig der Opec Paroli zu bieten.

Als aus Hamm nichts wurde, weil der Leidensweg durchs Genehmigungsverfahren kein Ende nehmen wollte, sind die beiden EVU ins niedersächsische Lingen ausgewichen. Wenn dieses Kernkraftwerk – voraussichtlich 1988 – ans Netz geht, fließt der Strom zu hundert Prozent ins östliche Ruhrgebiet und nach Westfalen.

Auch so läßt sich der Ausstieg proben. Die Düsseldorfer Landesregierung verwehrt Baugenehmigungen, wohl wissend, daß die Elektrizitätswerke schon aus Gründen der Kostensenkung dringend auf den Strom aus Kernkraftwerken zur Deckung des sogenannten Grundlastbedarfs (für die Stromversorgung rund um die Uhr) angewiesen sind. Denn die Strompreise in Nordrhein-Westfalen – einst am unteren Ende der Preisskala im Bundesgebiet – steigen seit einigen Jahren überdurchschnittlich und haben zum Beispiel den Stromriesen RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk) in eine wenig komfortable Position im Spitzenfeld gebracht.

Der Grund liegt auf der Hand: Der hohe Anteil billiger Braunkohle an der Stromerzeugung in der Grundlast hatte einst dem RWE einen saftigen Wettbewerbsvorteil verschafft. Angesichts der kostspieligen Umweltschutzauflagen ist davon nicht mehr viel zu spüren. Bayern und Niedersachsen, die einst mit Spitzenpreisen für Energie potentielle Ansiedler schreckten, haben vorexerziert, wie man solche Standortnachteile beseitigt: Sie melden seit Jahren Ruhe an der Preisfront und liegen inzwischen unter dem Bundesdurchschnitt. Das hätte vor ein paar Jahren kein Mensch für möglich gehalten. Hauptursache ist der wachsende Kernenergieanteil.

Diese Entwicklung hat in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft besorgte Diskussionen über die Anziehungskraft des Raums auf Unternehmer ausgelöst. So schrieb kürzlich zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer zu Bochum von der „falschen landespolitischen Weichenstellung bei der Energiepolitik" und ihren „fatalen Auswirkungen". Weiter heißt es: „Wenn zudem Versorgungsunternehmen in anderen Bundesländern oder im Ausland gleichzeitig teilweise eine Konstanz der Strompreise ankündigen, ist es verständlich, daß sich rund 80 Prozent aller Industriebetriebe des mittleren Ruhrgebiets von dieser Entwicklung in ihrer nationalen wie internationalen Wettbewerbsfähigkeit zumindest beeinträchtigt sehen; jedes siebte Unternehmen betrachtet seine Wettbewerbsposition sogar als akut gefährdet."

Es paßt in dasselbe Verhaltensmuster, daß die schleswig-holsteinische SPD jetzt gegen die von Regierungschef Uwe Barschel (CDU) bewilligte Inbetriebnahme von Brokdorf zu Felde zieht. Es ist im übrigen die gleiche Frontstellung wie bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1979, die Gerhard Stoltenbergs Herausforderer Klaus Matthiesen zum Volksentscheid gegen Brokdorf hatte ummünzen wollen, allerdings vergeblich.

Im Grunde bedarf es also keiner parteioffiziellen Ausstiegsbeschlüsse der SPD mehr. Einige ihrer Vertreter handeln bereits seit Jahren so, als sei der Sofortausstieg beschlossene Sache – und nicht nur die vergleichsweise moderate Form einer Zehnjahresperspektive, auf die man sich im August in Nürnberg geeinigt hat.

In dem Energiebericht der Bundesregierung, den das Parlament morgen diskutiert, wird allerdings Ausstieg nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Er sei weder kurz- noch mittelfristig zu verantworten. Und langfristige Prognosen seien mit so großen Unsicherheiten belastet, daß man darauf heute noch keine wirtschaftspolitischen Entscheidungen stützen könne.

So besteht immerhin die Hoffnung, daß die zur Zeit im Bau befindlichen Kernkraftwerke in den nächsten Jahren zügig fertiggestellt werden können. Im Wahlkampf läßt sich aus diesem Streit übrigens kein Kapital schlagen. So haben die Grünen in Lingen bei der letzten Landtagswahl im Juni Stimmeneinbußen hinnehmen müssen. Lingen ist kein Einzelfall. Im symbolträchtigen Lüchow-Dannenberg (Gorleben) waren die Stimmeneinbußen für die sogenannte Umweltpartei noch empfindlicher.

Ein Tag, an dem die Worte ihre Bedeutung verloren

Ein Gipfel, der keiner ist, ein Handel, der keiner ist, ein Spion, der keiner ist – dieser 30. September 1986, Abschluß der Affäre Daniloff, könnte als Tag west-östlicher Sprachverwirrung in die Geschichte eingehen.

Von FRITZ WIRTH

Ein Tag in Washington. Die Meteorologen sagen, es sei der heißeste 30. September seit 30 Jahren: 93 Grad Fahrenheit, fast 34 Grad Celsius. Die Historiker werden von diesem Tag vielleicht einmal sagen, es sei der Tag gewesen, an dem eine spätsommerliche Frostperiode zwischen Washington und Moskau zu Ende ging. Leute, die keinen so weiten Horizont haben, werden sagen: Es war der Tag, an dem eine unaufgeräumte Welt noch unübersichtlicher wurde. Sie verstehen diese Welt nicht mehr, weil sie die Sprache der Politiker nicht mehr verstehen, die diese unaufgeräumte Welt regieren.

Die Schwierigkeiten, diesen Tag und seine Ereignisse zu begreifen, begannen am Morgen um fünf vor zehn im Magistratsgericht von Brooklyn in New York, als der Spion Gennadij Sacharow vor dem Richter Joseph McLaughlin erschien. Nach zwei Minuten verwirrender juristischer Manöver vergewisserte sich der Richter fürsorglich bei Sacharow, ob er verstehe, was hier vor sich gehe. Sacharow bejahte. Zwei Minuten später war er ein freier Mann. Mit fünfjähriger Bewährungsfrist nach Moskau entlassen.

Eine Minute danach erscheint Außenminister Shultz im stickigen, überfüllten Pressesaal des Weißen Hauses, um das Ergebnis seiner insgesamt 24stündigen Verhandlungen mit seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse zu enthüllen. „Daniloff is out", sagte er, und Gennadij Sacharow werde noch an diesem Nachmittag in die Sowjetunion zurückfliegen. Ob er dies einen Tauschhandel nenne, fragen ihn die Journalisten. Shultz mit Buddha-Miene: „Es gibt keinen Handel und Austausch zwischen Daniloff und Sacharow. Es gibt ein Arrangement."

Die Erfindung des „Vorgipfel-Gipfels"

Wenige Minuten später unterbricht Präsident Reagan die Vorstellung seines Außenministers und verkündet, daß er sich am übernächsten Samstag in Island mit Generalsekretär Gorbatschow treffen werde. Ob dies ein Gipfel sei, wollen die Journalisten wissen. „Nein, dies ist ein Vorbereitungstreffen", korrigiert Reagan.

Spätestens hier wird deutlich, daß die vertrauten Sprach-Schablonen an diesem 30. September plötzlich nicht mehr passen. Bisher war jede Begegnung der beiden wichtigsten Staatsmänner dieser Welt ein Gipfel. Seit heute jedoch gibt es „Vorgipfel-Gipfel". Preise für diese neue Wortschöpfung dürfen an Henry Kissinger vergeben werden. Der Wanderer zwischen Welten und Gipfeln prägte das Wort am späten Nachmittag mit sorgenzerfurchtem Gesicht.

Er hat deutliche Schwierigkeiten, mit diesem neuen Phänomen der Weltpolitik fertig zu werden. „Ich bin über diesen Vorgipfel-Gipfel in Island aufs äußerste besorgt und beunruhigt. Dieses Treffen ist zu eilig und zu schlecht vorbereitet arrangiert worden. Die Fragen, die auf diesem Vorgipfel diskutiert werden, sind zu komplex, um auf einem so kurzfristig angesetzten Treffen behandelt zu werden. Ich sehe die Möglichkeit, daß sich die Gespräche festfahren und am Ende den wirklichen Gipfel gefährden." Und dann mit einer entschuldigenden Verbeugung in Richtung Weißes Haus: „Ich kritisiere ungern diese Administration, die ich stets unterstützt habe."

Fliegender Wechsel auf dem Flughafen Dulles

Am Nachmittag verlagert sich die Szene dieser komplizierten Entwirrung einer Affäre auf den Flughafen Dulles bei Washington. Um vier Uhr gehört Gennadij Sacharow die Bühne. Er erscheint lächelnd, kühl und in Siegerpose. „Sind sie ein Spion?" fragen Journalisten. „Ich habe mir in den USA nichts zuschulden kommen lassen", erwidert Sacharow. „Sind Sie ein Spion?" beharren die Journalisten. „Nein", sagt Sacharow, „sie haben mir eine Falle gestellt." Er spielt seine Rolle, bis der Vorhang fällt. Um 16.21 Uhr hebt die „Aeroflot" von der Startbahn ab, mit einem Spion an Bord, für den das Wort Arrangement an diesem Tag eine neue Bedeutung bekam.

Um 16.43 Uhr landet auf dem gleichen Flughafen die „PanAm" aus Frankfurt mit Nicholas Daniloff an Bord. Er zeigt sich zum ersten Mal, seit er in sowjetischer Gefangenschaft zu einer öffentlichen Figur wurde, in festlicher Kleidung: dunkler Anzug, rot-weiß gestreiftes Hemd, bunte Krawatte, ein Strauß gelber Rosen im Arm. Seine Worte sind nachdenklicher, besonnener als jene, die er im ersten Triumphgefühl wiedergewonnener Freiheit gebrauchte.

Er spricht von der „emotionalen Tortur" seiner Haft und seiner 30stündigen Verhöre, und er spricht von seinem Land, in das er zurückkehrte, weil „in diesem Land das Schicksal jedes Einzelnen eine so große Rolle spielt". „Das ist der Grund, warum dies eine Nation so großer Individualisten ist."

Bevor Daniloff am Montag die Sowjetunion verließ, hatte er das Grab seines Ur-Ur-Großvaters Alexander Frolov besucht, der in Moskau begraben wurde. Er war 1825 zu 30 Jahren Exil in Sibirien wegen seiner Teilnahme am erfolglosen Aufstand gegen Zar Nikolaus I. verurteilt worden. „Ich hoffe, daß ich irgendwann nach Moskau zurückkehren kann, um weitere Blumen auf sein Grab zu legen", sagte Daniloff. Er hatte in Moskau ein Buch über seine russischen Vorfahren begonnen und drei Tage vor seiner Verhaftung die ersten vier Kapitel bei seinem Verleger abgeliefert. Er will in den nächsten Monaten dieses Buch beenden. Die Verleger drängen.

Kurze Zeit nach Daniloffs Ankunft in Washington gibt Tass ihre Version der Ereignisse des 30. September bekannt. Gennadij Sacharow, so schreibt die Agentur, sei heute „befreit" worden, während Nicholas Daniloff aus der Sowjetunion „hinausgeworfen" wurde.

Derweil haben zahlreiche amerikanische Journalisten begonnen, die Ereignisse dieses Tages auf ihren „High Noon"-Gehalt hin zu reduzieren. „Who blinked first", ist zur Standardfrage des 30. September geworden. Sie wollen den Sieger dieser Affäre wissen und herausfinden, wer in diesem diplomatischen Poker zuerst die Nerven verlor und nachgab.

Ronald Reagan hat zunächst keine Probleme, ihnen zu helfen: „They blinked." Später aber korrigiert er sich: „Kein Kommentar. Ich hätte das nicht sagen sollen." Eduard Schewardnadse ist vorsichtiger. Er will nicht frisch vernarbte Wunden aufreißen und entgegnet: „Es spielt hier keine Rolle, wer nachgegeben hat. Wichtig ist, daß wir eine Lösung fanden."

Armand Hammer, der Wanderer und Händler zwischen Ost und West, der sich selbst auch in die Lösung dieses Konflikts eingeschaltet hatte, beweist mit seiner Antwort, warum er zu einem so perfekten Seiltänzer zwischen den Ideologien wurde: „They both blinked", und er fügt dann eilig hinzu: „Sie haben zugleich aber auch beide gewonnen", was zeigt, daß auch die Logik an diesem heißen, schwülen späten Septembertag Schaden nahm. „Gorbatschow bekam, was er wollte, und Reagan bekam, was er wollte, und das Ergebnis ist gut für die ganze Welt." Hammer ist ein Meister der schlichten Formeln geblieben.

Der rechte Flügel spricht von einem „Freikauf"

Derweil regt sich Zorn auf dem rechten Flügel der Republikaner. Senator Wallop nennt den „Vorgipfel-Gipfel" von Island „das Lösegeld, das wir für den Freikauf der Geisel Daniloff zahlen mußten". Im Repräsentantenhaus dagegen gehen liberale Demokraten ans Mikrofon und preisen Ronald Reagan für sein Verhandlungsgeschick.

Das Beklemmende an diesem verwirrenden Tag: Die wohl wichtigste Figur dieses 30. September bleibt eine Nebenfigur dieser Affäre. Es ist Jurij Orlow, gefoltert, verurteilt und seit Jahren lebendig begraben in Sibirien. Weil er in seinem Lande nur ein wenig freier, unabhängiger und besser leben wollte. Es war viel von Freiheit die Rede an diesem 30. September in Washington. In zehn Tagen wird Jurij Orlow zum ersten Mal in seinem 62jährigen Leben ein freier Mann sein.

Er ist der stille und wahrscheinlich einzige Sieger an diesem seltsamen 30. September, an dem ein Gipfel kein Gipfel, ein Handel kein Handel und ein Spion kein Spion mehr war. Es waren 93 Grad Fahrenheit. Es muß bessere Gründe geben, die Unfähigkeit zu erklären, in dieser unaufgeräumten Welt die Dinge beim Namen zu nennen.





Vigdis Finnbogadottir ist Präsidentin von 240 000 Isländern, von denen die Hälfte in der Hauptstadt Reykjavik lebt. FOTOS. DPA

Am Polarkreis soll das Eis schmelzen

Island, die Insel im hohen Norden, wird für zwei Tage zum Zentrum der Weltpolitik. Der Wetterbericht prophezeit Reagan und Gorbatschow Kälte, Sturm und Finsternis.

Von REINER GATERMANN

Die Nachricht verbreitete sich wie ein Sturm über die baumlose und schafreiche Insel. Bald waren die Telefonleitungen zu Präsidentin Vigdis Finnbogadottir und Ministerpräsident Steingrimur Hermansson blockiert. Landsleute wollten ihnen mitteilen, wie überrascht, stolz und glücklich man über die Wahl war. Überrascht war auch die isländische Regierung. Sie war erst wenige Stunden, bevor das „Vorbereitungsgespräch" zwischen Reagan und Gorbatschow bekanntgegeben worden war, von der Standortwahl informiert worden.

Die meisten der 240 000 Isländer, das zeigten die ersten Reaktionen, sind hocherfreut – und besorgt. Für zwei Tage, am 11. und 12. Oktober, wird ihre Insel im Nordatlantik, unmittelbar unterhalb des Polarkreises, im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit stehen. In ihrer Hauptstadt Reykjavik wird Weltpolitik gemacht werden, wenn sich dort in einer Woche US-Präsident Ronald Reagan und KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres treffen werden. Die Isländer wissen nur noch gar nicht so recht, warum ihnen diese Ehre zuteil wird. Immerhin standen neben Reykjavik noch Genf, Wien und Hiroshima zur Auswahl. Sie waren jedenfalls von sowjetischer Seite vorgeschlagen worden. Aber der Mann aus dem Weißen Haus gab der kleinen, wilden und einsamen Insel im großen Ozean, fast genau in der Mitte zwischen Moskau und Washington gelegen, den Vorzug.

Wahrscheinlich hatten bei der Standortwahl auch die Außenminister der beiden Supermächte ihre Finger mit im Spiel. Rein zufällig machten sie im Herbst 1985 innerhalb einer Woche bei Flügen zwischen ihren beiden Hauptstädten in Reykjavik Zwischenstation, allerdings ohne sich zu treffen.

Ansonsten trat Island bisher nur zweimal bei großen internationalen Ereignissen als Gastgeber in den Vordergrund: Beim ersten Mal, als 1972 der Amerikaner Fischer und der Russe Spaski herauszufinden versuchten, wer der beste Schachspieler der Welt ist. Und 1973 wählten US-Präsident Nixon und sein französischer Kollege Pompidou die Insel als Treffpunkt.

In den Stolz mischt sich die Sorge der isländischen Organisatoren: „Wie sollen wir das bewältigen?" Denn da kommen nicht nur zwei Supermacht-Delegationen mit je 200 Mann und mit allem, was da an Sicherheit erforderlich ist. Da werden aber auch innerhalb weniger Stunden rund 1000 Journalisten aus allen Himmelsrichtungen über die nordatlantische Vulkaninsel, einst Trainingslager amerikanischer Astronauten, hereinfallen. Dabei hat die Hauptstadt, wenn sie alles mobilisiert, bestenfalls 1000 Betten aufzubieten.

Eine glückliche Mischung aus Tradition und Neuzeit

Gleichermaßen unüberwindbar scheint das Problem der internationalen Ätherverbindungen zu sein. „Wir werden für unsere anreisenden Kollegen unser Bestes tun", versichern die Techniker beim isländischen Rundfunk. Die Zweifel in ihrer Stimme sind jedoch nicht zu überhören. Gestern wußten sie jedenfalls noch nicht, über wieviel Kapazität sie überhaupt verfügen können.

Man läßt sich aber nicht irre machen. Die Isländer sind eine glückliche Mischung aus Kulturbewußtsein und Tradition einerseits sowie Aufgeschlossenheit der Umwelt und dem Neuen gegenüber andererseits. Kein Land in der Welt produziert pro Kopf der Bevölkerung mehr Bücher als Island, sowohl was die Zahl der Titel als auch die verkaufte Auflage anbetrifft. Musik und Theater, alt wie neu, sind gleichermaßen fest verwurzelt und gefragt. Ähnlich ist es in der Politik, in der einerseits die jahrhundertealte Thing-Tradition weiterlebt, andererseits aber seit 1983 die erste reine Frauenpartei der demokratischen Welt im Parlament vertreten ist.

Schließlich war Island im Juni 1980 das erste Land, das mit überwältigender Mehrheit einer Frau, der Theaterdirektorin von Reykjavik, das höchste Staatsamt anvertraute. 1980 hatte Vidgis Finngobadottir noch gegen männliche Konkurrenz anzutreten (darunter ein international bekannter Fußballer und späterer Finanzminister), vier Jahre später brauchte sie sich nicht einmal einer Neuwahl zu stellen, weil es keinen Gegenkandidaten gab. Bei der ersten Abstimmung, die sie sehr knapp gewann, war nicht so sehr die Tatsache hinderlich, daß sie eine Frau war, allerdings eine sehr gut aussehende und charmante, die im Abendkleid wie in Jeans gleichermaßen attraktiv war und ist. Bedenken wurden vielmehr dagegen geäußert, daß sie nicht verheiratet war, dennoch eine Tochter hatte, allerdings ein Adoptivkind.

Die Sowjets stört es bei diesem Gipfeltreffen nicht, daß Island Mitglied der NATO ist, eine starke amerikanische Garnison beherbergt und auf der Basis Keflavik neben Kampfflugzeugen auch fliegende Radarstationen stationiert sind. Rund 3100 Soldaten der US-Luftwaffe und -Marine sind dort ständig stationiert. Hinzu kommen 2500 Familienangehörige. Das Kernstück der Basis bildet die riesige Start- und Landebahn, die es auch den größten US-Transportern erlaubt, Island anzufliegen.

Diplomatisch sind die Sowjets auf der Insel genauso überrepräsentiert wie in der UNO. Ungefähr 80 Personen beschäftigen sie hier, etwa viermal soviel wie die Amerikaner. Inoffiziell monieren die Isländer dies auch hin und wieder, von konkreten Schritten sahen sie bisher jedoch ab. Andererseits sind auch die Zeiten vorbei, daß sie vor den Zäunen Keflaviks gegen die Anwesenheit der Amerikaner protestierten, einmal war auch die heutige Präsidentin dabei.

Allerdings ist die US-Basis jetzt eine Insel auf der Insel. Nur einmal pro Woche dürfen die Soldaten die zahlreichen Kneipen und Discos, „Hollywood" ist eine der größten Europas, in der eine Fahrstunde entfernten Hauptstadt besuchen, und ihre Fernsehsender wurden verkabelt, damit die Isländer sie nicht empfangen können und allzu leicht der Amerikanisierung verfallen.

Die USA ersetzen eine isländische Armee

Die Anwesenheit der Amerikaner erspart den Isländern jedoch die Aufstellung eigener Streitkräfte. Woher sollten sie die Soldaten auch nehmen, bei einer offiziellen Arbeitslosenquoten von 0,8 Prozent?

Ein anderes Scharmützel mit den USA liegt allerdings noch gar nicht so lange zurück. Vor ein paar Monaten drohten die Amerikaner mit einem Einfuhrverbot für isländischen Fisch. Ein Export, der für die Insel lebensnotwendig ist. Grund war die Weigerung der hartnäckigen Insulaner, den Walfischfang aus „wissenschaftlichen Gründen" aufzugeben. Inzwischen wurde auch dieser Konflikt beigelegt, ohne größere isländische Zugeständnisse.

Reagan und Gorbatschow haben sich – sieht man es meteorologisch – allerdings den denkbar ungünstigsten Termin und Standort ausgesucht. Laut Wetterbericht erwarten sie auf Island Temperaturen um null Grad, tiefe Wolken, Regen und starker Wind. Das bedeutet zu dieser Jahreszeit auch viel Dunkelheit.

Werbung in „Saar III" möglich

UR. Bonn

Mit dem jetzt vorgelegten Referentenentwurf für ein saarländisches Mediengesetz „wird ein rundfunkpolitischer Konsens aller Bundesländer unmöglich gemacht". Die CDU-Opposition fürchtet, daß die Landesregierung einer Einigung der Ministerpräsidenten auf einen Medienstaatsvertrag erhebliche Stolpersteine in den Weg gelegt hat. Werbung im dritten Programm des Saarländischen Rundfunks wird nach den Vorstellungen der SPD grundsätzlich möglich sein. Die Zulassung von Werbung in Hessen III ist seit Monaten ein wichtiger Grund für das Scheitern der Ministerpräsidenten-Gespräche über den Staatsvertrag.

CDU-Fraktionschef Schwarz glaubt, daß durch ein dem Entwurf entsprechendes Gesetz „die Veranstaltung privaten Rundfunks im Saarland unmöglich gemacht" würde. Der Anteil von Werbung soll bei den Privaten auf 20 Prozent begrenzt bleiben, der SR bekäme durch Werbung im dritten Programm weitere Einnahmequellen.

Der SPD-Entwurf beinhaltet, so Schwarz, eine „Anti-SZ-Klausel". Zeitungsverlage mit „marktbeherrschender Stellung" (wie die „Saarbrücker Zeitung") dürfen nach dem Entwurf nicht Alleinanbieter werden, sondern lediglich einen Anteil von 25 Prozent bei einer Anbietergemeinschaft einnehmen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Hessen kauft für 300 Millionen, wofür Schiesser eine Mark bezahlte

Land übernimmt NH-Regionalgesellschaft Südwest / Kabinettsbeschluß nach „Umfall" der Grünen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Die rot-grüne Landesregierung von Hessen hat in einer Kabinettssitzung am Dienstag beschlossen, die Regionalgesellschaft Südwest der Neuen Heimat für ein Finanzvolumen von 300 Millionen Mark in eigene Regie zu übernehmen. In dieser Summe sind nach den Worten des Sprechers im Finanzministerium, Peter Ochs, sowohl der noch festzusetzende Kaufpreis als auch eine für nötig befundene Kapitalerhöhung enthalten. Zur Beschaffung der Mittel solle in der nächsten Plenarsitzung des Landtags Anfang November ein Nachtragshaushalt 1986 eingebracht werden. Er könnte spätestens im Dezember verabschiedet werden.

Unklarheiten bis zuletzt

Über die Einzelheiten des Geschäftes hatte es bis zur letzten Minute Unklarheiten gegeben. So hatte Finanzminister Hans Krollmann (SPD) noch in der vergangenen Woche vor dem Landtag erklärt, die Südwest-Gesellschaft befinde sich bereits in den Händen der Gewerkschaftsholding BGAG und sei von dieser zum Kaufpreis von 300 Millionen Mark von der Neuen Heimat Hamburg erworben worden. Das Land Hessen werde sie seinerseits von der BGAG erwerben. Erst nachträglich war bekannt geworden, daß sich im 300-Millionen-Mark-Paket auch die beiden Regionalgesellschaften von Nordrhein-Westfalen befunden hätten, die der Regierung Rau zum Kauf angeboten worden sind.

Nach neuesten Berichten ist allerdings auch diese Darstellung falsch. Danach sind sowohl die hessische als auch die beiden nordrhein-westfälischen Gesellschaften mit dem Verkauf der Neuen Heimat für den symbolischen Preis von einer Mark in das Eigentum des Brotfabrikanten Horst Schiesser übergegangen (WELT vom 1. 10.). Indessen soll vorgesehen sein, daß die DGB-Holding diese Gesellschaften „bis zu einer gewissen Frist" für den Preis von 300 Millionen Mark von Schiesser zurückerwirbt.

Diese Version hat der Leiter der Abteilung Landesvermögen im hessischen Finanzministerium, Hanns-Detlef von Uckro, gestern gegenüber der WELT ausdrücklich bestätigt. Das Land Hessen habe „nach wie vor" die Absicht, die Regionalgesellschaft Südwest von der Gewerkschaftsholding, und nicht von Schiesser zu erwerben. Die Option der BGAG zum Rückerwerb dieser Gesellschaft aus den Händen Schiessers sei bis zum 31. Dezember befristet.

Zum Kaufpreis meinte von Uckro, die mehrfach in der Öffentlichkeit genannten 300 Millionen würden nur für die Südwest-Gesellschaft berechnet. Die beiden nordrhein-westfälischen Regionalgesellschaften hätten einen „symbolischen Preis von einer Mark". Diese Angabe steht in krassem Widerspruch zu den Preisvorstellungen für diese beiden Gesellschaften, die in den Kaufverhandlungen zwischen der NH und der Landesregierung Nordrhein-Westfalens genannt worden waren. Danach hatten die Gewerkschaftsvertreter von der Regierung Rau 2,8 Milliarden Mark für die 43 000 NH-Wohnungen in diesem Bundesland verlangt. Rau seinerseits war bereit, „höchstens" 2,1 Milliarden zu zahlen.

„Solide Geschäftspolitik"

Nach den Worten von Uckros habe die Regionalgesellschaft Südwest eine „recht vernünftige, solide Geschäftspolitik" betrieben, so daß sich ein höherer Handelswert für ihre Wohnungen rechtfertige als für die der anderen Regionalgesellschaften. Für eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit gebe es keine Voraussetzungen. Insgesamt gehörten zum Bestand 29 865 Wohnungen im Eigenbesitz und 18 073 Wohnungen in der Verwaltung der Gesellschaft.

Der Kabinettsbeschluß zur Übernahme der Neuen Heimat Südwest in das Eigentum des Landes Hessen war erst durch den „Umfall" der Grünen ermöglicht worden, die noch in der vergangenen Woche erklärt hatten, die Übernahmebedingungen müßten gründlich geprüft werden. Gleichzeitig hatten sie Vorbehalte gegen den Kaufpreis und eine erneute Kapitalbeteiligung der Gewerkschaftsholding angemeldet.

Ja, das hört sich alles ein bißchen komisch an

Der Neue-Heimat-Käufer Horst Schiesser besitzt offenbar noch keinerlei Rückversicherung des Stillhaltens der Neue-Heimat-Gläubigerbanken. Er „vermutet" lediglich deren Bereitschaft, ihn in seinem Sanierungsvorhaben zu unterstützen. Dies geht aus dem Gespräch hervor, das Ralph Lorenz gestern mit dem Berliner Brotfabrikanten in Hamburg führte.

Sie kaufen für eine Mark die Neue Heimat und verkaufen für dreihundert Millionen Mark die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen und Hessen. Das klingt alles wie im Märchen und so, als würde sich die Neue Heimat am Schopf aus dem Sumpf ziehen!

Schiesser: Ja, das hört sich alles ein bißchen komisch an. Das ist eben das Rechenwerk eines Konzerns, in dem innerhalb der Konzerngruppe sehr viele Verrechnungen stattfinden. Und sie können gar nicht eine einzelne Gesellschaft herausnehmen, sondern müssen den Konzern als ganzes sehen.

Trotzdem klingt das, mit Verlaub gesagt, recht merkwürdig!

Schiesser: Es kommen natürlich unmögliche Werte pro Gebäude raus, das kann man kaufmännisch garnicht so darstellen. Das ist ein Rechenwerk!

Aber nochmals zurück zu den Wohnungen in Nordrhein-Westfalen und Hessen: Was geschieht mit diesen?

Schiesser: Das habe ich ja eben schon beantwortet: Diese Wohnungen sind mit an uns verkauft worden, sind aber auch schon wieder an die BGAG verkauft.

Sie gestatten die despektierliche Frage: Weshalb will ein Bäckermeister ausgerechnet mit 260 000 Wohnungen seine Brötchen verdienen.

Schiesser: Ein Geschäft, das man kauft, muß ja nicht unbedingt dem erlernten Beruf entsprechen. Im übrigen habe ich meinen Berufsbereich 30 Jahre lang ausgeübt, abgeschlossen und an eine andere Führung abgegeben. Insofern habe ich meine Kapazität für neue Aufgaben zur Verfügung – eine davon ist eben die Neue Heimat.

Herr Havenstein, ihr Manager, sagt, die Gemeinnützigkeit sei der Geist des Vertrages zwischen Ihnen und der Gewerkschaftsholding BGAG. Was geschieht eigentlich, wenn sie weiterverkaufen?

Schiesser: Wir haben uns ja dazu verpflichtet, daß die Gemeinnützigkeit in keiner Weise unterbrochen wird. Die Präambel sagt das ja aus.

Ja sicher, Sie haben sich verpflichtet. Aber ist der Käufer, der von Ihnen Wohnungen abnimmt genauso verpflichtet? Das ist der springende Punkt.

Schiesser: Selbstverständlich, das ist doch gesetzlich alles vorgeschrieben.

Gibt es in diesem Vertrag mit der Gewerkschaftsholding auflösende Klauseln?

Schiesser: Es gibt keine auflösende Klauseln.

Es soll aber in der Aufsichtsratssitzung der zu diesem Zeitpunkt noch gewerkschaftseigenen Neuen Heimat einen Vorgang gegeben haben, der zu solch einer wie auch immer gearteten Klausel geführt haben soll!

Schiesser: Ich weiß von keiner Klausel.

Platzt der Vertrag zwischen Ihnen und der Gewerkschaftsholding, wenn die Gemeinnützigkeit aberkannt werden sollte.

Schiesser: Nein.

Der Hamburger Bausenator Wagner meldet Bedenken an gegen den zwischen Ihnen und der Gewerkschafts-Holding getroffenen Vertrag. Können Sie sich vorstellen, welcher Art diese Bedenken sind?

Schiesser: Nein.

Welche Unterstützung erwarten Sie vom Bonner Wohnungsbauministerium:

Schiesser: Zunächst mal konstruktive Mitarbeit. Das ist das Wesentliche. Und daß natürlich diese Abwehrhaltung der Politiker aufhört.

Haben Sie die Gläubigerbanken hinter sich?

Schiesser: Ich hoffe ja. Und ich vermute auch, daß die hinter uns stehen.

Sie haben gehört, daß die Düsseldorfer Bank Trinkaus & Burkhardt einen Neue-Heimat-Kredit über 20 Millionen Mark gekündigt hat?

Schiesser: Das haben wir noch nicht gehört.

Horst Schiesser FOTO: S. HEINKOW

Abwartende Haltung in Düsseldorf

„Keine Hilfe für Neue Heimat, solange Kaufverträge unbekannt sind" / CDU beantragt Sondersitzung

HELMUT BREUER, Düsseldorf

„Ein verantwortliches staatliches Handeln ist zur Zeit nicht möglich." Auf diese bereits vor einer Woche getroffene lakonische Feststellung des nordrhein-westfälischen Städtebauministers Christoph Zöpel (SPD) wurde gestern jedermann verwiesen, der von der Düsseldorfer Landesregierung eine Stellungnahme zu den jüngsten Entwicklungen im Fall des Wohnungsbauunternehmens Neue Heimat erwartete. Am Vorabend hatten schließlich die Genossen der Gewerkschaft erneut sowohl den zuständigen Fachminister Zöpel als auch das gesamte Kabinett des SPD-Kanzlerkandidaten Rau mit der Feststellung düpiert, entgegen der öffentlichen Erklärungen des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit seien auch die 43 000 Sozialwohnungen der Neuen Heimat an Rhein und Ruhr längst an den Berliner Brotfabrikanten Schiesser verkauft worden.

Vorsprung der Journalisten

Die Journalisten, die mit dieser Nachricht das verdutzte Kabinett Rau informierten, hatten auch gestern wieder einen Informationsvorsprung vor der ratlos wirkenden nordrhein-westfälischen Landesregierung. Sie wußten nämlich nach der Pressekonferenz Schiessers in Hamburg, daß die BGAG inzwischen von Schiesser für 300 Millionen Mark die NH-Wohnungen in Hessen und NRW habe zurückkaufen müssen. „Der Bäcker hat für eine Mark also 263 000 Wohnungen bekommen und davon 73 000 an die früheren Eigentümer zurückverkauft – für 300 Millionen! Das kann ich selbst meiner Frau nicht mehr klarmachen, geschweige denn den Wählern", sagte ein ratloser SPD-Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag, der offenkundig jeden Durchblick in das wohl ungewöhnlichste Geschäft der Nachkriegszeit verloren hatte.

In dieser auch von den Düsseldorfer Regierungsexperten kaum noch überschaubaren Situation, wer nun juristisch, wirtschaftlich oder tatsächlich zur Zeit rechtmäßiger Eigentümer der NH-Wohnungen an Rhein und Ruhr ist, wurde gestern nur deutlich, daß die Regierung Rau im Gegensatz zur hessischen Landesregierung zu keiner Hilfe oder Vermittlung zugunsten der Neuen Heimat mehr bereit ist, „solange der Inhalt der Kaufverträge in Düsseldorf unbekannt ist", wie Zöpels Pressesprecher Gerd Seltmann gestern sagte. Sein Chef hatte am Morgen aufgrund der Zeitungsmeldungen ein frostiges Fernschreiben an den BGAG-Vorsitzenden Lappas geschickt, in dem eine „unverzügliche und kurzfristige Klarstellung" der jüngsten Informationen gefordert wurde.

„Nichts hinzuzufügen"

Danach war Zöpel zu einer Wahlkampfreise nach Ostwestfalen aufgebrochen. Und die Staatskanzlei Rau ließ lediglich verlauten, der Ministerpräsident habe seiner letzten öffentlichen Erklärung zu diesem Thema nichts hinzuzufügen. Dabei hatte Rau vor einigen Tagen lediglich erklärt, er fühle sich vom Deutschen Gewerkschaftbund „düpiert".

Inzwischen hat die CDU-Landtagsfraktion eine Sondersitzung des Landesparlaments in Düsseldorf beantragt, das sich in der kommende Woche mit dem Fall der Neuen Heimat beschäftigen muß. Die FDP-Fraktion forderte neben einer Regierungserklärung auch, wegen der Verstöße der NH-Eigentümer gegen das Betriebsverfassungsgesetz die Verantwortlichen „persönlich zur Rechenschaft" zu ziehen. Schließlich müsse jeder Unternehmer, der sich so wie der DGB verhalte, mit hohen Bußgeldern rechnen.

Streit um den Kampf gegen Drogen

E.N. Bonn

Gemeinsam mit den Grünen und den Kommunisten haben sich die Sozialisten im Europäischen Parlament für eine „Legalisierung der Drogen im Hinblick auf die Ausmerzung des Schwarzhandels" eingesetzt. Die „liberale" niederländische Drogenpolitik soll auch für die Bundesrepublik Deutschland rechtsverbindlich werden.

Auf diesen Umstand machte der Obmann der EVP-Fraktion im „Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments zum Drogenproblem in der Europäischen Gemeinschaft", der Abgeordnete Elmar Brok, gestern in Bonn bei der Vorlage eines Berichts dieses Ausschusses aufmerksam. In dem von Grünen, Kommunisten und Sozialisten abgegebenen Minderheitenvotum zum Bericht heißt es: „Anstelle Drogen schlechthin zu bekämpfen, sollte die Priorität darin bestehen, eine Normalisierung im gesellschaftlichen Umgang mit Drogen anzustreben." Ersatzkulturen für den landwirtschaftlichen Anbau von Drogenpflanzen sind nach Auffassung der Unterzeichner des Minderheitenvotums nur dann zu unterstützen, wenn sie „ethisch zu verantworten" sind. Nach Ansicht von Brok zielt dieser Text „in letzter Konsequenz auf den Weg der völligen Freigabe aller Drogen einschließlich von Heroin und Kokain".

Im Mehrheitsbericht des EG-Parlaments zum Drogenproblem wird unter anderem gefordert, daß die Europäische Gemeinschaft den „Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (UNFDAC)" mit einer neuen „Haushaltslinie" finanzieren soll.

„Rau nutzt nicht die goldene Brücke"

breu, Düsseldorf

Die „Aktion Volksbegehren zur Stillegung aller Atomanlagen" will beim Verfassungsgerichtshof in Münster gegen die Ablehnung ihres Antrags durch die nordrhein-westfälische Landesregierung klagen. In einer ersten Stellungnahme bedauerten die Antragsteller, daß der SPD-Kanzlerkandidat Rau „die goldene Brücke nicht betreten will, die ihm weit über 100 000 Bürger gebaut haben". Die Jungsozialisten wollen sich allerdings an einer Klage nicht beteiligen. Die durch Rechtsanwalt Schily beratenen nordrhein-westfälischen Grünen hatten das Volksbegehren beantragt, weil nach dem Bundesatomgesetz die Länder in diesen Fragen keine Kompetenz haben. Die zum Ärger der SPD auch von den Jungsozialisten unterstützten Antragsteller hatten mit der These operiert, ihre Initiative biete Rau die Möglichkeit, seine Forderungen nach Umstieg in der Kernenergiepolitik dort zu verwirklichen, wo seine Partei die Mehrheit stelle. Innenminister Schnoor betonte in Düsseldorf, das Kabinett habe ausschließlich aus rechtlichen Gründen das Volksbegehren abgewiesen.

Windelen: Neues Ost-West-Treffen kommt auch den Deutschen zugute

„Bundesrepublik beteiligt sich finanziell an Werra-Entsalzung" / WELT-Gespräch

Das neue Ost-West-Treffen kommt auch den deutsch-deutschen Beziehungen zugute. Das erklärte der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, der WELT. Zwei Abkommen sind bereits unterschriftsreif. Mit Windelen sprach Diethart Goos.

Was bringt das neue Treffen Reagan/Gorbatschow für die Menschen im geteilten Deutschland?

Windelen: Die innerdeutschen Beziehungen sind natürlich eingebettet in die Ost-West-Beziehungen. Jede Verbesserung in diesem Bereich kommt uns zugute.

Wichtige neue Abkommen stehen kurz vor der Unterzeichnung. Was bringt der Umweltvertrag?

Windelen: Es ist ein Rahmenabkommen, das mit Einzelmaßnahmen ausgefüllt werden muß. Es geht um Informations- und Erfahrungsaustausch sowie um grenzüberschreitende Zusammenarbeitet. Denn Umweltbelastungen machen vor Stacheldraht und Mauer nicht Halt.

Wird durch das Abkommen sichergestellt, daß Einrichtungen wie das Umweltbundesamt in West-Berlin und die entsprechende Behörde drüben ihr Fachwissen austauschen?

Windelen: Das ist eine bindende Voraussetzung für den Abschluß des Abkommens. Schwierigkeiten in dieser Frage hatten bisher eine Unterzeichnung verzögert. Nach dem Abschluß des Abkommens über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Moskau sollten diese Probleme überwunden sein. Wir werden auf die Einbringung des Sachverstandes des Umweltbundesamtes in Berlin-West nicht verzichten.

Können akute Umweltbelastungen, für die Ost-Berlin verantwortlich ist, bald verringert werden?

Windelen: Selbstverständlich. Das ist der Sinn eines solchen Abkommens. Wir wollen, daß es bei den Umweltbelastungen auf breiter Basis zur Entlastung von Mensch und Natur kommt. Daher setzen wir große Erwartungen auf dieses Abkommen.

Umweltschutz ist sehr teuer. Wird die Bundesrepublik Deutschland der „DDR" bei technischer und finanzieller Bewältigung ihrer großen Umweltprobleme behilflich sein?

Windelen: Sie sagen mit Recht, daß Umweltschutz teuer ist, sehr erhebliche Aufwendungen erfordert. Wir haben große Mühe, diese Beträge für Schutzmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland aufzubringen. Daher sind wir nicht in der Lage, auch noch Umweltschutzmaßnahmen für die DDR zu finanzieren. Dennoch wird es Möglichkeiten der Kooperation geben, besonders dort, wo von DDR-Umweltbelastungen Bürger der Bundesrepublik und Berliner unmittelbar betroffen sind.

Gilt das auch für die Werra-Entsalzung?

Windelen: Darüber wird seit längerer Zeit verhandelt. Der Bund und die betroffenen Bundesländer sind bereit, finanzielle Beiträge für die Werra-Entsalzung zu leisten, obschon die Verursacher ausschließlich in der DDR ansässig sind.

Kommt auch das Abkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit bald unter Dach und Fach?

Windelen: Auch hier sind die Verhandlungen über den Vertragstext weitgehend abgeschlossen. Und auch hier geht es um die volle, rechtliche und tatsächliche Einbeziehung Berlins.

Was folgt, wenn diese beiden Abkommen unterschrieben sind?

Windelen: Mit Ausnahme des Rechtshilfeabkommens sind dann die wesentlichen Folgeabkommen des Grundlagenvertrages unter Dach und Fach. Wichtig wären noch Vereinbarungen über Reaktorsicherheit und Strahlenschutz mit dem notwendigen Informationsaustausch. Außerdem wünschen wir Verbesserungen im Reise- und Besucherverkehr. Denn damit wird das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen weiter gestärkt. Es geht außerdem um die Öffnung weiterer Übergänge an der innerdeutschen Grenze und die Ausweitung des Jugendreiseverkehrs. Auch der völlig unzureichende Sportleraustausch muß verbessert werden.

Hat die Bundesregierung der „DDR" politische und finanzielle Zusagen als Gegenleistung zur der Asylantenregelung gemacht?

Windelen: Nein, die gibt es nicht und kann es auch nicht geben. Es wäre unvertretbar, wenn wir die Zurücknahme von Schikanen auch noch honorieren würden. Aber natürlich erleichtert die Beseitigung von Störfaktoren die Regelung gemeinsam interessierender Fragen.

„Der Kreml hat mir nichts mitgeteilt"

A. CHRISTENSEN, Moskau

Irina Orlow wollte es zunächst nicht glauben, daß ihr nach Sibirien verbannter Ehemann, der Wissenschaftler und Bürgerrechtler Juri Orlow, in Kürze freigelassen werde und mit ihr ins Ausland reisen könne. Sie war sich erst sicher, nachdem sie gestern eine kurze Notiz in der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" gelesen hatte. US-Außenminister George Shultz hatte am Abend zuvor in Washington mitgeteilt, daß der 62jährige Orlow im Zusammenhang mit der Daniloff-Affäre von den sowjetischen Behörden freigelassen und am 7. Oktober in die USA ausreisen werde.

„Ich hatte nicht einmal Sekt in der Wohnung. Ich weiß nicht, wo ich hinfahren werde, wie ich reisen werde und wer das Flugticket bezahlen wird", sagte Frau Orlow – immer noch aufgeregt – gestern in einem Telefongespräch. „Alles, was ich weiß, habe ich von amerikanischer Seite erfahren, die sowjetische Regierung hat mir nichts mitgeteilt." Sie lebt in einem Appartement in einem großen Wohnkomplex für Mitglieder der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften am Rande Moskaus.

Bis zu seiner Festnahme 1977 hatte Orlow die „Helsinki-Gruppe" sowjetischer Bürgerrechtler geleitet. Der Russe erhält jetzt auch den erstmals verliehenen Carter-Menil-Menschenrechtspreis. Das wurde in den USA am selben Tag bekanntgeben, an dem seine Übersiedlung in den Westen angekündigt wurde. Orlow teilt sich den mit 100 000 Dollar (rund 200 000 Mark) dotierten Preis mit einer Menschenrechtsorganisation. (dpa/UPI)



Vor der Leidenszeit: Juri Orlow und seine Frau 1976 in ihrer Moskauer Wohnung FOTO: PAL JÖRGENSEN

In all den Jahren ließ Orlow sich nicht beugen

Neun Jahre Haft und Verbannung / Dissidenten auf Vorrat?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Mit dem 62jährigen Juri Orlow kommt der nach Andrej Sacharow prominenteste sowjetische Bürgerrechtler und Dissident nach vielen Jahren der Haft und Verbannung endlich frei. Orlow, ein anerkannter Physiker von Beruf, wurde 1978 als Begründer der Moskauer „Helsinki-Gruppe" zu sieben Jahren Straflager und fünf Jahren Verbannung verurteilt. Zuletzt lebte er als Zwangsverschickter unter primitiven Umständen in Jakutien. Der schwerkranke Akademiker mußte hier Dienst als Nachtwächter versehen. Seine Strafzeit wäre im Dezember 1988 abgelaufen. Es gab bereits Befürchtungen, Orlow werde wegen seiner angeschlagenen Gesundheit den Tag der Freiheit womöglich nicht mehr erleben.

Orlow ist seiner Nationalität nach Russe und Sohn eines „proletarischen" Vaters. Als junger Mann trat in die KPdSU ein und war am Ende des Zweiten Weltkriegs Soldat an der ukrainischen Front. Nach dem Kriege studierte er Physik. Er wurde sogar als Berater für die sowjetischen Abrüstungsverhandlungen mit den USA 1955 herangezogen und von der Akademie der Wissenschaften der Sowjetrepublik Armenien als korrespondierendes Mitglied aufgenommen. Die Akademie schloß ihn allerdings sofort aus, als er sich als Dissident und Regimekritiker erwies.

Als Orlow 1956 während der „Entstalinisierung" eine liberalere Linie innerhalb der KPdSU forderte und in diesem Sinne auf einer Parteiversammlung auftrat, wurde er sofort aus der Partei ausgeschlossen. Weithin bekannt aber wurde er nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte durch die europäischen Staaten, die in der finnischen Hauptstadt erfolgte. Denn im Jahr darauf gründete Orlow die Moskauer Helsinki-Gruppe, die sich zum Ziel setzte, die Einhaltung vor allem der KSZE-Menschenrechtsbestimmungen in der Sowjetunion zu überwachen. Der Moskauer Gruppe folgten andere Gruppen in mehreren Städten der Sowjetunion. Bereits damals wurde Orlow von sowjetischen Sicherheitsleuten mit den Worten gewarnt: „Falls Ihre illegale Gruppe fortfährt, die friedliebenden Absichten der Sowjetunion in Zweifel zu ziehen, werden gerichtliche Schritte gegen sie eingeleitet."

Damit war klar, daß die sowjetischen Behörden die Helsinki-Organisationen nicht nur als „illegal" betrachteten – trotz der unter die KSZE-Schlußakte gesetzten Unterschrift der Sowjetregierung – sondern darüber hinaus auch jede Kritik an der Sowjetmacht „gerichtlich" ahnden würden. Inzwischen sind alle seinerzeitigen Mitglieder der damaligen sowjetischen Helsinki-Gruppen entweder emigriert oder befinden sich in Haft. Am 10. Februar 1977 wurde Orlow verhaftet und nach über einjähriger Untersuchungshaft am 18. Mai 1978 verurteilt. Im Konzentrationslager, in das er eingeliefert wurde, behandelte man ihn besonders schlecht und ließ ihn durch Kriminelle terrorisieren und mißhandeln.

Trotz angegriffener Gesundheit aber hat sich Orlow nicht brechen lassen. Aus der Verbannung, die auf seine Lagerhaft folgte, gelang es ihm, ein Manuskript in den Westen zu schmuggeln, in welchem er die Frage stellt, ob ein „nicht-totalitärer Sozialismus" möglich sei. Die Antwort des russischen Dissidenten: Ein klares Nein.

Der „Freikauf" Orlows – so erfreulich er ist – darf allerdings zweierlei nicht vergessen lassen: Erstens gibt es außer Andrej Sacharow noch zahlreiche andere russische Bürgerrechtler, die von der Sowjetmacht in Verbannung oder Haft gehalten werden – etwa Anatoli Martschenko oder der Psychiater Anatoli Korjagin, um nur zwei Namen zu nennen. Zweitens verstärkt sich der Eindruck, daß die Sowjets ihre Dissidenten auf „Vorrat" verurteilen, um sie später gegen Spione austauschen zu können.

Reagan bat den Kanzler um Anregungen

Co. Bonn

Die Bundesregierung ist daran interessiert, daß auf dem „Vorbereitungsgipfel" in Reykjavik konkrete Fortschritte bei der Abrüstung, besonders im Bereich der Mittelstreckenwaffen größerer und kürzerer Reichweite, erzielt werden. Darauf wird Bundeskanzler Helmut Kohl in den nächsten Tagen in einem Brief an Präsident Ronald Reagan hinweisen.

Reagan hatte Kohl in der Nacht zum Dienstag vorab über seine am 11. und 12. Oktober geplante Begegnung mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow unterrichtet und um Anregungen für das Treffen gebeten. Im Kanzleramt wurde dies als eine besondere Geste freundschaftlicher Verbundenheit bewertet. Kohl will dem Präsidenten nach vorliegenden Informationen vor allem folgende drei Punkte als wünschenswert ans Herz legen:

1. Fortschritte bei der Reduzierung der Mittelstreckenraketen;
2. eine möglichst baldige Einigung über ein weltweites Verbot der chemischen Waffen;
3. konkrete Vereinbarungen über die Verifikation als Mittel, um Fortschritte auch in anderen Bereichen zu erzielen.

Für die Mittelstrecken-Verhandlungen wird der Kanzler dem Präsidenten den Wunsch übermitteln, daß in einem Zwischenabkommen die Absicht verankert wird, unverzüglich die Verhandlungen über Raketen kürzerer Reichweite fortzusetzen. Dieses Konzept war am Dienstag von Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Verteidigungsminister Manfred Wörner festgelegt worden. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger stimmte dem gestern in einem „Positionspapier" ausdrücklich zu. Bonns Ziel müsse es sein, auch Mittelstreckensysteme mit einer Reichweite von 150 bis 500 Kilometer auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu bringen.

CSU-Chef Franz Josef Strauß bezeichnete den Gipfel von Reykjavik als eine Bestätigung der „Richtigkeit unserer – nicht zuletzt meiner – außenpolitischen Vorstellungen". Oberstes deutsches Interesse wäre es, „den Sowjets klarzumachen, daß ihre Deutschlandpolitik auf einer falschen Grundlage steht, daß ihre fortgersetzte Verweigerung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes für Deutschland als angebliche Folge des Zweiten Weltkrieges ein schwerer historischer Fehler ist". Man sei aber wohl noch nicht so weit, daß dieses Thema gründlich behandelt werden könne.

Der deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Büchler, forderte Kohl auf, die „deutschen Sonderinteressen" gegenüber Reagan „selbstbewußt und energisch zu vertreten". Vor allem müsse Moskau zu größerem Entgegenkommen in den deutsch-deutschen Fragen gedrängt werden. Diese Thematik wird nach der Einschätzung von Experten allerdings nicht auf der Tagesordnung des Gipfels in Reykjavik stehen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher meinte, eine Verbesserung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses und Abrüstungsfortschritte würden „natürlich auch das deutsch-deutsche Verhältnis im positiven Sinne beeinflussen".

‚So lange gefeuert, bis die Person verschwand'

Aufgrund der Ermittlungen anläßlich des Todes des Bürgers der Bundesrepublik Deutschland Johann Dick sind die zuständigen tschechoslowakischen Behörden zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Den mit der Aufklärung des Zwischenfalles an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze befaßten deutschen Behörden – Außenamt, Innenministerium und bayerischen Dienststellen – liegt jetzt der Text der von Prag gegebenen Darstellung schriftlich vor. Durch Schüsse der CSSR-Grenztruppen war der pensionierte Bundeswehr-Oberstleutnant Johann Dick getötet worden. In ihrer Darstellung bleiben die CSSR-Behörden bei der Behauptung, man habe nicht gezielt auf Dick – der nahe der Grenze auf einer Wanderung war – geschossen. Er sei zufällig getroffen worden, als man die Flucht zweier Polen aus der CSSR nach Deutschland habe vereiteln wollen. Der Grenzbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland hatte schon im Gespräch mit seinem tschechoslowakischen Kollegen vergangene Woche (WELT v. 26.9.86) die Zweifel an der tschechoslowakischen Darstellung hervorgehoben und bedauert, „daß die Kernfrage offen geblieben ist", wieso überhaupt von der CSSR aus auf deutsches Gebiet geschossen wurde und wie der tatsächliche Tathergang bei dem Zwischenfall am 18. September gewesen ist. Sicherheitskreise verwiesen darauf, daß „sich das gesamte Erklärungsgebäude, das die CSSR aufbaut, immer nur darauf stützt, was bei uns schon bekannt ist." Neue Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben. Am 24. September hatte der CSSR-Grenzbevollmächtigte die Übersendung des endgültigen Obduktionsberichtes aus Pilsen innerhalb von zehn Tagen angekündigt. Der Bericht des CSSR-Grenzbevollmächtigten hat in der von der deutschen Botschaft in Prag erstellten Übersetzung folgenden Wortlaut:

Als am 18. 9. 1986 gegen 12.15 Uhr Erkenntnisse vorlagen, daß zwei unbekannte Personen die tschechoslowakische Staatsgrenze gesetzwidrig in Richtung BRD zu überschreiten versuchten, wurde im Raum südwestlich der Gemeinde Broumov in einem Waldabschnitt in Übereinstimmung mit den tschechoslowakischen Vorschriften eine Grenzfahndungsaktion zur Festnahme der Grenzverletzer eingeleitet.

Bei der Fahndungsaktion wurden folgende Grenzwachen eingesetzt: eine Alarmwache mit Fahndungshund, zwei Gruppen von Angehörigen der Grenzwache, insgesamt 39 Mann, die zum Abfangen der Grenzverletzer in einer Entfernung von 300–400 m zur Staatsgrenze im Terrain disloziert wurden.

Im Verlauf der Grenzfahndung wurde um 12.36 Uhr von der Alarmwache ungefähr im Raum des Planquadrats 726-80 einer der Grenzverletzer, ein Bürger der Volksrepublik Polen namens Andrzej Gwizdon, geb. am 19. 5. 1967, gefaßt, der zweite Grenzverletzer drang weiter in Richtung Staatsgrenze vor.

Im Hinblick darauf, daß es dem zweiten Grenzverletzer gelang, den durch die Angehörigen der Grenzwache blockierten Raum zu durchdringen, beschlossen die leitenden Organe der Grenzfahndung, einen Teil der militärischen Kräfte zur Durchsuchung des Gebiets in Richtung zur Staatsgrenze einzusetzen.

Beim Vorrücken zur Staatsgrenze wurde in einer Entfernung von etwa 80–100 m von ihr von den Angehörigen der Grenzwache eine Person erblickt, die in Richtung zur Staatsgrenze floh. In Übereinstimmung mit den tschechoslowakischen Vorschriften über den Vollzug des Dienstes an der Staatsgrenze forderten Angehörige der Grenzwache die Person auf, stehenzubleiben. Da die Aufforderung nicht befolgt wurde, wurden einige Warnschüsse in die Luft gefeuert. Da die Person auch nach dieser Aufforderung nicht stehenblieb, wurde zu ihrer Festnahme gezielt geschossen.

Gegen diese Person wurde so lange gefeuert, bis sie in einer Entfernung von ungefähr 150–200 m von den eingreifenden Angehörigen der Grenzwache in dichtem unübersichtlichen Baumbestand verschwand.

Der Leiter dieser Aktion nahm an, daß es dem Grenzverletzer wahrscheinlich gelungen sei, über die Staatsgrenze in die BRD einzudringen. Aus diesem Grund gab er den Befehl zum Rückzug der Angehörigen der Grenzwache, die im anliegenden Gebiet verstreut waren.

Aus der Aussage eines Angehörigen der Grenzwache geht hervor, daß er beim Vorrücken entlang der Staatsgrenze im Raum einer Schneise, die von der tschechoslowakischen Staatsgrenze auf das Gebiet der BRD führt, hörte, daß nach Hilfe gerufen wurde. Der Angehörige der Grenzwache war überzeugt, daß es sich um den verwundeten verfolgten Grenzverletzer handelte. Deshalb begab er sich unverzüglich zu der Stelle, von wo gerufen wurde, wo er ca. 50 m von der Staatsgrenze einen liegenden Mann fand.

Nach Feststellung, daß die Person eine Schußverletzung hatte und daß er selbst dem Verletzten keine wirksame Hilfe leisten konnte, beschloß er entsprechend den geltenden Vorschriften, diese mit einer in die Luft abgegebenen Salve aus seiner Maschinenpistole herbeizuholen.

Kurz darauf traf im angegebenen Raum eine Gruppe von vier Angehörigen der Grenzwache ein, die dem Verletzten erste Hilfe durch Verbinden der Wunde leistete. Sie brachte ihn auf das Gebiet der CSSR und stellte seinen sofortigen Transport ins Krankenhaus Tachov sicher.

Erst im Verlauf weiterer Ermittlungen wurde festgestellt, daß der Verwundete nicht der Grenzverletzer war, nach dem man gefahndet hatte, sondern der Bürger der BRD Johann Dick, der sich zu dieser Zeit offensichtlich in der Nähe der Staatsgrenze bewegt hatte.

Der zur Ermittlung herbeigerufene gerichtliche Sachverständige aus dem Bereich der Ballistik, Antonin Kluc, drückte in einem Experten-Gutachten die Möglichkeit aus, daß beim Schießen gegen den Grenzverletzer auf tschechoslowakischem Gebiet, das aus dem Laufen, ungezielt und mit erheblicher Streuung erfolgte, ein Teil der Projektile auf das Gebiet der BRD gelangt sein und die gefundene Person verletzt haben könnte.

Zu dem angegebenen bedauerlichen Vorfall, für den sich die tschechoslowakische Seite entschuldigt hat und für den sie die Verantwortung übernimmt, könnte es auch deshalb gekommen sein, weil dieser sich in einem völlig unübersichtlichen welligen Terrain, in dem der Verlauf der Staatsgrenze nicht deutlich gekennzeichnet ist, ereignete. Aus diesem Grund schließt die tschechoslowakische Seite auch nicht aus, daß irgendeiner der eingreifenden Angehörigen der Grenzwache entgegen den Dienstvorschriften, die eindeutig die Tätigkeit der Grenzbehörden an der Staatsgrenze regeln, während der Aktion in geringer Tiefe die Staatsgrenze der BRD verletzt haben könnte, ohne sich dessen bewußt gewesen zu sein.

Zu den angegebenen Ergebnissen ist die tschechoslowakische Seite aufgrund der konsequenten Ermittlungen am Tatort, der Rekonstruktion des gesamten Verlaufs der Ereignisse, aufgrund der Vernehmung von Zeugen wie auch aufgrund des Gutachtens des Ballistik-Sachverständigen gelangt.

Das Ausmaß des Verschuldens der tschechoslowakischen Grenzorgane und die genannten Ereignisse sind Gegenstand weiterer Ermittlungen, die durch die militärische Prokuratur durchgeführt werden. Gegen die verantwortlichen Personen werden Konsequenzen in Übereinstimmung mit der tschechoslowakischen Rechtsordnung gezogen werden."

„Rache, Haß, Zynismus"

AP, Berlin

Als „Gipfel des Unverstandes" hat der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für die Seelsorge an deutschen Kriegsverurteilten, Theodor Schober, die Haftbedingungen für den ehemaligen Hitlerstellvertreter Rudolf Heß im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis kritisiert. Heß habe einen französischen Seelsorger, weil ein deutscher nicht zugelassen werde. Schober zitierte den französischen Geistlichen ohne Namensnennung mit der Bemerkung: „Mein Gewissen als Mensch und mein Glaube sträuben sich gegen dieses Beispiel des Geistes der Rache, des Hasses, des Zynismus, der Absurdität und der Geringschätzung des Menschen." Die weitere Haft von Heß entbehre „jeglicher Vernunft und jeglichen Edelmutes".

Saarbrücken für „DDR"-Vorschlag

dpa, Saarbrücken

Die Ständige Vertretung der „DDR" in Bonn hat der saarländischen Landeshauptstadt Saarbrükken vorgeschlagen, eine Städtepartnerschaft mit der brandenburgischen Bezirkshauptstadt Cottbus einzugehen. Der Saarbrücker Oberbürgermeister Koebnick (SPD) begrüßte gestern den in einem Schreiben der „DDR"-Vertretung unterbreiteten Vorschlag und unterrichtete die drei im Stadtrat vertretenen Fraktionen von dem Partnerschaftsangebot. Koebnick, der Anfang September in einem Schreiben an den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honekker den Wunsch nach einer Städtpartnerschaft zwischen Saarbrücken und einer Stadt in der „DDR" geäußert hatte, regte „baldige Gespräche über das weitere Verfahren" an.

In Belgien flammt der Sprachenstreit wieder auf

Ein Gerichtsurteil bringt Premier Martens in Bedrängnis

HELMUT HETZEL, **Brüssel**

Mit einem letztinstanzlichen Richterspruch des Staatsrates, des höchsten belgischen Gerichtes, ist schlagartig der schwelende Sprachenstreit zwischen Flamen und Wallonen in Belgien neu entfacht worden. Eine seit vier Jahren andauernde Affäre um den französischsprachigen Bürgermeister der verwaltungstechnisch zu Flandern gehörenden Gemeinde Voerden, Jose Happart, ist der Anlaß. Die Richter haben entschieden: Jose Happart kann sein Amt als Bürgermeister der zwischen Maastricht und Lüttich gelegenen und aus sechs Dörfern bestehenden „Gemeinde Voerden" nicht ausüben, denn Happart spricht kein Niederländisch. Die Richter folgten in ihrem Urteil weitgehend der klageführenden Partei, der flämischen Minderheit aus der Gemeinde Voerden.

Zwar entspricht dieser Richterspruch ganz und gar dem Geist der belgischen Verfassung, die vorschreibt, daß in einem zweisprachigen Gebiet, und um ein solches handele es sich bei der Gemeinde Voerden, ein Bürgermeister auch beide in der Verfassung als gleichrangig geltenden Landessprachen beherrschen müsse. Doch gleichzeitig legt dieses formaljuristisch kaum angreifbare Urteil erneut die Lunte an das urbelgische Problem, mit dem das Land seit seiner Gründung 1831 zu kämpfen hat: die Rivalität zwischen Französisch und Niederländisch, zwischen Wallonen und Flamen.

Im Königreich Belgien, einst als französischsprachiger Einheitsstaat gegründet, wurden die Flamen sprachlich lange diskriminiert und mußten sich ihre Gleichberechtigung mühsam erkämpfen. Deshalb legen die Flamen, die in Belgien die größte Bevölkerungsgruppe stellen, auf die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung und sprachliche Gleichwertigkeit größten Wert.

Koalition gefährdet

Der Sprachenstreit hat politische Sprengkraft. Er könnte sogar zu einer neuen Regierungskrise im flämisch-wallonischen Koalitionsbündnis in Brüssel führen. „Die Sache ist noch lange nicht ausgestanden", tönte der Vorsitzende der wallonischen Christdemokraten (PSC), die Teil des flämisch-wallonischen Vierparteienbündnisses im Kabinett „Martens VI" sind, sofort nach Bekanntwerden dieses bei Wallonen als „Provokation" empfundenen Richterspruches. Damit aber war die Angelegenheit hochpolitisch und das Kabinett „Martens VI" insgesamt angesprochen. Das labile Gleichgewicht innerhalb der Regierungskoalition aus flämischen (CVP) und wallonischen (PSC) Christdemokraten sowie flämischen (PVV) und wallonischen (PRL) Liberalen steht vor einer neuen Zerreißprobe.

Rücktritt in Brüssel?

Regierungschef Wilfried Martens (Flame, CVP) versuchte aus diesem Grund sofort zu schlichten und erklärte: „Das ist noch lange keine Regierungsangelegenheit." Doch die wird es früher oder später unwillkürlich werden. Denn der „Schwarze Peter" liegt jetzt erneut bei Innenminister Charles Nothomb (Wallone, PSC). Nothomb war es, der 1984 entschied, daß Jose Happart als Bürgermeister seine Pflichten im zweisprachigen Voerden durchaus ausführen könne. Der Innenminister bescheinigte dem frankophonen Bürgermeister seinerzeit sogar ausreichende Niederländisch-Kenntnisse. Über ein „Ja" oder „Nein", so behaupten die Flamen jedoch, gehen diese Sprachkenntnisse nicht hinaus. Außerdem, so der umstrittene Bürgermeister, „will ich kein Niederländisch sprechen oder lernen". Denn Happart und seine Partei, die „Action Fournaise", kämpfen für die Wiederangliederung der Gemeinde Voerden an die wallonische Provinz Lüttich.

Der wallonische Innenminster Nothomb steht nun vor einem schwierigen Problem, muß er doch, will er dem höchstrichterlichen Urteil nachkommen, einen neuen Bürgermeister für Voerden ernennen. Eine Handlung, die nicht nur seine wallonischen Wähler und seine Partei kaum ohne Gesichtsverlust hinnehmen könnte. Sollte der Innenminister aber die Konsequenzen ziehen und mit Rücktritt drohen, wäre die Brüsseler Regierungskrise da. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Premier Martens, der auch in der Wallonie hohes Ansehen genießt, jetzt bereits öffentlich ankündigte: „Ich werde dieses Problem persönlich lösen" – nur wie, darauf ist jetzt ganz Belgien gespannt.

Für Botha ist das Risiko von Neuwahlen zu groß. Zulauf für die Konservativen

Chris Heunis als Kronprinz des Premiers / Washington entsendet schwarzen Botschafter

M. GERMANI, **Johannesburg**

Präsident Botha hatte noch zur Eröffnung des nationalen Parteikongresses Anfang August in Durban überraschend auf die mögliche Abhaltung von Wahlen, „früher als manche denken", hingewiesen. Jetzt hat er dieses Vorhaben auf dem letzten der vier Provinzparteikongresse in East London endgültig fallengelassen. Beobachter in Südafrika fühlen sich bestätigt. Die Lage in den einzelnen Provinzen war zu komplex, das Risiko für Wahlen zu groß.

Einer der offiziellen Gründe, warum sich Botha mit seinem Reformprogramm nicht der Wählerschaft stellt, ist die Schwierigkeit, die Wähler überhaupt zu erfassen, da es in Südafrika keine Meldepflicht gibt. Ein wichtiger Grund waren auch die trotz Ausnahmezustand zu erwartenden neuen Unruhen und Fragen in bezug auf die indischen und Kap-farbigen Parlamente. Bei deren ersten Wahlen im August 1984 war die Welle der bis heute anhaltenden Unruhen ausgelöst worden. Auch die Frage, wie das weiße Parlament gewählt werden sollte, war weitgehend unbeantwortet. Die neue Verfassung vom September 1984 sieht frühestens für 1989 Wahlen vor.

Sicher jedoch ist, daß Präsident Botha sich ein Mandat seiner Wählerschaft holen muß, wenn er mit der geplanten Einbeziehung der Schwarzen, in welcher Form auch immer, in den parlamentarischen Prozeß Ernst machen will. Inzwischen wird ein weißes Referendum als wahrscheinlich angesehen. Doch auch gerade dort steckt der Teufel wieder im Detail. Die Nationale Partei und das Ministerium für Verfassungsfragen unter Chris Heunis haben sich deshalb noch über kein endgültiges Konzept für diese Pläne einigen können. Außerdem ist immer noch die Frage offen, mit welchen schwarzen Führern die Regierung eine solche erneute Verfassungsänderung aushandeln will und soll.

Sowohl die Konservative Partei als auch die Progressive Partei, mit 26 Sitzen heute die offizielle Opposition, hatten sich eine Stärkung ihrer Position durch eine Wahl erhofft. Beobachter sind sich einig, daß aufgrund des nicht zu übersehenden Rechtsrucks unter den Weißen die Konservativen, die derzeit über 17 Sitze verfügen, den Sprung zur offiziellen Opposition erreichen würden. Das hätte automatisch eine Verzögerung der Reformpolitik Bothas zur Folge. Bisher hatten die Progressiven diesen Prozeß beschleunigen wollen.

Die Verschiebung des gesamten Wählerbildes ergreift alle Parteien. Viele ehemalige progressive Wähler, denen die Partei zu intensiv eine künftige Machtbeteiligung der Schwarzen verteidigt, würden heute wahrscheinlich ihre Stimme der neuen Nationalen Partei geben; sie ist seit dem Amtsantritt Bothas vor acht Jahren für sie attraktiv geworden. Die Nationalen haben in diesen Jahren den Pfad der von Verwoerd und Vorster vorgezeigten Parteipolitik verlassen und können heute als Nachfolger der ehemaligen United Party von Jan Smuts bezeichnet werden. Wähler, die mit dieser Entwicklung nicht einverstanden sind, und das betrifft einen Großteil der Weißen im Norden



Reagans Mann für Pretoria: Edward J. Perkins FOTO: AFP

der reichsten Provinz, Transvaal, gelten heute als Anhänger der Konservativen, wenn nicht gar der ultrarechten „Herstigten Nationalen Partei". Eine bisher nicht erfolgte Einigung zwischen diesen beiden, noch mehr eine gemeinsame Wählerliste, würde die Regierungspartei aufgrund des herrschenden Mehrheitswahlrechts sicherlich in Verlegenheit bringen, eine anhaltende Spaltung zwischen beiden dagegen für die Botha-Partei Stimmvorteile bringen.

Botha hat in East London auch seine Bereitschaft zur Reform dokumentiert, indem er, von dem Posten als Führer seiner Partei am Kap zurücktretend, den äußerst liberalen Minister für Entwicklungsfragen, Chris Heunis, zum Nachfolger und damit gleichzeitig zum Kronprinzen küren ließ. Doch wie so oft in Südafrika ist auch hier das letzte Wort noch längst nicht gesprochen.

D. SCHULZ, **Washington**

Ein farbiger Berufsdiplomat, der 58jährige Edward J. Perkins, wird künftig die Vereinigten Staaten als Botschafter in Südafrika vertreten. Präsident Reagan gab die Ernennung, die vom US-Senat noch bestätigt werden muß, jetzt bekannt. Perkins löst den bisherigen Botschafter Herman Nickel ab, der aus privaten Gründen um seinen Abschied gebeten hat. Die Botha-Regierung hat Washington zwar wissen lassen, daß es grundsätzlich gegen die Entsendung eines schwarzen Diplomaten nichts einzuwenden habe. Sie hat auch das Agrément für Perkins bereitwillig erteilt, als sie darum gebeten wurde.

Die Reagan-Administration möchte Pretoria auf die Probe stellen und wissen, wie „farbenblind" eine Regierung, die ihr Gesellschaftssystem auf rassischen Prinzipien aufgebaut hat, dem farbigen Botschafter eines großen Landes gegenüber sein kann. Schließlich benutzt die US-Regierung die Ernennung des Diplomaten auch als Waffe in der inneramerikanischen Auseinandersetzung über die Verhängung neuer Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika.

Edward Perkins ist ein weithin geachteter Berufsdiplomat. Im Augenblick vertritt er sein Land als Botschafter im westafrikanischen Land Liberia. Ursprünglich hatte das Weiße Haus andere Kandidaten für den Botschafterposten in Pretoria im Auge. Ein schwarzer Geschäftsmann aus dem Bundesstaat North Carolina, Robert J. Brown, wurde als erster in die engere Wahl gezogen. Er verzichtete jedoch. Als nächster sah sich Terrence Todman umworben. Er ist Amerikas Botschafter in Dänemark, er gehört zur Spitzenklasse der amerikanischen Berufsdiplomaten. Todman gab dem Weißen Haus im Sommer öffentlich einen Korb, indem er dem Sinne nach erklärte, er wolle nicht in Südafrika Botschafter werden, weil er die Politik seiner Regierung gegenüber Südafrika in wesentlichen Punkten für falsch halte. (SAD)

Moskaus Ziel in Genf: Von Europa aus unangreifbar

Die Problematik der Zwischenlösung / Option Alaska

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Die jüngste Diskussion in Bonn über die Frage eines Zwischenabkommens bei Mittelsteckenwaffen ohne Einbeziehung des Kurzstreckenpotentials der Sowjetunion ist bei der NATO in Brüssel zwar aufmerksam registriert worden, zu einer Reaktion sieht sich jedoch niemand veranlaßt. Mit Grund: Als die NATO-Staaten 1979 den Doppelbeschluß faßten, 572 US-Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren, gleichzeitig aber über eine ausgewogene beiderseitige Verringerung dieser Waffenkategorie mit der Sowjetunion zu verhandeln, verpflichteten sie sich, im Falle von Verhandlungen ihr Mittelstreckenarsenal zu reduzieren. Mit anderen Worten: Die Zahl ihrer Waffen konnte irgendwo zwischen Null und 572 liegen. So sehr war die NATO von der Bedrohung durch sowjetische SS-20-Raketen (5000 Kilometer Reichweite) beeindruckt, daß im Doppelbeschluß die Existenz sowjetischer Kurzstreckenraketen nur indirekt angesprochen wurde.

Inzwischen hat Moskau seine Kurzstreckensysteme als Antwort auf den Nachrüstungsbeschluß nach vorne verlegt. Das Verhältnis zwischen sowjetischen Kurzstreckenraketen und NATO-Waffen dieser Art beträgt 10:1 zugunsten der Sowjetunion. An dieser Stelle kommt die Geographie ins Spiel: Bei einem völligen Abbau der sowjetischen SS-20 und der NATO-Mittelstreckenwaffen könnte die Sowjetunion noch immer mit Raketen zwischen 500 und 1000 Kilometern Reichweite hunderte von Zielen in Westeuropa bedrohen. Auf dem europäischen Kontinent aber wäre keine einzige US-Rakete mehr, mit der die Sowjetunion selbst unter Risiko gehalten werden könnte. Die einzig verbleibenden Kurzstreckenwaffen, 72 Pershing 1A der Bundeswehr, könnten mit 750 Kilometern Reichweite sowjetisches Gebiet nicht erreichen. Die Sowjetunion besäße das, was die NATO mit dem Nachrüstungsbeschluß zu vermeiden suchte: Ein Sanktuarium, in dem sie unangreifbar wäre, ihrerseits aber Westeuropa mit Atomwaffen bedrohen könnte. Nicht sie, nur ihre Satellitenstaaten wären noch von NATO-Atomwaffen bedroht.

Das widerspricht nicht sowjetischer strategischer Philosophie, die davon ausgeht, daß das Kernland des Sozialismus besondere Sicherheitsprivilegien genießen müsse. Nach sowjetischer Ansicht sind nämlich Atomwaffen, die sowjetisches Territorium bedrohen, strategischer Natur. Auf Westeuropa gerichtete Atomwaffen haben aus sowjetischer Sicht dagegen nur taktischen Charakter.

Ein Abkommen zur Reduzierung der Mittelstreckenwaffen wäre nach den Erklärungen der NATO-Staaten auf Waffen dieser Kategorie beschränkt und zwinge nicht zur Einbeziehung von Raketen unter 1000 Kilometer Reichweite. Zwar hat die NATO sich in Artikel neun des Kommuniqués über den Nachrüstungsbeschluß eine Hintertür aufgehalten, um alle US-Systeme eines möglichen Kriegsschauplatzes, worunter die

Die Analyse

Kurzstreckenwaffen fallen, dem sowjetischen Rüstungsstand anzupassen. Jedoch hilft das dem Westen aus den geographischen Gründen nicht aus seinem Dilemma. Die von ihm angestrebte sowjetische Absichtserklärung, in Zukunft auch über Kurzstreckenwaffen zu verhandeln, enthält für Moskau keine Verpflichtung, sein Arsenal zu reduzieren. Nur die Festlegung von Kurzstrecken-Obergrenzen wird – mit einer gehörigen Portion Optimismus – angestrebt.

Ein Zwischenabkommen, das der NATO 100 Gefechtsköpfe belassen würde, gäbe ihr die begrenzte Möglichkeit, die Sowjetunion von Westeuropa aus zu bedrohen und die strategische Ankoppelung an die US-Interkontinentalsysteme zu sichern. Das war die eigentliche Absicht der Nachrüstung. Eine weitere Reduzierung ohne Einbeziehung der sowjetischen Kurzstreckensysteme aber würde Westeuropa sicherheitspolitisch von Amerika abkoppeln, Moskau hätte ein lang angestrebtes Ziel erreicht. Die Sowjetunion hat in Genf durchblicken lassen, daß es die USA daran hindern will, in Alaska US-Mittelstreckenwaffen zu stationieren – als Gegengewicht zu den 100 (nach dem amerikanischen Vorschlag) oder 171 (nach sowjetischer Vorstellung) in Asien östlich des 80. Längengrades verbleibenden SS-20. Ob Washington sich diese Hand binden läßt, ist noch offen. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Würdiger Preisträger

„Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde sind nicht teilbar": Geistige WELT vom 27. September

Mit großem Respekt habe ich das WELT-Gespräch mit dem Frankfurter Friedenspreisträger Wladyslaw Bartoszewski gelesen. Die darin von ihm geäußerten Grundsätze finden nicht nur auf Grund seines Lebensweges, sondern mehr noch auf Grund seiner unbeugsamen Haltung gegenüber jedweder Diktatur meine uneingeschränkte Zustimmung. Bartoszewski ist in meinen Augen ein herausragender Vertreter jenes zutiefst europäischen, demokratischen und christlichen Polens, mit dem ein echter Friedensschluß zwischen unseren beiden Völkern möglich und nötig sein wird. Auch Bartoszweski ist – wie die meisten Polen – für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Ich sehe darüber nicht hinweg. Wir werden darüber mit diesem Polen in europäischem Geist zu verhandeln haben, um zu einer wirklichen Ordnung des Friedens in Europa zu kommen.

Aber: „Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde sind nicht teilbar", sagt Bartoszewski. Er ist gegen Diktatoren in jeder Ausfertigung, gegen Alleinherrschaft einer politischen Partei. Dieser Partei durch zweifelhaftes juristisches oder politisches Entgegenkommen Erfolge zuzuspielen, stärkt nicht die Mehrheit der Polen, mit denen wirklicher Friede anzustreben ist.

Deutschland und Polen haben ihre gemeinsame Bewährungsprobe noch vor sich. Bartoszewski stärkt die Gemeinsamkeit, auch indem er die menschenrechtliche Lage nicht nur in seinem eigenen Land, sondern auch im

Dr. Ottfried Hennig, MdB, CDU

Vergleich der beiden Staaten in Deutschland deutlich anspricht. So weist er in das Europa der Zukunft, von dem er mit so viel Mut schreibt und spricht. Viele Deutsche, auch viele Politiker, können sich ein Beispiel an ihm nehmen. Er ist ein würdiger Träger des Friedenspreises. Man sollte auf diese Stimme hören!

Dr. Ottfried Hennig, MdB, CDU
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Überforderte Forschung?

„Was William Shakespeare und die Thermodynamik gemeinsam haben": Geistige WELT vom 20. September

Sehr geehrte Herren,

westdeutsche Universitäts-Genforscher transplantierten nervenschwachen Mastschweinen ein menschliches Gen, um diese bis zum Erreichen des Schlachtgewichts ruhigzustellen.

Die Zukunft hat schon begonnen. Sie gehört den Unbesorgten. Das einzige, was ich weiß, ist, daß Veränderungen nicht aufhaltbar sind. So auch nicht der Glaube an die manipulierte Evolution.

Die Gentechniker sind in erster Linie Pragmatiker. Sie haben mit Teleologie nichts im Sinn.

Ist die überzogene Genforschung noch zu stoppen? Zu spät. Der Zug ist schon abgefahren.

Wie heißt die Endstation der menschlichen Genmanipulation? „Rekonditionierte" Menschheit. Die Freiheit des Individuums und die Menschlichkeit werden auf der Strecke bleiben. Ein stark strukturiertes autoritäres Regierungssystem dürfte als Sieger der Genforschung hervorgehen.

Wie lange kann es noch dauern, bis man Widerstand gegen die überzogene Genforschung als antisoziales Verhalten auslegen wird, als einen Prima-facie-Beweis für geistige Gestörtheit? Schließlich ist ein gestörter Geist eine potentielle Bedrohung der öffentlichen Sicherheit ...

Die Fähigkeit der heutigen Menschheit ist weitgehend überfordert, sich vorzustellen, was da auf sie zukommt. Menschheit am Scheideweg. Würde sie es doch kapieren!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Helmut R. Kollai, Nürnberg 1

Abtreibung

„Abtreibung auf Krankenschein ist nicht rechtswidrig": WELT vom 25. September

Die Begründung zur Klageablehnung um die Krankenkassenfinanzierung der Abtreibung ist unserer Auffassung nach ein Skandal und eine Verhöhnung des Rechtes auf Leben!

Glauben die Richter, der Glaube und das Gewissen einer einzelnen Bürgerin sei der Grund zur Klage gewesen? Frau Zöller ist sicher Stellvertreterin für eine schweigende Mehrheit, und sie vertritt hier die Rechte von zigtausend ermordeten Kindern im Mutterleib, die sich selbst nicht wehren konnten und können.

Der Ausspruch, eine solche Unterlassungsklage könne nur jemand erheben, der in seinen Rechten beeinträchtigt sei, zeugt von einer niederträchtigen Mißachtung des werdenden Lebens!

Haben Tausende gemordeter Kinder mit ihrem stummen Schrei keine Rechte?

Dieter und Elisabeth Rosenthal, Christdemokraten für das Leben (CDL), Meschede-Wennemen

*

„Abtreibung": WELT vom 26. September und „Überlegungen für ‚andere' Krankenkassen": WELT vom 27. September

Der Paragraph 217 besagt, daß eine legale Abortion dann vorliegt, wenn:

1. die Frau durch eine Vergewaltigung schwanger wurde,
2. eine gesundheitliche Gefährdung der Mutter zu befürchten ist,
3. das Kind an schweren Behinderungen leidet,
4. wenn eine soziale Not vorliegt.

Es gibt keine Frau, die die Entscheidung leichtfertig trifft und die sich nicht bewußt ist, was sie tut.

Daher dürfen Abtreibungsgegner nicht so weit gehen, einer Frau, die durch eine Vergewaltigung schon so viel leiden muß, noch ein Kind zuzumuten oder dem Leben des ungeborenen Kindes Vorrang vor dem der Mutter zu geben.

Mit freundlichem Gruß
Regina Schäfer, Velbert

Wort des Tages

„Von einem Mann erfährt man die Wahrheit, wenn man ihm widerspricht; von einer Frau, wenn man ihr zustimmt."

George Bernard Shaw, irischer Autor (1855–1950)

Sachverstand

„Schildbürger gibt es überall": WELT vom 26. September

Alle Jahre wieder muß der Bund der Steuerzahler die öffentliche Verschwendung anprangern. Immer neue Beispiele für mangelnden Sachverstand und verantwortungsloses Handeln bezeugen, daß endlich ein Haftungsprinzip durchgesetzt werden muß, das es den Verschwendern nicht mehr erlaubt, sich unbeschadet nach abgeschlossener Legislaturperiode aus der politischen Verantwortung zurückzuziehen. Die Parteien werden bei ihrer Kandidatenauswahl viel mehr Wert auf Sachverstand und moralische Integrität legen müssen, wenn sie den zunehmenden Unmut der Bürger über Parteienmacht und Bürgerohnmacht nicht weiter verstärken wollen.

Dieter Pfeiffer, Berlin 33

Nicht prüde

„Die ‚kühne Wacht' mit Panzern, Damen und Kuchen": WELT vom 25. September

Offenbar aus Übermut habe das psychologische Bataillon 800 während des NATO-Manövers „kühne Wacht" Plakate mit nackten Mädchen drucken lassen, schrieb die WELT. Die Plakate seien nicht verboten worden, doch würden sie in der Truppe nicht gerne gesehen. So entspricht es den Tatsachen, fast jedenfalls. Tatsächlich habe ich als Kompaniechef die Herstellung dieser Plakate befohlen und ihre Verteilung – unter der Hand – in Gang gesetzt, ohne vorher das Einverständnis höchster Stellen einzuholen. Das war wohl übermütig. Die in kleiner Auflage verteilten Pin-up-Girls waren in der Truppe sehr begehrt. Lediglich einige höhere Dienstgrade waren verärgert und betroffen, aus durchaus nachvollziehbaren Gründen. Um so bemerkenswerter ist es, mit welcher Gelassenheit die Generalität auf das kleine Störmanöver reagierte. Die Sache wurde keineswegs überbewertet. Länger als einen Moment des Schmunzelns ließen sich weder Führer noch Mannschaften durch die tägliche Neuausgabe der barbusigen Mädchen von den ungleich wichtigeren Dingen des Manövers ablenken. Wenn das kein gutes Zeichen für das gefestigte innere Gefüge dieser Armee ist! Übrigens: Ob der spontane Einfall mit den nackten Mädchen und den flotten Sprüchen allerdings gut oder schlecht war, in dieser Frage bin ich mir selbst noch gar nicht so sicher. Möglicherweise ging es anderen genauso. Wer weiß, vielleicht hätte auch mancher General erst dann zu einem abschließenden Urteil kommen können, hätte er noch mehr von den entblößten Schönen gesehen.

Hauptmann Dr. Manfred Maus, PSV-Druckereikompanie Clausthal-Zellerfeld

Personen

MILITÄR

Herrmann Fraidel, gerade zum Brigadegeneral befördert, wird neuer Verteidigungsattaché an der deutschen Botschaft in Paris. Er löst Brigadegeneral **Siegwart von Wietersheim**, einen Heeresoffizier, ab, der zum 30. September in den Ruhestand gegangen ist. Erstmals seit zehn Jahren wird damit der für die Weiterentwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses in der Militärpolitik wichtige Posten wieder mit einem General der Luftwaffe besetzt.

UNIVERSITÄT

Dr. **Alfred Kuß**, Professor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fach Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing, an der Fernuniversität Hagen erhalten.

KIRCHE

Franz Kamphaus, Oberhirte von Limburg, ist von den deutschen Bischöfen zum neuen Jugendbischof bestimmt worden. Kamphaus ist in dieser Funktion Nachfolger des Mainzer Weihbischofs **Wolfgang Rolly**. Rolly habe zugunsten diözesaner Aufgaben nicht mehr für das Amt des Jugendbischofs kandidiert, teilte das Bischöfliche Ordinariat in Mainz mit. Weihbischof Rolly hat am 1. Oktober sein neues Amt als Domdekan angetreten.

EHRUNG

Der Schriftsteller **Ludwig Harig** ist mit dem „Lesezeichen-Preis für Poesie & Politik" 1986 geehrt worden. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung der Frankfurter Literaturzeitschrift „Lesezeichen" wurde dem saarländischen Autor für sein Gesamtwerk und seinen gerade erschienenen Roman „Ordnung ist das ganze Leben" zuerkannt. Der 1927 geborene Harig ist durch Werke wie das Rousseau-Buch „Der Roman vom Ursprung der Natur im Gehirn" und die „Saarländische Freude" bekannt geworden.

MEDIEN

Der Chefredakteur der vatikanischen Tageszeitung „Osservatore Romano", **Elmar Bordfeld**, verläßt Anfang Februar 1987 nach 15jähriger Tätigkeit die Redaktion der deutschsprachigen Ausgabe, die er 13 Jahre lang geleitet hatte. Zum 1. März 1987 übernimmt er die Chefredaktion der Wochenzeitung für das Bistum Essen, „Ruhrwort". Deren bisheriger Chefredakteur, Dr. **Otto Kaspar**, der das Blatt seit Gründung des Bistums geleitet hatte, tritt in den Ruhestand.

GEBURTSTAG

„Eine meiner Hauptsorgen ist, ich könnte eine Maschine für Platitüden werden", erklärte **Robert Runcie**, als er vor sieben Jahren zum 102. Erzbischof von Canterbury ernannt wurde. Der höchste britische Geistliche, der heute seinen 65. Geburtstag begeht, ist in der Geschichte der anglikanischen Kirche, die nach wie vor den Rang der britischen Staatskirche einnimmt, eine ungewöhnliche Erscheinung. Der Erzbischof, der 64 Millionen Gläubigen in aller Welt vorsteht, unternimmt den Versuch, die Kirche der



Robert Runcie

höheren Stände und des mittelständischen Bürgertums wieder zu einer Kirche des Volkes zu machen. Er gehört zum katholischen Flügel des Anglikanismus, wendet sich gegen die Priesterweihe für Frauen, befürwortet aber die kirchliche Trauung für Geschiedene. Verheiratet ist Runcie mit der angesehenen Pianistin **Angela Rosalind**, die „eine Menge von dem religiösen Pomp schier unerträglich" findet. Im Kriege war Runcie ein hochdekorierter Panzeroffizier. Zu seinen Hobbys gehören moderne Romane und das Züchten von Berkshire-Schweinen, eine beinahe ausgestorbene Rasse.

VERANSTALTUNG

Anlaß, über Staat und Kirche nachzudenken, gibt immer wieder der St.-Michael-Jahresempfang, zu dem erneut der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal **Joseph Höffner**, in Bonn einlud. Daß zwischen Staat und Kirche zur Zeit „ein gutes Zusammenwirken" besteht, bescheinigte der Gastgeber im Kommissariat der deutschen Bischöfe den beiden prominentesten Staatsrepräsentanten, Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** und Bundeskanzler **Helmut Kohl**. Auf die Rolle des Menschen heute im technischen Zeitalter und auf den „verantwortlichen Umgang mit der Macht" ging in seiner Ansprache Salzburgs Erzbischof **Karl Berg** ein. Im Kreise von Politikern von rechts bis links verwies Berg darauf, daß „mit der Steigerung aller technischen Mittel, die zu einer gefährlichen Versuchung geworden ist, dem Menschen alles zu gestatten, was er technisch kann", Begriffe wie „Demut, Liebe, Verantwortung wieder zur Geltung kommen müssen", wobei auch „die Schuldfrage" nicht ausgeklammert werden dürfe. Am St. Michaelstag bekundet Höffner traditionell auch Verbundenheit zu anderen Kirchenvertretern: Herzlich begrüßt wurden der Präses der EKD Dr. **Jürgen Schmude**, der Metropolit **Augoustinos**, der Bischof der Altkatholiken **Sigisbert Kraft** und der ehemalige Militärbischof **Hermann Kunst**.

BUCHPREMIERE

„Gegen den Ozean anzupfeifen" ist in der Bundesrepublik Deutschland heute schwer: **Heinz Klaus Mertes**, stellvertretender Leiter des ARD-Magazins „Report" in München, hat es gewagt: Seinem Anti-Wallraff-Buch, in Bonn vorgestellt, gab er den Titel „Ali, Phänomene um einen Bestseller". Was der Journalist heute über Wallraffs Buch „Ganz unten" zu sagen weiß, machte ihn betroffen: Nach akribischen Recherchen fand er heraus, wie sich Wallraff des „Plagiats" und der „Manipulation" schuldig gemacht hat. In „Ganz unten" verwandte er beispielsweise Zitate, die aus dem ZDF-Feature „Nebenwirkungen unbedenklich" vom August 1985 stammen. Verlag und Autor gaben das Plagiat inzwischen zu. Über die „Kunstfigur Ali" hinaus geht es Mertes darum, aufzuzeigen, wie „Wirtschaftsferne und Wirtschaftsfeindlichkeit in Deutschland heute offenbar allzeit bereite Herzen finden".

GESTORBEN

Der Mitbegründer der Arbeiterpriesterbewegung in Frankreich, **Yvan Daniel**, ist im Alter von 77 Jahren in Paris gestorben. Zusammen mit Henri Godin hatte er im September 1943 das Buch „Frankreich, ein Missionsland?" veröffentlicht, das Generationen von Arbeiterpriestern und in der Arbeiterbewegung tätige Katholiken beeinflußt hat. Papst Johannes XXIII. hatte erklärt, dieses Buch habe ihn von der Notwendigkeit überzeugt, das Zweite Vatikanische Konzil einzuberufen.

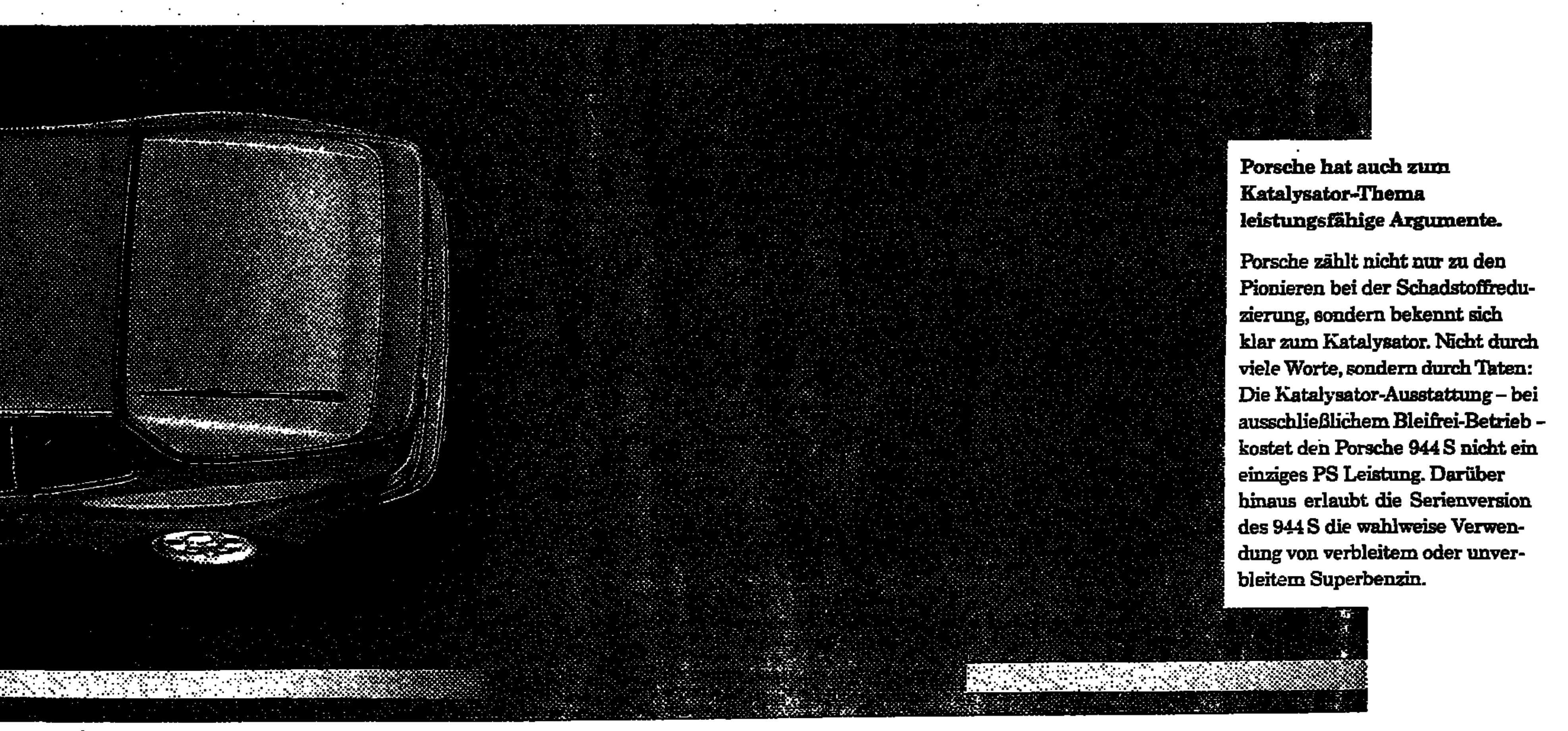
EINLADUNG ZUM PORSCHEFAHREN

Porsche öffnet der Begeisterung jetzt einige neue Ventile.

Genaugenommen insgesamt 16. Mit dem neuen 4-Ventil-Zylinderkopf gewinnt der durchzugstarke 2,5-Liter-4-Zylinder-Motor nicht nur mehr Leistung (140 kW/190 PS), sondern noch mehr an geschmeidiger Laufkultur. Um sie zu erleben, sollten Sie den neuen Porsche 944 S probefahren.

Mehr als ein übliches Antiblockier-System: das ABS bei Porsche.

Ebenso wie das Antiblockier-System (ABS) eine sinnvolle Weiterentwicklung einer normalen Bremsanlage ist, ist das ABS bei Porsche eine sinnvolle Weiterentwicklung bisheriger Antiblockier-Systeme. Bis ins Detail wurde das speziell für Porsche entwickelte Antiblockier-System der ausgeprägten Leistungs-Charakteristik unserer Fahrzeuge angepaßt. Mehr Aufwand für mehr Sicherheit. In Ihrem Interesse.



Porsche hat auch zum Katalysator-Thema leistungsfähige Argumente.

Porsche zählt nicht nur zu den Pionieren bei der Schadstoffreduzierung, sondern bekennt sich klar zum Katalysator. Nicht durch viele Worte, sondern durch Taten: Die Katalysator-Ausstattung – bei ausschließlichem Bleifrei-Betrieb – kostet den Porsche 944 S nicht ein einziges PS Leistung. Darüber hinaus erlaubt die Serienversion des 944 S die wahlweise Verwendung von verbleitem oder unverbleitem Superbenzin.

Für alle Porsche-Modelle besteht seit Modelljahr '86 eine 2-Jahres-Garantie auf das gesamte Fahrzeug ohne Kilometerbegrenzung, eine 3-Jahres-Garantie auf die Lackierung und eine 10-Jahres-Garantie gegen das Durchrosten der Karosserie. **Rufen Sie uns bitte an oder schreiben Sie uns. Wir nennen Ihnen einen Porschehändler in Ihrer Nähe für eine Probefahrt.** Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG, Abt. VIOF, Porschestraße 15–19, 7140 Ludwigsburg, Telefon-Durchwahl 0 71 41/3 03-3 41, -2 09 oder -518.



FAHREN IN SEINER SCHÖNSTEN FORM

Die Niederländer preisen es als Weltwunder, und Ingenieure sprechen vom Prunkstück der Wasserbautechnik. Gemeint ist das „Delta-Werk", das nach einer Bauzeit von 28 Jahren und Investitionen von über 10 Milliarden Mark am 4. Oktober 1986 seinen Betrieb aufnimmt. Mit diesem monumentalen Bauwerk soll die niederländische Nordseeküste für alle Zeiten vor Flutkatastrophen geschützt werden. Gleichzeitig wurde der Natur Respekt gezollt: Es entstand ein weiträumiger Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen.

Ein Bollwerk gegen Stürme und Fluten

Von HELMUT HETZEL

Wenn Königin Beatrix der Niederlande am 4. Oktober um 12.00 Uhr an der Oosterschelde per Knopfdruck das Schleusentor „S 1" schließt, dann ist nach einer Bauzeit von 28 Jahren und Investitionen in Höhe von rund 10 Milliarden Mark ein neues Wunderwerk der Wasserbautechnik vollendet. Die Holländer feiern die Delta-Werke jetzt bereits als das „8. Weltwunder".

Das Ziel wurde erreicht: Mitten im Mündungsdelta der Oosterschelde können jetzt die zwischen den 45 Meter hohen und bis zu 18 000 Tonnen schweren Betonpfeiler hängenden Stahltore bei einer drohenden Springflut jederzeit geschlossen werden. Sie schützen nach Angaben ihrer Konstrukteure das dahinter um einige Meter unter dem Meeresspiegel liegende fruchtbare Ackerland optimal. „Dieses Sturmflutwehr", so seine Erbauer selbstbewußt, „steht mindestens 200 Jahre." Die Chance, daß es einer erneuten Springflut nicht standhalten könnte, beträgt nach den Berechnungen der Fachleute 1:4000 und ist damit marginal.

Das holländische „Mega-Projekt" ist aber nicht nur aus bautechnischer Sicht bemerkenswert. Nie zuvor mußten sich die Ingenieure bei der Küstensicherung den Einsprüchen der Umweltschützer und Naturfreunde beugen. Sie waren gefordert, den Milieuaspekt gleichrangig mit den Ansprüchen an die Sicherheit in ihre Planungen einbeziehen. Denn die jetzt für die Oosterschelde gefundene und realisierte Lösung eines beweglichen Sturmflutwehres mit Stahltoren gewährleistet neben dem Schutz vor Flutkatastrophen gleichzeitig, daß der Gezeitenwechsel ungestört ablaufen kann. Damit ist die Erhaltung einer einzigartigen Flora und Fauna in diesem Meeresarm garantiert.

Aber wie kam dieses „8. Weltwunder", das selbst amerikanische und japanische Wasserbauingenieure immer wieder in sprachloses Staunen versetzt, eigentlich zustande?

Stürme sind an der Nordseeküste nichts Außergewöhnliches. So dachten wohl die meisten Niederländer, als sie am 31. Januar 1953 den Wetterbericht hörten. Doch es kam anders als erwartet. Das Zusammenwirken einer Springflut mit orkanartigen Westwinden entfachte in den Wassermassen der Nordsee solche Kräfte, daß die meterhohen Wellen die seeländischen Deiche gleich an 589 Stellen durchbrachen und sie hinwegspülten, als seien es Streichholzschachteln. Fast das gesamte Deichbausicherungssystem wurde mit einem Mal zerstört. Die Flutmassen überspülten große Teile der niederländischen Provinzen Seeland und Südholland. Mehr als 200 000 Hektar Land wurden vernichtet.

Als das Ausmaß dieser todbringenden Flutkatastrophe nach einigen Tagen bilanziert wurde, zählte man 1835 Tote und 10 000 Obdachlose. Tausende von Bauern hatten ihr Hab und Gut sowie ihren gesamten Viehbestand verloren. Mehr als 4000 Häuser hatte die Nordsee einfach weggespült.

Die Niederländer faßten diese Naturkatastrophe als technische und finanzielle Herausforderung auf. Die Frage, wie ein Küstenschutz für alle Zeiten absolute Sicherheit gegen Naturgewalten bieten kann, beschäftigte die Millionen Niederländer im ganzen Land.

Fachleute einer von der Haager Regierung eingesetzten „Delta-Kommission" zerbrachen sich darüber jahrelang den Kopf und glaubten dann 1958 endlich das „Ei des Kolumbus" zur Sicherung der südniederländischen Küste gefunden zu haben. Dieser Plan sah vor, alle Meeresarme des Mündungsdeltas mit festen Dämmen abzuschließen. Nur für den Schiffsverkehr sollte ein für den Rotterdamer und den Antwerpener Hafen lebenswichtiger schmaler Wasserweg offenbleiben.

Im Jahre 1967 begannen die ersten Arbeiten an diesem gigantischsten Deichbauprojekt aller Zeiten, den Delta-Werken. Acht verschiedene Dämme mußten demnach gebaut werden. Drei Milliarden Gulden standen dem Haager Ministerium für Verkehr und Wasserbau anfangs zur Verfügung. Nach und nach wurde das ausgefranste Mündungsdelta hermetisch abgeschlossen; wurden die einstigen seeländischen Inseln Schouwen-Duiveland, Goeree und Beveland durch feste Dammverbindungen sozusagen aneinandergekettet. Die Küstenlinie wurde damit um 700 Kilometer verkürzt.

Alles verlief nach Plan. Mitte der siebziger Jahre – die Delta-Werke sollten ursprünglich bereits 1978 abgeschlossen sein – machte man sich dann daran, den letzten und größten noch offenen Meeresarm, die Oosterschelde, mit einen festen Damm abzuriegeln. Doch plötzlich hagelte es von allen Seiten Proteste. Nicht nur die Muschel- und Austernfischer gingen auf die Barrikaden, weil sie fürchteten, ihre wertvollen Fanggründe im Salzwasserreservoir der Oosterschelde zu verlieren. Auch namhafte Wissenschaftler, Biologen und Meeresforscher warnten öffentlich und eindringlich davor, dieses einzigartige Naturgebiet mit seinem Vogel-, Fisch- und Schalentier-Reichtum durch das Anlegen eines festen Abschlußdeiches zu zerstören. Begründete Proteste, wie sich dann später zeigen sollte.

Die Oosterschelde gilt als eines der fischreichsten Gebiete der Niederlande. Jährlich fangen die Muschelfischer hier 60 000 bis 80 000 Tonnen der bei allen Feinschmeckern so beliebten Nordseemuscheln vom Meeresgrund. Und auch die Seeland-Auster wird von den internationalen Gourmets geschätzt.

Eine heftige öffentliche Kontroverse um die Oosterschelde entbrannte. Das Parlament mußte sich daraufhin erneut mit dem Delta-Plan befassen. Das Planungsteam erhielt von den Politikern eineinhalb Jahre Zeit, um eine neue Lösung, die Sicherheit und Umweltschutz vereinbaren sollte, auszuarbeiten.

Die holländischen Ingenieure nahmen diesen politischen Auftrag, der gleichzeitig für sie eine technologische Herausforderung darstellte, an. Sie entwarfen das kühnste Wasserbauprojekt aller Zeiten. Ein mitten im Delta stehendes Sturmflutwehr, das durch bewegliche Stahltore bei Bedarf oder bei Flutgefahr jederzeit geschlossen werden konnte. Bei ruhiger See aber bleiben diese offen, um den Gezeitenwechsel nach wie vor zu ermöglichen. Im wasserbautechnischen Labor zu Delft wurde das, was heute als „8. Weltwunder" gilt, in allen Einzelheiten im Modell durchgespielt, bevor die Baumaßnahmen eingeleitet wurden.

So entstand in der Nordsee die künstlich angelegte Insel namens „Neeltje Jans". Auf ihr arbeiteten mehr als 7000 Fachleute rund um die Uhr, um das Wunder im Delta zu vollbringen. 65 gigantische Tragepfeiler wuchsen wie „Kathedralen aus Beton" auf der Insel empor: 45 Meter hoch und 18 000 Tonnen schwer war jedes einzelne Stück. Sie bilden heute das Rückgrat des Sturmflutwehres.

Wie aber konnte man diese Betongiganten transportieren? Und wie konnte man sie auf dem ständig von Strömungen aufgewühlten Meeresboden plazieren, so daß sie auf dem sandigen Untergrund nicht verrutschten, sondern unbeweglich wie Felsen in der Brandung stehen blieben?

Niederländische Werften schmiedeten und schweißten spezielle Schiffe, die „Mytilus" und die „Ostrea", die ausschließlich für den Transport und das Plazieren der Betonriesen konstruiert worden waren. Die „Mytilus" rüstete man, einer Meereskrake auf Stelzen gleich, mit riesigen Saugbaggerköpfen und bis zu 25 Meter tief in den Meeresgrund reichenden Super-Vibratoren aus. Die Meeresstaubsauger holten zunächst den Treibsand vom Boden der Nordsee.

Dann wurde mit Hilfe der Vibratoren der Meeresgrund so lange durchgerüttelt, bis sich die Sandmassen verdichtet hatten und damit ein fester Untergrund entstand. Jetzt erst konnten auf diesen planierten Meeresboden die 60 Meter langen, 29 Meter breiten und 36 Zentimeter dicken Gründungsmatten, die das eigentliche Fundament für die Betonpfeiler bilden, verlegt werden.

Matte für Matte senkte sich auf den Meeresgrund und bescherte der Oosterschelde damit einen stabilen Teppichboden. Dann trat die „Ostrea" mit ihren 9000 PS starken Motoren in Aktion. Dieses Spezialschiff hievte die 65 je 18 000 Tonnen schweren Betonpfeiler Stück für Stück empor und schleppte sie exakt an ihren Bestimmungsort im Mündungsdelta.

Die Pfeiler wurden mit Betonschwellenbalken (39 Meter lang, acht Meter hoch) miteinander verbunden und verankert. Die Stabilität dieser befestigenden Konstruktion wurde zusätzlich dadurch erhöht, daß man Hochofenschlacke und tonnenweise zentnerschwere Granitblöcke und andere Natursteine als Doppelfundament zwischen den Pfeilern zu einem neuen Verbindungsdamm unter Wasser aufschüttete. Dieses zweite Steinfundament soll die Strömungsgeschwindigkeiten reduzieren und es muß außerdem dafür sorgen, daß keiner der Pfeiler je seine Position auch nur um einige Zentimeter verändern kann.

Nach rund achtjähriger Bauzeit ist das erste bewegliche Sturmflutwehr der Welt einsatzbereit. Es hat – so sagen seine Erbauer – „die nötige Stabilität, den Fluten der Nordsee in jeder denkbaren Situation standzuhalten, und ist gleichzeitig ein Umweltschutzprojekt erster Ordnung".

Wie Kolosse ragen die 18 000 Tonnen schweren Betonpfeiler aus dem Trockendock hervor FOTO: DIE WELT



Das große Werk ist vollendet

Das neue Deltawerk sichert rund 15 000 Quadratkilometer Land. Es schließt sämtliche Mündungsarme des Deltas mit Ausnahme des Nieuwe Waterweg im Norden und der Westerschelde im Süden. Dadurch wird die Linie der Seedeiche um 700 Kilometer auf nur noch 33 Kilometer verkürzt. Dämme und Brücken verbessern die Verkehrswege zu den Inseln.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Pille und Krebs

Berlin (DW.) – Den Verdacht auf einen möglichen Zusammenhang zwischen einer mindestens 10jährigen Einnahme der Pille und der Entstehung von Brustkrebs verstärkt eine neue Studie, auf die das Bundesgesundheitsamt (BGA) jetzt hingewiesen hat. Die Untersuchung, die in den Jahren 1984 und 1985 in Norwegen und Schweden durchgeführt wurde, erfaßte 422 an Brustkrebs erkrankte Frauen. Wie das BGA mitteilte, ist nach den vorläufigen Ergebnissen keine Änderung der Verordnungs- oder Einnahmegewohnheiten notwendig.

Gefahrstoffverordnung

Bonn (Reuter) – Eine neue Gefahrstoffverordnung mit Vorschriften zum Umgang mit Benzol, Asbest, Blei, Formaldehyd und Dioxin ist gestern auf Veranlassung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung in Kraft getreten. Danach werden Hersteller und Einführer von gefährlichen Stoffen verpflichtet, diese ordnungsgemäß zu verpacken und zu kennzeichen. Hierzu gehören neben dem Aufdruck eines Gefahrensymbols auch Hinweise auf das mögliche Risiko und empfohlene Schutzmaßnahmen. Für die Abgabe sehr giftiger Stoffe wird eine Erlaubnispflicht eingeführt.

Krebskranke Kinder

Münster (dpa) – Die Bundesrepublik ist bei der Behandlung von Krebs bei Kindern führend in der Welt, wie auf dem Kongreß für Kinderheilkunde in Münster bekannt wurde. Von 1129 Kindern mit bösartigen Tumoren litten 30 Prozent an Blutkrebs und 20 Prozent an Hirntumoren. Die Mediziner stellten fest, daß krebskranke Kinder eine deutlich größere Überlebenschance haben als Erwachsene. Die besten Ergebnisse wurden bei der Behandlung von Lymphdrüsenkrebs (90 Prozent) und Blutkrebs (70 Prozent) erzielt.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Wie Chips die Sonne einfangen" – Arno Nöldechen beschreibt neuartige Hochleistungs-Solarzellen.

*

„Falschspieler im Krabbensalat" – Über die Entwicklung von Fischfleisch-Kopien berichtet Harald Steinert.

*

Weshalb so viele einheimische Käferarten vom Aussterben bedroht sind, schildert Matthias Glaubrecht.

Durch einen tragischen Unfall verloren wir meinen geliebten Mann, herzensguten Papi, meinen einzigen Sohn und unseren lieben Bruder

C. Jörg Ruhnke

geb. 25. 8. 1938 gest. 28. 9. 1986

Monika Ruhnke
Julia C. Ruhnke
Emma Ruhnke
Doris Umé
Karen Marzola

Up de Worth 12
2000 Hamburg 65

Bitte keine Beileidsbesuche.

Trauerfeier am Mittwoch, dem 8. Oktober 1986, um 12.00 Uhr Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

Statt zugedachter Blumen bitten wir die SOS-Kinderdörfer des Hermann Gmeiner Fonds Deutschland e. V. zu bedenken. Deutsche Bank München, Konto-Nr. 1111 111 (BLZ 700 700 10), Vermerk: Ruhnke.

In tiefer Trauer teilen wir den unerwarteten Tod unseres Firmeninhabers

C. Jörg Ruhnke

geb. 25. 8. 1938 gest. 28. 9. 1986

mit.

Mit seinen großen Erfahrungen, seinem fachlichen Wissen und Ideenreichtum beeinflußte der Verstorbene seit über 25 Jahren maßgeblich die Entwicklung unseres Unternehmens. Bei allem erfolgreichen beruflichen Einsatz prägten Menschlichkeit und Verantwortungsbewußtsein sein vorbildliches Schaffen.

Seine Leistung und seine Persönlichkeit bleiben uns Vorbild.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der Firma
Carl Ruhnke

Trauerfeier am Mittwoch, dem 8. Oktober 1986, um 12.00 Uhr Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

Statt zugedachter Blumen bitten wir die SOS-Kinderdörfer des Hermann Gmeiner Fonds Deutschland e. V. zu bedenken. Deutsche Bank München, Konto-Nr. 1111 111 (BLZ 700 700 10), Vermerk: Ruhnke.

Wir trauern um

Jörg Ruhnke

den Gründer unserer Dienstags-Runde; wir haben einen treuen Freund verloren.

Axel Bertling
Heinrich Heitzig
Eckart Priesemuth
Cord Tretau
Hartmut Buns
Michael Merker
Peter Schweser

An einem schönen Spätsommertag haben wir zusammen mit Freunden, Kollegen und Bekannten meinen lieben Mann und guten Vater

Walter Vonarb

auf seinem letzten Weg begleitet.

Dank sei allen, die seiner gedachten und uns trösteten.

Inge Vonarb geb. Wohlfeil
Franz-Stephan Vonarb

Hamburg, im Oktober 1986

Familienanzeigen und Nachrufe

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/35, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

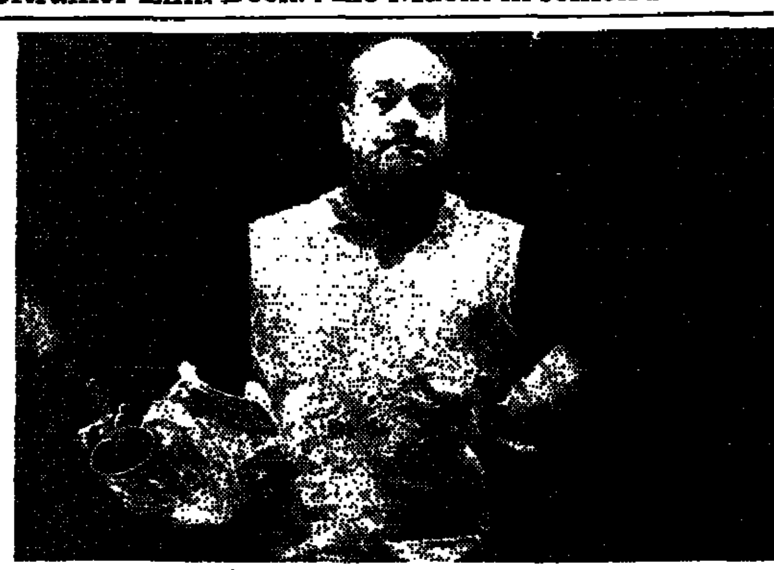
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

FECHTEN / WELT-Interview mit dem neuen Cheftrainer Emil Beck: Alle Macht in seinen Händen

● Angefangen, das erzählt er immer wieder gerne, hat es im Wortsinn im Keller. Tief unten in einem Heizungskeller brachte er Schülern die ersten Schritte eines Sports bei, für den er selbst sich in einem Abenteuer-Film begeistert hatte. Fechten – dafür gab Emil Beck (Foto) aus Tauberbischofsheim seinen Friseur-Beruf auf, legte sich mit Funktionären und Verfechtern klassischer Schulen an und *arbeitete unermüdlich, schlitzohrig und schließlich erfolgreich.* Er ist umstritten wie kaum ein anderer, aber im deutschen Leistungssport geht kein Weg mehr an Emil Beck vorbei.

● Sein Modell Tauberbischofsheim, seine Bemühungen, Leistungssportler sozial abzusichern, gelten als beispielhaft. So ist Beck neben seiner Trainerarbeit im Fechtclub und im Deutschen Fechterbund (DFB) auch Vorsitzender der Trainer-Kommission. Und er scheut nicht vor Kritik zurück. „Der deutsche Sport wird seinen vierten Platz in der Welt nicht halten", sagt Beck im sicheren Gefühl, daß Fechter an der Entwicklung nicht beteiligt sind. Die WELT sprach mit dem neuen DFB-Cheftrainer im neuen Olympiastützpunkt Tauberbischofsheim. Das Gespräch führte Jörg Stratmann.



„Tauberbischofsheim und ich behindern doch keinen – andere profitieren von unseren Siegen"

WELT: Herr Beck, der Cheftrainer des Deutschen Fechterbundes und drei der vier Bundestrainer der einzelnen Disziplinen kommen nun aus Tauberbischofsheim, dem neuen Olympiastützpunkt. Spielt sich die Sportart Fechten in der Bundesrepublik Deutschland demnächst nur noch hier ab?

Beck: Sie hat sich doch auch schon vorher nur noch hier abgespielt. 14 von 15 Fechtern, die jetzt Weltmeisterschafts-Medaillen gewonnen haben, kamen aus Tauberbischofsheim.

WELT: Nur meinen viele, im Schatten dieses Klubs könnten andere kaum noch existieren.

Beck: Aber wir behindern doch niemanden. Im Gegenteil, andere Stützpunkte und Vereine profitieren von unseren Erfolgen. Allen im Verband geht es besser, weil die erfolgreiche Sportart Fechten bei uns zum Förderungskonzept 1 gehört. Dies wird übernommen vom Bundesausschuß für Leistungssport und den Landessportbünden. So werden alle Landes-Fechtverbände gefördert. Wenn die anderen nichts daraus machen, soll ich sagen: Wir machen auch nichts draus, weil wir früher auch *ohne Medaillen gelebt haben?*

WELT: Wäre es also besser, tatsächlich nur noch einen großen Stützpunkt zu haben?

Beck: Nein. Wir brauchen mindestens 400 Vereine, in denen Fechtsport betrieben wird. Und ich hoffe immer, daß irgendwo ein Pflänzchen dazukommt. Der Deutsche Fechterbund braucht die Vereine, auch Tauberbischofsheim braucht sie.

WELT: Auch um die anderen Fechtzentren, die der Deutsche Fechterbund noch hat?

Beck: Aber ja. Es ist doch vernünftig, wenn sich welche, wie jetzt in Koblenz, zusammenfinden, die sagen: So, wir nehmen uns der Sache richtig an. Der Druck ist gut. Ich habe diesen Druck selbst im Verein. Als Bundestrainer muß ich in meinem eigenen Verein meinen Fechtern und den anderen Trainern gegenüber beweisen, daß ich der Beste bin, daß beispielsweise fünf meiner Schüler in der Nationalmannschaft stehen. Ich habe das erreicht.

WELT: Und wie werden Sie jetzt als Cheftrainer arbeiten?

Beck: Jetzt will ich aus diesem Konkurrenzkampf heraustreten. Vor drei oder vier Jahren sollte ich schon einmal Cheftrainer werden, damals aber als Bundestrainer in allen vier Waffen. Das habe ich abgelehnt. Ich wollte die große Lösung: den verantwortlichen Cheftrainer und für jede Waffe einen besonderen Bundestrainer. Nur einen Titel ohne Mittel will *ich auch nicht. Ich habe mir ein Veto*-Recht bei Mannschaftsaufstellungen ausbedungen. Und ich habe einen Leistungsausschuß gegründet, wo ich mit allen Heimtrainern von Kaderfechtern sprechen werde. Und denen werde ich einheizen – auch außerhalb Tauberbischofsheims. Je mehr Druck die Trainer bekommen, desto besser werden wir in der Spitze sein. Vielleicht mache ich das ja noch ein paar Jahre – so lange möchte ich auch Erfolg haben.

WELT: Weshalb ist denn Horst-Christian Tell aus Offenbach als Bundestrainer im Damenflorett abgelöst worden?

Beck: Dies war nicht Sache des Fechtclubs Tauberbischofsheim oder des Emil Beck, sondern die des DFB-Präsidiums. Daß Tell nicht Bundestrainer bleiben würde, war aus verschiedenen Gründen schon lange klar. Die Entscheidung war unabhängig von den Ergebnissen der Weltmeisterschaften dieses Sommers in Sofia. Nur wollte das Präsidium mit der Bekanntgabe bis nach der WM warten. Auch Offenbach wollte Tell nicht als Stützpunkttrainer behalten. Ich habe ihm angeboten, nach Tauberbischofsheim zu kommen und hier Weltmeisterin Anja Fichtel und die WM-Zweite Sabine Bau zu trainieren. Erst war er einverstanden. Aber jetzt soll er gesagt haben, er wolle doch nicht. Na gut.

WELT: Welches Ziel haben Sie sich noch gesetzt?

Beck: *Eigentlich* habe ich alles erreicht. Der deutsche Sport wird zwar seinen vierten Platz in der Welt nicht halten können. Wenn aber andere Sportverbände nicht wissen, was sie 1988 machen werden, müssen wir Fechter nicht überlegen, was wir 1996 machen. Auch wenn ich dann nicht dabeisein sollte.

WELT: Warum arbeiten Sie dann noch so weiter, obwohl Sie gemerkt haben, daß es auf Kosten Ihrer Gesundheit geht?

Beck: Mir macht die Arbeit auf der sportpolitischen Bühne einfach unheimlich viel Spaß. Heute kann ich sagen, daß uns international niemand mehr die Butter vom Brot nimmt. Heute mischen wir mit, und das macht Spaß. Ich habe immer Motivation für das, was ich tue und wozu ich mich bekenne. Das tue ich richtig oder gar nicht. Bis 1988 werde ich weitermachen, danach zu fünfzig Prozent meine jetzige Arbeit und zu fünfzig Prozent eines von drei anderen Dingen.

WELT: Zählt die Politik dazu?

Beck: Darüber rede ich nicht.

WELT: Vieles in Tauberbischofsheim und dem deutschen Sport ist unmittelbar von der Person Emil Beck abhängig. Was geschient, wenn Sie einmal zurücktreten?

Beck: Vieles habe ich immer schon delegiert, doch kann beispielsweise nicht irgend jemand morgen einfach Bundesinnenminister Zimmermann anrufen. Aber ich habe die Verantwortung *schon auf viele Gleise* gestreut. Und außerdem ist für den Deutschen Fechterbund schon alles geschafft. Es ist alles da. Wir haben eigentlich viel zu viele Trainingsmöglichkeiten. Das müssen wir jetzt mit Leben füllen.

FUSSBALL / Bayern-Präsident Fritz Scherer:

Mehr Professionalität und mit dem Verband keine Konfrontation

sid, München

Seine Vision von einer erfolgreichen Zukunft sowohl des Deutschen Fußball-Verbandes (DFB) als auch der Bundesliga-Vereine stellte Prof. *Fritz Scherer, Präsident des Bundes*ligaklubs FC Bayern München, in einem Gespräch mit dem Sport-Informations-Dienst (sid) dar.

„Es ist meine Lieblingsidee seit Jahren, daß der DFB als größter Fachverband der Welt einen Präsidenten für die Bundesliga hat und einen zweiten für die Amateure", sagte Scherer. „DFB-Präsident Hermann Neuberger ist für mich ein echter Profi, aber er muß bei Bundestagen Rücksicht auf die überwältigende Mehrheit der Amateure nehmen. Deshalb dauert so eine Umstrukturierung auch noch einige Jahre. Das Grundgesetz *ist leichter zu ändern als das DFB-Statut."*

Doch nicht nur beim Dachverband plädiert der 46 Jahre alte Betriebswissenschaftler an der Fachhochschule Augsburg für mehr Professionalität, sondern auch in den Vorstandsetagen *der Bundesliga. „Es ist ganz entschei*dend, daß die Vereine eine hauptamtliche Führung erhalten", erklärte Scherer. Dabei ging seine Wunschvorstellung sogar bis zur Forderung eines bestellten Vorstandsvorsitzenden, dessen Tätigkeit und Einkommen wie bei einer Aktiengesellschaft am Erfolg gemessen wird.

„Heute ist es doch so, daß einer als Präsident sagt: Was interessieren mich die Schulden, in zwei Jahren bin ich doch wieder abgewählt", meinte Scherer. Allerdings räumte der Bayern-Chef ein, daß „die Mehrheit der Vereine inzwischen einsieht, daß eine kaufmännische Führung nötig ist".

Trotz verschiedener Diskrepanzen zwischen den Bundesliga-Vereinen auf der einen und dem DFB auf der anderen Seite sprach sich der seit dem 9. Oktober 1985 als Bayern-Präsident amtierende Scherer für ein gedeihliches Miteinander in der Zukunft aus. „Eine Abnabelung vom Verband würde die Bundesliga nicht durchstehen. Es hat überhaupt keinen Zweck, auf Konfrontationskurs zu steuern", sagte Scherer, der Mitglied des neuen DFB-Liga-Ausschusses ist.

Als seine „größte Sorge" bezeichnete der gebürtige Augsburger, „daß die ausländischen Vereine unsere besten Spieler, die uns die Stadien füllen, wegkaufen". Aktuelles Beispiel sei das Interesse der reichen italienischen Klubs an den beiden Nationalspielern Thomas Berthold (Eintracht Frankfurt) und Lothar Matthäus (Bayern München). Scherer: „Wenn die attraktiven Spieler ins Ausland ziehen, leidet die ganze Liga darunter."

Dieses Ausbluten an attraktiven Spielern ist laut Scherer nur mit Hilfe der Industrie zu verhindern. Als konkretes Modell nannte der ehemalige Schatzmeister des Deutschen Rekord-Meisters den Bayer-Konzern, der die beiden Bundesligaklubs Uerdingen und Leverkusen unterstützt: „Bayer macht dies doch nicht aus Spaß, da stehen handfeste wirtschaftliche Interessen dahinter." Scherer weiter: „Die Industrie sollte sich überlegen, ob sie nicht einsteigt. Es *nützt nichts*, wenn eine Firma einen Verein unterstützt, das muß schon *auf breiter Basis in der ganzen Liga* geschehen."

Laut Scherer würde die Mentalität des Deutschen eine Umbenennung zum Beispiel des FC Bayern München in „BMW München" allerdings nicht akzeptieren. Scherer: „Wenn wir uns zum Beispiel Commodore München nennen würden, das kostet uns 50 Prozent der Zuschauer. Da gibt es andere Möglichkeiten, Werbung zu machen. Über Trikotwerbung oder Werbung im Fernsehen zum Beispiel."

Vielmehr plädiert Scherer für die *Umwandlung der* Bundesliga-Vereine in Kapitalgesellschaften. „Das größte Probleme ist der Einfluß des DFB auf die Vereine. Er kann uns ja bis zur Aussperrung drohen. Das könnte er mit einer Aktiengesellschaft nicht mehr machen." Scherer weiter: „Denn niemand kann sich vorstellen, daß er sich von jemand vorschreiben läßt, wie er seine Firma zu führen hat."

Von der neuen Zusammensetzung des Liga-Ausschusses verspricht sich der Bayern-Präsident in diesen Fragen ein konsequenteres Zusammenarbeiten. Scherer: „Bisher haben wir immer nur gemeckert, jetzt müssen wir beweisen, daß wir es besser machen. Das Verhältnis der Vereine hat sich untereinander schon deutlich verbessert. Wir wissen, daß wir alle in einem Boot sitzen. Wir treffen uns wesentlich häufiger, als das früher der Fall war, und bereiten uns vor allem auf die Sitzungen mit dem DFB untereinander vor. Ich persönlich bin sogar ein Verfechter von nur 14 Bundesligaklubs. Aber aus Solidarität haben wir auch die Reduzierungspläne für zwei Jahre zurückgestellt."

Nicht sehr begeistert ist Fritz Scherer vom Modell des Homburger Präsidenten Manfred Ommer. Der Bayern-Präsident über seinen Kollegen: „Der Verein könnte nie in die Bundesliga aufsteigen, wenn er nicht die richtigen Spieler bekommt. Jetzt finanziert Herr Ommer über Investoren die Spieler. Damit sie Rendite bringen, sprich: ihren Wert halten oder steigern, müssen sie auch spielen. Da muß der Geldgeber in die Arbeit des Trainers eingreifen. Darum halte ich das Ommer-Modell für sehr gefährlich. In dem Moment, wo die Investoren mitreden, gibt es ein Chaos."

OLYMPIA

Samaranch traf Castro in Kuba

sid, Havana

Als „sehr befriedigend" hat Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), seine Gespräche mit dem kubanischen Staatschef Fidel Castro in Havana bezeichnet. Obwohl keine näheren Einzelheiten bekannt wurden, betonte Samaranch nach zwei Zusammentreffen mit Castro die Nützlichkeit des Meinungsaustausches im Hinblick auf eine Reduzierung der aktuellen Probleme. Gemeint war damit Kubas Boykott-Drohung für die Olympischen Sommerspiele 1988 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul, falls das kommunistische Nordkorea nicht angemessen an der Ausrichtung der Spiele beteiligt werde.

Zwischen den koreanischen Staaten und dem IOC ist eine vierte und letzte Gesprächsrunde im nächsten Jahr geplant. Samaranch begibt sich jetzt nach Lausanne zur Vorbereitung der 91. IOC-Session. Am 17. Oktober werden die Olympia-Städte für 1992 gewählt.

SPORTPOLITIK

Sanktionen gegen Südafrikas Sport?

sid, Dublin

Schweden hat vor der V. Europäischen Sportministerkonferenz in Dublin Boykottmaßnahmen gegen den Sport in Südafrika gefordert. Die Regierungen sollen nach dieser Resolution Maßnahmen ergreifen, um alle Kontakte zu Sportorganisationen in Südafrika zu unterbinden. Sportorganisationen sollen außerdem Athleten, die an Veranstaltungen in Südafrika teilgenommen haben, nicht mehr zu Wettbewerben einladen.

Dieser harten Position widersprach Bundesinnenminister Zimmermann als Leiter der Konferenzteilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung respektiere die Autonomie der nationalen und internationalen Sportorganisationen. Sie werde daher in dieser Frage weder Druck noch Sanktionen ausüben. Zimmermann forderte dazu auf, neue Ansätze zur Überwindung von Diskriminierung und Boykott im Sport zu suchen, damit die Probleme dort gelöst werden könnten, wo sie hingehören – „auf der Ebene des Sports".

NACHRICHTEN

Tilly Fleischer wird 75

Düsseldorf (sid) – Tilly Fleischer, erste deutsche Leichtathletik-Olympiasiegerin von 1936, feiert heute ihren 75. Geburtstag. Mit der Siegesweite von 45,18 m gewann die damals 25jährige den Speerwurf-Wettbewerb bei den Spielen in Berlin.

England: Nur Geldstrafe

London (dpa) – Harte Kritik üben die britischen Medien an der Disziplinarkommission des Fußballverbandes, die erneut durch milde Strafurteile aufgefallen sind: Southamptons Verteidiger Mark Dennis, bisher sah er schon acht Mal die rote Karte, kam dieses Mal mit einer Buße von 250 Pfund davon. Sein Faustschlag würde lediglich als „ungebührliches Benehmen" *gewertet.*

Jeannie Longo fuhr Rekord

Mailand (sid) – Die französische Radrennfahrerin Jeannie Longo verbesserte in Mailand den Stunden-Weltrekord für Bahnen in Meereshöhe um 505 m auf 43,587 km. Sie besitzt nun, genau wie der Italiener Francesco Moser, die Bestmarke für Bahnen auf Meereshöhe und für Hochbahnen (über 600 m).

Holt Blau-Weiß Schüler?

Berlin (sid) – Fußball-Bundesligaklub Blau-Weiß 90 Berlin zeigt Interesse an Borussia Dortmunds Mittelfeldspieler Wolfgang Schüler. Der 28jährige Schüler hat bereits ein Testspiel mit der Berliner Mannschaft absolviert.

Favoriten kamen weiter

Paris (dpa) – Bei der Volleyball-Weltmeisterschaft in Frankreich haben bereits Weltmeister Sowjetunion, Olympiasieger USA und der Olympiazweite Brasilien das Halbfinale erreicht. Der Geheimfavorit Frankreich kann nur noch das Halbfinale im Falle eines Sieges über Brasilien erreichen.

Mats Wilander heiratet

Düsseldorf (sid) – Am 3. Januar 1987 wird der schwedische Tennis-Star *Mats Wilander, der derzeit eine* mehrmonatige Pause einlegt, seine langjährige Freundin Sonya Mulholland heiraten. Die Hochzeit findet in Durban (Südafrika) statt.

Winterspiele verlegen?

Bern (sid) – Die *Vorstellung, künftig* die Olympischen Winterspiele um zwei Jahre zu verschieben, wird immer realistischer. Marc Hodler, das Schweizer Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) meinte in Bern, schon ein Turnuswechsel auf die Jahre 1994, 1998, 2002 sei nicht mehr ausgeschlossen. Eine entsprechende Entscheidung könnte schon bei der 91. IOC-Session in Lausanne am 17. Oktober getroffen werden.

Radprofi feiert Comeback

Brüssel (sid) – Der 39jährige Belgier Roger de Vlaeminck hat wieder eine Profi-Lizenz erhalten. Er möchte an der gesamten Querfeldein-Saison, die im Herbst beginnt, teilnehmen. Eddy Merckx, sein früherer ständiger Widersacher, betätigt sich als sein Sponsor.

ZAHLEN

FUSSBALL

Europacup, Pokal der Landesmeister, 1. Runde, Rückspiel: **Vitkovice** – St. Paris St. Germain 1:0 (Hinspiel: 2:2) – **UEFA-Pokal:** Valerengen Oslo – **Beveren** 0:0 (0:1), **Sredez Sofia** – FC Tirol 2:0 (0:3) – **Pokal der Pokalsieger: Girondins Bordeaux** – Waterford 4:0 (2:1). – Die fettgedruckten Vereine haben die zweite Runde erreicht. – **Länderspiel** „U 18" in Krefeld: Deutschland – Bulgarien 4:2 (4:0). – **Freundschaftsspiel:** Odense – 1. FC Köln 4:1.

TENNIS

Damenturnier in Loosdrecht/Holland, 1. Runde: Hanika (Bundesrepublik Deutschland) – Vanier (Frankreich) 7:5, 4:6, 6:1.

BASKETBALL

Europapokal der Pokalsieger: Bayreuth – Panathinaikos Athen 84:71.

VOLLEYBALL

Weltmeisterschaften in Frankreich, Zwischenrunde, Gruppe F in Toulouse: Brasilien – Italien 3:0, Bulgarien – Frankreich 3:1, CSSR – Volksrepublik China 3:0. – Zwischenrunde, Gruppe F in Nantes: UdSSR – Argentinien 3:0, USA – Kuba 3:1, Polen – Japan 3:0.

STAND ● PUNKT / *Schalke 04 auf neuen Wegen*

Neuwahlen standen zwar nicht auf der Tagesordnung, aber dennoch: Eine Jahreshauptversammlung beim Bundesligaklub Schalke 04, die nicht länger dauert als ein Fußballspiel, nämlich 90 Minuten, das hat es am Dienstag abend zum erstenmal gegeben. Und auch das war neuer Rekord: Nur vier *Mitglieder* meldeten sich zu Wort, und die haben den Vereinsvorsitzenden Hans-Joachim Fenne und seine Vorstandsmannschaft ausschließlich gelobt.

Sogar Manager Rudi Assauer, letzthin immer Buhmann „auf Schalke", bekam artigen Beifall. Womit denn hinreichend demonstriert wurde, daß sich die einstige Skandalnudel der Bundesliga, deren Mitgliederversammlungen häufig zu wahren Saalschlachten ausuferten, tatsächlich gewandelt hat. Fenne meinte fast prosaisch: „Wir stehen dennoch erst am Anfang einer neuen Entwicklung. Wir haben ein zartes Pflänzchen der Solidität gesetzt und hoffen, daß daraus ein starker Baum wird."

Für den Präsidenten ist das bisher Erreichte aber schon jetzt ein persönlicher Triumph. Schließlich ist es noch nicht allzulange her, da haben die Schalke-Mitglieder gerade ihn ins Kreuzfeuer ihrer Kritik genommen. Und zwar so sehr, daß er sich von der Polizei schützen lassen mußte, weil – nach dem zweiten Bundesligaabstieg und den damit verbundenen Spielernotverkäufen –, telefonische Morddrohungen bei ihm zu Hause eingegangen waren.

Freilich, wirtschaftlich gesund ist der Traditionsklub immer noch nicht. Das abgelaufene Geschäftsjahr wurde mit einem Minus von 577 000 Mark abgeschlossen, der derzeitige Schuldenstand liegt bei rund 3,5 Millionen Mark. *Aber die* Perspektiven sind, sportlich und finanziell, deutlich verbessert worden. Daß am letzten Samstag 12 000 Fans den Tabellensechsten nach Düsseldorf begleitet haben, daß der Verein am Wochenende im Heimspiel gegen den 1. FC Köln mindestens 40 000 Zuschauer hochrechnen kann, symbolisiert die Trendwende nachdrücklich.

BERND WEBER

Keine Bedenken gegen Stade

dpa. Bonn

Das Bundesumweltministerium hat keine Bedenken gegen den Betrieb des vielfach als „Schrottreaktor" bezeichneten Atomkraftwerks Stade. Wie der Staatssekretär des Ministeriums, Christean Wagner (CDU), gestern in der Fragestunde des Bundestages mitteilte, hat sich die Reaktorsicherheitskommission mehrfach mit Stade befaßt und festgestellt, daß die erforderliche sicherheitstechnische Vorsorge getroffen sei. Wagner stimmte dem Fragesteller, dem CDU-Abgeordneten Horst Eylmann zu, daß der Begriff „Schrottreaktor völlig aus der Luft gegriffen" und „verantwortungslos" sei.

Wagner bekräftigte die grundsätzliche Einstellung von Bundesumweltminister Wallmann zur friedlichen Nutzung der Kernkraft. Die Bundesregierung werde nicht zögern, ältere Atomkraftwerke abzuschalten, falls sie nicht sicher seien, sagte Wagner. Derzeit bestehe dazu aber kein Anlaß. Wallmann hatte erklärt: „Wir sind keine Kernkraftfetischisten.

In der Fraktion Kritik an Bangemann

Lebhafte Aussprache über Energiebericht / Lambsdorff nimmt den Minister in Schutz

DIETHART GOOS, Bonn

In der FDP-Bundestagsfraktion herrscht Unzufriedenheit über den vom Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vorgelegten Energiebericht der Bundesregierung. In der Fraktionssitzung am Dienstag wurde dieser vom Kabinett verabschiedete Bericht scharf kritisiert. So bemängelten die Abgeordneten Gerhart Baum, Hildegard Hamm-Brücher und Burkhard Hirsch, die Aussagen des Energieberichtes deckten sich nicht mit den FDP-Parteitagsbeschlüssen zur Kernenergie.

Während der Aussprache wurde von den drei zum sozialliberalen Flügel gehörenden Parlamentariern der Einwand erhoben, in dem vom Parteivorsitzenden zu verantwortenden Energiebericht sei die liberale Position nicht erkennbar. Vor allem die Aussagen über die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und über den Schnellen Brüter seien mit der FDP-Position nicht identisch, merkten Bangemanns Kritiker an. Der Energiebericht sei zu forsch formuliert *und lasse mit seiner kategori*schen Ablehnung des kurz-, mittel- und langfristigen Ausstiegs aus der Atomenergie die notwendige Sensibilität gegenüber diesem stark emotionalisierten Thema vermissen.

Wirtschaftsminister Bangemann hatte bei der Erläuterung des Energieberichtes am 24. September vor der Presse erklärt, die Aussagen des Energieberichtes zur Kernenergie und die Beschlüsse des FDP-Parteitages Ende Mai in Hannover seien dekkungsgleich. Damals beschloß die FDP, auf die kommerzielle Nutzung des Schnellen Brüters zu verzichten. Im Bericht heißt es dazu: „Über die Nutzung dieser Technik muß die Wirtschaft entscheiden." Kritisiert wurde Bangemann auch für seine Äußerung vor der Presse, Bauanträge der Energiewirtschaft für neue Kernkraftwerke seien nicht auszuschließen.

Der FDP-Chef rechtfertigte sich gegenüber seinen Kritikern in der Fraktionssitzung mit dem Hinweis, der *Energiebericht* sei kein FDP-Papier, sondern ein Dokument der ganzen Bundesregierung. An der Abfassung waren auch die Ressorts für Wissenschaft und Forschung sowie für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beteiligt. Leider sei es eine Tatsache, daß die FDP nicht über eine Mehrheit von 51 Prozent verfüge. Daher habe man bei den Aussagen im Energiebericht zur Kernkraft in der Koalition einen Kompromiß schließen müssen.

Der frühere Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nahm seinen Amtsnachfolger und Parteivorsitzenden gegen seine Kritiker in Schutz. Aus eigener Erfahrung kenne er gerade bei der Abfassung früherer Energieberichte die Notwendigkeit, auf die Koalitionslage Rücksicht nehmen zu müssen. Die notwendigen Kompromisse dürften daher Martin Bangemann nicht persönlich angelastet werden.

Deutsche Firmen sollen nach Iran

dpa, Bonn

Iran will seine wirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland ausbauen und mehr deutsche Firmen ins Land holen. Dies teilte der iranische Minister für Schwerindustrie, Behzad Nabavi, gestern zum Abschluß seines einwöchigen Besuches in Bonn mit. Bei seinen Gesprächen mit der Bundesregierung sei vereinbart worden, die seit langem ruhende deutsch-iranische Wirtschaftskommission Anfang 1987 wieder zu aktivieren. Nabavi begrüßte, daß etwa ein Dutzend deutscher Unternehmen Bereitschaft gezeigt *hätten, trotz des anhaltenden* Krieges mit Irak in Iran zu investieren.

Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums sagte, Bonn sei an einer verstärkten Kooperation interessiert, soweit dies mit einem Land im Kriegszustand möglich sei. Nabavi räumte ein, gegenwärtig verfüge Irak im Golfkrieg über die besseren Waffen. Er erklärte aber zugleich, längerfristig werde Iran siegen.

Belgrader Experte: Druck auf Gorbatschow wächst

Parallelen zu Chruschtschow? / „Apparat ist die stärkste Kraft"

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die jugoslawischen Kommunisten befürchten, daß der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow in seiner Innenpolitik scheitern und rasch von der politischen Bühne verschwinden könnte. Einer der bekanntesten und kompetentesten Belgrader Ost-Experten, der erfahrene Moskau-Korrespondent der „Politika", Risto Bajalski, deutet sogar an, daß Gorbatschow das Schicksal des vor 22 Jahren gestürzten Nikita Chruschtschow teilen könnte.

Im Partei- und Staatsapparat der UdSSR, so erklärt Bajalski im Zagreber Magazin „Start", gebe es „viele einflußreiche Leute", welche den von Gorbatschow in Angriff genommenen Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System sowie in der Kaderpolitik starken Widerstand entgegensetzten. Dieser Apparat sei aber in der Sowjetunion seit Jahrzehnten die stärkste und einflußreichste gesellschaftliche Kraft. „Einige Leute" seien der Auffassung, „daß Gorbatschow Änderungen fordert, *die zu weit gehen, daß er zu* schnell vorgeht und daß die von ihm inspirierten Personalveränderungen zu riskant sind".

Kampf um neue Linie

„Im Oktober 1964 wurde Nikita Chruschtschow gestürzt, weil der Veränderungen durchsetzen wollte, die bei einer großen Mehrheit des ZK der KPdSU auf Widerstand stießen." Als diese ZK-Mehrheit ihre Unzufriedenheit mit Chruschtschows Führungsstil äußerte, mußte dieser die politische Szene sofort verlassen. Auch im Fall Gorbatschow könne man noch nicht sagen, ob dieser auf die Dauer erfolgreich sein werde.

Der jugoslawische Experte spricht von einer „starken Opposition", die sich in der Sowjetunion gegen Gorbatschow formiere. Der entscheidende Kampf für eine neue politische Linie habe für Gorbatschow gerade erst begonnen, und der Ausgang dieses Kampfes sei keineswegs gewiß. Gorbatschows Ziel sei es, die ökonomische Stagnation und den „katastrophalen Rückstand" der Sowjetunion gegenüber den erfolgreichen Supermächten des Westens zu stoppen. Die zu diesem Zweck notwendigen Veränderungen müßten „rasch und mutig" erfolgen, wobei man auch „Risiken" akzeptieren müsse. Auch eine teilweise Abschaffung des staatlichen Zentralismus in der Wirtschaft könne nicht leicht erzielt werden.

Stalins Fundamente

Auch die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug berichtet aus Moskau über zunehmende innerparteiliche Widerstände gegen die politische Linie Gorbatschows. „Noch gibt es die Auffassung, daß der gegenwärtige Charakter der (von Gorbatschow ausgelösten) gesellschaftlichen Veränderungen in Wirklichkeit eine Untergrabung des Sozialismus und ein Aufgeben der *marxistisch-leninistischen Idee bedeutet,*" schreibt der Tanjug-Korrespondent aus der sowjetischen Hauptstadt. Die Ursachen für diese Widerstände sieht Tanjug im „jahrzehntealten dogmatischen Erbe", des Fundamente noch von Stalin gelegt worden seien. Gorbatschows Bestreben, das „persönliche Interesse" als grundlegendes Motiv der gesellschaftlichen Veränderungen einzuführen, bedeute einen kühnen Versuch, „das Dogma von der Allmacht des Staates oder der Partei" zu verlassen. Das gegenwärtige sowjetische System mit seiner vielen administrativen und zentralistischen Direktiven sei „vielen Schichten der sowjetischen Gesellschaft" sehr zugute gekommen – und zwar in der Verwaltung, der Partei, der Wirtschaft und „anderen Organen". Der jugoslawische Bericht aus Moskau kommt zum Fazit: „Viele wollen die Perestrojka (d.h. die von Gorbatschow geforderte „Umgestaltung") nicht."

Schwarz-Schilling setzt sich zur Wehr

dpa, Bonn

Die Bundespost hat nach den Worten von Postminister Christian Schwarz-Schilling keine Privatisierungspläne. Vor Journalisten verurteilte Schwarz-Schilling gestern die bevorstehende Kampagne der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen". Obwohl die Postgewerkschaft genau wisse, daß die Post als Einheitsunternehmen erhalten werden soll und daß eine Privatisierung des Post-, Postbank- und Fernmeldewesens nicht beabsichtigt sei, würden Ängste beim Personal geschürt und die Postkunden verunsichert, erklärte der Minister.

Schwarz-Schilling kündigte an, daß ein Brief des Ministeriums an alle Mitarbeiter der Post verschickt werde, in dem sein Standpunkt dargestellt werde. Damit wolle er der „Verunsicherungskampagne" der Postgewerkschaft ein Gegengewicht setzen. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien habe einen Antrag auf Privatisierung der Post gestellt. Es sei nicht beabsichtigt, das Netzmonopol der Bundespost aufzugeben.

„Mehr Rechte für Gläubiger"

rtr, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat sich dafür ausgesprochen, bei Firmeninsolvenzen die Mitspracherechte der *Gläubiger gegen*über Gericht und Konkurs-Verwalter wesentlich zu stärken. Beim Sparkassen-Prüfertag in Hannover erklärte Engelhard in einem Insolvenzverfahren dürften Gericht und Konkursverwalter nicht als Sachwalter gesamtwirtschaftlicher Interessen gelten, die gegen die Interessen der am Verfahren Beteiligten durchgesetzt würden. Engelhard verlangte zudem eine Erleichterung der Restschuldbefreiung für persönlich haftende Schuldner. Der Minister kritisierte, daß das derzeit in der Wirtschaft diskutierte Gutachten einer Expertenkommission zur geplanten Insolvenzrechtsreform in der nächsten Legislaturperiode an einigen Punkte eine eindeutig marktwirtschaftliche Orientierung vermissen lasse.

Engelhard wandte sich gegen den Vorschlag, die Quote der ungesicherten Gläubiger durch einen „Aufbesserungsbeitrag" der Sicherungsgläubiger zu verbessern.

Wenn „technische Askese" gute Politik verhindert

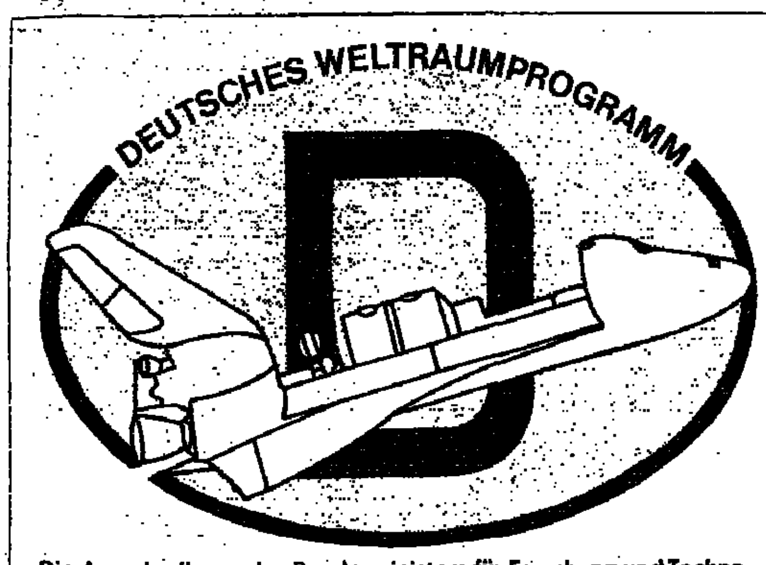
ANATOL JOHANSEN, Berlin

„Wir sind heute schon mehr zum Vordenken gezwungen, weil das Nachdenken oftmals schon zu spät kommt." Mit dieser griffigen Formulierung wies jetzt im Berliner Reichstagsgebäude Professor Carl Böhret von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften (Speyer) auf die Notwendigkeit hin, mehr wissenschaftlichen Sachverstand ins deutsche Parlament zu bringen. Es gebe nämlich, so Böhret, „schleichende Katastrophen", die sich insgeheim entwickeln und plötzlich, unerwartet, an unvermuteter Stelle und mit erheblicher Vehemenz ausbrechen und die Allgemeinheit unvorbereitet träfen – wie etwa Tschernobyl, das Waldsterben, die Vergiftung der Böden, oder das gegenwärtig mit Besorgnis beobachtete Loch in der Ozon-Schicht der Erde, das derzeit erforscht wird.

Böhret sprach auf einem zweitägigen Symposium, zu dem die „Enquete-Kommission Technologiefolgen-Abschätzungen" unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Josef Bugl eingeladen hatte. Eine mit allgemeinen Einschränkungen verbundene „technische Askese" zu fordern, sei heute etwas blauäugig, meinte Böhret. Sie laufe dem Interesse am hohen Lebensstandard des einzelnen entgegen. Deshalb gehe es darum, eventuelle negative Folgen technischer *Entwicklungen vorauszusehen* und sie so weit irgend möglich von vornherein abzubiegen.

Im gleichen Sinne äußerten sich Bundestagspräsident Philipp Jenninger, Josef Bugl und eine Reihe anderer Referenten vor etwa 200 im Reichstag versammelten Wissenschaftlern und Politikern. Anlaß des Treffens war der Vorschlag zur Schaffung eines ständigen Beratergremiums für Wissenschaft und Technologie beim Deutschen Bundestag, der jetzt dem Parlament zugeleitet wurde. Wird er angenommen, geht damit eine über ein Jahrzehnt alte Streiterei zu Ende. Ähnliche Aktivitäten zur Schaffung einer wissenschaftlichen Berater-Kapazität für die deutschen Parlamentarier hatte es seit Anfang der 70er Jahre gegeben. Doch das Schreckbild einer staatlich gelenkten Wissenschaft oder gegängelten Wirtschaft mit ihren bekannten Nachteilen und Umweltschädigungen, wie sie einige Meter hinter dem Reichstag und der Mauer in Ost-Berlin praktiziert wird, mag hier bremsend gewirkt haben, So machten denn jetzt auch alle Redner in Berlin klar, daß es nicht darum gehe, dem Bundestag jetzt *ein Monopol für die* Forschungspolitik zuzuschanzen. „Technologiepolitik", so Bundestagspräsident Jenninger, „wird von Verwaltungen, Unternehmen, Ingenieursverbänden oder Tarifparteien betrieben. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß Technologiepolitik keineswegs allein ein Problem des Staates und seiner Administration ist".

Es geht – das ist das Fazit des Symposiums – jetzt in erster Linie darum, negative Folgen dort zu vermeiden, wo technischer Fortschritt vielleicht einer Gruppe Nutzen, der Allgemeinheit aber Schaden zufügen würde. Insofern wird also eine parlamentarische Institution zur Technikfolgen-Abschätzung den technischen Wandel nicht bremsen, wie befürchtet wurde, sondern ihn eigentlich erst für die Allgemeinheit akzeptabel und nutzbar machen.



Die Ausschreibung des Bundesministers für Forschung und Technologie zur Verstärkung des deutschen Astronauten-Teams ist abgelaufen. Vorläufigen Berichten zufolge haben sich rund 800 Personen beworben, davon ein Viertel Frauen. Auf die erste Ausschreibung hatten sich – vor dem Unglück des Space Shuttle – 900 Aspiranten für die Spacelab-Mission D-2 gemeldet. Eine erste Durchsicht der Unterlagen signalisiert einen hohen Stand der Qualifikation der Bewerber. EMBLEM: DFVLR

FÜR DEN ANLEGER

IVG: Die Aktien der bisher voll dem Bund gehörenden – jetzt teilprivatisierten – Industrieverwaltungsgesellschaft AG kommen zu einem Kurs von 165 DM je 50-DM-Aktie am 14. Oktober 1986 an die Börse. (S. 15)

Hypotheken: Die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank hat die Zinsen bei zehnjähriger Festschreibung von 7,35 auf 7,5 Prozent erhöht. Bei fünfjähriger Festschreibung wurden sie von 6,5 auf 6,65 Prozent angehoben.

Gold: Japan wird 1986 nach Schätzungen von Experten fast 600 Tonnen Gold importieren, etwa dreimal soviel wie 1985.

Commerzbank: Die Aktie wurde gestern erstmals an der Tokioter Börse notiert. Ihr Kurs betrug 24 100 Yen (317 DM) und entspricht dem am 30.9. in Frankfurt festgestellten Kassakurs.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 273,97 (269,85); Chemie: 161,91 (159,78); Elektro: 332,32 (324,60); Auto: 731,26 (716,79); Maschinenbau: 149,52 (146,49); Versorgung: 160,36 (159,17); Banken: 400,23 (397,49); Warenhäuser: 171,62 (169,50); Bauwirtschaft: 548,29 (547,17); Konsumgüter: 179,45 (177,50); Versicherung: 1419,32 (1399,50); Stahl: 145,89 (141,22).

Kursgewinner:	DM	+ %
Klöckner-Werke	79,00	6,76
Gelsenwasser	197,00	6,49
Dyckerhoff	206,00	5,64
Pakhoed Hldg. N.	56,70	5,00
Hochtief	1050,0	5,00

Kursverlierer:	DM	– %
Kawasaki Kisen	2,50	7,41
Bowater	8,90	7,29
Magdeburger Feuer	530,00	7,02
Elf Aquitaine	99,60	6,04
Banco de Bilbao	88,00	5,78

(Frankfurter Werte)
Nachbörse: Aufwärts

MÄRKTE & POLITIK

Insolvenzen: Die Reform des Konkurs- und Vergleichsrechts soll in der kommenden Legislaturperiode in Angriff genommen werden. (S. 14)

Agrar: In der EG werden Maßnahmen *zur Verringerung der Überschußerzeugung von Milch erwogen.* Dazu soll auch eine neue Senkung der Milchquoten gehören.

Preise: Im August sanken die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte um 0,2 Prozent und lagen um 3,6 Prozent niedriger als vor einem Jahr.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	30. 9. 86	29. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	161,50	161,00	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	118,50	116,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	69,50	69,50	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN



Optische Industrie: Die Branche *ist nur noch „bedingt optimistisch".* (S. 17)

VW: Das Land Niedersachsen werde seinen 20prozentigen Anteil am Grundkapital niemals zur Privatisierung freigeben, erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht.

Airbus: Das europäische Flugzeugbaukonsortium verhandelt gegenwärtig mit der US-Fluggesellschaft Northwest-Airlines über den Kauf von etwa 100 Exemplaren des neuen Kurz- und Mittelstreckenjets A 320 im Wert von rund einer Mrd. DM.

Deutsche Philips: Die ersten vier Monate des laufenden Geschäftsjahres brachten im Vergleich zu Mai bis August 1985 einen *Umsatzanstieg von elf Prozent.* (S. 15)

Harmstorf: Mehrere Betriebe können trotz des angemeldeten Konkurses weiterarbeiten. (S. 15)

NAMEN

PHB-Weserhütte: Im Vorstand gibt es drei neue technische Ressorts. Die „Zentrale Markt- und Projekt-Koordination" untersteht Vorstandschef Peter Jungen.

Daimler Benz: Vorstandsvorsitzender Breitschwerdt hat den Vorwurf zurückgewiesen, sein Unternehmen würde sich beim geplanten Pkw-Werk Rastatt auf Kosten der Steuerzahler bereichern. (S. 17)

WER SAGT'S DENN?

Energiesparen ist keine Energiequelle!

Dr. Bernhard Plettner

Stoltenberg warnt Washington vor einer Stop- and Go-Politik

Ein künstliche Belebung der Nachfrage sei der erste Schritt in Richtung einer Krise

C. DERTINGER, **Washington**

Nach den harten Attacken des amerikanischen Finanzministers auf die seiner Meinung nach zu wenig expansive deutsche Wirtschaftspolitik hat Bundesfinanzminister Stoltenberg gestern seine Ansprache vor der gemeinsamen Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank zu einer offensiven Darstellung der deutschen Politik und ihrer bisherigen Erfolge genutzt. Die deutsche Wirtschaft wachse mit einer Jahresrate von drei Prozent; die reale Inlandsnachfrage werde in diesem Jahr um 4,5 Prozent zunehmen und die Einfuhren werden real etwa dreimal so schnell wachsen wie die Ausfuhren.

Die Bundesrepublik stehe weiter zu ihrer internationalen Verantwortung, versicherte Stoltenberg. Zentrales Ziel ihrer Wirtschaftspolitik sei es, die Möglichkeiten für dauerhaftes Wachstum voll auszuschöpfen, ohne die Stabilität aufs Spiel zu setzen. Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und eine klar umrissene mittelfristige Ausrichtung stellte der Minister als die zentralen Elemente einer erfolgreichen Wachstumsstrategie heraus. Mit einem unüberhörbaren Seitenhieb auf seinen amerikanischen Kollegen warnte Stoltenberg vor einer Stop- und Go-Politik. Eine künstliche Nachfragestimulierung wäre der erste Schritt in Richtung einer neuen Stabilisierungskrise, die letztlich die Entwicklungsländer am härtesten treffen würde.

Nach Einschätzung Stoltenbergs, der die anti-protektionistischen Bemühungen der US-Regierung lobte, werden die bisher eingetretenen Wechselkursanpassungen unter den Hauptwährungen eine ausgewogene außenwirtschaftliche Entwicklung zwischen den Industrieländern begünstigen. Der erreichte Fortschritt müsse jetzt konsolidiert werden. Als Leitlinien der internationalen Schuldenstrategie nannte Stoltenberg eine Politik der Zusammenarbeit von IWF und Weltbank mit den verschuldeten Ländern, die darauf hinwirkt, das Wachstum von der Auslandsverschuldung unabhängiger zu machen und die Inlandsersparnis sowie die Rückführung von Fluchtkapital zu begünstigen. Im Rahmen dieser Strategie müßten auch die Geschäftsbanken ihren Beitrag leisten.

Bei einem Pressegespräch des Bundesverbandes Deutscher Banken wurde die Bereitschaft der Banken zur Mitwirkung unterstrichen. Vorstandssprecher Röller von der Dresdner Bank plädierte aber zugleich für ein verstärktes Engagement öffentlicher Stellen, da die Schuldenfrage weltweit ein politisches Thema sei. Er wehrte sich gegen Vorwürfe, die Banken hätten zu wenig getan.

Nach dem Urteil von Deutsche Bank-Vorstandssprecher Christians erging sich die Schuldenstrategie bisher lediglich in einer „Rundum-Verteidigung", die nicht wirklich konstruktiv war. Skeptisch beurteilen die Bankiers die künftige Entwicklung an den Finanzmärkten nach der Washingtoner Tagung. Niemand wäre von einer weiteren Dollarabwertung überrascht. Nach Auffassung von Röller sollte man jetzt nicht mehr über Zinssenkungen reden, sondern sich ernsthaft Gedanken machen, wie die Gefahr eines weiteren Zinsanstiegs gebannt werden kann.

„Kohle darf im Wahlkampf nicht vergessen werden"

IG Bergbau für fortgesetzte Export-Subventionen

HEINZ HECK, **Bonn**

Die IG Bergbau und Energie (IGBE) appelliert an die Bundesregierung, den Absatz deutscher Steinkohle durch Aufrechterhaltung des subventionierten Exports in die EG und durch eine Importsperre für südafrikanische Kohle vor einer weiteren Talfahrt zu bewahren. Ihr Vorsitzender Heinz-Werner Meyer erklärte gegenüber der WELT, der deutsche Export in die Gemeinschaft dürfe nicht so schnell heruntergefahren werden, wie in der Kohlerunde 1983 zwischen den Regierungen von Bund und Kohleländern, dem Steinkohlenbergbau *und der IGBE vereinbart.*

Vor allem durch den Kursverfall des Dollar und den Rückgang des Kohlepreises auf dem Weltmarkt habe sich die Geschäftsgrundlage geändert. Mit 200 Millionen Mark Subventionen ließen sich zusätzlich zwei Millionen Tonnen zu heutigen Marktbedingungen exportieren. Zwei Millionen Jahrestonnen sichern die Beschäftigung von 4000 Mann. Meyer räumte ein, daß in der Kohlerunde 1983 vereinbart worden sei, die Förderkapazität von 90 auf 80 Millionen Jahrestonnen herunterzufahren. Angesichts der veränderten Lage gehe diese Entwicklung jedoch zu schnell. Allerdings wird für 1986 mit 82 bis 83 Millionen Tonnen eine höhere Förderung erwartet als 1984 mit 80.4.

Meyer macht der Regierung in Pretoria den Vorwurf, durch ihre aggressive Verkaufspolitik den Kohlepreis (in den ARA-Häfen derzeit bei 63 Mark je Tonne) zu „zerstören". Er befürchtet, daß bei den zu erwartenden amerikanischen Sanktionen Südafrika künftig verstärkt Kohle in Europa und Japan abzusetzen trachte. 1985 wurden in Europa 23 (in der Bundesrepublik drei) Millionen Tonnen verkauft. Der Preisdruck werde dann noch weiter zunehmen. Europa sollte sich auf ein Importverbot einigen. In diesem Fall rechnet Meyer mit einem Preisanstieg auf etwa 150 Mark.

Auf die Frage, ob Importverbote nicht vor allem der schwarzen Bevölkerung schadeten, erklärt er: „Das wird hier behauptet." Die größte südafrikanische Bergarbeitergewerkschaft (NOM) habe nach seiner Kenntnis in den letzten Monaten ihre Haltung geändert und sei jetzt der Auffassung, daß nur noch ein Boykott den Wandel herbeiführen könne.

Meyer warnte vor einer weiteren Konzentration der energiepolitischen Diskussion allein auf die Frage nach dem Für und Wider der Kernenergie. Die morgige Bundestagsdebatte über den Energiebericht der Bundesregierung dürfe nicht „zu einer Wahlschlacht um die Kernenergie werden", bei der die Kohle vergessen werden könnte.

AUF EIN WORT




„Energiewirtschaft und Industrie setzen darauf, daß sie ihre Mehrkosten durch den Einsatz deutscher Kohle ersetzt bekommen. Das erfordert unter Umständen unpopuläre politische Maßnahmen, zum Beispiel die Erhöhung des Kohlepfennigs – auch über 4,5 Prozent hinaus."

Max Dietrich Kley, Vorstandsvorsitzender der *Gewerkschaft Auguste* Victoria, Marl. FOTO: DIE WELT

VW-Stiftung benötigt Kapitalzufuhr

Dringender Appell an Bund und Land – Minderung der Leistungskraft hält an

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Arbeit befürchtet die Stiftung Volkswagenwerk, Hannover, wenn die Stiftungsgründer, der Bund und das Land Niedersachsen, nicht bald für eine Kapitalstärkung sorgen. Werner Remmers, Vorsitzender des Kuratoriums, appelliert dabei vor allem an die Bundesregierung. Die beschlossene *Privatisierung der Bundesbeteiligung an der Volkswagen AG mache* eine Neuorientierung notwendig. Wenigstens Teile der Verkaufserlöse, so Remmers, sollten der Erhöhung des Stiftungskapitals dienen.

Die bisher bereits stattgefundenen Gespräche ließen in Bonn jedoch nur geringe Neigung erkennen, diesem Wunsch nachzukommen. Der Bundesfinanzminister tendiere vielmehr zur „Als-ob-Dividende". Nach der Satzung der Stiftung haben Bund und Land die Möglichkeit, bei Veräußerung von VW-Anteilen die Dividende so zu zahlen, als seien sie noch im Besitz der Aktien. Die entsprechende Grenze gilt allerdings nur für nominal 160 Mill. DM, während der Beteiligungswert jeweils bei 240 Mill. DM liegt. Vor dem Hintergrund der VW-Kapitalerhöhung um 300 Mill. DM, an der die Stifter nicht teilnehmen, würden derzeit über neue Konditionen verhandelt, sagte Remmers, damit die Stiftung schadlos gestellt wird. Das Thema „Zu-Stiftung", also die direkte Kapitalzuführung, sei damit aber nicht etwa vom Tisch.

Trotz der mit Blick auf die finanziellen Möglichkeiten eingeschränkten *Leistungskraft spricht die Stiftung* von einem „guten und erfolgreichen Jahr 1985". Insgesamt hat die größte private Wissenschaftsstiftung Europas im Berichtsjahr 137 (116) Mill. DM Fördermittel bewilligt, davon 31,5 (16,5) Mill. DM aus dem „Niedersächsischen Vorab" (Vorhaben, die von der Landesregierung vorgeschlagen werden). Positiv entschieden wurden 702 (639) Anträge. Dem stehen 328 (341) Projekte mit einem Volumen von 70 (89) Mill. DM gegenüber, die abgelehnt wurden. Die Bewilligungs-Summen in den Natur-, Ingenieur- und Biowissenschaften (54, 6 Prozent) lagen erneut über denen für Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Unter den Empfängergruppen dominieren inländische Hochschulen (68,9 Prozent); auf andere wissenschaftliche Einrichtungen im Inland entfielen 15,1 Prozent der Fördermittel und auf das Ausland 16 Prozent.

Die Bruttoerträge der VW-Stiftung nahmen auf 156 (120) Mill. DM zu. Die Steigerung resultiert vornehmlich aus den VW-Dividenden des Bundes und des Landes (30, 5 Mill. DM für 1984). Als besonders erfreulich bezeichneten Remmers und der Generalsekretär der Stiftung, Rolf Möller, die im Berichtsjahr möglich gewordene Erhöhung des Stiftungskapitals um 30 Mill. DM auf nunmehr 1,39 Mrd. DM. Möller rechnet nach der Erhöhung der VW-Dividende für 1986 mit Bruttoerträgen von 190 Mill. DM.

Zu den Projekten, die die Stiftung mit besonders hohen Mitteln fördert, zählt ein „Wettbewerb Biowissenschaften", für den zehn Mill. DM vorgesehen sind. Dabei soll Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Fachgebieten Gelegenheit gegeben werden, Vorhaben aus Forschung und Lehre der Richtungen Biochemie/Molekularbiologie, Medizin und klassische Biologie vorzustellen.

Heiße Kohlen

Bm. – Die IG Bergbau und Ener*gie war seit jeher eine Gewerkschaft* mit Augenmaß. Das kam nicht von ungefähr. Als die Kohle noch Energieträger Nummer eins war und den Aufschwung antrieb, führten die Bergleute die Lohnskala mit Abstand an. Die Sozialleistungen für die Männer aus dem Berg wurden großgeschrieben. Es gab also Grund genug zur Zurückhaltung.

Dann geriet die Kohle in die Woge aus Öl und wurde von einer Förderung von 140 Millionen Tonnen auf ganze 80 Millionen Tonnen hinweggespült. Der Staat wurde kräftig zur Kasse gebeten, und der Bergbau selbst zog bis an die Schmerzgrenze den Gürtel enger. Die starken – und anhaltenden – Verluste an Arbeitsplätzen beweisen es.

Das Blatt hatte sich also gedreht. Gab sich die Gewerkschaft einst moderat aus Stärke, so war sie nun gezwungen, sich vor harschen Auftritten zu hüten, weil ihr als stark subventionierte Branche sofort politische Antipathie entgegengeschlagen wäre – zum Schaden der Kumpels.

Doch nun tritt ihr Vorsitzender *Heinz-Werner Meyer vor die Öffent*lichkeit und fordert Schutz der Braunkohle vor dem Atom und Antidumping-Maßnahmen gegen Südafrika-Kohle, weil sie die Lebensfähigkeit der heimischen Steinkohle bedrohe.

Trotz Kontingenten für Kohle ist diese Aussage richtig, denn Südafrika-Kohle schlägt die teure Ruhrkohle auf Auslandsmärkten um Längen. Meyers Kampf auf Bonner Bühnen ist auch eher eine präventive Attacke, die dem Zweck dient, wenigstens den Status quo zu verteidigen. Und der weiß mit Ben Akiba, daß alles schon einmal dagewesen ist: Förder-, Belegschafts- und Subventionskürzung; aber auch das Ja zur Kohle – quer durch die Fraktionen. Das wird dem Bergbau auch diesmal helfen, wenn Kohlepolitik in Bonn noch ihren Namen verdienen will.

Aktien-Herbst

Von HANNO WIEDENHAUS

Es ist Herbst geworden. Auch an den deutschen Aktienmärkten? Für viele Anleger jedenfalls brachte der Börsenmonat September böse Überraschungen. Wie herbstliches Laub fielen die Kurse der meisten Aktien. Und dabei fing doch alles so *gut an. Noch im August verzeichnete* der WELT-Aktienindex einen Kursanstieg von 14 Prozent: Rekord, selbst für das Boom-Jahr 1985. Hausse auch Anfang September. Mit 289,55 Punkten am Ende der ersten Woche tendierte der Index in Richtung Frühlingsrekord. Und dann kam der 12. September.

Nach Panikverkäufen an Wall Street wurden Erinnerungen an den „black thursday" von 1929 wach. Der „Dow" fiel um 86.61 Punkte (1929: 38,33 Punkte), relativ betrug der Rückgang 4,6 Prozent (1929: 12.8 Prozent).

Und davon blieben auch die Kurse der Aktien an den deutschen Börsen nicht verschont. Der WELT-Index gab von 285.58 um 7,59 auf 277,99 Punkte nach. Zwar setzte in der Folge keine Panik ein, die Wirkung jedoch war nachhaltig. WELT-Index gestern: 273.97 Punkte. Seit dem Kurseinbruch vom 12. September hat der Index nunmehr 11.61 Punkte oder gut vier Prozent verloren. Und alles nur wegen Wall Street?

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
300 – 250 – 200 – 150
1984 – 1985 – 1986
DIE WELT

Vermutlich, ja. Zwar werden mancherorts andere Erklärungen gegeben wie etwa die Enttäuschung der Anleger über die von den Amerikanern geforderte und seitens der Bundesbank nicht durchgeführte Leitzinssenkung oder die damit zusammenhängende Abwärtsentwicklung des Dollarkurses, was Exporteure schreckt, bei Baissiers das Interesse weckt. Oder aber die „Chart-Technik", die durch sich abzeichnende „Kopf-Schulter-Formationen" und das Durchbrechen von mittel- und langfristigen Index-Linien Verkaufsignale setzt.

Und sicherlich, isoliert betrachtet, sind diese Erklärungen stich*haltig. Wirken doch sinkende Zinsen* tendenziell wachstumsfördernd, weil über verbilligtes Fremdkapitalangebot Investoren und Verbraucher zu verstärkten Käufen angeregt werden und weil darüber hinaus der Rentenmarkt an Attraktivität verliert, was wiederum den Aktien zugute kommen könnte. Auch ist die derzeitige D-Mark-Stärke nicht nur von Vorteil. Fällt nämlich der Dollar weiter, dann verschlechtert sich ceteris paribus die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure, was, in einem so ausfuhrabhängigen Land wie der Bundesrepublik, bei sonst wiederum gleichen Bedingungen, wachstumshemmend wirkt. Schließlich gibt die Erfahrung vergleichbarer Situationen der Vergangenheit auch den Chart-Technikern recht, wenn sie aus ihren Analysen Schlüsse ziehen, die, projeziert auf heute, eine Baisse ankündigen.

*Die momentane Lage am deut*schen Aktienmarkt aber ist nicht unbedingt vergleichbar mit früheren Baissen, in denen auch die Wirtschaftsindikatoren abwärts zeigten und eine isolierte Betrachtungsweise nur begrenzt statthaft: Gäben nämlich die hiesigen Währungshüter dem Ansinnen der Amerikaner nach und senkten die Zinsen, dann hätte dies – einmal abgesehen davon, daß eine solche Maßnahme wohl kaum die erwartet positive Auswirkung auf die US-Konjunktur haben dürfte – hierzulande möglicherweise eine Überhitzung der Konjunktur zur Folge mit der bekannten Wirkung einer sich, auch vor dem Hintergrund des bereits jetzt über dem Zielkorridor liegenden Geldmengenwachstums, beschleunigenden Inflation.

Und auch ein weiterer Verfall des Dollar sollte potentielle Käufer deutscher Aktien nicht schrecken. Zwar werden die Ausfuhren mengenmäßig zurückgehen, die Zugpferde Export und Binnennachfrage jedoch haben reibungslos gewechselt, so daß auch weiterhin mit ausreichendem Wirtschaftswachstum gerechnet werden kann. Zudem verbilligen sich die Importe. Man siehts beim Tanken. Und drittens: Die Erwartung eines auch weiterhin fallenden Dollar macht deutsche Aktien nicht nur wegen der zum Teil glänzenden Halbjahresberichte und des international überaus günstigen Kurs-Gewinn-Verhältnisses (Relation zwischen Aktienkurs und erwartetem Jahresgewinn pro Aktie) interessant, sondern auch durch die zu erzielenden Währungsgewinne.

Die Begründung für die derzeit *schlechte Verfassung der Bör*se liegt deshalb nicht allein im volkswirtschaftlichen, rationalen Bereich, sondern – wie so oft, wenn es um Spekulationen geht – in dem teilweise unwägbaren, emotionalen Verhalten der Anleger. Krachts in Wall Street oder Tokio, dann krachts eben auch bei uns. Aber, wie auch immer die Weltwährungskonferenz in Washington ausgeht und auch wenn die Deutsche Bundesbank als Zeichen des Wohlwollens gegenüber den USA die Zinsen senkt, Grund für Pessimismus am deutschen Aktienmarkt besteht nicht. Der Herbst jedenfalls kann noch sehr sonnig werden.

Wohin mit dem Libyen-Paket?

Die Plazierung der Fiat-Aktien schafft große Probleme

fu./ds. **London/Mailand**

Wegen der schwachen Nachfrage sind bisher mehr als 50 Prozent des 2,09 Mrd. Dollar schweren Libyen-Pakets unverkauft geblieben. An der Mailänder Börse notierte die Fiat-Stammaktie am Mittwoch mit 14900 Lire, 100 Lire über dem Kurs vom Vortag. Damit hat die seit einer Woche andauernde Abwärtsbewegung erstmals eine Unterbrechung erfahren, während sich der Kursverlust gegenüber Dienstag vergangener Woche auf 1500 Lire reduzierte. Verantwortlich für die etwas ausgeglichenere Börsensituation vom Mittwoch waren nicht nur die abgeflauten Realisierungsverkäufe aus dem In- und Ausland, sondern auch die anhaltende Kurspflege von Seiten des Bankenkonsortium, das bis zum 7. Oktober das Libyen-Paket plaziert haben muß. In diesem Zusammenhang wird in Mailänder Börsenkreisen darauf hingewiesen, daß die seit Mittwoch vergangener Woche anhaltenden Abgaben hauptsächlich mit den Gerüchten im Zusammenhang stehen, wonach auch in Italien die Börsengewinne einer Spekulationssteuer unterzogen werden sollen.

In der Londoner City sind angesichts der Schwierigkeiten bei der Plazierung der Fiat-Aktien Bedenken laut geworden, ob der globale Aktienmarkt überhaupt in der Lage ist, derart große Brocken problemlos zu verkraften. Dazu, so behaupten einige Finanzexperten, seien der internationale Aktienhandel und die Plazierung riesiger Emissionen am sogenannten Euroaktienmarkt noch zu jung.

Allerdings wird am Finanzplatz London betont, daß die Deutsche Bank als Syndikatsführer bei der Unterbringung des libyschen Fiat-Paketes keine andere Wahl hatte, als einen auf Dollar lautenden Euromarkt in Fiat-Aktien außerhalb Italiens zu schaffen, um den Rückfluß der Aktien an die Mailänder Börse und damit entstehende Liquiditätsprobleme weitgehend zu verhindern. Eine Plazierung am italienischen Aktienmarkt hätte aller Voraussicht nach zu noch schärferen Kurseinbrüchen geführt.

Besser durch Verbundschulung

Ausbildungsinitiative Hamburg mit neuen Konzepten

lok. **Bonn**

„Qualität statt Quantität" ist das Motto der Ausbildungsinitiative Hamburg, die sich bei einem parlamentarischen Abend in Bonn vorstellte. Auf den voraussichtlichen Bewerbermangel im nächstsen Jahrzehnt wies dabei deren Vorstandsvorsitzender Ingo Bünsch gegenüber der WELT hin.

Daher müsse mit der Zeit vom „Suchen nach Lehrstellen" abgegangen, und die „qualitativ hochwertige Ausbildung" in den Vordergrund gerückt werden. Die von seinem gemeinnützigen Verein entwickelte „Verbundausbildung" sei dabei ein erfolgversprechender Weg. Der Lehrling lernt seinen Beruf in zwei, manchmal drei verschiedenen Betrieben, die dem Verbundnetz angehören.

Zufrieden ist Bünsch mit dem Interesse, das große Unternehmen, Banken, Versicherungen und Institutionen für das Projekt gezeigt haben.

So konnten unter anderen die Dresdner Bank, der Axel-Springer-Verlag, das Otto-Vesandhaus, die Bundeswehr und als Hauptträger die Hanse-Merkur-Versicherungen für das Verbundnetz gewonnen werden.

In den drei Jahren seit der Gründung seien 120 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden, die mit überdurchschnittlich guten Abschlußprüfungen endeten. Als Grund nennen die Verantwortlichen des Projekts die verschiedene Umgebung, die die Lehrlinge jeweils kennenlernen würden. Dies erweitere ihren Horizont und die geistige Beweglichkeit, die sie dann im Berufsalltag erfolgreich umsetzen könnten.

Nicht zu unterschätzen seien dabei auch die Beziehungen, die die Auszubildenden zu den jeweiligen Unternehmen knüpfen könnten, so daß sie sich ein eigenes Bild von den Unternehmen machen können, ohne auf diese angewiesen zu sein.

Hilfsaktion für Mexiko ist jetzt perfekt

Das Land erhält neue Kredite über zwölf Milliarden Dollar – Rückzahlung erleichtert

cd./dpa/VWD, **Washington**

Unter dem harten Druck von US-Finanzminister Baker, Notenbankpräsident Volcker und IWF-Chef de-Larosière ist am Dienstagabend das Kreditpaket für Mexiko geschnürt worden, das auf der Washingtoner Jahrestagung von Währungsfonds und Weltbank als erster Erfolg der vor einem Jahr von Finanzminister Baker konzipierten neuen Schuldenstrategie präsentiert werden sollte. Die Vereinbarungen mit Mexiko sollen bis Ende Oktober von den Banken unterschrieben werden.

Ungünstige Konditionen

Bis dahin wird es wegen der von vielen Banken als ungünstig empfundenen Konditionen noch einiges Gerangel geben. Das lang erwartete Hilfspaket sieht für das mit insgesamt 98 Milliarden Dollar hochverschuldete Land insgesamt zwölf Milliarden Dollar an neuen Krediten vor. Von diesem Betrag wurde eine Hälfte mit den Geschäftsbanken ausgehandelt, die andere bringen die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und der sogenannte Pariser Klub der Gläubiger-Regierungen auf.

Außerdem wurden Erleichterungen auch bei den Rückzahlungen von Altschulden geschaffen. Für 43,7 Milliarden Dollar gilt jetzt eine Laufzeit von 20 Jahren, wobei die Tilgungen erst nach sieben Jahren beginnen sollen. Für die neuen sechs Milliarden gewähren die Banken eine Laufzeit von zwölf Jahren mit einer tilgungsfreien Zeit von fünf Jahren. Einschließlich 8,6 Milliarden Dollar Altschulden aus 1983 und 1984 ergibt sich ein Gesamtpaket von 58,3 Milliarden, für die ein variabler Zins vereinbart wurde, der um dreizehn Sechszehntel über dem günstigen Libor-Zins für Geschäfte unter den Banken liegen soll.

Das Abkommen soll Mexiko eine Überwindung der durch den Ölpreisverfall ausgelösten Krise ermöglichen. In deutschen Bankkreisen wird die Vereinbarung als akzeptabler Kompromiß bezeichnet, der vielleicht hätte günstiger ausfallen können, wenn die Verhandlungen wegen der Währungstagung nicht unter so starkem Zeitdruck gestanden hätten. Erleichterung herrschte bei den Bankiers, daß die Höhe der Kredite nicht an den Ölpreis gekoppelt wurde.

Warnungen der Bankiers

Auf zum Teil heftige Kritik trifft allerdings die Einräumung von Kreditlinien für den Fall einer Rezession in Mexiko. Deutsche Bankiers warnen davor, die Mexiko-Regelung als Präzedenzfall für Kredite an andere Schuldnerländer anzusehen. Zu einem so großen Entgegenkommen sei man nur wegen der besonders schwierigen Lage des Landes nach dem Ölpreisverfall bereit gewesen. Die Verhandlungen über das neue Paket waren von anderen hochverschuldeten Staaten Lateinamerikas scharf beobachtet worden, die sich einen Eindruck für eigene Verhandlungen mit ihren Gläubigerbanken verschaffen wollten.

Wieder Lichtblicke im US-Außenhandel

Geringeres Defizit durch niedrigen Dollar – Sprinkel bleibt bei drei Prozent Wachstum

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Lichtblicke im US-Außenhandel und ein weiterhin gebremstes Wirtschaftswachstum – so lassen sich auf den ersten Blick die neuesten vom Handelsministerium in Washington veröffentlichten Statistiken interpretieren. Aber das Zahlenmaterial bestätigt nur den Trend im internationalen Warenverkehr, während der Index der führenden Konjunkturindikatoren, der im August überraschend um 0,2 Prozent sank, mit einigen Fragezeichen zu versehen ist.

Läßt der Druck nach?

Die genaue Marschrichtung der US-Konjunktur ist deshalb wichtig, weil die Reagan-Administration darauf ihre Ankurbelungsappelle an die Bundesrepublik und Japan stützt. Sinkt das amerikanische Handelsdefizit, läßt auch der protektionistische Druck nach. Klopft man die indikatoren ab, dann ist das Minus im August auf zwei Faktoren zurückzuführen: den Rückgang der Firmengründungen und der Preise für Vormaterialien.

Die Etablierung neuer Unternehmen hat für das Wirtschaftstempo nur eine geringe Bedeutung, vor allem nach einer Periode steiler Zunahmen. Das Abrutschen sensitiver Materialpreise war wiederum nicht marktbedingt; vielmehr senkte die US-Regierung ihre Preisstützung für Baumwolle. Andererseits erhöhte sich wieder die preisbereinigte Geldversorgung, die natürlich die Konjunktur antreibt. Auch die insgesamt weiter gestiegenen Aktienkurse sorgten für ein besseres Klima.

Immerhin hat sich der Index in den letzten sechs Monaten auf Jahresbasis um 4,7 Prozent verbessert, so daß es verfrüht ist, die jüngsten Konjunkturprognosen in den Papierkorb zu werfen. Der wirtschaftspolitische Chefberater des Weißen Hauses, Beryl Sprinkel, hält denn auch für das zweite Quartal an einem Realwachstum von rund drei Prozent fest. Andere Nationalökonomen gehen von etwa 2,5 Prozent aus. Von einer bevorstehenden Rezession kann mithin keine Rede sein. Richtig ist nur, daß die nichtfinanziellen Indikatoren ein nach wie vor müdes Plus im industriellen Sektor signalisieren.

Im US-Außenhandel ist möglicherweise im August die erhoffte wechselkursbedingte Wende eingetreten: Gegenüber dem Vormonat sank Amerikas Handelsdefizit von 18 auf 13,3 Mrd. Dollar. Die Einfuhren schrumpften um 13,4 Prozent auf 30,9, die Exporte um 0,6 Prozent auf 17,6 Mrd. Dollar. In den ersten acht Monaten dieses Jahres nahm der US-Passivsaldo gegenüber dem gleichen Zeitraum 1985 von 91,8 auf 115,3 Mrd. Dollar zu, wobei die Importe auf 258,7 (9,8 Prozent) stiegen und die Ausführen bei 143,4 Mrd. Dollar stagnierten.

Überschuß im Agrarhandel

Daß der stark abgewertete Dollar zu fassen beginnt, zeigten im August die deutlichen Importeinbrüche im gewerblichen Bereich. Außerdem verbuchten die USA nach drei Monaten wieder einen Überschuß im Agrarhandel. Was die US-Handelsdefizite im ersten Halbjahr 1986 reflektierten, waren langsamer wachsende Einfuhrvolumen, während die Importpreise anzogen. Rückschläge auf Monatsbasis sind zwar auch weiterhin nicht auszuschließen. Aber nach einer Voraussage des Institute for International Economics in Washington sinken das US-Handels- und Leistungsbilanzdefizit 1986 und 1987 um jeweils 30 bis 40 Mrd. Dollar.

Arbeitsmarkt: Mehr Flexibilität

Durch Marktwirtschaft Beschäftigungsprobleme lösen

Geo. **Kiel**

Eine Stärkung des marktwirtschaftlichen Aspektes und mehr Flexibilität bei den Tarifpartnern, dem Gesetzgeber und auch den Gerichten eröffnen nach Ansicht von Gerhard Fels, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Chancen zur Lösung des Phänomens Dauerarbeitslosigkeit. Auf einer Veranstaltung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel zum Thema „Mehr Flexibiltität am Arbeitsmarkt" meinte Fels, der Arbeitsmarkt sei fest in das Geflecht der Marktwirtschaft eingebunden. Es müsse daher gefragt werden, ob die Standardisierung, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen ist, zur Lösung der Arbeitslosigkeit nützlich sei.

Der Wirtschaftswissenschaftler ging in diesem Zusammenhang auch auf das Verhalten der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen, die Rechtssituation etwa bei Konkursen und die Rechtssprechung bei den Arbeitsgerichten ein. Den Gewerkschaften hielt er vor, ihre Politik der Bestandssicherung von hohen Löhnen und Rechten an den Interessen der Beschäftigten auszurichten, die Interessen der Arbeitslosen hingegen zu vernachlässigen. Konkret sprach Fels die sogenannten Einstiegstarife an, deren Diskussion von der Gewerkschaft verhindert werde. Fels: „Die größte Gefahr bei uns ist, daß die Lohnrelation nicht zur Situation auf dem Arbeitsmarkt paßt."

Fels plädierte ferner für eine Öffnungsklausel zur Dezentralisierung von Tarifverhandlungen. Den Einwänden von Kritikern, die bei einer Verlagerung der Abschlüsse auf Betriebsebene eine Verschlechterung des Klimas zwischen Betriebräten und Betriebsleitung befürchten, begegnete Fels mit dem Hinweis auf eine „Gewitterklausel" im Rahmen des Paragraph vier Tarifvertragsgesetz.

Kritisch setzte er sich auch mit den Arbeitsrechtlern auseinander. Sie strebten nach Gerechtigkeit im Einzelfall, wobei die Auswirkungen der Entscheidungen auf Dritte nicht berücksichtigt werden würden. Fels: „Es gibt eine Reihe von Paragraphen, die sich als beschäftigungsfeindlich erweisen."

„Kein Ersatz für Atomstrom"

Experten-Anhörung zu den erneuerbaren Energiequellen

sas. **Bonn**

Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung können auf mittlere Sicht einen höheren Beitrag zur Energieversorgungssicherheit leisten als die sogenannten erneuerbaren Energiequellen, wie Sonne und Wind. Der Anteil, den diese Energieträger bis zum Jahr 2000 in der Europäischen Gemeinschaft an der Deckung des Energiebedarfs erreichen könnten, liege bei rund fünf Prozent. Dies sei die übereinstimmende Einschätzung der Sachverständigen gewesen, die auf einer Nichtöffentlichen Anhörung des Ausschusses für Forschung und Technologie gestern in Bonn zum Thema „Neue und Erneuerbare Energiequellen" zur Sprache kamen, wurde im Anschluß vor der Presse mitgeteilt.

Die CDU/CSU-Fraktion, die auf der Pressekonferenz nicht vertreten war, weist in einem gesonderten Pressepapier ebenfalls darauf hin, daß der mögliche Beitrag der additiven Energien zur Energieerzeugung nüchtern betrachtet werden müsse. Sie stützt sich dabei auf die von der EG-Komission vorgelegte Orientierungslinie, die unter günstigsten Bedingungen ein Energieäquivalent von 42 bis 52 Mill. Tonnen Rohöl bis 2000 erwartet. Die größten Beiträge stammten dabei aus der Biomasse und Müllverwertung, gefolgt von der Stromerzeugung aus Wasserkraft und erst dann der Sonnenenergie, der Erdwärme sowie Windkraft und Meeresenergie.

Bei den erneuerbaren Energien handele es sich um Energieträger, deren Nutzung mit enormen Kosten und auch mit Umweltrisiken verbunden sei, heißt es in der Stellungnahme. Die Rückkehr zu einer vorsichtigeren Einschätzung sei schon deshalb notwendig, um der Gefahr der Schaffung neuer langfristiger Subventionstatbestände aus dem Wege zu gehen.

SPD und Grüne äußerten demgegenüber auf der Pressekonferenz heftige Kritik an der ihrer Meinung nach unzureichenden staatlichen Förderung der erneuerbaren Energien. Diese beziehe sich nicht nur auf die Forschungsförderung, sondern auch auf den Bereich der Markteinführungshilfen. Während von seiten der SPD eingeräumt wurde, daß erneuerbare Energien bis zum Jahr 2000 nur zum Teil zum Ersatz des Kernenergiestroms beitragen könnten, wurde von den Grünen betont, daß ein Ausstieg aus der Kernenergie kurzfristig möglich und technisch geboten sei.

Internationale Finanzen

NHK Spring: Eine Optionsanleihe mit Fälligkeit 16. Oktober 1991 und 3,75prozentigen Kupon begibt NHK Spring Co.

Consat: Auf rund 2,4 Mrd. Dollar beläuft sich die Übernahme der privaten US-Telefongesellschaft Contel Corp durch die Communications Satellite Corp (Consat).

Denver: Gates Corp wird 64,8 Prozent ihrer Beteiligung an der Gates Learjet Corp an die New Yorker Investmentgesellschaft M.J. Rosenthal & Associates Inc verkaufen.

New York: Für rund 1,2 Mrd. Dollar haben Jefferson Smurfit und Morgan Stanley Leveraged die Container Ciro of America von Mobil Corp übernommen.

Montreal: Die Regierung des kanadischen Bundestaates Quebec will ihre 30prozentige Beteiligung an Dontar Inc und die 55prozentige an Donahue Inc verkaufen.

Cable & Wireless: Neben der Notierung an der Hongkonger Aktienbörse plant das Unternehmen noch vor Jahresende auch die Einführung von Aktien in Zürich, Basel, Genf und Frankfurt.

Keine Umverteilung im Konkurs

Engelhard skizziert Grundzüge der Insolvenzrechtsreform

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Bundesjustizminister Hans A. Engelhard hat sich erstmals deutlich von den Vorschlägen der Sachverständigenkommission für Insolvenzrecht distanziert. In einer Rede vor dem Sparkassen-Prüfertag in Hannover skizzierte der FDP-Politiker die Gründzüge einer umfassenden Rechtsreform, die in der nächsten Wahlperiode des Bundestages verwirklicht werden soll.

„In das gegenwärtige Insolvenzrecht ist eine Zerschlagungsautomatik gleichsam eingebaut," sagte Engelhard. Die gesicherten Gläubiger könnten ohne weiteres auf ihr Sicherungsgut zugreifen oder seine Verwertung betreiben und so dem insolventen die lebenswichtigen Betriebsmittel entziehen. Deshalb sei unstreitig, daß die Konkursvorrechte abgebaut werden müßten. Die Inhaber von Mobiliarsicherheiten wie Eigentumsvorbehalt, Sicherungsübereignung und Sicherungszession müßten zumindest zeitweilig am Zugriff auf das Sicherungsgut gehindert werden.

Ein besonderes Vermögensopfer zugunsten der ungesicherten Gläubiger lehnte Engelhard jedoch ab. Genau dies hatte die Sachverständigenkommission Vorgeschlagen: Die Sicherungsgläubiger sollten ihrer Ansicht nach auf 25 Prozent des Verwertungserlöses ihrer Sicherheit zugunsten der Konkursmasse verzichten.

Gegen diesen „Verfahrensbeitrag" war die Wirtschaft Sturm gelaufen. Eine derartige Umverteilung sei ordnungspolitisch nicht gerechtfertigt, meinte der Minister. Sie würde nicht ohne Auswirkungen auf Volumen und Preis gesicherter Kredite bleiben und zudem die freie Sanierung behindern.

Gegen eine angemessene Kostenpauschale der Sicherungsgläubiger hat Engelhard dagegen nichts einzuwenden. Dagegen sollten die Gläubiger ihr Sicherungsgut nicht – wie die Sachverständigen anregten – kostenlos überlassen müssen.

In dem neuen Reorganisationsverfahren, das die Weiterführung sanierungsfähiger Firmen gewährleisten soll, will Engelhard die Mitspracherechte der Gläubiger gegenüber Gericht und Verwalter stärken. Auf keinen Fall dürfe die Sanierung eines Unternehmens gegenüber einer Rettung durch Übertragung bevorzugt werden. Außerdem schlug der Politiker vor, einem in Not geratenen Schuldner durch Konkurs eine Restschuldbefreiung zu verschaffen, um dem wirtschaftlich Gescheiterten die Chance eines Neuanfangs zu geben.

England bald „Nation der Aktionäre"?

Trustee Savings achtfach überzeichnet – Großes Interesse an British-Gas-Neuemission

WILHELM FURLER, **London**

Der überwältigende Erfolg der Börseneinführung der Sparkassenorganisation Trustee Savings Bank (TSB) bestätigt die Bemühungen der Regierung Thatcher, aus Großbritannien eine „Nation der Aktionäre" zu machen. Die achtfache Überzeichnung des TSB-Angebots läßt bereits jetzt als sicher gelten, daß die Privatisierung und Börseneinführung des staatlichen Gaskonzerns British Gas Ende November zu einem zumindest ebenso großen Erfolg wird.

TSB für 50 Pence

Die Neuemission der British-Gas-Aktien in der Größenordnung von sechs Mrd. Pfund (17,5 Mrd. DM) dürfte nach heutigen Erkenntnissen mindestens fünf Mill. Investoren anziehen. Genau so viele Anträge sind für die nur 1,36 Mill. Aktien von TSB zum halben Preis von 50 Pence je Aktie für die erste Tranche eingegangen. Weitere 50 Pence für die zweite Tranche werden in einem Jahr fällig. Der Gesamtwert der fünf Mill. TSB-Zeichnungsanträge liegt bei kaum glaublichen 5,5 Mrd. Pfund.

Für die British-Gas-Privatisierung haben bis heute bereits 1,4 Mill. Anleger ihr Zeichnungsinteresse angemeldet. Das Interesse an der British-Gas-Emission ist schon heute weit größer als das für die Privatisierung von British Telecom oder das für TSB zu einem ähnlichen Zeitpunkt während deren Öffentlichkeitskampagnen. Der British- Gas-Verkauf wird die bislang größte Privatisierungsaktion der Regierung Thatcher und zugleich die größte Verkaufsaktion in der Geschichte der Weltbörsen.

Bereits jetzt steht fest, daß den 16 Mill. Kunden von Britisch-Gas Vorzugskonditionen in Form von Preisnachlässen beim Aktienbezug sowie Loyalitätsprämien für einen langfristigen Aktienbesitz angeboten werden. Darüber hinaus wird ihnen der Bezug von mindestens 200 bis 300 British-Gas-Aktien zugesichert. Noch günstigere Konditionen erhalten die Mitarbeiter und Pensionäre der zu privatisierenden Gesellschaft.

40 Prozent der British-Gas-Aktien sind für die britische Öffentlichkeit, weitere 40 Prozent für institutionelle Anleger und 20 Prozent für ausländische Interessenten vorgesehen. Doch sieht inzwischen alles danach aus, als werde den privaten Anlegern ein deutlich höherer Anteil zu Lasten der institutionellen Anleger eingeräumt werden müssen. Möglicherweise wird es auch wie jetzt bei TSB zu einer Auslosung kommen, wem Aktien zugeteilt werden, wobei die Zahl der Aktien, die den Ausgelosten zugeteilt wird, deutlich unter der von den Antragstellern genannten liegt.

Der Rest wird ausgelost

Im Fall TSB sieht dies so aus: Aufgrund der übergroßen Nachfrage werden Zeichnungsanträge im Wert von deutlich mehr als einer Mill. Pfund von vornherein ausgeschlossen. Von den fünf Mill. Antragstellern werden den 1,25 Mill. TSB-Kunden und Mitarbeitern 50 Prozent der Aktienemission zugeteilt. Ausgelost werden nur etwa 1,75 Mill. gewöhnliche Antragsteller. Damit gehen rund zwei Mill. Antragsteller bei der Auslosung leer aus.

Fortschritte bei Harmstorf

Nur der Büsumer Werft droht das endgültige Aus

JB. Hamburg

Von den operativen Tochtergesellschaften der Harmstorf AG, Hamburg, die nach einem Vergleichsantrag in Anschlußkonkurs gegangen sind, droht bislang nur der Büsumer Werft das endgültige Aus. Während für diesen Betrieb mit noch 250 Beschäftigten die kurzfristige Einstellung der Geschäftstätigkeit unvermeidbar sei, habe man für die meisten anderen Unternehmensteile Lösungen gefunden oder in Arbeit, erklärt der Vorstandsvorsitzende Bernd Kosegarten.

Im einzelnen gab Kosegarten bekannt, daß für die Schlichting-Werft eine Auffanggesellschaft gegründet wird und gute Aussichten bestehen, den Betrieb weiterzuführen. Voraussetzung sei allerdings eine weitere Personalreduzierung um 100 Mitarbeiter. Mit der „FSG neu" ist ferner eine Auffanggesellschaft für die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft GmbH gegründet worden. Die Belegschaft wird um 400 Mitarbeiter abgebaut.

Lösungen sind außerdem für die anderen nicht zum Werftbetrieb gehörenden Harmstorf-Betriebsstätten in Flensburg gefunden worden. Die Unternehmensgruppe Diehl, Nürnberg, übernimmt die Flensburger Fahrzeugbau GmbH sowie die Maschinenfabrik Gubisch GmbH und erwirbt für den 40-Prozent-Anteil von Harmstorf an der Fahrzeugwerke Nord FSG eine Option. Die anderen 60 Prozent hält MAN.

Zu den sonstigen zur Gruppe gehörenden Unternehmen erklärt Kosegarten, daß die Linien- und Reederei-Aktivität an eine nicht genannte Gruppe verkauft worden sei. Gerüchte, nach denen der Harmstorf Großaktionär, Alnwick F. Harmstorf, den Schiffahrtsbereich selbst zurückgekauft habe, dementiert Kosegarten. Die Sauerstoffwerke Nord wird an den Mitgesellschafter Linde veräußert, über die gesunde Hakolb GmbH Anlagenbau, Lübeck, werden Verhandlungen geführt. Die Gruppe Duncker/Dittmers soll mit reduziertem Personalbestand weiterarbeiten. Von den ursprünglich 3275 Arbeitsplätzen bei Harmstorf werden nach Angaben von Kosegarten Ende dieses Jahres noch knapp 2000 übrig sein.

Allianz schafft „strategische Reserve"

Dank und Anerkennung der Aktionäre auf der ersten Hauptversammlung der Holding

DANKWARD SEITZ, München

Mit Dank und Anerkennung für die im Geschäftsjahr 1985 geleistete Arbeit, insbesondere die umfassende Neugliederung des Konzerns, bedachten die Aktionäre auf der gestrigen (ersten) Hauptversammlung der Allianz AG Holding in München die Verwaltung „bis hin zum letzten Stift". Gefallen fand man da auch nicht nur an der auf 12 (11) DM aufgestockten Dividende, sondern ebenso auch an den Erläuterungen von Vorstandsvorsitzendem Wolfgang Schieren über das laufende Geschäftsjahr. Wenn nun für 1986 „wieder ein befriedigendes Ergebnis" in Aussicht gestellt werde, so ein Aktionär, dann sei das sicherlich ein „sehr gutes", für das man auch „gerne eine Ausschüttung von 13 DM nehmen würde".

Allgemeine Zustimmung fanden ebenso Schierens Erläuterungen, die Allianz nach dem Erwerb der britischen Cornhill und der italienischen RAS zu einem großen einheitlichen europäischen Versicherungskonzern auszubauen und in den USA auf der Suche nach einer geeigneten Gesellschaft zu bleiben. Um dafür gerüstet zu sein, wird die Allianz nach der jüngsten Kapitalerhöhung um 40 Mill. auf 641,5 Mill. DM noch in diesem Jahr ihre „strategische Reserve" aus dem von der Hauptversammlung geschaffenen Genußschein-Kapital über 100 Mill. DM mit einer ersten Tranche von 32 Mill. DM weiter auffüllen.

Diese Genußscheine mit einem Nennbetrag von 10 DM sollen den Aktionären in einem Verhältnis von 4 Aktien zu 1 Genußschein zu einem Preis je nach Börsenlage von 200 bis 300 DM angeboten werden. Ihr Ausschüttungssatz wird um 20 Prozent über dem jeweiligen Dividendensatz liegen. An künftigen Kapitalaufstockungen sollen diese Papiere im gleichen Verhältnis und zu gleichen Bedingungen teilhaben. Vorerst sollen sie nur an den deutschen Börsen notiert werden.

Zuvor hatte Schieren den Aktionären recht ausführlich von einer „gedeihlichen Entwicklung" des Geschäftsjahres 1986 berichten können. Angesichts des bislang guten Wachstums und eines befriedigenden Schadenverlaufs in allen Unternehmensbereichen lasse zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine „deutliche Ertragsverbesserung" – auch im US-Geschäft – erhoffen. Auch das Ergebnis der Kapitalanlagen entspreche bislang den Erwartungen.

In der Rückversicherung kann nach Schieren bis zum Jahresende mit einem Beitragsvolumen gerechnet werden, das zwar nur geringfügig über den Bruttoeinnahmen des Vorjahres (4,9 Mrd. DM) liegen wird. Das Wachstum resultiere dabei ausschließlich aus dem Inlandsgeschäft. Das Ausland dagegen werde in der DM-Rechnung einen Rückgang bedingt durch die Kursentwicklung des Dollar und des Pfundes bringen. Deutlich werde dies im Unternehmensbereich Nordamerika, der im ersten Halbjahr in Landeswährung ein Beitragsplus von 14,4 Prozent gebracht habe, in D-Mark umgerechnet aber ein Minus von fast 18 Prozent. Viel wichtiger sei jedoch, daß der US-Markt sich nun wieder in einer zyklischen Erholungsphase befinde und die Schadensbelastung merklich nachgelassen habe.

Dem Fortschritt auf der Spur

Bei der deutschen Philips sind hohe Investitionen geplant

JAN BRECH, Hamburg

Mit Investitionen von 500 bis 600 Mill. DM pro Jahr will die Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH, Hamburg, dem technischen Fortschritt auf der Spur bleiben und den Anschluß an die japanische und amerikanische Konkurrenz halten. Im Mittelpunkt der Investitionstätigkeit steht nach wie vor die Umstellung der Glas- und Bildröhrenfertigung auf das „flat-and-square"-System, die Weiterentwicklung von Halbleitern, die Medizintechnik sowie moderne Kommunikationstechnik.

Neuer Schwerpunkt wird im kommenden Jahr die Submikron-Fabrik in Hamburg, die bis Ende 1988 fertiggestellt sein soll und allein rund 500 Mill. DM kosten wird. Der niederländische Philips-Konzern wird für die Entwicklung dieser höchstintegrierten Schaltungen, deren Strukturen 150 mal dünner sind als die eines menschlichen Haares, insgesamt 2,5 Mrd. DM ausgeben.

An finanziellem Spielraum fehlt es der deutschen Philips Holding nicht, um den High-Tech-Anforderungen in den nächsten Jahren nachzukommen. Die Finanzstruktur ist kerngesund und durch die Trennung von der Felten & Guilleaume Energietechnik GmbH sowie die Begebung von 250 Mill. DM Genußscheinen steht, über die Abschreibungen hinaus, ein Finanzierungspotential von mehr als eine Mrd. DM zur Verfügung.

Wenn der Vorstandsvorsitzende Cornelis Bossers und Finanzchef K.-H. Busacker anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1985/86 (30.4.) einen Konzern präsentieren können, der für die Zukunft besser denn je gerüstet ist, so hat das vor allem zwei Gründe. Einmal schlagen bei Philips jetzt die Ergebnisse einer konsequenten Innovationspolitik durch, die sich sowohl auf Produktion als auch Organisation erstreckt. Die Schwachstellen sind weitgehend ausgemerzt und der inzwischen auf 5600 Mitarbeiter ausgeweitete eigene Forschungs- und Entwicklungsbereich stellt eine starke Basis für die Weiterentwicklung bestehnden Know-hows dar.

Zum anderen profitiert Philips von den verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das reale Wachstum im Konzern betrug stattliche zehn Prozent und wurde vor allem vom Konsumgüter- und Investitionsgüterbereich getragen.

Im Abschluß 1985/86 schlagen sich die Konsolidierungserfolge bei Philips mit einer Verbesserung des Gewinns von Steuern um 18,1 Prozent auf 430 Mill. DM nieder. Durch das Auslaufen gewerbesteuerlich wirksamer Verlustvorträge blieb das Plus beim Netto-Gewinn mit 2,6 Prozent allerdings mäßig. Auch die erzielte Brutto-Rendite von 4,9 Prozent entspreche nicht den Vorstellungen von Philips, erklärt Busacker. Das Unternehmen müsse unter normalen steuerlichen Bedingungen mindestens drei Prozent seines Umsatzes netto verdienen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Das setze eine Rendite vor Steuern von 7,2 Prozent voraus, eine Größenordnung, von der der Konzern noch ein gutes Stück entfernt ist.

Einen kräftigen Schritt in die 7-Prozent-Richtung könnte Philips 1986/87 schaffen. Das Umsatzplus in den ersten vier Monaten gibt Bossers mit elf Prozent an. Bei auflebender Inlandskonjunktur sei zudem die Auftragslage gut. Innerbetrieblich griffen die Rationalisierungsmaßnahmen in allen Teilbereichen.

Philips	1985/86	±%
Umsatz (Mill. DM)	8 722	+ 10,0
dav. Konsumgüter (%)	36	(33)
Bauelemente	21	(22)
Investitionsgüter	43	(45)
Belegschaft	37 800	+ 7,1
Jahresuberschuß	313	+ 2,6
in % v. Umsatz	3,6	(3,8)
Investitionen	512	+ 16,6
Abschreibungen	354	+ 13,5
Eigenkapital	1 502	+ 4,4
in % v. Gesamtkapital	38	(40)

IVG-Aktien für 165 Mark

Teilprivatisierung bringt 163 Millionen in die Bundeskasse

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit der Ankündigung einer Dividendenaufstockung auf 7 (6) DM für 1986 bietet die Bundesregierung über ein von der Dresdner Bank geführtes Konsortium von 33 deutschen Banken 45 Prozent von 110 Mill. DM Aktienkapital der Bundesholding IVG-Industrieverwaltungsgesellschaft AG, Bonn, vom 6. bis zum 8. Oktober privaten Anlegern zum Stückpreis von 166 DM zur Zeichnung an. Aufsichtsratsvorsitzender Wolfram Langer pries auf öffentlicher Präsentation diese jüngste Privatisierungsaktion, die brutto 163 Mill. DM in die Bundeskasse bringt, als würdige Fortsetzung der Beteiligungspolitik („weniger Staat") christliberaler Regierungskoalition.

Nur „zufällig", betonte für die Konsortialbanken Alfons Titzrath (Dresdner Bank), sei der gleiche Zeichnungspreis wie bei der Viag-Teilprivatisierung vor vier Monaten herausgekommen. Die Preisfindung habe sich auch an der Besonderheit des IVG-Geschäfts (gut die Hälfte von 559 Mill. DM 1985er Konzernumsatz mit 4261 Beschäftigten stellen öffentliche Aufträge vornehmlich auf Selbstkostenbasis, den Rest Immobilien/Waggon-Vermietgeschäft) orientiert, *für die es keine Parallele bei anderen deutschen Börsengesellschaften gebe. Die Dividendenrendite* liege mit 4,2 Prozent – nebst Steuergutschrift 6,6 Prozent – bei derzeitigem deutschen Aktien- und Rentenmarkt auf „ausgesprochen attraktivem" Niveau. Zudem gelte die Gewinnberechtigung bereits ab Anfang 1986.

Den 1985er Konzerngewinn freilich müsse der Ersterwerber fast 17mal bezahlen gegenüber 14mal beim heutigen Börsendurchschnitt. Dies jedoch sei bei dieser Aktie, die kaum spekulative Musik hergeben dürfte, sowohl durch die Substanzstärke als auch (vor allem) durch die Stabilität der Gewinne gerechtfertigt.

Zwecks möglichst breiter Streuung der Aktien wird die Zeichnungsfrist nicht vorzeitig geschlossen und werden bei Überzeichnung „natürliche Personen" vor institutionellen Anlegern bevorzugt berücksichtigt. Vom Plazierungsbetrag von 49,5 Mill. DM sind 1 Mill. DM für die Ausgabe von Belegschaftsaktien reserviert (erste Börsennotiz am 14. Oktober).

Das Geschäftsjahr 1986, betonten die IVG-Vorstandsmitglieder Hans-Georg von Koester und Günter Nastelski, verlaufe bei diesem „kerngesunden" und zumal im letzten halben Jahrzehnt in „starke Ertragskraft" hereingewachsenen Konzern bislang „sehr positiv". Weiterhin mit Schwerpunkt bei dem Vermietgeschäft sollen die Investitionen in der Gruppe *1986 von 70 auf 80 Mill. DM steigen und damit circa ein Drittel über dem Netto-Cash-flow bleiben. Kapitaler*höhungsbedarf habe die ohne Hypothekenschulden arbeitende IVG jedoch auf absehbare Zeit nicht.

Normen für die Elektrotechnik

tb. Berlin

In den rund 25 Millionen Haushalten in der Bundesrepublik ist die Verwendung von Elektrogeräten eine Selbstverständlichkeit. Der Strom erleichtert die Hausarbeit, erhöht den Freizeitwert – gefahrlos allerdings nur durch die elektrotechnischen Sicherheitsnormen, die auch als VDE-Bestimmungen bekannt sind. Normen können lebensrettend im Um*gang mit der Elektroenergie sein.*

Normen für elektrische und elektronische Geräte stehen auch im Mittelpunkt der 50. Jahrestagung der Internationalen Elektrotechnischen Kommission (IEC), die gestern in Berlin begann. An der Veranstaltung nehmen mehr als 550 Fachleute – Ingenieure und Wissenschaftler – aus 36 Ländern, darunter auch aus dem Ostblock teil. Sie befassen sich u.a. mit Normen für Kommunikationstechnik, Antennen, Sende- und Empfangsanlagen, Elektrowerkzeuge, mit der Sicherheit von Büromaschinen und Geräten der Informationstechnik.

Zu den Zielen der IEC gehört es, Normen bereitzustellen, die eine Austauschbarkeit der von Herstellern in verschiedenen Ländern produzierten Geräte ermöglichen und internationale Normen aufstellen, die sich mit der Sicherheit von Menschen befassen. In der IEC sind 42 Länder vertre*ten, die 80 Prozent der Weltbevölke*rung repräsentieren und 95 Prozent der elektrischen Energie verbrauchen.

PERSONALIEN

Dr. **Karlheinz Sandhöfer** wurde zum 1. Oktober 1986 zum Vorstandsmitglied der Thyssen Stahl AG, Duisburg, bestellt.

Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH, Essen, wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Bremer Vulkan AG ernannt.

Caspar Graf von Oeynhausen-Sierstorpff, der Besitzer des Privat-Heilbades Bad Driburg und des Bad Driburger Heil- und Mineralwasser-Versandbetriebes, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Dr. **Konrad Lang** (57) ist per 1. Oktober 1986 zum Leiter des die Geschäftsbereiche Anorganische Chemikalien, Polyurethane, Lackrohstoffe und Sondergebiete umfassenden Sektors 3 der Bayer AG, Leverkusen, ernannt worden. Er ist Nachfolger von Dr. **Alexander Mitrowsky**, der in den Ruhestand trat.

Dr. **Jens-Marten Lohse** (47) wurde Geschäftsführer der Ericsson Information Systems Vertriebspartner GmbH (EVP), Stuttgart.

Ingolf Neumann (48), übernimmt am 1. Oktober 1986 die Leitung der Geschäftsstelle für Hamburg der Kienbaum Unternehmensgruppe.

Joachim Hospe (51), bisher Degussa AG, Frankfurt, übernimmt ab 1. Oktober 1986 die Leitung der Öffentlichkeitsarbeit beim Technischen Überwachungs-Verein (TÜV) Bayern in München.

Für Änderung der Agrarpolitik

Fleischerverband beklagt Folgen der „elenden Politik"

adh. Frankfurt

Dringend erforderlich ist nach Ansicht des Deutschen Fleischerverbandes (dfv), Frankfurt, eine Korrektur der Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft. Nach Ansicht von Vizepräsident Rudolf Kunze wurde zulange auf Menge gesetzt, statt auf Qualität. Die Folgen dieser „elenden Politik" seien heute nicht mehr zu bezahlen. Der Ärger der Fleischer, die den Landwirten etwa 70 Prozent der Produktion abnehmen, kommt nicht von ungefähr: Die Überversorgung sowohl mit Schweinen als auch mit Rindfleisch drückt die Preise, so daß bei steigendem Verbrauch (im ersten Halbjahr 1986 waren es immerhin plus 2,1 Prozent) die Umsätze im Fleischerhandwerk sinken.

An eine rasche Änderung dieser Situation glaubt Kunze, der auf dem bevorstehenden Verbandstag der Fleischer in Travemünde zum Präsidenten des Verbandes gewählt werden dürfte, freilich nicht. Er sieht aber bei der Preisentwicklung nach unten eine Grenze erreicht. Zur Zeit wird Rinderschmorfleisch im Durchschnitt für 15,51 DM je kg verkauft, vor Jahresfrist kostete es noch 16,16 DM; Schweinekoteletts waren mit 9,92 DM je kg im Durchschnitt 48 Pfennig billiger als vor Jahresfrist.

Nach einem Umsatzrückgang auf 32,16 (i.V. 32,68) Mrd. DM rechnet das Fleischerhandwerk in diesem Jahr mit einem weiteren realen Rückgang in der Größenordnung von gut zwei Prozent; im ersten Halbjahr hat das Minus 2,7 Prozent (auf 15,27 Mrd. DM) ausgemacht.

Im vergangenen Jahr haben nach Angaben des Verbandes 250 Betriebe aufgegeben. Derzeit arbeiten in den 27 150 Fleischerfachgeschäften mit rund 33 000 Verkaufsstellen 201 500 Beschäftigte, 2000 weniger als vor Jahresfrist. Am gesamten bundesdeutschen Fleischmarkt sind die Handwerksbetriebe mit 55 (56) Prozent beteiligt.

Merril Lynch gibt Immobiliensparte auf

cd. Washington

Aufsehen erregt hat in internationalen Bankkreisen, daß Merril Lynch, der größte amerikanische Broker, seine Immobilienabteilung verkauft hat. Merril Lynch ist gleichzeitig der größte Immobilienmakler der USA.

Der Rückzug aus dem desolaten Immobilienmarkt wird von Merril Lynch offiziell mit der Konzentration auf das ertragstärkere Investmentbanking begründet. Aus dem auf nur 500 Millionaen Dollar geschätzten Verkaufserlös schließen Bankiers, daß das *Immobiliengeschäft* dem Brokerhaus bereits Verluste gebracht hat.

In diesem Zusammenhang wies Vorstandssprecher F. Wilhelm Christians von der Deutschen Bank auf die großen Probleme des amerikanischen Bankensystems und des Grundstückwesens hin. Seiner Meinung nach wird es eine zunehmende Zahl kleiner und größerer Insolvenzen geben.

Rhone-Poulenc stärkt Europa-Position

Das Bundeskartellamt hat keine Bedenken gegen den Erwerb von Nattermann

HARALD POSNY, Köln

Nachdem das Bundeskartellamt „keinerlei Bedenken" gegen die Mehrheitsübernahme am Kölner Pharma-Unternehmen A. Nattermann & Cie. GmbH durch den französichen Chemie- und Pharmariesen Rhone-Poulenc S. A. (RP) angemeldet hat, konnte mit Wirkung vom 29.9. der Deal endgültig vollzogen werden. Zwar hatte vor knapp zwei Monaten noch der Vorsitzende der Nattermann-Geschäftsführung, Detlef Fels, einen Verkauf von Anteilen dementieren müssen: in Wahrheit, so hörte man gestern von RP-Vorstandsmitglied Igor Landau, war über den Verkauf von mehr als 75 Prozent des 19 Mill. DM Stammkapitals und eine Option auf den Rest „bereits seit langen Monaten verhandelt worden".

Solange diese Option noch nicht ausgeübt ist, wird Aufsichtsratsvorsitzender Rolf Lappe, einer der Repräsentanten der aus 25 Köpfen bestehenden Gesellschafterrunde, seine Position beibehalten. Bleiben wird auch Fels, der fünfte Nattermann-Chef seit 1980. Mit der Bestellung des Franzosen Jean-Marcel Zagamé, dem Direktor für die euopäischen RP-Beteiligungen, in die Nattermann-Führungsspitze, wird das Unternehmen und Köln zur Europa-Zentrale für das RP-Geschäft außerhalb Frankreichs aufgewertet.

Rhone-Poulenc, mit 18,6 Mrd. DM, 80 000 Mitarbeitern weltweit (1986), wertet die Mehrheitsbeteiligung, über deren Preis Stillschweigen vereinbart wurde, als Startzeichen für eine stärkere Internationalisierung der geschäftlichen Aktivitäten. Bisher sei RP in der Bundesrepublik nicht der wahren Bedeutung entsprechend vertreten gewesen. Das habe eine Ursache auch in der hohen Zahl von Lizenzen an bedeutende Wettbewerber auf dem dem deutschen Markt gehabt. Landau betonte, daß die finanzielle Situation Nattermanns „zufriedenstellend" sei, nur der Gewinn lasse zu wünschen übrig.

Nach Zeiten innerbetrieblicher Schwierigkeiten und viel zu häufigen Wechsels in Führungspositionen seien jetzt Stabilisierung und Kontinuität nötig. Nattermann hätten zunehmend die Mittel gefehlt, die teurer werdende Forschung zu finanzieren. Dies will jetzt der Geschäftsbereich „Gesundheit" von Rhone-Poulenc tun. Die Sparte, setzte 1985 rund 4,5 Mrd. DM um und gehört damit zu den großen Pharma-Unternehmen der Welt. Für 630 Mill. DM wurden 1986 nicht nur je ein Unternehmen in den USA, in Italien, Österreich, Spanien und eben Nattermann erworben, es werden jährlich 425 Mill. DM für die Forschung in ethischen Pharmazeutika ausgegeben. In der Forschung sind über 3000 Wissenschaftler tätig.

Den Deutschland-Umsatz bezifferte Landau auf 1,6 Mrd. DM (ohne Export aus Frankreich). RP beschäftigt in zehn Tochtergesellschaften 3200 Menschen. Die deutschen Aktivitäten reichen von Chemie und Chemiefasern über den Gesundheitsbereich bis zu Düngemitteln und Pflanzenschutz. In der Sparte Gesundheit setzt RP 1986 rund 5,2 Mrd. DM um. Darin ist auch Nattermann mit reichlich 410 Mill. DM (1985) enthalten. Derzeit werden von Nattermann rund 2150 Leute im In- und Ausland beschäftigt.

FINANZANZEIGEN

Allianz

Allianz Aktiengesellschaft

Bilanz zum 31.12.1985 (gekürzt)

Aktiva		Mio. DM
Kapitalanlagen ohne Depotforderungen		7615,0
Grundstücke	542,0	
Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	236,5	
Beteiligungen	4627,9	
Wertpapiere	2204,6	
Festgelder, Termingelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten	4,0	
Depotforderungen		4754,9
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		235,0
Sonstige Aktiva		596,9
		13201,8

Passiva		
Grundkapital		601,4
Offene Rücklagen		2875,0
Sonderposten mit Rücklageanteil		183,3
Versicherungstechnische Rückstellungen für eigene Rechnung		5743,4
Beitragsüberträge	453,7	
Deckungsrückstellung	3275,2	
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1557,8	
Übrige versicherungstechnische Rückstellungen	456,7	
Depotverbindlichkeiten		980,7
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		109,3
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen		1891,8
Sonstige Passiva		672,6
Bilanzgewinn		144,3
		13201,8

Gewinn- und Verlustrechnung 1985 (gekürzt)

Beitragseinnahmen brutto	4880,6	
Rückversicherungsbeiträge	−2591,7	
Beitragseinnahmen für eigene Rechnung (f. e. R.)	2288,9	
Veränderung der Beitragsüberträge	− 78,8	
Verdiente Beiträge	2210,1	
Übrige versicherungstechnische Erträge	288,7	
Versicherungstechnische Erträge f. e. R.		2498,8
Aufwendungen für Versicherungsfälle	−1357,8	
Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewähr	− 93,3	
Verschiedene versicherungstechnische Aufwendungen	− 341,5	
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	− 388,8	
Versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.		−2481,4
Veränderung der Schwankungsrückstellung		− 38,8
Versicherungstechnisches Ergebnis		− 21,4
Erträge aus Kapitalanlagen	918,2	
Übrige allgemeine Erträge	68,4	
Aufwendungen für Kapitalanlagen	− 270,6	
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	− 140,3	
Übrige Aufwendungen ohne Steuern	− 278,7	
Allgemeines Ergebnis		297,0
Steuern		− 48,9
Jahresüberschuß		226,7
Einstellung in Rücklagen durch Vorstand und Aufsichtsrat		− 82,4
Bilanzgewinn		144,3

Der vollständige Jahresabschluß, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird, trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 1. Oktober 1986 beschlossen, den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 1985 in Höhe von DM 144 345 600 wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende
von DM 12,– auf jede der
12 028 800 gewinnberechtigten
Aktien à nom. DM 50,–
DM 144 345 600,–

Die Dividende wird gegen Vorlage des Dividendenscheins Nr. 2 abzüglich der Kapitalertragssteuer von 25% ausgezahlt. Mit der Dividende ist eine Steuergutschrift in Höhe von 6,75 DM verbunden, die auf die inländische Einkommen- oder Körperschaftssteuerschuld der Aktionäre angerechnet wird.

Für Aktien, die bei einem inländischen Kreditinstitut verwahrt werden, zahlt die Depotbank die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragssteuer und zuzüglich der Körperschaftssteuergutschrift aus, wenn ihr von einem inländischen Aktionär eine Bescheinigung des Finanzamts gemäß § 36 b EStG (Nichtveranlagungsbescheinigung) vorgelegt wird.

Zahlstellen unserer Gesellschaft sind die Niederlassungen der folgenden Banken in Berlin, München, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln und Stuttgart:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bayerische Hypotheken- und Wechselbank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co.
Georg Hauck & Sohn Bankiers KG a. A.
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Bayerische Volksbanken AG
Deutsche Genossenschaftsbank
J. M. Stein
Trinkaus & Burkhardt

Zahlstellen in der Schweiz sind folgende Banken, jeweils mit allen schweizerischen Niederlassungen:

Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich
Schweizerischer Bankverein, Basel
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich

München, im Oktober 1986
Der Vorstand

SANITÄTER FÜR AFGHANISTAN



Seit 5 Jahren führt die Sowjetunion Krieg gegen das afghanische Volk. Um die medizinische Versorgung zu unterbinden, hat die Rote Armee fast alle Hospitäler außerhalb Kabuls durch Luftangriffe zerstört. Hunderttausende Afghanen haben Verwundungen, leiden unter Seuchen und Krankheiten, ohne daß ihnen medizinisch geholfen werden kann.

Seit Frühjahr 1984 betreibt die Aktion „Sanitäter für Afghanistan" drei kleine Hospitäler, die von einem deutschen Arzt betreut werden.
Damit noch mehr Ärzte und Helfer zu diesen notleidenden Menschen geschickt, noch mehr Hospitäler errichtet werden können, brauchen wir Ihre Spende. Die Spenden sind steuerabzugsfähig.
Weitere Informationen: **Bonner Afghanistan Komitee, Reuterstr. 187, 5300 Bonn 1**

Konto 9019 Sparkasse Bonn Bankleitzahl: 380 500 00

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

7¾ % Deutsche Mark-Anleihe von 1980/90 – WKN 465 828 –

Kündigung

Gemäß § 4 der Anleihebedingungen kündigen wir hiermit alle ausstehenden Teilschuldverschreibungen obiger Anleihe im Gesamtbetrag von DM 150 000 000,– zur Rückzahlung zum 2. Januar 1987 zum Nennbetrag.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Januar 1987 an gegen Einreichung der Mäntel und der Zinsscheine per 2. Januar 1988 uff. zum Nennbetrag bei den nachstehend genannten Banken sowie deren inländischen Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der gekündigten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 1. Januar 1987. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 2. Januar 1987 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Frankfurt am Main, im September 1986

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! 286

Buchtip des Tages

Das neue Buch von Paul C. Martin – aktueller und provozierender denn je!

DER KAPITALISMUS ist das einzige System, das funktioniert, das den Menschen Wohlstand und Frieden bringt. Das beweist Paul C. Martin unwiderlegbar in seinem neuen Bestseller
Der Kapitalismus
(456 Seiten, zahlr. Charts, Grafiken und Tabellen, Leinen. DM 38,––)
Ein Buch der Sonderklasse gerade für jene, die überzeugte Anhänger des KAPITALISMUS sind, denn nie wurde überzeugender dargelegt, wie das System funktioniert und welchen Gefahren es ausgesetzt ist. **Pflichtlektüre für alle, die an die Zukunft unserer Ordnung glauben!**
Jetzt in allen Buchhandlungen oder über
Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig, München

Paul C. Martin
Walter Lüftl
Der Kapitalismus
Ein System, das funktioniert
Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig

Für Markenprogramm (eingetr. Warenzeichen), Massenprodukte der Konsumgüterbranche (Non food), gut 10 Jahre am Markt

ÜBERNAHME-/VERTIEBS-PARTNER

gesucht, Vertriebsschwerpunkte: Kaufhäuser, Versandhandel, SB-Warenhäuser, V-Märkte, Fachhandel Elektro + Foto, Export. Umsatz: 20 Mio., 2stellige Zuwachsrate, solide Finanzlage, Umsatzrendite bei 5–6% Umsatzverdoppelung in 5 Jahren realistisch. Kapitalbedarf 5–6 Mio. DM.

Kontaktaufnahme erbeten unter X 5684 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Afrikanische Produkte

Wir suchen Händler/Verarbeiter für Robusta-Kaffee, Kakao- und -produkte, Palmkerne, Sheanuts und Sheanutbutter, Kuhhörner und -hufe – evtl. auch weitere Produkte auf Anfrage.

Abwicklung über hanseatischen Außenhändler.

Anfragen unter R 5634 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmen in der Krise?

Ungeachtet, ob Kosten, Fertigung, Vertrieb oder Personal Ihr Problem ist. Wir bieten Vorschläge (von der Diagnose zur Therapie) zur Konsolidierung. Bei größter Diskretion.
GRL-Beratungs-Sozietät, Grüneburgweg 51, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 0 69 / 72 77 48

Abonnieren Sie DIE WELT

– Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Beruf: ______
Vorw./Tel: ______
Datum: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ______ 01-941

Lesenswerter denn je
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Werden Sie zum Gläubiger der amerikanischen Regierung.

Jeder Staat braucht für seine ehrgeizigen Programme Geld. STRIPS sind aus unserer Sicht Stars unter den Regierungsanleihen. Denn STRIPS, Separate Trading of Registered Principal and Interested Securities heißt für Sie, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Wir bieten Ihnen mit STRIPS die Sicherheit von Anleihen der US-Regierung und den Vorteil einer hohen, festgeschriebenen Rendite, wie sie nur Null-Coupon-Anleihen haben.

Das ist aber nicht alles. STRIPS kennt kein Wiederanlagerisiko. Denn die Zinsen werden nur einmal, am Ende der Laufzeit in voller Höhe gezahlt. Und das heißt mit Zins und Zinseszitz. So wächst z. B. ein Betrag von US-$ 50.000 in 29 Jahren auf US-$ 462.000.

Wenn Sie von dem schwankenden US-Zins profitieren wollen, geben Ihnen STRIPS dazu noch die Möglichkeit, durch Laufzeiten von einem bis zu dreißig Jahren zwischen einer konservativen, sicheren Anlagestrategie und einer mehr aggressiven Gewinnstrategie zu wählen. Und mit STRIPS sind Sie liquide. Denn STRIPS sind jederzeit bequem zu verkaufen.

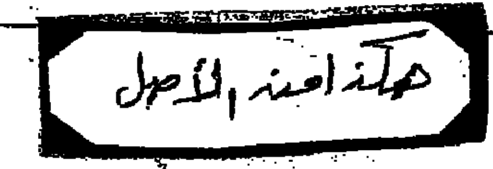
Und wenn Sie Zweifel an der Sicherheit von STRIPS haben, fragen Sie doch mal den Präsidenten, was er von der Bonität seines Landes hält.

Es lohnt sich mit uns über STRIPS zu sprechen. Und danach lohnt sich auch ein Gespräch mit Ihrem Steuerberater.

Info-Scheck. Bitte senden Sie mir unverbindlich Ihren Prospekt über STRIPS. W 102
Name ______
Straße ______
Ort ______
Telefon ______

Minimum-Einlage DM 100.000,–. Wenn Sie lieber gleich mit uns sprechen möchten, erreichen Sie uns ganz in Ihrer Nähe.
Repräsentant in Deutschland: Merrill Lynch AG
2000 Hamburg 1, Paulstraße 3, Tel.: 040/32 14 91
4000 Düsseldorf, Karl-Arnold-Platz 2, Tel.: 02 11/4 58 10
6000 Frankfurt, Ulmenstraße 30, Tel.: 069/7 15 30
7000 Stuttgart, Lange Straße 9/Ecke Kronprinz, Tel.: 07 11/2 22 00
8000 München 2, Promenadeplatz 12, Tel.: 089/23 03 60

Merrill Lynch



Rau nicht mehr wie geölt

Die Neusser AG wird vom Dollar gebremst

VWD, Neuss

Trotz mengenmäßiger Einbußen aufgrund der sich verschärfenden Wettbewerbssituation rechnet der Vorstand der Walter Rau Neusser Öl und Fett AG für 1986 mit einem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Ergebnis. Das Unternehmen habe 1985 in „einer schwierigen Marktsituation ständig sinkender Marktpreise glücklich operiert", heißt es. Das Neusser Werk gehört zur Walter-Rau-Gruppe, Hilter, und ist spezialisiert auf die Veredelung von Speiseölen und Speisefetten für Industriekunden im In- und Ausland.

Der Umsatz lag 1985 bei unveränderter Absatzmenge mit 414,5 (492,3) Mill. DM deutlich unter dem des Vorjahres. Ursache hierfür ist nach Angaben des Unternehmens der starke Preisrückgang der eingekauften pflanzlichen Rohwaren und der Kursverfall des Dollar gegenüber der DM. Diese Entwicklung habe sich auch im ersten Halbjahr 1986 verstärkt fortgesetzt. Gegenwärtig beschäftigt das Unternehmen etwa 350 Mitarbeiter in den Betriebsstellen Saatpresserei, Raffinerie und Härtung und den Abpackbetrieben in der Verwaltung. Für den Herbst 1986 ist die Inbetriebnahme neuer Produktionskapazitäten in der Raffinerie vorgesehen, die aber im wesentlichen der Kostensenkung dienen sollen. Da gleichzeitig ältere, weniger umweltfreundliche Anlagen stillgelegt werden sollen, werde sich die Kapazität insgesamt nur unwesentlich erhöhen.

Von den Hauptabnehmer-Industrien entwickelten sich die Margarine-Industrie und der Futterfett-Sektor negativ, da beide Bereiche durch die Maßnahmen der Brüsseler Agrarpolitik mit massiver Subventionierung der Milch- und Butterseite zu kämpfen hätten, schreibt der Vorstand. Andere Abnehmerbranchen, wie Süßwaren- und Snackartikel-Industrie, zeigten weiterhin Zuwächse. Ebenso sei, zumindest mengenmäßig, das Geschäft im Export in frachtgünstig erreichbare EG-Nachbarländer positiv verlaufen. Schwierigkeiten für die Zukunft erwartet das Unternehmen vor allem von den Brüsseler Agrarentscheidungen, die nie vorherzusehen seien.

Elektronik wird immer bedeutender

Breitschwerdt: Technische Überlegenheit sichert Zukunft der deutschen Autoindustrie

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Wenn wir heute einem 25jährigen Automobilingenieur den Auftrag erteilen würden, ein Auto zu bauen, das alle in der Welt gültigen Zulassungsvorschriften erfüllt, dann hätte dieser bis zu seiner Pensionierung vielleicht gerade die Hälfte der zu beachtenden Vorschriften gelesen. Konstruiert hätte er bis dahin noch gar nichts." Mit diesem anschaulichen Beispiel verbindet Professor Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, die Forderung, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Informationsflut zu bewältigen und die Kommunikationswege in den Unternehmen zu verbessern. Auch auf diesem Gebiet der Anwendung neuer Technologien solle man sich seiner Auffassung nach in der Bundesrepublik bemühen, internationaler Spitzenreiter zu werden.

Wie Breitschwerdt auf einer Vortragsveranstaltung der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar in Stuttgart weiter ausführte, liege die Zukunftschance der deutschen Autoindustrie ganz eindeutig im Bau technisch überlegener und qualitativ hochwertiger Fahrzeuge. Die Elektronik werde eines Tages für das Auto so bestimmend sein wie heute Motor, Achse und Getriebe.

Während die Elektronik heute im Durchschnitt erst 0,4 Prozent des Fahrzeugwertes ausmache, dürften es seiner Schätzung nach bis zum Jahre 2000 über zehn Prozent sein. Aus dieser Überlegung und aus dem Bestreben, Forschungsanstrengungen auf ein möglichst breites Anwendungsspektrum umzulegen sowie Synergieeffekte zu erzielen, leite sich denn auch bei Daimler-Benz die Basisverbreiterung durch die Beteiligung an anderen Unternehmen ab.

Im politischen Teil seiner Ausführungen betonte Breitschwerdt, er sehe immer mehr die Gefahr, „daß die Idee der Vereinigten Staaten von Europa letztlich auf dem Altar nationaler Egoismen geopfert wird". Ein freier Güteraustausch zu gleichen Bedingungen würde nicht nur die Wettbewerbsintensität erhöhen, sondern auch die europäischen Unternehmen in die Lage versetzen, mit hohen Stückzahlen auf dem eigenen Markt der japanischen Konkurrenz entgegenzutreten. Sollte der Zusammenschluß nicht gelingen, so Breitschwerdt weiter, „hätten wir eine große historische Chance verpaßt". Europa müßte sich dann „wohl auf Dauer mit einer weltgeschichtlichen Zuschauerrolle begnügen".

Im Hinblick auf die noch immer in der Öffentlichkeit geführte Diskussion über die aus baden-württembergischen Landesmitteln (140 Mill. DM) zu finanzierenden Erschließungsmaßnahmen für das geplante neue Pkw-Werk in Rastatt wies Breitschwerdt den Vorwurf zurück, daß sich hier ein Großunternehmen auf Kosten des Steuerzahlers bereichere.

Wörtlich sagte er: „Wer immer meint, aus der Ertragsstärke ethische und moralische Verzichtsansprüche ableiten zu müssen, der sollte dann auch sagen, wo denn seiner Meinung nach die Gewinnschwelle liegt, von der an ein wirtschaftlich orientiertes und allgemein übliches unternehmerisches Handeln moralisch verwerflich ist."

Ertragseinbußen im Export

Feinmechanische und optische Industrie spürt starke Mark

VWD, Frankfurt

Nach dem Exportboom des vergangenen Jahres und dem Aufwärtstrend in den ersten sechs Monaten 1986 ist die deutsche feinmechanische und optische Industrie für das zweite Halbjahr nur noch „bedingt optimistisch". Zu dieser Wertung gelangt die Commerzbank AG, Frankfurt, in einer Branchenanalyse. Die Ende 1983 einsetzende Aufwärtsentwicklung bescherte der Branche 1985 einen Gesamtumsatz von 13,9 Mrd. DM (nominal plus elf, real plus neun Prozent). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 4200 auf 127 000, Produktion und Bestellungen stiegen um jeweils zehn Prozent. Auch im ersten Halbjahr 1986 wuchsen Umsatz (plus 6,6 Prozent) und Export (plus fünf Prozent) weiter. Die Einfuhren stiegen um 4,3 Prozent.

Während 1985 die Zuwachsrate der Auslandsorders mit gut 13 Prozent noch fast doppelt so hoch war wie die der Inlandsbestellungen (plus 6,9 Prozent), lag im ersten Halbjahr 1986 der Zuwachs der Auslandsnachfrage mit plus 6,4 Prozent unter jenem der Binnennachfrage (plus 8,5 Prozent). Die USA sind der wichtigste Auslandsmarkt für die deutsche optische und feinmechanische Industrie. 1985 verkaufte die Branche Waren im Wert von 10 Mrd. DM im Ausland (plus 20 Prozent).

„Der befürchtete Rückgang der Auslandsnachfrage aufgrund der nun wieder deutlich stärkeren Notierung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar hat bislang noch kaum auf die Exportzahlen durchgeschlagen", schreibt die Commerzbank. Das werde vielleicht schon im zweiten Halbjahr geschehen. Denn die Investitionsgüterkonjunktur in der Bundesrepublik und in den wichtigsten Abnehmermärkten halte zwar noch an und auch die Verbrauchsgüternachfrage komme vor allem im Inland in Schwung, doch im Auslandsgeschäft fehle die Sogwirkung, die 1985 von dem starken Dollar ausgegangen war.

„Inwieweit die internationale Kundschaft auf die veränderten Preisrelationen der deutschen und amerikanischen Produkte auf dem Weltmarkt reagiert", vermögen die Commerzbank-Analytiker allerdings noch nicht zu sagen. Auf jeden Fall müsse aber mit Ertragseinbußen im Exportgeschäft gerechnet werden.

1985 hatte die Branche ihre Auslandsengagements per Saldo um gut 45 Mill. DM aufgestockt. Allein in Europa wurden 50,1 Mill. DM investiert (davon 38,3 Mill. in Frankreich), während die Investitionen in USA, Lateinamerika und Asien entsprechend abgebaut wurden. Vom Gesamtumsatz der Branche 1985 (13,87 Mrd. DM) hatten die sechs Fachsparten folgende Anteile (in Prozent): Medizintechnik 32,4, Meß- und Automatisierungstechnik 15,2, Optik und Labortechnik 14,2, Feinmechanik 13,3, Foto- und Videotechnik 13 und Augenoptik zwölf.

Direktversicherung spart Geld

Gehaltserhöhungen werden von Arbeitnehmern manchmal nur mit verhaltener Freude registriert. Der Grund: Je nach erreichter Progressionsstufe wird ein erheblicher Teil der Steigerung durch die Steuer wieder aufgezehrt. Manchmal kann es sogar vorkommen, daß das Mehr an Einkommen unterm Strich zu einem Minus auf dem Konto führt, da Einkommensgrenzen für Steuervergünstigungen überschritten werden.

Der besonders hohen Besteuerung der Gehaltsspitzen können Arbeitnehmer allerdings entgehen, wenn sie auf einen Teil ihrer Bezüge „verzichten". Der Weg führt über den Arbeitgeber. Er kann für seine Beschäftigten einen Lebensversicherungsvertrag abschließen und bis zu 200 DM



vom monatlichen Entgelt (maximal also 2400 DM im Jahr) darauf einzahlen. Entsprechend sinkt das steuerpflichtige Entgelt.

Für die Prämie an die Lebensversicherung braucht nur eine Steuerpauschale von zehn Prozent plus Kirchensteuer entrichtet zu werden – also lediglich ein Bruchteil dessen, was sonst fällig wäre. Zwar hat der Arbeitgeber nach den Steuervorschriften die pauschale Lohn- und Kirchensteuer zu übernehmen; er darf damit aber den Arbeitnehmer belasten.

Die durch eine solche „Direktversicherung" (die Beiträge werden „direkt" vom Arbeitgeber an die Lebensversicherung überwiesen) gesparten Steuern kommen der Vermögensbildung des Arbeitnehmers zugute. Allerdings sind einige Auflagen zu beachten. Um später steuerfrei die Gewinnbeteiligung aus der Versicherung einstreichen zu können, muß der Vertrag eine Laufzeit von mindestens zwölf Jahren haben. Auch darf er nicht vor dem 60. Lebensjahr ablaufen und während der Laufzeit weder beliehen noch gekündigt oder abgetreten werden.

In der Sozialversicherung gilt folgendes: Die vom Arbeitsentgelt abgezweigten Beträge werden zur Beitragsberechnung so herangezogen, als wenn sie ausgezahlt würden. Das vermeidet Einbußen beim Krankengeld, beim Arbeitslosengeld und später bei der Rente. Wer allerdings nach Abzug der Direktversicherungsprämie im Jahre 1986 mindestens noch 4200 DM im Monat verdient, der zahlt ohnehin den Höchstbeitrag. Entsprechendes gilt für die Renten- und Arbeitslosenversicherung bei Gehältern oberhalb von 5600 DM monatlich.

Ausgenommen von der Beitragsberechnung zur Sozialversicherung sind Direktversicherungsbeiträge, aber, wenn der Arbeitgeber diese Beiträge zusätzlich zum normalen Arbeitsentgelt zahlt – woraus sich eine besonders interessante Variante einer Erhöhung des Lohnes beziehungsweise Gehaltes ergibt. Die Beitragsfreiheit besteht auch dann, wenn Direktversicherungsprämien aus Sonderzahlungen finanziert werden – etwa aus dem Weihnachtsgeld oder dem 13. Monatsgehalt. Die aus der Sonderzahlung finanzierte Direktversicherung hilft Sozialbeiträge sparen.

Insgesamt kann die Beitragsbefreiung für Direktversicherungsprämien aus Sonderzahlungen (je nach Krankenkassen-Beitragssatz) rund 425 DM ausmachen. Hinzu kommen die von 2400 DM eingesparten Steuern – insgesamt ein stolzer Betrag.

WOLFGANG BÜSER

Voll ausgelastet im Jubiläumsjahr

Py. Düsseldorf

Mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von 120 Mill. DM, in den nächsten Monaten voll ausgelasteten Kapazitäten und ehrgeizigen Investitionen von 9 Mill. DM während der letzten fünf Jahre sieht die F. A. Kümpers KG, Rheine/Westfalen, im 100. Gründungsjahr voller Zuversicht in die Zukunft. Die Spinnerei, Weberei und Färberei, deren Geschäftsleitung sich aus den vier Enkeln des Unternehmensgründers Franz-August Kümpers zusammensetzt, stellt heute mit rund 830 Beschäftigten in drei Werken eine breite Palette von Garnen und Geweben her.

Nach den Worten von Gustav-Adolf Kümpers sind die Spinnereien des Unternehmens mit deutscher und schweizerischer Spitzentechnologie ausgestattet und liefern sowohl die traditionellen Ringgarne als auch hochwertige „Open end"-Garne mit vollelektronischer Überwachung der Produktqualität. Gegenwärtig liegt die Tagesproduktion bei durchschnittlich 40 Tonnen. Das Fertigungsprogramm der Webereien erstreckt sich auf Rohgewebe für Heimtextilien, Bekleidungsstoffe sowie technische Textilien. Die Jahresproduktion von Garnen liegt bei jährlich 10 000 Tonnen, die Gewebeproduktion bei rund 67 000 Quadratmetern. Von der Produktionsmenge gehen etwa 55 Prozent in den Export. Hauptabnehmerländer sind Frankreich, Italien und Großbritannien. Das von jeher sozial eingestellte Familienunternehmen hat bereits im Gründungsjahr 1886 eine heute noch intakte Betriebskrankenkasse geschaffen. Viele Mitarbeiter wohnen in Werkswohnungen sowie in 500 vom Unternehmen mit zinsgünstigen oder zinslosen Darlehen finanzierten Eigenheimen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Stabile Verzinsung

Gütersloh (dos) – Die Bertelsmann AG, Gütersloh, die im März dieses Jahres 330 Mill. DM Genußrechtskapital an der Börse eingeführt hatte, wird nicht nur für das Geschäftsjahr 1985/86, sondern mindestens bis 1988/89 dieses Kapital mit 15 Prozent verzinsen. Nach Angaben des Medien-Konzerns ist die Voraussetzung dafür, nämlich eine Gesamtkapitalrendite von 6 Prozent, gesichert. Für 1985/86 errechne sich eine Rendite von knapp 15 Prozent. Der Jahresüberschuß habe in der Höhe des Vorjahresgewinns (337 Mill. DM) gelegen. Der Konzernumsatz, so heißt es, nahm gleichzeitig um 2,2 Prozent auf 7,6 Mrd. DM zu. Ohne die Währungskurseffekte hätte sich ein Umsatzplus von fast 8 Prozent ergeben.

Gewinn verdoppelt

Düsseldorf (Py.) – Das schwedische Software- und Beratungsunternehmen AB Programator, Stockholm, das seit Ende 1984 auch in der Bundesrepublik vertreten ist, hat im Geschäftsjahr 1985/86 (30.4.) mit umgerechnet 35 Mill. DM seinen konsolidierten Gewinn nach Steuern mehr als verdoppelt. Auch der Umsatz zeigte mit rund 514 Mill. DM dieselbe Entwicklung. Gegenwärtig beschäftigt Programator rund 3400 Mitarbeiter. Die deutsche Tochter, Programatic Software PS GmbH, Düsseldorf, setzte 1985 etwa 3,5 Mill. DM um.

Hansa forciert Export

Stuttgart (nl.) – Der Ausbau der Exportaktivitäten auf dem Sektor der Sanitärarmaturen brachte der Hansa Metallwerke AG, Stuttgart, in der ersten Jahreshälfte 1986 einen Umsatzanstieg im Auslandsgeschäft von zehn Prozent. Demgegenüber stagnierte der Inlandsabsatz. In 1985 ist der konsolidierte Gruppenumsatz um 5,3 Prozent auf 237 Mill. DM angestiegen. Aus dem mit 3,2 (2,9) Mill. DM ausgewiesenen Jahresüberschuß wird eine Dividende von unverändert acht Prozent auf das auf 15,8 Mill. DM verdoppelte Aktienkapital ausgeschüttet. Die Hansa-Gruppe zählt über 1600 Beschäftigte.

Position gestärkt

Düsseldorf (Py.) – Die britische Frachtorganisation MSAS Holding, plant eine strukturelle Neuordnung im deutschen Geschäftsbereich. Ab 1987 wird die kürzlich erworbene Jardine Cargo International GmbH mit der bisherigen deutschen Niederlassung der MSAS zu einer neuen Deutschland-Organisation zusammengeschlossen. Jardine und MSAS werden nach der Fusion weltweit rund 3500 Mitarbeiter beschäftigen.

WGZ-Bank: Genußscheine

Düsseldorf (Py) – Die Westdeutsche Genossenschaftszentralbank (WGZ-Bank), Düsseldorf, das Zentralinstitut der Volksbanken, Raiffeisenbanken und Spar- und Darlehenskassen im Rheinland und in Westfalen, begibt Genußscheine im Volumen von nominal 75 Mill. DM, die zur Zulassung zum amtlichen Handel an der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf vorgesehen sind. Die Emission erfolgt in zwei Tranchen: 50 Mill. DM mit einer Laufzeit von 15 Jahren und einem Festzins von 7,5 Prozent sowie 25 Mill. DM mit 25jähriger Laufzeit und einer Verzinsung von 8,25 Prozent. Der Emissionspreis beträgt für beide Tranchen 101 Prozent.

„Bonni" – alles zum Spielen

Im Spielzeugfachhandel belebt sich die Konkurrenz

hg. Bonn

Am deutschen Spielwarenmarkt wird es immer lebendiger: Der Fachhandel bekommt Konkurrenz durch neue Betriebstypen. So hat die Richter Spiel+Hobby GmbH, Limburg, eine 75prozentige Tochter der coop AG, kürzlich in Köln-Weiden ein Geschäft mit 260 Quadratmetern Verkaufsfläche eröffnet; für Ende November nimmt ein 2000 Quadratmeter großer Fachmarkt in Essen den Betrieb auf, der mit preisaggressiven Angeboten einen Jahresumsatz von rund zehn Mill. DM erzielen soll.

Die Einkaufsgenossenschaft Vedes eG, Nürnberg, plant ebenfalls die Errichtung von vier Fachmärkten unter dem Namen „Bonni"; einer davon ist bereits verwirklicht. Und schließlich will sich der amerikanische Spielwaren-Händler Toys „R" Us (Jahresumsatz 1,98 Mrd. Dollar), der in den USA 270 Fachmärkte betreibt und noch einmal 25 im Ausland, demnächst am deutschen Spielwarenmarkt tummeln, dessen Volumen auf rund 3,3 Mrd. DM geschätzt wird.

Nach Ansicht des Präsidenten Joseph R. Baczko bietet dieser Markt Wachstumschancen, „die wir durch ein ganzjähriges Spielwarenangebot ausschöpfen werden". Für den Beginn sind fünf bis sechs Fachmärkte mit einer Verkaufsfläche von jeweils rund 3500 Quadratmetern geplant. Die Suche nach Standorten mache keine Schwierigkeiten, heißt es; allerdings sollen sie räumlich nicht allzu weit voneinander entfernt sein.

Geschäftsleitung und Zentrallager sollen in Köln angesiedelt werden; dafür benötige man rund 30 bis 40 Mitarbeiter. Insgesamt soll die Zahl der Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland am Ende des ersten Jahres bei rund 1500 liegen. Zum Geschäftsführer wurde Arndt Klöser (früherer Kaufhof-, Metro- und coop-Manager) bestellt.

Aktien sehr fest

Prognosen lockten Käufer an

DW. – Angeregt durch positive Kursvoraussagen der Deutschen Bank und der Commerzbank, floß den Banken eine Vielzahl von Kaufaufträgen aus ihrer Kundschaft zu. An den Käufen waren auch Ausländer beteiligt. Dadurch setzten sich die Aktien auf breiter Front nach oben in Bewegung.

Die Aufwärtsbewegung erstreckte sich fast auf die gesamte Marktbreite ohne eigentliche Schwerpunkte. Vielbeachtet wurde der Anstieg der VW-Aktie um rund 20 DM auf über 500. Gleichzeitig stellte sich das Bezugsrecht für die VW-Vorzugsaktien auf 25 (plus 2,50). Danach kosteten die VW-Vorzüge 450 DM und lagen damit um 10 Prozent unter den Stämmen. Börsianer sagen den Vorzügen größere Kurschancen voraus als den VW-Stämmen. Überrascht hat der Anstieg der Siemens-Aktie um rund 25 DM. Er zeigt, wie eng die Märkte selbst bei Papieren mit großer Streuung geworden sind. Bei den Bankaktien gab es teilweise beachtliche Gewinne. Die Deutsche Bank lag um mehr als 10 DM fester. Trotz der Tagesgewinne hielten sich auch zum Schluß die Gewinnrealisationen in engen Grenzen. Kräftig aufgeholt haben die Stahlwerte. Von den Ausländern wurden nach wie vor Nixdorf bevorzugt, wo sich der Kurs deutlich über 700 eingependelt hat. Bei den Großchemiewerten machten diesmal Bayer mit einem Plus von mehr als sechs DM den größten Sprung.

Nachbörse: aufwärts

DW-Ak.Ind.: 273,97 (269,85)
DW-Ums.Ind.: 5228 (2862)
Adv.-decline-Zahl: 138 (130)
38-Tg-Linie: 279,56 (279,36)
200-Tg-Linie: 279,14 (279,08)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		1.10.	30.9.
H	Aach M Betl. 12,5	2300	2289
H	Aach. M. Vers. 7	1990	1990
D	Aach. Rück. 9	2500G	2500
D	Aseag *4	390G	390T
M	Ackt-Gögg. 8	163	160,5bG
H	Adca 3	190bG	184
D	Adler 12+16	295G	295T
F	AEG 0	315,8	305,1
D	AEG KABEL 9	420G	420,1
S	Aesculap 9	410	397
F	AGAB 5	160	160
D	Agrippina *0	3750G	3750G
M	Agrob *0	180bG	179
M	dgl. Vz.* 0	132bG	135bG
M	Aigner 0	232bG	250
M	Akt. Kaufb.* 18+2	1050G	1050G
H	Aglv 10	435G	435bG
H	Albingia 8+2	1610G	1610G
D	Alexanderw. 0	113,9	114
Hn	Allerthal*0	190	190
S	Allg.Re.**6,3	4800TB	4800TB
S	dgl.NA**6,3	4000bB	4150
S	dgl.35%E4,3	6750	6749
D	Allianz Leb. 9	6500	6400
D	Allianz V. 10	2270	2250
S	Allweiler St. 8	300G	295G
S	dgl. Vz. 9	210G	210G
F	Altana 10	417	410
F	Andreae-N.Z. 4	220	215
F	Asko 10	1698	1650
F	dgl. Vz. 11,5	1565	1550
H	Audi NSU 4	670bG	670bG
M	Augsb. Kg. 2+1	125	122bG
D	AVA	1500	1490bB
S	Badenwerk 6,5	176,9	175bG
F	Bd.Würt.Bk. 12	632G	628G
D	Balcke-Dürr 3	301G	301G
F	Bankg.v.1899 *14+2	790G	795
D	Banning ** 0	750T	740G
H	BASF 10	276,5	273
H	Bavaria 3	205bB	205bB
D	Bayer 10	295,9	291
F	B.Br.Sch.-J. 0	220	220
M	Bayer. Hdlb. 11	480	455
M	Bayer. Hartst. 6	500G	500G
M	Bayer. Hypo 12,5	578	570
M	Bayer. Lloyd 5	3208	320TB
M	BMW 12,5	633	611
M	Bayer. Vbk. 12,5	537	526
H	Beiersdorf 10	611	614
F	BHF-Bank 12	500	500
F	Berl. Bank 6	237,5	229
B	Berl. Kindl 5	151	152,1
D	Bertelsmann Gen.	224,5	222
B	Bekula 5	136,8	135,5

		1.10.	30.9.
D	Colonia Vers. 6	645	645
D	Commerzb. 8	322	318
D	Cobk.Reste*0 RM	15G	15,3T
F	Cobk.Genußsch.	122,15	121,5
D	Conc. Chem. 4,5	270T	265bG
B	Conc. Spinne * 0	610G	610G
D	Contigas 8	338	338G
D	Conti Gummi 5	319,7	316,5
D	Dahlb. St. 7,75	260	260
D	dgl. Vz. 14,75	405bG	401G
S	Daimler 12+2,5	1265	1240
M	Deckel AG 6	230	229,8
F	DG Bank Gen. 8,5%	114,25	113,6
D	Dt. Atl. Tel.10	765T	760G
D	Dt. Babcock St. 3	202	192

Devisenmärkte

Die Leitwährung wurde am 1. Oktober ohne Mitwirkung der Bundesbank mit 2,0275 festgestellt. Die sporadischen Aktivitäten der Bundesbank zugunsten des Dollar und des Pfund Sterling hinterließen doch Spuren, da man die Möglichkeit weiterer Interventionen wieder stärker beachtete. Der Dollar-Handel wickelte sich so sehr ruhig zwischen 2,0275 DM und 2,0500 DM ab. Zur Zurückhaltung trugen auch eine bevorstehende Rede von US-Finanzminister Baker und die Veröffentlichung weiterer Wirtschaftsdaten in den USA bei. Das Pfund blieb knapp behauptet. Der Schweizer Franken und der Yen gaben etwas nach. Die zuletzt permanent gedrückten Währungen Dänische Krone, Norwegische Krone und Schwedische Krone waren erholt. US-Dollar in: Amsterdam 2,2905; Brüssel 42,0625; Paris 6,6405; Mailand 1402,00; Wien 14,263; Zürich 1,6455; Ir. Pfund/DM 2,741; Pfund/Dollar 1,4461; Pfund/DM 2,932.

Devisen und Sorten

1.10.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten[a] Ankauf	Sorten[a] Verkauf
New York[1]	5,50	2,0235	2,0315	2,0204	1,97	2,07
London[2]	10,0	2,925	2,939	2,884	2,85	3,00
Dublin[2]	16,5	2,734	2,748	2,697	2,66	2,81
Montreal[1]	8,58	1,4552	1,4632	1,4468	1,41	1,51
Amsterd.	5,00	88,405	88,625	88,35	87,50	89,25
Zürich	4,00	123,13	123,33	123,23	122,00	124,75
Brüssel	8,00	4,81	4,83	4,786	4,68	4,86
Paris	9,50	30,455	30,615	30,25	29,65	31,30
Kopenh.	7,00	26,445	26,565	26,17	25,30	27,25
Oslo	8,00	27,39	27,51	26,83	24,50	28,25
Stockh.	8,00	29,26	29,42	29,00	28,50	30,25
Mailand[3]**	12,0	1,4415	1,4515	1,4715	1,41	1,49
Wien	4,00	14,191	14,231	14,158	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,514	1,524	1,489	1,46	1,58
Lissabon**	14,5	1,371	1,391	1,34	1,10	1,65
Tokio	3,50	1,3105	1,3135	1,3135	1,28	1,34
Helsinki	8,50	41,22	41,42	40,53	40,00	42,00
Belgrad**	–	–	–	–	0,24	0,44
Budap.**	–	–	–	–	[illegible]	4,10
Athen**	20,5	1,473	1,527	–	[illegible]	4,70
Ankara**	–	–	–	–	[illegible]	[illegible]
Sydney*	–	1,2695	1,2885	–	[illegible]	1,34
Johannsbg.*	10,5	0,893	0,927	–	[illegible]	0,97
Hongkong *	–	25,83	26,11	–	23,00	30,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810G, VAB 2800. **Düsseldorf:** Allianz Vers. 2240G, BMW 601, Goldschm. 245, IKB 278, Lehnkering 225G, O & K 133. **Frankfurt:** Allianz Vers. 2260, BMW 605, Frankona Vz. 670T, Fuchs St. 175G, Fuchs Vz. 160bG, Goldschm. 241, IKB 275,1bG, Magdeburger Feuer NA 530, Magdeburger Feuer 1150T, Mainkraft 490G, Mercedes 1120, Ymos Vz. 180. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1100, Stumpf 125G, VAB 2910.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Colonia 5, Magd. Feuer 190, Thüga entf., VW 25, Zanders 8. **Frankfurt:** Colonia 5, Magd. Feuer 190, VW 25. **München:** VW 25.

Optionshandel

Rentenoptionen

Wende am Rentenmarkt

Nach Tagen rückläufiger Kurse gab es am Mittwoch am Rentenmarkt eine Wende. Öffentliche Langläufer zogen bis zu knapp einen Punkt an. Die Nachfrage bei ihnen soll überwiegend aus dem Ausland gekommen sein, wo erneut Hoffnungen auf Zinssenkungen aufgetaucht sind. Auf der Käuferseite dürften aber auch inländische Stellen gelegen haben, die Rückdeckungen vorzunehmen hatten. Die freundliche Tendenz erstreckte sich auch auf die Bundesobligationen, die bis zu 0,35 Prozentpunkte anzogen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

F	PWA 84/94	109	102,5
F	Rosow Look	675	745
F	5½ Rhythm W. 83/88	1350T	1400G
F	dgl. W. 84/89	640	660
F	3½ RWE 86/96	87,5	86
F	Ryobi 83	1200T	1200T
F	Salamander	160	155
F	6½ Schering 83/90	316	315,5
F	5 Schw. Bankgesell.	2710	2710
F	3¼ Sch. Bankver. I	265	264
F	2¾ dgl. II	169	162bG
F	Schw. Kreditanst.	–	165T
F	Senko	690	675

F	3⅜ dgl. o. O. 84	81	81,1
F	2¾ dgl. m. O. 84	105,5	105,5
F	7¾ dgl. o. O. 86	78,25	77,75G
F	4 SKA Fin. m. O. 85	128T	128T
F	4 dgl. 85 o. O.	96,25	96,5
F	3 Teijin S. m. O. 85	210G	214G
F	3 dgl. o. O. 85	91G	91bB
F	3⅝ Trio Kenw 85 m. O.	124G	124G
F	3¼ dgl. o. O. 85	94,5T	94,5G
F	3⅝ Tsumura Jun.84 m.O	114T	114T
F	5⅜ dgl. 84 o. O.	95,4G	95,4bG
F	4 Veba 83 m. O.	197,2G	195G
F	4 dgl. 85 o. O.	89,25	88,6
F	3 VW 86 m. O.	146,5	146,5

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

9¾ dgl. 81/91	112,25G	112,25bG
9⅝ dgl. 82/91	111,5	111
7¾ dgl. 82/92	107,5	108,25
6⅞ dgl. 83/93	104,75bG	104,65
7¼ dgl. 84/96	104	103
6¾ dgl. 86/96	98,7	98,25
6⅞ Austral IDC 72/87	100,25G	100,25
6⅞ Autop. C.E. 72/87	105T	103,5T
7½ Avon 85/95	103G	102,5G
10⅛ Banrual 82/90	106	106
8 Banco Obras 71/86	99,75G	99,75
8½ BNDE 77/87	101,5G	101,5G
9¼ dgl. 80/88	103T	102T
5⅜ BK. America 78/90	94	94

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

8 dgl. 79/89	103T	102,5bB
6¾ Pyhm Autob. 77/89	100,6G	100,5G
7 RENFE 79/87	101bG	101
10 dgl. 82/92	116G	116G
8¾ dgl. 83/91	108,4bG	108,4G
7¾ Sumitomo F 82/90	103,2rG	103
7½ Sun Int. 73/88	101,75G	101,75G
10¾ Svenska Ex. 81/91	109,25	109bG
9½ dgl. 82/87	104	103,65G
5⅝ Tauernaut. 78/93	97,75G	97,75G
9¾ dgl. 82/94	114,5G	114,5G
6 TVO-Kraftw. 78/88	100,1G	100,1G
7¾ Union E.Fenosa 85/92	106,5G	106,5G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Bruchteilige Aufschläge verzeichnete Kupfer. Gut behauptet schloß Kakao, niedriger ging Kaffee aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	30.9.	29.9.
Dez.	265,50-265,00	267,50-267,75
März	258,00-257,00	261,50-262,00
Mai	244,00-244,50	246,75-246,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	198,98	198,78
Am. Durum	176,76	196,50

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	95,50	97,20
Dez.	99,00	98,80
März	100,00	100,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	79,50	80,00
Dez.	78,60	78,60
März	80,00	80,00

HAFER Chicago (c/bush)		
Okt.	125,25	126,00
März	129,00	129,50
Mai	128,00	128,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Okt.	176,50-177,00	179,50-178,50
März	186,75-186,50	188,00-187,75
Mai	191,50	191,75-192,00

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	30.9.	29.9.
	27,00	27,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	19,25	18,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	14,27-14,28	14,15-14,13
Dez.	14,83-14,85	14,75-14,73
Jan.	14,96-14,98	14,87
März	15,20	15,20
Mai	15,45	15,35
Juli	15,60	15,49-15,50
Aug.	15,60	15,50

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	14,00	14,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	10,62	10,62

TALG New York (c/lb)		
top white	12,00	11,50
fancy	11,50	11,00

Devisenterminmarkt

Am Euromarkt ergaben sich am 1. 10. keine Veränderungen im Zinsgefüge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,20	0,80-0,70	1,46-1,28
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,50-1,47	3,05-2,98
Pfund/DM	2,10-0,70	5,20-3,80	8,90-7,50
FF/DM	17-1	36-20	58-42

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1.10.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,63 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1.10.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 1.10.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1.10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅜-4½	3⅞-4
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4½	4-4⅛
6 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	4-4⅛
12 Monate	6-6¼	4½-4¾	4⅛-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,60) – 8,00 (5,9?). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 98,50, Rendite 5,60.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum
BfG-Bank E.69	100,00	1.7.95
Commerzbank	100,00	22.5.95
Commerzbank	100,00	4.8.00
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Edelmetallmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

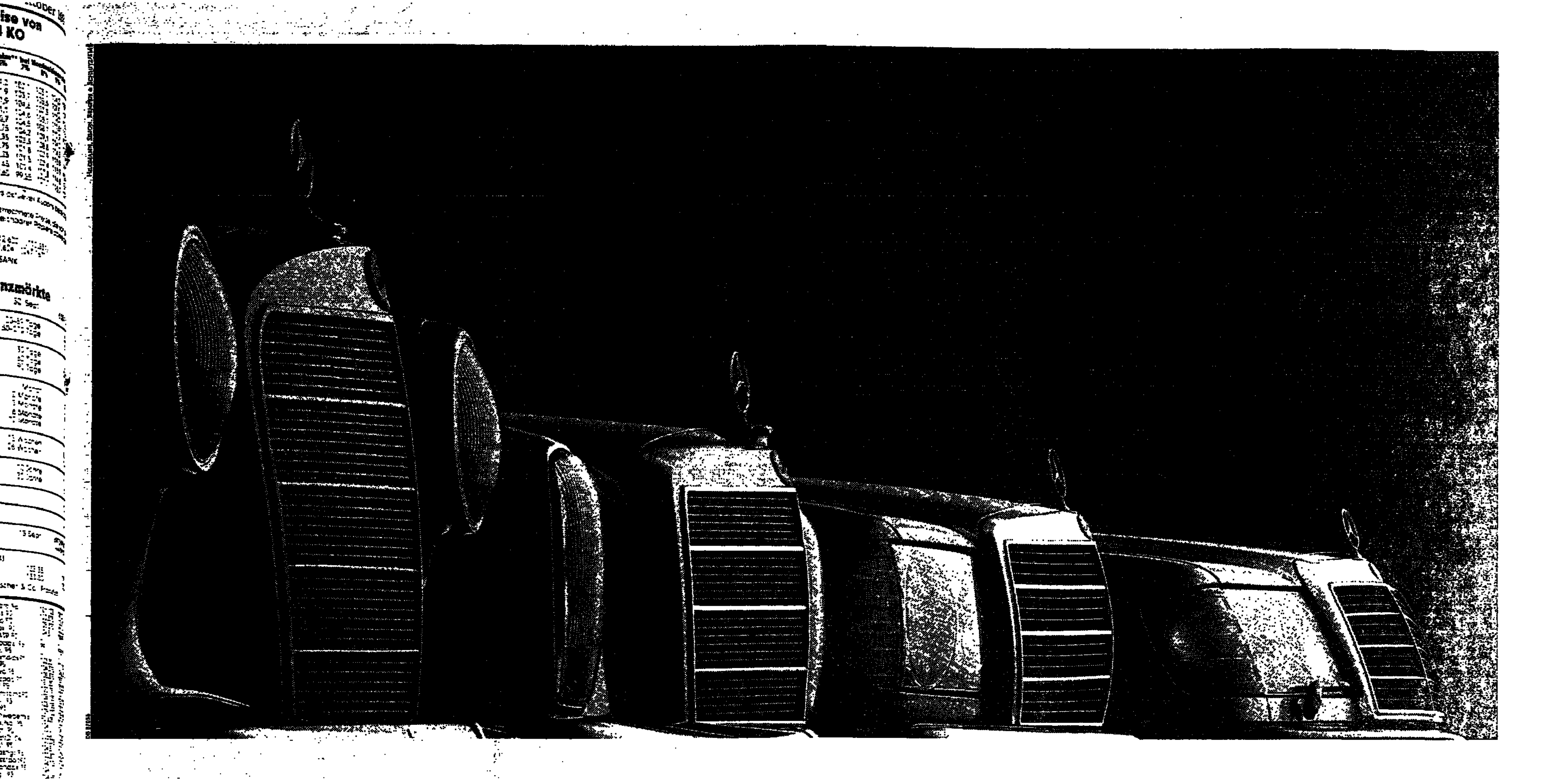
Euro-Yen

Rechnungs-Einheiten

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert



Treue ist eine Tugend von besonderem Wert.

Beim Automobil ist Treue zugleich ein guter Maßstab für die Zufriedenheit mit der Qualität, der Zuverlässigkeit, dem Komfort und der Lebensdauer.

Denn hier zeigt sich, was ein Automobil über schöne Äußerlichkeiten hinaus tatsächlich zu bieten hat. Welche inneren Werte es besitzt.

Ein Mercedes scheint damit besonders gut ausgestattet zu sein.

Denn je länger man ihn hat, desto vertrauter ist man mit ihm.

Und wenn man sich eines Tages trotzdem von ihm trennt – nach vielen gemeinsam verbrachten Jahren und zigtausenden von Kilometern – dann meist nur, um gleich wieder einen neuen Mercedes zu wählen. Und danach wieder einen.

Treue hängt wohl auch mit Vernunft zusammen. Sich für einen Mercedes zu entscheiden, war schon immer ein vernünftiger Entschluß.

In ihm fühlt man sich sicher.

Unsere vielen Entwicklungen von Sicherheitselementen waren wegweisend für den gesamten Automobilbau – und haben Mercedes längst zu einem Synonym für Sicherheit werden lassen.

In ihm hat man seine Ruhe.

In der Hektik des Alltags gibt ein Mercedes mit seinem geräuschisolierten, großzügigen Innenraum und seinem entspannenden Komfort dem Fahrer die innere Ruhe und Kondition, die er zum sicheren Fahren braucht.

Und schließlich: Auf ihn kann man sich verlassen.

Denn gerade die kleinen Unannehmlichkeiten sind es, die oft den größten Ärger verursachen.

Ein Mercedes war schon immer für seine geringe Reparaturanfälligkeit bekannt, die auch Jahr für Jahr durch viele Untersuchungen immer wieder aufs Neue bestätigt wird.

Sie ist das Ergebnis einer besonderen Fertigungsqualität, der Liebe zum kleinsten Detail und unserem ständigen Bemühen, alles immer noch besser machen zu wollen.

Die Treue zu einem Mercedes hat also gute Gründe.

Fällt es da nicht leicht, treu zu bleiben?



Moskaus alter Traum von einer Basis Nicaragua

Stalin liebte A. Sandino

Daß Moskau auch nach mehr als fünfzig Jahren politische Träume nicht aufgibt, dafür ist Nicaragua ein Beispiel. Bereits Ende der zwanziger Jahre erkannte der im Auftrag des Kremls agierende deutsche Kommunist Willi Münzenberg, daß sich im fernen Nicaragua eine Entwicklung anbahne, die der kommunistischen Agitation und Propaganda nützlich sein könnte. Mit Hilfe der sowjetischen Botschafterin in Mexiko, Alexandra Kollontai, gelang es dem Meister der Desinformation, für seinen II. Kongreß der Liga gegen Imperialismus im Sommer 1929 in Frankfurt, dem Führer der nicaraguanischen Widerstandsbewegung, General Augusto César Sandino, keineswegs ein Kommunist, zu gewinnen. Man hoffte, daß er als der zukünftige „starke



Mann" in Managua sowjetische Ziele in Mittel- und Lateinamerika verwirklichen helfen würde. Was Moskau mit Sandino nicht gelang, erreichte es nach dem Sturz des Somoza-Regimes im Sommer 1979 mit seinen angeblichen Erben, mit den Schlüsselfiguren der neuen Junta, den Brüdern Ortega und Tomás Borge.

Wenn man das Nicaragua-Buch von Hans Lindemann liest, wird man sich erst bewußt, wie zielstrebig der Kreml diesen Brückenkopf auf dem amerikanischen Kontinent ausbaute, aber auch, wie es den Kommunisten gelang, die freie Welt zu täuschen. Vieles, was heute über die angeblich demokratische Entwicklung des mittelamerikanischen Landes behauptet wird, ähnelt den Aussagen linker Intellektueller in den zwanziger Jahren über den jungen Sowjetstaat. Von negativen Entwicklungen war nicht die Rede, weil die Autoren sie nicht wahrhaben wollten. Sicher, es gibt auch jetzt schon manche, die ihre Bewunderung der Sandinisten zu revidieren beginnen, aber noch immer sind es zu viele, die die Tatsachen nicht sehen wollen.

Der Nachweis, daß Nicaragua seit Jahren eng mit dem sowjetischen Block verflochten ist, wird nicht mit westlichen Informationen belegt. Lindemann weist vielmehr anhand sowjetischer Quellen, mit Veröffentlichungen in kommunistischen Publikationen und am Beispiel von Erklärungen sandinistischer Politiker überzeugend nach, wie Moskaus Griff nach Nicaragua von Jahr zu Jahr fester geworden ist.

Praktisch alle von den Sandinisten und ihren Mitläufern vorgelegten Behauptungen über die Unabhängigkeit vom sowjetkommunistischen Block kann der Autor mit Tatsachen widerlegen. So bleibt von der These, daß die USA Nicaragua in die Hände der Sowjets getrieben hätten, nichts übrig. Denn bereits vier Monate nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion eilte Verteidigungsminister Humberto Ortega nach Moskau, Sofia und Ost-Berlin, um Waffen anzufordern. Erst nachdem feststand, daß Nicaragua sich bei der Aufrüstung der sandinistischen Streitkräfte dem Osten zuwandte, haben die USA im Mai 1980 die vorgesehene Militärhilfe für Managua abgelehnt.

Heute, so Lindemann, gibt es keine Sphäre des öffentlichen Lebens, wo nicht der Einfluß der kommunistischen Staaten dominieren würde. Ob es die Armee (stärkste in Mittelamerika) und Milizen sind, der Geheimdienst, der mit Beratern aus der „DDR" und Bulgarien durchsetzt ist, oder die Wirtschaft und die Kultur.

Erschreckend sind Parallelen, die Lindemann beim Vorgehen der Sandinisten gegen ihre tatsächlichen und eingebildeten Gegner herausarbeitet, zur Sowjetisierung des östlichen Mitteleuropa. Die Unterdrückung der Kirche im heutigen Nicaragua geschieht nicht anders als in der „DDR" und der Tschechoslowakei während der stalinistischen Ära. Genauso ist es mit der Liquidierung der freien Presse und der Einführung der Zensur, mit der Gleichschaltung der Gewerkschaften und der Parteien.

Lindemanns Buch über Nicaragua schließt eine Lücke, weil es die Sandinisten und ihre Schirmherren im Kreml als Kronzeugen der Realität zu Wort kommen und sich so selbst entlarven läßt. Wer trotzdem nicht begriffen hat, welchen Kurs Managua steuert, dem ist in der Tat nicht mehr zu helfen. RUDOLF STRÖBINGER

Hans Lindemann: „Moskaus Traum: Nicaragua", Burg-Verlag, Stuttgart/Bonn. 268 S., 24,80 Mark



Kein Trennstrich zwischen angewandter und freier Kunst: Herbert Bayers „Archaische Kammer" aus dem Jahre 1940. Aus der Berliner Ausstellung FOTO: KATALOG

Das Berliner Bauhaus-Archiv zeigt Herbert Bayers amerikanische Jahre

Ein Mann verwirklicht sein Ideal

Dankbarkeit mit zwei Händen: Schon 1982 hat das Bauhaus-Archiv zunächst das künstlerische Werk Herbert Bayers der Jahre 1918–1938 ausgebreitet. Die jetzige Schau, die man zugleich als eine Gedächtnisausstellung lesen muß – Bayer ist 1985 gestorben – rundet das Unternehmen mit dem Werk der amerikanischen Jahre zur Gesamtretrospektive. Die Ausstellung war mit dem Künstler vertraglich vereinbart worden: Bayer, der für das Archiv bereits Emblem und Briefkopf entworfen hatte, überließ ihm zugleich vielerlei Schenkungen und Legate.

1938 war der gebürtige Österreicher mit seiner jüdischen Frau in die Vereinigten Staaten emigriert. Er sollte am New Bauhaus in Chicago wiederum als Lehrer für Werbegestaltung arbeiten, in einem Metier also, das er schon als Bauhaus-Meister erfolgreich 1925–1928 in Dessau betreut hatte, bevor er während eines überaus fruchtbaren Jahrzehnts am Berliner Dorland-Studio als Graphiker und Designer auch international Maßstäbe setzen konnte.

Aber die erste Nachricht, die den Emigranten noch am Pier erreichte, war die Hiobsbotschaft von der Liquidation des New Bauhaus. Der Anfang in den USA war schwer. Es hieß zunächst, als einer-unter-vielen in einer Agentur zu arbeiten.

Wenn sich später sein universales Talent in den USA in den diversesten Bereichen voll entfalten konnte, so war dies der freundschaftlich-geschäftlichen Verbindung mit spezifisch amerikanischen Industriellen-Persönlichkeiten zu verdanken, die nicht nur den Produkten ein umsatzförderliches Layout verpassen, sondern ihrem gesamten Unternehmen ein einheitliches kulturelles Image geben wollten.

Bei dem Verpackungsgiganten CCA und später bei dem Ölkonzern Arco realisierte Bayer als Designer, Architekt, Landschaftsgestalter, Bildhauer sein Konzept: Kunst wurde zum Medium einer in verschiedene Lebensbereiche abstrahlenden Kommunikation.

Bayer, der mit seinen Montage-Techniken, Zeitschriftengestaltungen in vielerlei Hinsicht als Vorläufer späterer Kunstentwicklungen wie Pop- und Op-Art gelten mag, zog keinen Trennstrich zwischen „angewandter" und „freier" Kunst.

Eckard Neumann, der auf Wunsch des Künstlers und seiner Witwe die jetzige Ausstellung aufgebaut hat, trägt dieser Tatsache dadurch Rechnung, daß sich die verschiedenen künstlerischen und entwerferischen Bereiche erhellend und erklärend durchdringen. Bayers Schaffen in den Vereinigten Staaten, das bislang nicht genügend bekannt war, wird sehenswert dokumentiert.

Bayers Faszination liegt weniger in der Souveränität des einzelnen Werks als in der Universalität seines Schaffens. In ganz besonderem Maße konnte er das Bauhaus-Ideal von der lebendigen Durchdringung angewandter und freier Kunst verwirklichen. Ein Ästhetiker und ein Ästhet, dessen schöpferisches Lebens-Design so ohne weiteres nicht übertragbar scheint. PHG

Bis 2. November; Bottrop 1. Febr. bis 22. März; Zug: 10. Mai bis 14. Juni; Linz/Donau 3. Juli bis 24. Aug.; Katalog 25 Mark

Der preußische Stil: Kunsthistorikertag in Berlin

Neue Liebe zur Ruine

Ein „verbreitetes Unverständnis" für über die Tätigkeit der von ihm vertretenen Berufsgruppe beobachtet der Verband „Deutscher Kunsthistoriker in der Bundesrepublik". Aus diesem Grund wurde das Motto „bewahren, erklären, gebrauchen – Die Kunstwissenschaft und das künstlerische Erbe" für den XX. Deutschen Kunsthistorikertag gewählt, zu dem sich bis 4. Oktober rund tausend Teilnehmer in der Technischen Universität Berlin versammeln.

Drei halbtägige Plenarsitzungen stehen Neben den verschiedenen Sektionen im Mittelpunkt. Mann wird diskutieren, ob die öffentliche Kunstwissenschaft nach 1945 in der Auseinandersetzung mit moderner Kunst neue methodische Ansätze erarbeitet hat oder ob der Kunsthistoriker eher als „Kritiker oder Propagandist im Tagesgeschäft der Kunstproduktion" fungiert.

Im 200. Todesjahr Friedrich des Großen wird außerdem die Friderizianische Kultur besondere Beachtung finden. Wie groß die Zurückhaltung bei der Erörterung eines „Preußischen Stils" noch ist, läßt sich daran erkennen, daß ein ausländischer Wissenschaftler, Gordon A. Craig, Stanford, das herausragende Referat halten wird. Und auch dies ein Beitrag zum Thema: Die „DDR", die mit ihrer Friedrich-Ausstellung im Potsdamer Neuen Palais nicht den ganzen Preußenkönig, sondern nur sein Verhältnis zu den Künsten behandeln mochte, hatte die bereits genehmigten Exkursionen des Kunsthistorikertages nach Potsdam mit Hinweis auf „mangelnde Kapazität" wieder abgesagt.

Dritter Schwerpunkt der Tagung wird die Denkmalpflege sein. Die letzten Jahrzehnte haben mit der „Entdeckung" der Industriebauten zu eine „Erweiterung des Denkmalbegriffes" geführt. Der Vorsitzende des Verbandes, Professor Herwarth Röttgen, sieht jedoch eine Gefahr darin, wenn sich neben der eigentlichen „erhaltenden Bewahrung" immer mehr eine „fiktive Kultur im Sinne von nivellierender Gestaltpflege" entwickle, die sich in zunehmender „Schönfärberei der Städte durch falsches Fachwerk und sonstige historische Attrappen" (Frankfurter Römer) äußert. Die Kunsthistoriker sollten hier, wie es der Berliner Ordinarius für Kunstgeschichte an der TU, Professor Detlef Heikamp, pointiert, „ein neues Verhältnis zur Ruine" gewinnen.

Der Tagungsort Berlin geizt in dieser Hinsicht gewiß nicht mit Anschauungsmaterial. Die „Rekonstruktion" der eingestürzten Kongreßhalle geht ihrer Vollendung entgegen. Und der Senat von Berlin empfängt die Kunsthistoriker im Reichstagsgebäude – die Diskussion um die „Historische Wiederherstellung" des Wallot-Baus, inklusive Kuppel, ist in vollem Gange.

Bei der Erörterung von Berufsfragen (überlange Studiendauer, Festsetzung von Einstellungsaltern für Assistenten und Professoren, Lage der Volontäre an den Museen) kam die grotesk überhöhte Zahl von Studenten des Faches Kunstgeschichte, die in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Beschäftigungschancen steht, nicht ausgeklammert werden. Davon abgesehen, muß schon die kunsthistorische Bildung von Schulabgängern in der Bundesrepublik als miserabel bezeichnet werden. Deutschland ist in dieser Hinsicht, laut Röttgen, etwa gegenüber Italien nur „Entwicklungsland".

PETER HANS GÖPFERT

KULTURNOTIZEN

Alfred Hrdlicka, seit 1971 Professor für figurales Gestalten an der Kunstakademie Stuttgart, hat einen Ruf an die Hochschule der Künste Berlin angenommen.

Albert Camerlot, Intendant der Oper von Lille, ist von seinem Posten zurückgetreten. Ihn ersetzt seine bisherige Stellvertreterin Cécile Frankel.

Die Jahrestagung der Deutschen-Dante-Gesellschaft findet vom 17. bis 19. Oktober in Krefeld statt.

Honoré Daumiers Karikaturen über Europäer und „Wilde" sind in der Ausstellung „Die Rückkehr der Barbaren" zu sehen, die bis 31. Oktober im Freiburger Augustinermuseum zu sehen ist (s. WELT v. 9.1.86).

Möbel von Abraham und David Roentgen zeigt das Kreismuseum Neuwied aus Anlaß des Roentgen-Kongresses der Internationalen Akademie für Kulturwissenschaften am 18. Oktober bis 2. November.

Scharfe Sowjet-Attacken gegen die Deutsche Welle

„Ziemlich unverfroren"

Wenn es darum geht, sowjetische Ideen in der Welt zu verbreiten, ist die Sowjetunion in ihren Methoden nicht wählerisch. Radio Moskau und andere Medien verkünden unablässig den „Kampf gegen den Imperialismus". Sie berichten über die „Unterdrückung der Werktätigen" in den „Ländern des Kapitals". Wenn aber westliche Medien die Lage in der Sowjetunion unter die Lupe nehmen, so ist dies eine „anti-sowjetische Verleumdung" oder gar ein Anschlag auf den Frieden.

Da die Einfuhr westlicher Zeitungen untersagt ist, gelten die Angriffe den westlichen Rundfunkanstalten, welche Programme in russischer Sprache senden. So soll sich Parteichef Gorbatschow bei Bundesaußenminister Genscher über die Deutschen Welle beklagt haben.

Nun hat die sowjetische „Literaturzeitung" aus der Feder ihres Kommentators Fjodor Burlatzkij eine Attacke gegen die Deutsche Welle geritten – wobei das Ziel offenbar ist: Die Sowjets wollen die Bonner Regierung (aus deren Haushaltsmitteln der Sender finanziert wird) unter Druck setzen. Das Literaturblatt fordert, die Deutsche Welle müsse die offizielle Bonner Ostpolitik widerspiegeln.

So stört es die Sowjets, daß das russische Programm der Welle sich zu viel mit der Sowjetunion und deren Westpolitik befasse. Als Einmischung charakterisiert Burlatzkij zum Beispiel ein Programm, dessen Autor „sich mit unglaublicher Keckheit und ziemlicher Unverfrorenheit ein Urteil über höchst wichtige und komplizierte Entwicklungsprozesse der sowjetischen Gesellschaft anmaßte". Dieser Autor habe die Unverfrorenheit besessen, die Realisierbarkeit des von Gorbatschow verkündeten Wirtschaftsprogramms anzuzweifeln. Das sei „forsch, rücksichtslos und bösartig".

Der Sender sei eine der „übelsten Wellen" und der Leiter ihrer russischen Sendungen, Botho Kirsch, sei einer der „borniertesten Sowjetfeinde" im Westen. Die Deutsche Welle „hechle fremde Angelegenheiten durch". Sie wage es, an der sowjetischen Abrüstungspolitik zu zweifeln. Sie behaupte, daß Wirtschaftsreformen in der UdSSR ohne politische Veränderungen undenkbar seien (die „Literaturzeitung" vergißt dabei, daß Gorbatschow das gleiche sagt).

Die sowjetische Führung will keine freie Information ihrer Bürger dulden. Trotz der von Gorbatschow verkündeten „Glasnost" – also Offenheit und Öffentlichkeit – darf das Informationsmonopol der Kommunisten nicht angetastet werden – deswegen auch die massiven Störsender gegen die Deutsche Welle, die BBC und die amerikanischen Sender.

CARL GUSTAF STRÖHM

Morgen in der WELT: Gespräch mit Deutsche-Welle-Intendant Klaus Schütz

KRITIK

Kunst zum Kopfschütteln

Irgendwann mußte es ja passieren – Videokunst erobert das Fernsehen. Am Dienstag war es im ZDF soweit; Marcel Odenbach präsentierte **Die Einen den Anderen** aus seiner Werkstatt. Erst gab es Nouveau Réalisme, und plötzlich war Farbe da (nur gelegentlich verschwand sie wieder). Barockmusik wechselte die Tonspur mit „Dibaduda" Gilberto, es waren nämlich auch Aufnahmen aus Südamerika dabei.

Da wurden die sattsam bekannten Attacken auf die Sehgewohnheiten der Zuschauer geritten, und sie, die Attacken, verpufften wirkungslos. Man schüttelte den Kopf – nicht nur, um wach zu bleiben. Die Bilder boten unzusammenhängende Folgen: krampfhafte Bemühungen, Assoziations-Potential munter zu machen.

Und wer von diesen Betrachtern der Kunstbemühungen mal im richtigen Kino gewesen war, der konnte auch eine Kronleuchter-Hommage an Fellini erkennen. Nur daß bei Fellini sich auch das Absurde, wie es sich für die Kunst gehört, folgerichtig entwickelt. Bei Odenbach gab es nur den Versuch einer bildlichen Klammer im Hin und Her des Bildes vom Leuchter und des Händedrückens, mal das Eine, dann das Andere. Ach ja, und da war noch das rote Kissen, das hin- und hergeworfen wurde. Und am Anfang und am Schluß ein nacktes Maschinchen. Mein Deutschlehrer, der hat uns zu Primanerzeiten solcherlei formale Mätzchen einmal beigebracht. Vielleicht sind sie gar notwendig – aber so nackt, so platt? Dagegen ist ja „Dallas" kinematographisch anspruchsvoll.

Der falsche Vergleich? Wohl kaum. Extreme berühren sich immer. Und wenn das Kunst-Video ins Fernsehen kommt, dann muß es sich mit diesem messen. Und: dann lieber Fernsehen. Blöd, was? Aber immerhin auszuhalten. GERHARD CHARLES RUMP

Der friesische Bauer Henning (Hardy Krüger) erfrischt sich mit Kellnerin Liselotte (Karin Nennemann) beim Baden FOTO: NDR

Hardy Krüger: Als Schreiber zurück vor der Kamera

Traum vom Doppeldecker

Er war einer der Stars des deutschen Kinos der Nachkriegszeit. Doch seit einigen Jahren hat Hardy Krüger sich rar gemacht. Er schreibt Bücher und will vor allem nach seinen Romanen, nicht mehr nach seinen Film- oder Fernsehrollen beurteilt werden.

Fast 30 Jahre lang hatte der 58jährige Krüger, der in einem wunderschönen Haus in San Bernardino bei Los Angeles lebt, auch Fernsehauftritte gemieden. Mal ein Durbridge hier oder ein kleines Interview dort, aber im übrigen wollte Hardy Krüger mit diesem Medium nichts mehr zu tun haben.

Daß er nun in der ARD-Reihe „Geschichten aus der Heimat" in dem Film „Sonnenschauer" sein Fernsehcomeback feiert, ist vor allem dem Umstand zu verdanken, daß Krüger selbst das Buch für diese Geschichte schreiben durfte. Er erzählt darin von dem Bauern Henning Grothus, der irgendwo zwischen St. Peter Ording und Husum einen Hof bewirtschaftet. Henning gilt als Sonderling, denn er träumt vom Fliegen. Und er träumt nicht nur davon, er handelt auch. Er kauft sich einen alten Doppeldecker, der allerdings keinen Motor mehr besitzt.

Geschichten aus der Heimat – ARD, 21.05 Uhr

Zum Träumen aber reicht dieses Ungetüm noch allemal, und in seinen Träumen vergißt Henning den Streit mit dem alten Vater, der mit ihm auf dem Hof lebt, den Ärger mit den Dorfbewohnern und die Probleme mit der Landwirtschaft. In dieser Geschichte, die in Hardy Krügers alter norddeutscher Heimat spielt, spiegeln sich auch eigene Erfahrungen des Autors wider.

Denn Krüger war selbst ein begeisterter Flieger. Nun aber hat er seinen Pilotenschein zurückgegeben. Mit 58 Jahren, so meint er (im Gegensatz zu Franz Josef Strauß), sei es an der Zeit, vom Selbst-Fliegen nur auf festem Boden zu träumen. Daß er aber dabei sei zu erblinden, war gottseidank eine Zeitungsente.

Offenbar hat Krüger das Wiedersehen mit seiner Heimat Spaß bereitet. Denn er wird wohl im kommenden Jahr noch einmal für die ARD-Serie „Geschichten aus der Heimat" zur Feder greifen. Er wird gewiß dann auch wieder die Hauptrolle spielen und die Regie wird wieder zusammen mit Christian Görlitz übernehmen.

Und auch das Comeback im Fernsehen war für den „Fast-nur-noch-Autor" wohl ein durchschlagendes Erlebnis: für das amerikanische Fernsehen steht der blonde Wahlkalifornier als Feldmarschall Rommel vor der Kamera und mit dem NDR hat er einen Vertrag abgeschlossen, eine Folge von 25-Minuten-Sendungen zu machen. Als „Weltenbummler" wird Krüger unter anderem die Pitcairn-Inseln vorstellen, auf denen einst die Meuterer von der „Bounty" landeten.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

ARD · ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Fußball-Europapokal
1. Runde – Rückspiele
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 An hellen Tagen
Schwarzwald
Buch, Regie: H. B. Theopold
16.45 Die Kinder vom Mühlental
April, April und Kapitän Groschny
17.10 Kein Tag wie jeder andere
Ein Zirkus voller Abenteuer
17.35 Der Clown im Hinterhof
Schattenspiele
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Groschenkönig
Eine deutsche Karriere
Film von Ulf von Mechow
Dieter Kraus aus Wetzlar ist Spielautomaten-Knacker
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Geschichten aus der Heimat
„Sonnenschauer"
Von und mit Hardy Krüger
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Themen: Rebell und Träumer: Bartozewski. Schreiben in Armut in Indien. Eine Liebesgeschichte als Zeitgeschichte: Margarete Hannsmann und HAP Grieshaber.
22.30 Tagesthemen
23.00 Dear Mr. Wonderful
In einer New Yorker Vorstadt tritt Ruby Dennis allabendlich in einer Bowlingbahn als Sänger auf. Doch seine bislang heile Welt ist bedroht: Spekulanten wollen „Rubys Palace" abreißen.
Von Sam Koperwas und Peter Lilienthal
0.50 Tagesschau
0.55 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Bühnenzauber
Von Günther Schneider-Siemssen
Optische Tricks, Projektionen und Verwandlungen, Kulissenzauber und Lichteffekte, aber auch die Veredelung des Materials bei Kostümen – alles, was den Zuschauer zum Staunen bringt, soll beleuchtet werden.
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Kingstontown am Schotterteich
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 S. Y. Arche Noah
Meuterei vor Helgoland
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Heiteres Spiel für gescheite Leute
Mit Wim Thoelke
Gäste: Richard Clayderman, Menskes Chöre, Nicole, Michael Jary, Klausjürgen Wussow
20.50 Die große Hilfe
Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Suchthilfe – Chancen und Grenzen
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Talkshow
Was tun, wenn man nicht weiter weiß?
Konseqenzen für Angehörige von Abhängigen
Mit Hans Mohl, Ilona Christen
Anschließend: heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die blaue Dahlie
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Alan Ladd, Veronica Lake
Regie: George Marshall
12.50 Der Landarzt von Hirschberg
22.20 Sprache der Liebe
Literatur als Erotik
23.20 In memoriam Emil Gilels
0.20 Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Die Arznei der Armen
Brasilianische Christen entdecken die Volksmedizin
Von Fritz Strohecker
19.00 Musik für uns – Musik für euch
19.15 Verkehrte Vogelwelt
20.00 Tagesschau
20.15 Die Geliebte des französischen Leutnants
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Mit Meryl Streep, Jeremy Irons
Buch: Harold Pinter
Regie: Karel Reisz
22.15 Kultur aktuell
23.05 Frauen
Claudia von Werlhof im Gespräch mit Maria Heiderscheidt
23.50 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Sammler und Gesammeltes
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Projekt Atlantis
Italienische Fernsehserie
23.15 Es war 1946
Heinrich George stirbt

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Dingsda
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Totò, Peppino und das leichte Mädchen
Italienischer Spielfilm (1956)
21.10 Aktuell/Neues
21.25 Politik/Perspektiven/Treffpunkt
21.55 Sport unter der Lupe
22.40 Musikladen-Eurotops
23.25 Schach-WM '86
23.55 Nachrichten

BAYERN

18.15 Tier-Sprechstunde: Igel
18.45 Rundschau
19.00 Ein Frauenherz vergißt nie
Englischer Spielfilm (1941)
Regie: Julien Duvivier
20.30 Stationen
21.00 Bayern vor der Wahl
22.30 Rundschau
22.45 Z. E. N.
Felderlandschaft
22.50 Der Job
Italienischer Spielfilm (1961)
0.20 Rundschau

SAT 1

15.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Das Märchen vom Aschenputtel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Kickerstammtisch
Sportdiskussion
18.00 Jennifers abenteuerliche Reise
18.30 APF blick
18.45 BRAVO-TV-Show
Moderation: Ursula und Mark
19.45 Shadok
Amerikanischer Western (1968)
Mit Barry Sullivan, Wendell Corey
Regie: Michael Moore
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 Konzert
St. Petersburg: Der Nußknacker
Moderation: Holger Heck
22.45 Hawaii Fünf-Null
Neue US-Krimi-Serie
1. Reise ohne Wiederkehr
Regie: Richard Benedict
23.35 APF blick



19.00 Berliner Ansichten
Beobachtungen bei einem Klassentreffen
19.50 Hundert Meisterwerke
Albrecht Dürer: Selbstbildnis
Von Alistair Smith
20.00 Tagesschau
20.15 Schwestern oder Die Balance des Glücks
Von Margarethe von Trotta
Mit Jutta Lampe, Jessica Früh, Rainer Delventhal, Konstantin Wekker, Heinz Bennent, Agnes Fink
21.50 Eine Stunde mit dir
Amerikanischer Spielfilm (1932)
Mit Maurice Chevalier, Jeanette MacDonald, Genevieve Tobin
Regie: Ernst Lubitsch
23.05 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Derrick
Die Fahrt nach Lindau
20.30 Rundschau
Politik aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.50 Zwei Banditen
Amerikanischer Spielfilm (1968)
Mit Paul Newman, Robert Redford, Katharine Ross
23.35 Nachrichten

RTL plus

18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
Herzhafte Puddings. Kochquiz
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Wege im Zwielicht
Deutscher Spielfilm (1948)
Mit Gustav Fröhlich, Gert Schäfer, Johanna Lepski
22.00 RTL-Spiel
22.05 Popeye sieht Gespenster
22.40 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

Vorsicht, Bücher!

alb – Bücher sind gefährlich. Ein gewisser Anthony Cina kam dieser Tage knapp mit dem Leben davon, als seine Bücher auf ihn herniederstürzten. Erst nach zwölf Stunden befreite ihn die Feuerwehr. Aber das ist nur der jüngste Fall.

Von einstürzenden Bücherregalen und ihrer Last erschlagen wurden der Mathematiker Stoeffler, der Hellenist Coray, der Bibliophile Marquis de Morante sowie Jakob de Saint-Charles, Bibliothekar des Kardinals Retz. Der Vater von Sean O'Casey stürzte von der Bücherleiter zu Tode. Die Folge dieser Familientragödie: der Sohn lernte erst mit sechzehn Lesen.

Der große Bibliograph Friedrich Adolf Ebert fiel von der Leiter, als er einige juristische Neuerscheinungen ins Fach stellen wollte, er lebte dann nur noch drei Tage lang. Karl Fabritius, der Historiker Siebenbürgens, stürzte tödlich in der Universitätsbibliothek Budapest. Anatol France kam glimpflich davon. Er fiel von der Bücherleiter und zertrümmerte dabei das Tintenfaß von Chateaubriand, erlitt selber aber nur ein paar Schrammen.

Gabriele D'Annunzio baute vor. Er ließ im Vittoriale Eisenträger einziehen, um nicht eines Tages samt Bibliothek im darunterliegenden Musikzimmer zu landen. Elias Canetti ängstigte sich in London, daß seine Bücher herunterbrechen und zwei alte Damen im Parterre erschlagen könnten. Ebendies geschah nach dem Krieg in Köln einem Anwalt, der mit seiner vor Brand und Bomben geretteten Bibliothek in ein gebrechliches Haus gezogen war. Vorsorglich ließ der Sammler Martin Bodmer seiner Bibliothek ein eigenes Haus bauen.

Manche Verleger lassen „Vorsicht, Bücher!" auf ihre Pakete stempeln. Ludwig Marcuse hielt das für Prahlerei. Ich meine, daß man solche Warnungen ernst nehmen muß. Lassen Sie sich nicht bluffen vom Buchmessen-Jubel! Vor dem gefährlichen Gewicht von Büchern kann man sich heutzutage zwar schützen, indem man die Inhalte auf Mikrofilm speichert. Aber dann verderben die Bücher einem die Augen. Das Leben womöglich obendrein, sogar das ewige. Dante fand verführte Leser im zweiten Höllenkreise.

„Mythos, Religion, Wissenschaft" – Die Salzburger Humanismus-Gespräche

Glaube nach der Aufklärung

Nicht die Religion hat sich als Illusion erwiesen, sondern die Religionstheorie, die sie als solche behandelt." Mit diesem Satz faßte der Züricher Philosoph Hermann Lübbe gewissermaßen den Ertrag der Vorträge und Zwischenreden zusammen, die über zwei Tage hin im Rahmen der Salzburger Humanismusgespräche '86 im Landesstudio des Österreichischen Rundfunks (ORF) zum Thema „Wovon werden wir morgen geistig leben?" gehalten wurden. Einleitend hatte der Erfinder dieser „Gespräche", Oskar Schatz, davon gesprochen, daß die „Abdankung der Transzendenz" nicht mehr zur unwiderruflichen Signatur unserer Epoche gehöre. Deshalb auch der Untertitel des Kongresses: „Mythos, Religion und Wissenschaft".

Eine erstrangige Riege von Denkern war aufgeboten, um das Thema hin und her zu wenden und ihm brauchbare Verallgemeinerungen abzugewinnen. Paul Ricoeur aus Paris hielt ein feines Referat über „Symbol und Begriff in der religiösen Rede". Am Beispiel neutestamentlicher Gleichnisse zeigte er, daß dem rhetorischen *Bild*, der Metapher, ein von der analysierenden Wissenschaft gänzlich unabhängiger Erkenntniswert zukommt. Die Sprache der Theologen könne auf die Metapher überhaupt nicht verzichten, und im Gleichnis der Bibel verbinde sich die Kraft der Metapher mit der Form der Erzählung. Im biblischen Gleichnis, so Ricoeur, werde die ganz gewöhnliche Lebenswelt zum *Abenteuer*, der Alltag führe zu einem „extravaganten" Resultat, und gerade dadurch werde der Sinn fürs Übersinnliche geweckt.

Was ein Gleichnis aus der Bibel alles bedeuten kann

Weiter entwickelte Ricoeur höchst bedenkenswerte Einsichten über die Beziehung zwischen der bildlichen Sprache in der Bibel und der Begriffsprache der Philosophie im Bereich der abendländischen Kultur und zeigte Punkte auf, die es ermöglichten, die Sprache des Gleichnisses begrifflich zu reflektieren.

Der Sorbonne-Professor sprach von den „Grenzausdrücken", womit nicht nur, im Jaspersschen Sinne, Grenzerfahrungen wie Tod, Leiden oder Schuld gemeint waren, sondern eben auch jene außergewöhnlichen Erfahrungen des Gleichnisses, die Erfahrungen des Schöpferischen und der Freude zum Beispiel, wie man sie im Gleichnis von der wiedergefundenen Münze oder von der kostbaren Perle finde. Es sei Aufgabe der modernen Theologie, meinte Ricoeur, die in den großen biblischen Symbolen sich verdeutlichende Erfahrung mit den Erfahrung unserer Tage zu koordinieren.

Diesen Hinweis nahm in der Diskussion der Münchner Philosoph Robert Spaemann auf, der die Theologen aufforderte, religiöse Aussagen überhaupt ins Begriffliche zu übersetzen und rückzuübersetzen, um so die religiöse Lebenswelt zu stabilisieren. Diese Arbeit dürften die Theologen nicht verweigern.

Ein Höhepunkt der „Gespräche" war das Referat von Lübbe zum Thema „Religion nach der Aufklärung". Der Züricher zeigte zunächst, wie im Zuge der Säkularisierung wissenschaftliche Weltbilder religiös uninteressant gemacht wurden, wie anschließend das religiöse und konfessionelle Zugehörigkeitsverständnis neutralisiert wurde und wie schließlich die institutionalisierten Religionen ihre Bedeutung als „Mittel sozialer Kontrolle" fast vollständig verloren.

Es blieb aber, selbst unter extrem ungünstigen Verhältnissen wie denen entschieden atheistischer Diktaturen, stets zumindest ein diffuses Gefühl von Religion als Erklärungspotential für Vorgänge, von denen sich die Menschen weder in archaischen noch in modernen Gesellschaften je emanzipieren konnten, also vor allem für den Tod. Die Tatsache dieser „Lebensunverfügbarkeiten" habe die Religion zu allen Zeiten „wirklichkeitsfähig" und damit auch vernünftig gehalten.

Mit Widersprüchen zwischen Schöpfungsgeschichte und Kosmologie beschäftigte sich der Kieler Professor Kurt Hübner in seinen „Meditationen zur Schöpfungsgeschichte als Beispiel für das künftige Verhältnis von Mythos, Religion und Wissenschaft". Für Hübner bedeutet die mythologische Sicht etwas Unwiderlegliches, während das, was dem Bereich der Wissenschaft entspringe, sehr wohl disponibel sei.

So erkennt Hübner etwa der biologischen Evolutionstheorie nur den Charakter einer Plausibilitätshypothese zu: „Blickt man auf die Analyse der sogenannten biologischen Evolutionstheorie zurück, so fragt man sich erstaunt, warum an so etwas geglaubt wird, während man den Schöpfungsbericht des Alten Testaments für ein kindliches Märchen hält."

Es gibt keinen Anlaß für theologische Rechthaberei

Hübner sah die Möglichkeit eines gleichberechtigten Miteinanders von Mythos, Religion und Wissenschaft. Der Biophysiker und Direktor des Max-Planck-Instituts für Entwicklungsbiologie in Tübingen, Alfred Gierer, vertrat dagegen entschieden den Part der nach wie vor völlig selbstgewissen Naturwissenschaft. Die gesamte Natur, sagte er, sei in den Grundgesetzen der Physik als Einheit da, und auch der Mensch gehöre dazu. Das moderne wissenschaftliche Denken, das auch die eigenen Voraussetzungen mit überlege, ist nach Gierer durchaus mit unterschiedlichen Philosophien und Kulturen, deren Werten, Welt- und Menschenbildern logisch vereinbar. Die wesentlichen Aussagen der Religionen würden von der Wissenschaft weder bestätigt noch widerlegt: „Man kann, man muß aber nicht die Wissenschaft als Form kreativer Teilnahme des Menschen an der Schöpfung Gottes ansehen."

Ursprünglich hatte in Salzburg auch Kardinal König einen Vortrag halten sollen, und zwar über „Die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Religion aus der Sicht unserer Zeit". Sein Text wurde wegen Erkrankung vom Salzburger Erzbischof Karl Berg verlesen.

Zur Zukunftsangst, daß die Welt nicht mehr lange auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen könne, sagte der Kardinal, es dränge sich heute in allen Lagern wieder die Überzeugung vom Primat der Person über die Sache, von der Überlegenheit des Geistes gegenüber der Materie auf. Das sei an sich eine gute Position für christliche Religiosität und Theologie, die jedoch angesichts der neuen Konstellationen jegliche Rechthaberei vermeiden und jede Herausforderung aus der Richtung der Wissenschaft beherzt aufnehmen sollten.

FRANZ MAYRHOFER


Die mediceische Venus in Gips verdoppelt: „Mimesis" von Giulio Paolini, aus der Stuttgarter Ausstellung FOTO: KATALOG

Spiel mit Vorbildern: Stuttgart zeigt Giulio Paolini

Ikarus zwischen Stühlen

Die „Themen" der bildenden Kunst sind von jeher nur Vorwände für die ins Werk gesetzten Spannungen, die im Moment des Zerreißpunktes aufgefangen werden. In den letzen 200 Jahren hat sich die Kunst immer mehr des thematischen Vorwands begeben, bis sie in der Moderne bei den nackten Form-Farb-Spannungen anlangte; das Kunstwerk wurde zur Theorie seiner selbst. Danach, „post", mußte es zum Umschlag kommen. Dennoch ist die Theoriekunst damit nicht weggeblasen. Arte povera, Concept Kunst und andere Spielarten leben weiter, und soeben zeigt die Stuttgarter Staatsgalerie ein besonders glänzendes und problematisches Beispiel: Giulio Paolini.

Da liegt auf der Erde ein Spiegel, man blickt hinein und sieht das Bruchstück eines Fußes. Verwundert blickt man hoch und findet den Gipsfuß an der Saaldecke kleben. Titel: „Empedokles". (Die Fußspur des Philosophen, der sich in den Ätna stürzte.) Weiße Tafeln, hängend oder an die Wände gelehnt: „Ohne Titel". Eine Gruppe Notenständer mit Fotos von Schauspielern, die historische Personen darstellen: „Apotheose Homers". (Eine witzige Paraphrase nach Ingres' gleichnamigen Bild.) Keilrahmen umgekehrt gehängt: „Ohne Titel".

Eine Gruppe Stühle auf Glaspodesten, in der Mitte ein umgestürzter, von der Decke hängend bespannte Keilrahmen und Tuchfetzen: „Der Sturz des Ikarus". Zwei glatte Gipskopien der mediceischen Venus, schräg gegenüberstehend, aneinandervorbeisehend: „Mimesis". Ein Gemälde (oder Farbfoto?), Gewässer darstellend, hinter angesplittertem Glas, davor am Boden eine zerbrochene Gipsvase: „Cythera". Ein Zentrum von Punkten, deren Dichte sich nach allen Seiten verdünnt: „Ich sehe (die Dechiffrierung meines Gesichtsfeldes)". Eine andere Version: „Ich sehe (das Gesamtwerk Eduard Manets als Dechiffrierung meines Gesichtsfeldes)".

Und schließlich und als erstes: eine rechteckige grundierte Leinwand im Verhältnis 2 : 3, mit eingezeichneten roten Diagonalen und den im selben (Mittel)punkt kreuzenden Senkrechten und Waagerechten. Titel: „Geometrische Zeichnung", 1960. Und wieso als erstes? Weil Paolini selbst diese Zeichnung „als erstes oder absolutes Datum" ausweist. Diese Arbeit bezieht sich auf Leone Battista Albertis Zentralperspektive aus „De Pictura" (über die Malerei) 1547. Die Mitte ist der Flucht- und Augenpunkt.

In Paolinis Zeichnung haben wir es, wie Gudrun Inboden in ihrem einleitenden Katalog-Beitrag sagt, „mit einem (nach Kant) synthetischen und doch a priori gegebenen Raum und infolgedessen mit einem Raum von transzendentaler Idealität zu tun". Im Gegensatz zu Albertis Fluchtlinien, die ein ideiertes Fenster zur Realität sind, sind bei Paolini Linien und Fluchtpunkt selbst real und sind „nicht mehr das Fenster zur Realität, sondern transparent für sich selber". Und so will Paolini sein ganzes Œuvre verstanden wissen. Außerdem sollen wir „die in der Geometrie sich verbergende Idee von Schönheit und Wahrheit" sehen.

Paolini greift nicht nur auf seine eigene Setzung und Satzung immer wieder zurück, er bezieht sich auf Werke oder Titel der Kunstgeschichte und operiert mit klassischen Gipsabgüssen. Paolini: „Auf diese Weise löse ich das Bild von der Funktion ab, einem Inhalt zu dienen." Das ist ein sehr merkwürdiger Umweg zu dem, was ich eingangs den Abbau des Themas bis zur Reduktion auf die pure Spannung genannt habe. Der Nicht-Kunsthistoriker unterscheidet gar nicht zwischen Original und Kopie; er streichelt fröhlich auch den glatten Gipspopo.

Paolinis Selbstkommentare und ihre Wiederholung durch begeisterte Kritiker sind zahllos; viele im Katalog nachzulesen. Aber wir greifen jetzt zurück auf die in der Geometrie „sich verbergende Idee von Schönheit und Wahrheit". Hier liegt die Problematik dieses Œuvres. Paolini entwickelt, wo er auf das „erste oder absolute Datum" zurückgeht, symmetrische „Spannungen", die nicht als Spannung, sondern als quietistische Glätte empfunden werden. Und das ist die Schwäche jedes Klassizismus.

Man ist erleichtert über Arbeiten, die aus der unterkühlten Transparenz ausbrechen: „Era vero (Averroes)" – ein unübersetzbares Wortspiel –, auf einer Glasplatte mit unterlegtem Text ein offener Chappeau claque voller Papierschnitzel: eine weiße Leinwand, auf deren Oberkante ein paar Schuhe stehen („Auf zwei Füßen", nicht in der Ausstellung); neun weiße Tafeln, mit einem großen Foto Paolinis in der Mitte, wie er Rahmen zusammenlegt („Rahmen"). Da ruht sich der Theoretiker ein wenig aus, Gott sei Dank.

Sonst ist vieles zu „schön". Von wegen „Idee der Schönheit"! Schönheit ist kein Kunstbegriff, sondern eignet dem schönen Rhein und der Miß Universum. (Bis 2. November. Vierbändiger Katalog 35 Mark.)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Immer mehr Kataloge mausern sich zu Kunstbüchern

Halle 3 als Museumsshop

Mag die Kunst auch nicht nach Brot gehen, der Kunstbuchmarkt muß es mehr denn je. Die Luft in diesem Genre scheint arg dünn geworden zu sein, so daß den Verlagen bei großen Sprüngen oder Experimenten schnell der Atem ausgeht. Die großen Verlage – das wird auf der Buchmesse bereits bei einem ersten Rundgang durch die Stände der Kunstverlage deutlich – sind mit Kunstbüchern sehr viel zurückhaltender geworden. Zumeist beschränken sie sich auf internationale Koproduktionen oder auf Übernahmen. Originalausgaben werden immer rarer, die Programme karger.

Die Pleite von Unternehmen wie der Edition Popp (Dekorum des Arena-Verlages) oder Frölich & Kaufmann (die sich vom Katalogvertrieb zum Kunstbuchverleger gemausert hatten) schreckt natürlich ab. Selbst auf dem Billigsektor ist das zu spüren. Die bibliophilen Taschenbücher haben ihr Programm extrem reduziert, selbst die Insel-Bücherei wendet sich nur noch selten Kunstthemen zu. Dafür hat sich allerdings der Fischer Taschenbuchverlag an eine Kunstbuchreihe gewagt, die jeweils ein Kunstwerk – zumeist „progressiv" – interpretiert.

In Halle 3, wo die Kunst beheimatet ist, kommt man sich fast wie in einem Museumsshop vor. *Ausstellungskataloge* – oft zum „Katalogbuch" oder zum „Buch zur Ausstellung" stilisiert – bestimmen das Angebot. Die Kojen von DuMont, Prestel, Hatje, Hirmer, Benteli oder Philipp von Zabern ähneln partiell den Verkaufsständen in den Museen. Da werden alle wichtigen oder auch weniger bedeutsamen Ausstellungen noch einmal ins Gedächtnis gerufen, diejenigen, die bereits eine Weile zurückliegen, ebenso wie die, die noch zu besichtigen sind. Und gelegentlich weisen Blindbände oder Prospekte bereits auf Kommendes – zum Beispiel August Macke in Münster (Bruckmann) oder Toulouse-Lautrec in Tübingen (DuMont).

Der Grund für die Entwicklung liegt auf der Hand. Die Fülle der Ausstellungen von überregionaler Ausstrahlungskraft korrespondiert mit dem Bestreben der Veranstalter, das Ereignis nicht gar zu bescheiden zu dokumentieren. Nach der Pleite mit den sechsbändigen Wittelsbacher- oder dreibändigen Parler-Katalogen, die sich in der Ausstellung nicht so gut verkaufen ließen, wie man sich das erhoffte, hat man aber realisiert, daß „Buch" à la longue allemal besser im Rennen liegt als „Katalog".

Die Katalog-Bücher (oder Bücher-Kataloge) sind selbstredend vom Allerfeinsten. Ein wirkliches Risiko besteht ja meistens nicht, weil die Sachen subventioniert oder durch Abnahmegarantien abgesichert werden. Bildrechte sind nicht gesondert abzugelten, und die Texte, zumeist von angestellten Museumsleuten, schlagen mit Autorenhonoraren nicht sonderlich zu Buche.

Demgegenüber haben es die eigentlichen Kunstbücher, die nicht mit dem Schub einer Ausstellung und der sie begleitenden Aufmerksamkeit der Medien rechnen können, sehr viel schwerer. Also ist die Auflage geringer, das Buch erheblich teurer. Allerdings gibt es auch oft recht beträchtliche Unterschiede zwischen dem broschierten Katalog an der Museumskasse und dem gebundenen Exemplar im Buchhandel. Wieso beispielsweise der Katalog mit den Photos von Capa 30 Mark, das Buch (Kiepenheuer & Witsch) aber 128 Mark,

BUCH ● MESSE

der Katalog Gerhard Richter 48 Mark, das Buch (DuMont) jedoch 148 Mark kosten, ist kaum verständlich. So viel teurer können der feste Einband und der andere Vertriebsweg schließlich nicht sein.

Neben diesen – sozusagen aktuellen – Editionen beschert die Messe noch immer ein beachtliches Angebot der Spezialverlage wie Wasmuth in Tübingen, den Deutschen Kunstverlag, Gebrüder Mann oder den Deutschen Verlag für Kunstwissenschaften in Berlin, um nur einige zu nennen. Dazu kommen die Verleger, die sich auf Regionales konzentrieren und in diesem Rahmen auch Kunstbücher herausgeben, zum Beispiel Aschendorff für Westfalen, Bachem und Wienand für Köln, Konrad und Theiss fürs Schwäbische, Hans Carl fürs Fränkische oder das Rosenheimer Verlagshaus für Bavarica.

Und schließlich dürfen auch die Verlage nicht unterschätzt werden, die sich vorwiegend an den Interessen von Sammlern orientieren. Callwey hat sich nach und nach diesem Gebiet zugewandt, und der Verbund Klinkhardt & Biermann, Keysersche Verlagsbuchhandlung und Verlag Kunst & Antiquitäten, die inzwischen gemeinsam geführt werden, stellen fast schon eine Großmacht auf diesem Gebiet dar – mit zum Teil höchst ungewöhnlichen, ja spektakulären Editionen wie etwa den beiden Bänden über „Vergoldete Bronzen" (für 560 Mark) oder dem ähnlich teuren dreibändigen Werk über „Die Kurmainzische Porzellanmanufaktur Höchst." Wirklich, hier muß man regelrecht *investieren*, und das tun eben nur Sammler.

PETER JOVISHOFF

J. Carpenters Film „Big Trouble in Little China"

Abschüssige Geisterbahn

Die Cineasten begrüßten ihn überschwenglich, hängten ihm dicke Vorschußlorbeerkränze um den Hals und erhofften sich eine Erneuerung des klassischen Kinos. Tatsächlich schien dieser amerikanische Regisseur namens John Carpenter in allen Genresätteln gerecht zu sein und ausgelaugten Traditionen eine hoch wirksame Frischzellenkur zu verschreiben.

So attackierte er in seinem Debüt-Film „Dark Star" geistreich die Unwahrscheinlichkeiten des Science-fiction-Films. In „Anschlag bei Nacht" gelang es ihm, eine Westerngeschichte brillant und packend in die Gegenwart zu verpflanzen. Als dann gar sein nervenzerrender Horror-Thriller „Halloween" raffiniert ans Unterbewußtsein des Publikums appellierte, schien dieser Regisseur auch in den Augen der Skeptiker alle Talente von Howard Hawks und Alfred Hitchcock geerbt zu haben.

Nur wenige Filme später indessen hat der frühe Ruhm schon Patina angesetzt. Mußte Carpenter früher magere Budgets mit großem Einfallsreichtum und dramaturgischem Geschick überspielen, so scheint er inzwischen unter dem Fluch des großen Geldes zu leiden. In „Big Trouble in Little China", seinem jüngsten Opus, stapft er jedenfalls mit wahrhaft monströsem Aufwand in Stephen Spielbergs Erfolgsspur durch ein Märchenland namens China-Town. Daß es sich dabei um San Francisco handeln soll, ist völlig unerheblich. Muskulöse Säbelrassler, gelenkige Kung-Fu-Asse und allerlei skurrile Dämonen jagen den großmäuligen Lastwagenfahrer Jack Burton, die blonde Rechtsanwältin Gracie und ein Chinesenmädchen mit jadegrünen Augen durch ein knallbuntes und abstrus verschachteltes Gruselkabinett. Wobei Carpenter sich daran erinnert, daß die großstädtische Kanalisation seit dem „Dritten Mann" ein filmgerechtes Terrain ist.

Dabei setzt Carpenter konsequent auf atemlose Unterhaltung, die ihm mit harten Schnitten und einer an Zeichentrickfilme erinnernde Vorliebe für endlose Verfolgungsjagden zweifellos gelingt. Leider versucht er gleichzeitig, die augenzwinkernde Ironie der Abenteuer von „Indiana-Jones" zu imitieren. Dazu fehlt ihm freilich ein so lässig-lakonischer Held wie Harrison Ford. Sein Hauptdarsteller Kurt Russell nämlich – seit dem Auftritt in Carpenters Endzeitdrama „Die Klapperschlange" deutlich fülliger geworden – schwankt unentschlossen zwischen plumper John-Wayne-Parodie und aufdringlich präsentierter Männlichkeit.

Stärker als diese mimischen Unzulänglichkeiten stört indessen jene berechnende Naivität, mit der Carpenter fernöstliche Mythen zu lachhaften Abstrusitäten vergröbert, die dann als schrille Attraktionen seiner abschüssigen Geisterbahn herhalten müssen. So wird die Phantasie des Publikums ins enge Korsett einer Action-Dramaturgie geschnürt, die sie schließlich an ihrer eigenen Sensationsgier verschluckt.

Vielleicht hat sich der ungemein begabte Regisseur ja auch nur die falschen Vorbilder ausgesucht. Roman Polanskis „China-Town" und Wim Wenders' „Hammett" nämlich hätten ihm die reizvollen Möglichkeiten des Schauplatzes eigentlich unübersehbar vor Augen führen müssen.

Carpenters Ausflug ins Chinesen-Viertel hingegen endet als ebenso kurzweiliges wie hohles Kirmesspektakel mit Pappmaché-Konflikten und faulem Feuerzauber. Eine Überfülle an Gags, gewiß. Doch von einem Regisseur dieses Formats dürfte man eigentlich auch etwas so Altmodisches wie eine Geschichte erwarten.

WILM HART


Gruseln im Chinesenlook: Kurt Russel und Kim Cattrall in John Carpenters Film FOTO: DIE WELT

THEATERKALENDER

4. **Hamburg**, Thalia Theater; H. Müller: Hamletmaschine (R: Wilson)
   Karlsruhe, Staatstheater; H. W. Müller: Komarek (U) (R: Müller-Stahl)
   Stuttgart, Staatstheater; Mamet: Edmond (DE) (R: Böckmann)
5. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Barnes: Die roten Nasen (DE) (R: Zankl)
   Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Mamet: Edmond (R: Giesing)
   Konstanz, Stadttheater; H. W. Müller: Komarek (R: Müller-Elmau)
8. **München**, Theater im Marstall; Gray u. Peterson: Billy Bishop steigt auf (DE) (R: Schulte-Michels)
9. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Achternbusch: Plattling (R: Minks)
   Wien, Burgtheater; Brecht: Die Mutter (R: Karge)
   Zürich, Schauspielhaus; Engelmann: Die Hochzeitsfahrt (U) (R: Heinz)
15. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Savary: Don Juan Tango (U) (R: Savary)
   München, Kammerspiele; Kafka: Ein Bericht für eine Akademie (R: Kroetz)
16. **Basel**, Theater; Mueller: Totenfloß (U) (R: König)
   Düsseldorf, Schauspielhaus; ebd. (R: Braun)
   Stuttgart, Staatstheater; ebd. (R: Rühle)
18. **München**, Residenztheater; Dorst: Ich, Feuerbach (U) (R: Hesse)
19. **Graz**, steirischer Herbst; Kaiser: Transit (U) (R: Pfeiffer)
   Hamburg, Thalia Theater; Strindberg: Totentanz (R: Gosch)
23. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Brenton u. Hare: Prawda (R: Langhoff)
24. **Essen**, Theater; Hein: Cromwell (BRD-EA) (R: Heyme)
25. **Frankfurt**, Städt. Bühnen; Goethe: Egmont (R: Hilsdorf)
   Köln, Schauspiel; Dähnert: Herbstball (U) (R: Siede)
   Wuppertal, Bühne; ebd. (R: Bilabel)
26. **Berlin**, Schloßpark-Theater; Horváth: Zur schönen Aussicht (R: Seebach)
31. **Bochum**, Schauspielhaus; Stoppard: Stürmische Überfahrt (R: Tragelehn)

JOURNAL

Gegen die Verurteilung von Milovan Brkic

AFP, **Belgrad**

Mehr als hundert Belgrader Journalisten und Intellektuelle haben eine Kampagne zugunsten des Journalisten Milovan Brkic gestartet, um ihn vor einem drohenden Berufsverbot zu retten. Der unabhängige Journalist, der in seinen satirischen Artikeln vor allem Wirtschaftsverbrechen und Korruptionsaffären aufs Korn nimmt, war in der Vergangenheit bereits fast 600mal wegen Verleudmung angeklagt, aber immer freigesprochen worden. Ein Beitrag über den Chef eines Autoimport-Unternehmens, der auf dem jugoslawischen Markt unverkäufliche Wagen bestellt hatte, brachte ihm im vergangenen März eine sechsmonatige Haftstrafe ohne Bewährung sowie ein dreijähriges Berufsverbot ein. Das Berufsverbot muß allerdings noch vom Berufungsrichter bestätigt werden. Ein solches Verbot, sich mündlich oder schriftlich in der Öffentlichkeit zu äußern, ist schon gegen zahlreiche Oppositionelle verhängt worden.

Internationales Kleist-Kolloquium

dpa, **Berlin**

Heinrich von Kleists 175. Todestag am 21. November ist der Anlaß für ein mehrtägiges interdisziplinäres Symposion in Berlin, zu dem 40 Wissenschaftler aus mehreren Ländern erwartet werden. Den Auftakt dazu bildet die Jahrestagung der Kleist-Gesellschaft am 18. und 19. November mit einer öffentlichen Vortragsreihe im Schloß Charlottenburg. Auf dem internationalen Kolloquium vom 20. bis 22. November geht es unter anderem um Kleists Religionskritik, um sein Verhältnis zu Hardenberg und der „ständischen" Opposition sowie um Kleists Familienmodelle.

Giotto-Fresko in Mailand restauriert

AFP, **Mailand**

Ein Fresko des italienischen Malers Giotto ist nach achtmonatigen Renovierungsarbeiten in der Mailänder San Gottardo-Kirche zur Besichtigung freigegeben worden. Das Fresko zeigt den gekreuzigten Christus und wurde 1929 an einer Außenwand des Kirchturms entdeckt. Die Wand wurde 1953 in das Kircheninnere verlegt. Bei dem Fresko sticht nur noch die Grundfarbe blau hervor. Giotto malte das Werk vermutlich 1335 im Auftrag Azzone Viscontis und dessen Mutter: ihre Porträts sind auf dem Fresko zu sehen.

Andrew Lloyd Webber „Komponist des Jahres"

dpa, **London**

Andrew Lloyd Webber, Schöpfer zahlreicher Erfolgsmusicals, ist in London als „Komponist des Jahres" ausgezeichnet worden. Webber, der unter anderem die Musik für „Cats" komponierte, erhielt jetzt die Anerkennung, die von der Wavendon Musikschule vergeben wird. Das neueste Webber-Musical „Phantom of the Opera" startet in diesen Tagen in London.

Miles Davis geht auf Europatournee

AFP, **Paris**

Der amerikanische Jazz-Trompeter Miles Davis kommt im Rahmen seiner Europatournee am 27. Oktober nach Hamburg. Weitere Stationen sind anschließend Brüssel (29. Oktober), Wien (2. November), Oviedo (6.), Madrid (7.), Palma de Mallorca (8.) und London (16./17.).

Oldenburger Kinder- und Jugendbuchpreis

dpa, **Oldenburg**

Den mit 10 000 Mark dotierten Oldenburger Kinder- und Jugendbuchpreis teilen sich in diesem Jahr die Autoren Jochen Sommer (41) aus Höxter und Heike Bürger-Ellermann (41) aus Wiefelstede (Kreis Ammerland). Sommer erhielt den Preis für sein Jugendbuch „Rosas Gold und die Schatzgräber". Heike Bürger-Ellermann wurde für das Bilderbuch „Ein Brief in der Kapuzinerkresse" ausgezeichnet.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Der anreißerische Titel „Der Dragoner und die Hexe" führt in die Irre. Denn das Buch ist ein packender historischer Roman über die letzten Jahre des Dreißigjährigen Krieges. Es erzählt – im Rahmen einer Liebesromanze – von den Machenschaften der Fürsten und Feldherren, von der Habgier und den Zwistigkeiten der Mächtigen dieser Zeit. Bei aller Kritik an Gewissenlosigkeit und Ausbeutertum vermeidet der Autor, Karl W. Freund, jede Ideologisierung der Vergangenheit, er hält sich vielmehr mit akribischer Treue an die historischen Tatsachen. Ein farbiges, gut geschriebenes, lesenswertes Buch. chr.

Karl W. Freund: „Der Dragoner und die Hexe", Bastei-Lübbe, 336 S., 6,80 Mark.

Wenn auf der Wies'n die Maßkrüge fliegen

Studie der Uni-Klinik über die Gefahren beim Oktoberfest

PETER SCHMALZ, **München**

Wer Münchens Kreisverwaltungsreferenten Peter Gauweiler mit Bierernst in jeder Gesichtsfalte von den „unterschiedlichsten Gefahrensituationen" auf dem Oktoberfest reden hört und wer dann noch vernimmt, wie dieser auch für die Sicherheit auf dem größten Bierfestival der Welt zuständige Ordnungshüter seine Empörung darüber zum Ausdruck bringt, daß ein „Gerede von einem Übermaß an Kontrollen ausgerechnet aus den Freibier-Etagen" schallt, dem wird schlagartig klar, wie leichtfertig es war, die Wies'n bislang ausschließlich als einen Ort bayerischer Gemütlichkeit und internationaler Fröhlichkeit zu betrachten.

Welches die Gefahren konkret sind, die den Wies'n-Gast zwischen Bierzelt und Geisterbahn belauern, belegt seit gestern die erste klinische Oktoberfeststudie, die von der Chirurgischen Universitätsklinik während der 175. Jubiläums-Wies'n im vergangenen Jahr erstellt wurde und die, so Klinikchef Professor Leonhard Schweiberer, „richtungsweisende Ergebnisse bezüglich Verletzungshäufigkeit und Verletzungsrisiko" liefert. Die fachliche Kompetenz der Klinik ergibt sich daraus, daß sie nur 700 Meter von der Theresienwiese trennen und ihre Ärzte seit Klinikeröffnung vor 95 Jahren „Festverletzte" versorgen.

Die datenverarbeiteten Zahlen erlauben äußerst nützliche Ratschläge, so beispielsweise den, möglichst als Japaner die Wies'n zu besuchen, denn keiner der 297 Patienten, von den Medizinern freundlicherweise „unser Krankengut" genannt, kam aus dem Land der aufgehenden Sonne. Gefährlicher leben die Neuseeländer, sie liegen an fünfter Stelle hinter den Italienern und den Amerikanern. Mit 19 Prozent halten die Norddeutschen den zweiten Platz, können aber den Bayern (60 Prozent) die Spitzenstellung nicht streitig machen.

Vorsichtige Menschen sollten am besten als Frau zur Wies'n gehen: Nur jedes vierte Krankengut ist weiblich. 90jährige feiern relativ, wenngleich auch nicht völlig sicher, während bei den Altersstufen 20 bis 30 Jahre das Oktoberfest zu den großen Abenteuern unserer Zeit zu zählen ist. Ratsam erscheint auch, um jedes Bierzelt einen Bogen zu machen: 54 Prozent der Verletzten kamen von dort.

Aber auch außerhalb der Bierburgen ist das Wies'n-Leben nicht ohne Risiko, wobei die Autoscooter offenbar die gefährlichsten Freizeitvergnügen bieten. Jede dritte Verletzung wurde durch Sturz verursacht, 22 Prozent bei Schlägereien eingehandelt und immerhin 77 durch Maßkrüge, von denen zehn geflogen kamen. Unter den Geschädigten aus dem angelsächsischen erlitten sogar 79 Prozent Maßkrugverletzungen, eine Häufung, die sich die Ärzte nur dadurch erklären können, „daß der Gebrauch der Bierdose in diesem Kulturkreis weitaus häufiger ist".

Über die Gefahr der Bierkrüge, deren moderne Glasversion immerhin 1280 Gramm wiegt, wußte schon Ludwig Thoma 1847 zu berichten, als er die Lebensweise der Bayern im Frieden so darstellte: „Wenn sie nicht in den Krieg ziehen, kommen sie zu geselligen Trinkgelagen zusammen ... Das Fest endet mit größeren Kämpfen ... Als Wurfgeschoß dient ein irdener Krug mit Henkel, der ihn auch zum Hiebe tauglich erscheinen läßt." Unbestätigt ist allerdings ein angeblicher Geheimplan des Münchner Kreisverwaltungsreferats, aufgrund der Klinik-Studie den gefährlichen Maßkrug durch einen beim Zusammenprall mit einem menschlichen Schädel nachgiebigen Pappkrug zu ersetzen.

Fleischpreise bleiben niedrig

dpa, **Frankfurt**

Die Verbraucher können auch im kommenden Winterhalbjahr weiter mit niedrigen Fleischpreisen rechnen. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der EG wird 1987 die Erzeugung von Schweine- und Rindfleisch die Nachfrage wieder „deutlich übersteigen", berichtete der Deutsche Fleischer-Verband gestern in Frankfurt. Darüber hinaus drükken die hohen EG-Lagerbestände auf den Markt. Der Pro-Kopf-Verbrauch dürfte nach Auskunft des Verbands um etwa ein Prozent auf 101,7 Kilogramm steigen. Hinzu kommen noch rund 25 Kilogramm Wurst- und elf Kilogramm sonstige Fleischwaren.

Alter kein Grund für Waffenschein

AP, **Kassel**

Die Tatsache, daß Menschen alt sind und allein leben, rechtfertigt allein noch nicht den Besitz einer Schußwaffe zur persönlichen Verteidigung. Das hat in einem Prozeß gegen das Land Hessen der Verwaltungsgerichtshof in Kassel im Berufungsverfahren entschieden. Er wies in zweiter Instanz die Klage eines älteren Geschäftsmannes ab, der ganz allein in einer großen Villa in Bad Homburg wohnt. Der Mann wollte sich aus Angst vor Überfällen zu seiner Selbstverteidigung eine Waffe anschaffen. Die Erlaubnis dazu hatten ihm die Behörden verweigert. (Az.: 11 UE 2073/84)

Marihuana-Bauern in den Bergen von Nordkalifornien machen ein Milliarden-Geschäft



Im „grünen Dreieck" Nordkaliforniens mit den Landkreisen Humboldt, Trinity und Mendocino konzentriert sich seit einigen Jahren der Anbau von Hanf, aus dem Marihuana gewonnen wird. Doch tatenlos schaut die kalifornische Polizei dem einträglichen Geschäft nicht zu: Eine Spezialeinheit stöbert mit Erfolg die gut getarnten Anbaugebiete auf, transportiert den Hanf gleich tonnenweise ab und hat auch schon 63 Pflanzer festgenommen.

FOTOS: CRAIG LEE/LARRY ARMSTRONG

Rauschgiftkrieg im „grünen Dreieck"

HELMUT VOSS, **San Francisco**

Im dünnbesiedelten, dichtbewaldeten Norden von Kalifornien geht es zur Zeit rund. Vier Aufklärungsflugzeuge und sieben Hubschrauber einer „Camp" genannten Spezial-Polizeieinheit (Jahresetat: 2,9 Millionen Dollar) röhren fast ohne Pause über die grünen Hänge hinweg. Auf dem Boden kämpfen sich schwerbewaffnete Suchtrupps mit kugelsicheren Westen und Tarnanzügen durchs Unterholz. 63 Festnahmen wurden bisher gemeldet ...

Die Polizisten kämpfen nicht gegen Partisanen, sondern gegen Kaliforniens erfolgreichste Bauern: In den als „Emerald Triangle" (grünes Dreieck) bekanntgewordenen nordkalifornischen Landkreisen Humboldt, Trinity und Mendocino befindet sich das US-Zentrum des einträglichen (geschätzter Jahresumsatz in Kalifornien: zwei Milliarden Dollar) illegalen Anbaus von Hanf, der Pflanze, aus deren Blüten und oberen Blättern die Droge Marihuana gewonnen wird. 2000 Dollar ist jede einzelne ausgewachsene Pflanze der in Kalifornien bevorzugt angebauten, potenten Hanfart Sensemilla im „Einzelhandel" wert.

Zur Zeit ist Erntezeit. Die in geschickt getarnten, sogenannten „Guerrilla-Gärten" angebauten Cannabis-Indica-Pflanzen werden von den Pot-Bauern in der Regel zwischen August und Oktober gepflückt – ein Anlaß für die von der US-Regierung im Rahmen ihres Kampfes gegen Rauschgift organisierte „Camp"-Truppe, verstärkt tätig zu werden.

Im vorigen Jahr konnte die Polizeieinheit, deren Name eine Abkürzung für „Campaign Against Marihuana Planting" (Feldzug gegen Hanf-Anbau) ist, im „grünen Dreieck" mehr als 100 000 Hanfpflanzen aufspüren und zerstören. In diesem Jahr rupften die „Camp"-Leute in den ersten sechs Wochen der „Erntezeit" 86 000 Pflanzen aus der Erde und transportierten sie in Netzen per Hubschrauber ab.

„Es ist ein Hochgefühl, Marihuana zur Abwechslung einmal nicht gramm-, sondern tonnenweise beschlagnahmen zu können", erklärte einer der Rauschgiftfahnder, Bob Gallardo, jetzt der „Los Angeles Times", „uns gelingt hier fast jeden Tag so ein Riesending, von dem man sonst als Polizist immer nur träumt." Das „grüne Dreieck" war noch in den siebziger Jahren eine der ruhigsten Ecken der USA, in der Forstwirtschaft die einzige nennenswerte Industrie und Küstenmammutbäume die einzige nennenswerte Sehenswürdigkeit für Touristen waren. Dann begannen aber zugewanderte Aussteiger Hanf anzubauen – zuerst für den Eigenbedarf und bald auch zum Verkauf.

Die Gewinne waren so groß, daß das potente Kraut 1983 auf 600 000 Hektar illegal angebaut wurde – ein Viertel davon im „grünen Dreieck". Autoverkäufer in der Ortschaft Garberville erzählten kopfschüttelnd von bärtigen Typen, „the hill folk" genannt, die im Herbst in Scharen aus dem Wald kamen und teure Wagen mit Vierradantrieb bar kauften. In den Bars von Ferndale feierten Hanf-Hippies mit Sekt, ließen achtlos hundert-Dollar-Noten auf den Boden fallen, verbrachten die Wintermonate regelmäßig – ebenfalls gegen Barzahlung – in Mexiko und in der Karibik. Die Zahl der Gartenbau-Fachgeschäfte vervielfachte sich.

Heute ist die Pot-Anbaufläche in Kalifornien als Folge der „Camp"-Aktivitäten auf 160 000 Hektar geschrumpft, auf denen unter zunehmend riskanten Bedingungen gedüngt und gewässert wird. Ein typischer „Guerrilla-Garten" liegt heute unter Bäumen und Kunststoffplanen versteckt im Wald, besteht selten aus mehr als zehn der bis zu 1,20 Meter großen Pflanzen. Sie werden häufig mit einem ausgeklügelten System – einem Kunststoff-Planschbecken, Plastikrohren und per Sonnenenergie betriebener automatischer Schaltuhr – künstlich bewässert und mit Fallen und Selbstschußanlagen gesichert.

Es hat im „Marihuana-Krieg" bereits die ersten Morde gegeben. Die kalifornische Forstbehörde sah sich genötigt, Wanderer auf die ihnen im Wald drohende Gefahr aufmerksam zu machen: Wer unerwartet auf einen Cannabis-Garten stößt, soll laut die Worte „I didn't mean to do this, and I'm leaving right now" (Ich bin aus Versehen hier und kehre sofort um) rufen. Die „Camp"-Fahnder weisen stolz daraufhin, daß dank ihrer Einsätze mittlerweile rund 40 Prozent der Marihuana-Jahresernte im „grünen Dreieck" zerstört werden. Die verbliebenen „pot growers" aber machen immer noch kräftig Profite: Sie haben die Preise entsprechend angehoben. (SAD)

Warum die Briten für das deutsche Reinheitsgebot sind

SAD, **London**

Die Briten sind ebenso begeisterte Biertrinker wie die Deutschen, nur daß ihr eigener Gerstensaft oft alles andere als Gerste enthält. „So manches einheimische Gebräu", ermittelten Nahrungsmittel-Experten im Auftrag der Bierlobby „Campaign for Real Ale", „müßte mit Fug und Recht eine Giftwarnung auf dem Etikett haben." Darum unterstützen die angelsächsischen Bierfreunde auch den Kampf der deutschen Brauer, die vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg ihr 470 Jahre altes Reinheitsgebot verteidigen.

Was auch den Deutschen blühen kann, wenn das Reinheitsgebot für deutsches Bier fällt, hat eine chemische Analyse des englischen Biers ergeben: Während die meisten Brauer sowieso schon statt guter Gerste billigen Mais verwenden, rühren manche überdies Kartoffeln, Extrakte aus Zwiebelschalen und gar aus Fisch-Schwimmblasen in den Trunk. Wieder andere panschen nach Wissen des in Amsterdam tätigen Bierverlegers Denis Palmer mit Chemikalien herum, die „eher als Bleichmittel für T-Shirts geeignet sind".

Aktion aus Flensburg

Nea. **Bonn**

Die Verwendung von bleifreiem Benzin (bisher 11,5 Prozent des Gesamtabsatzes) soll durch eine Briefaktion des Kraftfahrtbundesamts in Flensburg gesteigert werden. Das Amt, das über die entsprechenden Unterlagen verfügt, soll nach einem Plan von Staatssekretär Martin Grüner (FDP) vom Bundeswirtschaftsministerium sämtliche Autobesitzer individuell anschreiben, deren Wagen risikolos unverbleites Benzin vertragen. Durch diese Aktion, die die jüngsten Garantieerklärungen der Mineralölindustrie unterstützen soll, kann nach Grüners Schätzung der Anteil des bleifreien Kraftstoffs auf ungefähr 50 Prozent angehoben werden.

Krankes Baby erstochen

SAD, **Marseille**

Weil sein neugeborenes Kind wegen Mongoloismus nie normal sein würde, hat ein Firmendirektor aus Marseille es noch am Tag der Geburt im Brutkasten mit einer Schere erstochen. Der Mann wurde wegen Totschlags angeklagt, durfte jedoch auf freiem Fuß bleiben.

DB stellt die Heizung ab

AP, **Bonn**

„Kalte Füße" drohen Reisenden, die sich in Wartesälen der Deutschen Bundesbahn aufhalten werden, nachdem dort mit der Demontage von Heizkörpern begonnen wurde. Wie der Parlamentarische Staatssekretär Dieter Schulte (CDU) vom Bundesverkehrsministerium gestern im Bundestag bestätigte, ist der Bundesregierung der Sachverhalt bekannt. Für den Abbau sei jedoch allein die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn verantwortlich. Die Bundesbahn habe zur Demontage der Heizkörper erklärt, daß sie mit einer Kosteneinsparung von rund 1,5 Millionen Mark im Jahr rechne.

25 000 Zugvögel verendet

AFP, **Sevilla**

Mehr als 25 000 Zugvögel, insbesondere Wildenten, Nachtreiher, Fischreiher, Brachvögel und rosa Flamingos sind in der Naturreserve Donana in der spanischen Provinz Huelva-Andalucia verendet. Die Umweltkatastrophe wurde durch das Pestizid Methyl-Paration ausgelöst, das entlang der Küste eingesetzt wurde, um ein Vordringen der Krabben zu verhindern, die dort Reiskulturen bedrohen. Dieses Pestizid ist jedoch in ganz Andalusien verboten.

Teilstück der A 2 gesperrt

dpa, **Arnsberg**

Die Autobahn A 2 zwischen dem Autobahnkreuz Dortmund-Nord-Ost und der Anschlußstelle Kamen-Bergkamen wird am kommenden Sonntag von 6 bis 13 Uhr voll gesperrt. In dieser Zeit soll eine Brücke abgerissen werden. Die Umleitungsstrecken sind ausgeschildert.

Unwetter in Tunesien

AFP, **Tunis**

Mindestens sieben Menschen sind nach sintflutartigen Regenfällen in verschiedenen tunesischen Landesteilen am Montag und Dienstag getötet worden. Dies geht aus einer ersten, am Dienstag abend veröffentlichten offiziellen Bilanz hervor. Aus Tunis und der Umgebung der tunesischen Hauptstadt wurden keine Opfer gemeldet. Dort seien jedoch vor allem ältere Bauten beschädigt worden. Der Straßen- und Schienenverkehr in mehreren Regionen bei Tunis kam zum Erliegen.

WETTER: Meist trocken

Lage: Das Hochdruckgebiet schwächt sich in seinem Westteil ab, so daß gegen Abend ein Tiefausläufer von der Nordsee her mit wolkenreicher Meeresluft auf das nordwestliche Deutschland übergreifen kann.

Vorhersage für Donnerstag: Nach Auflösung von Frühnebel verbreitet sonnig und trocken. Nachmittags im norddeutschen Tiefland von Nordwesten her Bewölkungszunahme und nachfolgend etwas Regen. Temperaturen an der See um 17, sonst 19 bis 23 Grad. Tiefstwerte im Norden um 10, sonst 5 bis 8 Grad.

Weitere Aussichten: Auch im übrigen Deutschland meist stark bewölkt, strichweise etwas Regen. Merklich kühler als bisher. Nachmittags bei 12 Grad.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.25 Uhr*. Untergang: 17.56 Uhr. **Mondaufgang:** 5.43 Uhr, Untergang: 17.54 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 2. Okt., 8 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	18	he
Bielefeld	21	he
Braunlage	20	he
Bremen	19	he
Dortmund	21	he
Dresden	21	he
Düsseldorf	22	he
Erfurt	16	he
Essen	22	he
Feldberg/S	16	he
Flensburg	16	he
Frankfurt/M.	20	he
Freiburg	18	wl
Garmisch	22	wl
Greifswald	13	bd
Hamburg	18	wl
Hannover	19	wl
Kahler Asten	19	he
Kassel	19	he
Kempten	19	wl
Kiel	18	wl
Koblenz	20	wl
Köln-Bonn	21	he
Konstanz	12	bd
Leipzig	20	wl
List/Sylt	13	bw
Lübeck	18	wl
Mannheim	21	he
München	20	wl
Münster	21	wl
Norderney	16	wl
Nürnberg	22	he
Oberstdorf	20	wl
Passau	22	wl
Saarbrücken	18	wl
Stuttgart	19	he
Trier	18	wl
Zugspitze	9	he
Ausland:		
Algier	23	bw
Amsterdam	18	wl
Athen	21	he
Barcelona	21	bw
Belgrad	19	he
Bordeaux	25	wl
Bozen	26	he
Brüssel	20	wl
Budapest	20	he
Bukarest	17	he
Casablanca	27	wl
Dublin	14	bw
Dubrovnik	23	he
Edinburgh	14	bw
Faro	28	he
Florenz	27	wl
Genf	16	wl
Helsinki	14	bw
Hongkong	25	bw
Innsbruck	22	he
Istanbul	18	Rs
Kairo	29	he
Klagenfurt	18	he
Konstanza	14	bw
Kopenhagen	14	bw
Korfu	26	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	12	he
Lissabon	24	wl
Locarno	20	he
London	14	bd
Los Angeles	17	he
Luxemburg	16	wl
Madrid	22	bw
Mailand	22	he
Malaga	23	bw
Mallorca	24	bw
Moskau	6	he
Neapel	27	wl
New York	24	he
Nizza	26	wl
Oslo	12	bw
Ostende	18	wl
Palermo	27	he
Paris	21	wl
Peking	23	wl
Prag	18	he
Rhodos	24	he
Rom	23	he
Salzburg	20	he
Singapur	30	Gw
Split	24	he
Stockholm	17	he
Straßburg	18	wl
Tel Aviv	23	Gw
Tokio	26	bw
Tunis	28	bw
Valencia	18	R
Varna	13	bw
Venedig	21	he
Warschau	13	bw
Wien	18	he
Zürich	18	wl

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Gutachten: Lachen oft störender als Verkehrslärm

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Die Frage, ob jemand durch Musik oder anderen Lärm der Nachbarn belästigt wird, läßt sich nicht einfach anhand objektiver Pegelwerte (zum Beispiel Dezibel) entscheiden. Es kommt auch auf die Art der Musik und auf die unterschiedliche Empfindlichkeit der gestörten Nachbarn an.

Zu diesem Ergebnis kommt ein im Auftrag des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundeigentümer angefertigtes Rechtsgutachten, das alle bisher ergangenen Gerichtsurteile sowie die medizinische und technische Fachliteratur berücksichtigt. Die etwa in der „Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm" (TA Lärm) angeführten Richtwerte, heißt es in dem Gutachten, seien zu einseitig auf technische Geräusche abgestellt. Musik, Gelächter oder Gespräche hätten jedoch einen höheren „Informationsgehalt".

Ein hoher Informationsgehalt eines Geräuschs führe bei gleicher Lautstärke zu einer intensiveren Störung. Das „monoton-rhythmische Wuchten baßkräftiger Rockmusik" etwa oder in Abständen wiederkehrendes lautes Gelächter in einer fröhlichen Gesellschaft hätten eine weit schlimmere Wirkung als etwa gleichmäßiger Verkehrslärm.

Was die Störung durch Lärm betrifft, gebe es keinen „Norm-Menschen". Der Vorwurf, der Gestörte sei eben überempfindlich gegen bestimmte Arten von Musik, habe keine Bedeutung. Auch ein Schall-Mittelwert, wie er gelegentlich als Maßstab zugrundegelegt werde, reiche nicht aus: „Wenn beispielsweise innerhalb von zwei Stunden in ruhiger Umgebung ein Nachbar nur für eine Minute laut musiziert oder das Radio spielt, so wird der Mittelwert, statistisch gesehen, so gut wie nie erhöht. Gleichwohl wird dann in der Nacht jeder andere Hausbewohner geweckt."

Der Verband empfiehlt Hauseigentümern und Mietern, in diesem Fall zunächst bei den Störern selber vorstellig zu werden. Falls dies jedoch nichts nützt, solle man sich nicht scheuen, unter Berufung auf die bei zahlreichen Gerichten ergangenen Entscheidungen Hilfe bei den Behörden zu suchen.

Eine „wunderschöne Dose" zerfetzte dem kleinen Sobhan beide Arme

S. HERRMANN, **Düsseldorf**

Khanzadeh, der zwölfjährige ernste Junge aus Afghanistan hat Heimweh, und das hat er aller Grausamkeiten zum Trotz, die ihm dort widerfahren sind. „Als vor drei Jahren die Russen unser Dorf angriffen, wurde überall schrecklich bombardiert. Solche Bomben hatten wir bis dahin nicht erlebt, weil diese nach der Explosion alles verbrannten. Meine Mutter und zwei meiner kleinen Schwestern kamen in den Flammen um. Mein Vater hat mich gerettet. Er hat mehrfach versucht, die Flammen an meinem Körper mit Wasser zu löschen. Es ist ihm nicht gelungen. Dann hat er mich in eine Bettdecke gewickelt und aus dem Fenster nach draußen aufs Feld geworfen", erzählt Khanzadeh. Sein rechter Arm und die rechte Hälfte seines Gesichts sind durch schwere Verbrennungen entstellt. Die verbrannte Haut war so vernarbt, daß er den Arm nicht mehr strecken konnte.

Heute wird Khanzadeh in der Diakonie-Kinderklinik in Düsseldorf-Kaiserswerth behandelt. Mit fünf weiteren Kindern, die zwischen zehn und 15 Jahren alt sind, ist er vor vier Monaten nach Deutschland gekommen, um hier medizinisch versorgt zu werden. Dies hat ihm die „Afghanistan-Nothilfe e. V." ermöglicht, ein Zusammenschluß von afghanischen und deutschen Ärzten, die den kriegsverletzten Kindern humanitäre und medizinische Hilfe angedeihen lassen. Khanzadeh ist schon oft operiert worden. Nach der nächsten Operation wird er seinen Arm wieder bewegen können. Das ist wichtig für ihn, denn er erklärt, daß er zu Hause viel arbeiten muß, weil er noch einen Bruder und eine Schwester hat, für die er sorgen muß. Auch sein Vater ist inzwischen tot. Er ist im Kampf um die Freiheit seiner Heimat gefallen.



Der afghanische Arzt Hamayadon Hemat mit Khanzadeh (l.) und Mohammad FOTO: S. HERRMANN

Die anderen Kinder, die in der Düsseldorfer Klinik behandelt werden, sind zum Teil noch schwerer verletzt. Dem kleinen Sobhan, der zwölf Jahre alt ist, mußten beide Arme amputiert werden. Beim Spielen sah er eine „wunderschöne kleine Dose", die er schnell vor seinen Freunden aufheben wollte. Als er jedoch mit der Dose in Berührung kam, explodierte sie und seine Arme wurden so verletzt, daß sie abgenommen werden mußten. Der zehnjährige Ghambier Khan hat keine Beine mehr. Als er, aus Angst vor dem russischen Angriff nach Hause fliehen wollte, trat er auf eine solche „Schmetterlingsbombe". Die Explosionskraft dieser Bomben, die wie Spielzeug aussehen, wie Armbanduhren, Bücher oder kleine Flugzeuge, ist so berechnet, daß diejenigen, die sie berühren, an der Wucht der Detonation nicht sterben, sondern schwer verletzt werden. Sobhan und Ghambier erhalten hier in Deutschland Prothesen.

Zum Erstaunen der Ärzte und des übrigen Pflegepersonals, die sich auf eine schwierige Aufgabe vorbereitet hatten, sind die Kinder sehr selbständig. Ghambier, der keine Beine mehr hat, hilft Sobhan, dem die Arme amputiert wurden, beim Essen und Waschen. Die Kinder haben eine familiäre Gemeinschaft gebildet. Dies und auch ihr ungebrochener Mut resultieren wohl nicht zuletzt aus ihrer tiefen Gläubigkeit – ihre erste und dringlichste Frage in Deutschland war, wo sie einen Gebetsteppich ausbreiten dürfen.

Die medizinische Versorgung der Kinder ist sehr kostspielig. 80 000 Mark kostet zum Beispiel die Behandlung der beiden Jungen, die ihre Gliedmaßen verloren haben. Professor Hubertus von Voss, Leiter der Kinderklinik erklärt, daß die Versorgung kostenneutral geregelt werden soll. „Außer den allgemeinen Pflegesätzen wird kein Honorar verlangt." Die Kosten, die sich bei den demnächst neu eintreffenden Patienten etwa auf 300 000 Mark belaufen, werden von der „Afghanistan-Nothilfe" beglichen, die ihre Mittel durch private und öffentliche Spenden gewinnt.

Die „Afghanistan-Nothilfe" weist ausdrücklich darauf hin, daß die Behandlung der Kinder nur vorläufig abgeschlossen ist, wenn sie wieder in die Heimat zurückkehren. Besonders die Kinder, die künstliche Gliedmaßen erhalten haben, bedürfen weiterer Betreuung, da ihnen mit dem Wachstum die Prothesen zu klein werden und erneuert werden müssen. Dr. Hamayadon Hemat, afghanischer Arzt und Vorstandsmitglied der Organisation, hofft daher, daß für die Kinder Patenschaften übernommen werden.

Dem Vorstand der „Afghanistan-Nothilfe", die ihre Aufgabe ausschließlich in humanitären Zielsetzungen sieht, gehören auch die Abgeordneten Bernhard Jagoda (CDU) und Anke Fuchs (SPD) an. Schirmherrin der „Afghanistan-Nothilfe" ist die FDP-Bundestagsabgeordnete Irmgard Adam-Schwaetzer. Sie wird am ersten November gemeinsam mit dem Vorstand des Komitees nach Pakistan fliegen, um dort neue Krankenhäuser zu eröffnen.

ZU GUTER LETZT

Die Kurzsichtigkeit einer ganzen Gruppe von Jägern wurde einer Kuh zum Verhängnis. Durch einen fatalen Fehlschuß kam der Bürgermeister des nordspanischen Städtchens Cotillos um sein mehrfach preisgekröntes Tier. Die irregeleiteten Waidmänner brachten das Rindvieh in der Annahme zur Strecke, es handele sich um ein Wildschwein.

Städtebauförderung und Vermögensbildung

Wünsche wandeln sich schneller als die Märkte

Von PETER GILLIES

Der eigene Herd, der angeblich Goldes wert sein sollte, die eigenen vier Wände, das Häuschen mit Garten – die Metaphern über der Menschen Lust, sich eine Insel der Individualität zu erobern, sind weidlich abgegriffen. Nicht selten wurde sie von soziologischen Schlaumeiern belächelt oder absichtsvoll herabgesetzt. In der Nachkriegsgeschichte gab es zyklisch Phasen, in denen es schick zu sein schien, die vermutete „Laubenpieper-Mentalität" als reaktionär einzustufen, wobei städtebauliche Aspekte oft als Rechtfertigung dienten.

Argumente waren austauschbar: Das Häuschen mit Garten zersiedele die Landschaft, zerstöre gewachsene Strukturen und überlaste die einkommensschwachen Bauherren; Immobilien behinderten die Mobilität, der Mensch sei schließlich kein Gartenzwerg, sondern ein „gesellschaftliches Wesen".

Diese und alle anderen Argumente tropften jedoch an der Idee des Eigenheims ab. Sie bleibt eine starke Triebfeder, deren Spannung im Grunde nie nachließ. Schon das Wort: Eigenheim – es verknüpft „Eigentum" und „Heim" als Lebensmittelpunkt der Familie. Im Deutschen haben, nicht zufällig, „Heim", „Heimat" und „heimelig" den gleichen Wortstamm.

Wunsch und Sehnsucht nach „etwas Eigenem" bleiben unverdrossen. Sie ließen sich weder von konjunkturellen Widrigkeiten noch von Steuergesetzen oder Zinsausschlägen nachhaltig beeindrucken. Das Eigenheim mit Garten (oder in der Etage) bleibt die Nummer eins auf der Deutschen Wunschliste, auch wenn sich bisher nur knapp jeder zweite diesen Traum zu erfüllen vermochte.

Dieses Ziel ist und bleibt längerfristiger Art; um es zu erreichen, muß man sich krummlegen und oft durch das Abenteuer des Bauens gehen, das manche als eine Art Vorhölle bezeichnen.

Auch in diesen Monaten überlagern widersprüchliche Tendenzen die Bauentwicklung. Einerseits locken sensationell niedrige Zinsen, verbesserte Steuervergünstigungen und moderate Bau- und Bodenpreise. Bauen sei so günstig wie selten, annoncieren denn auch die einschlägigen Branchen. Auf der anderen Seite jedoch ist von Überangebot, zu hohen Realzinsen, von Leerständen und ständig schrumpfenden Fertigstellungen die Rede.

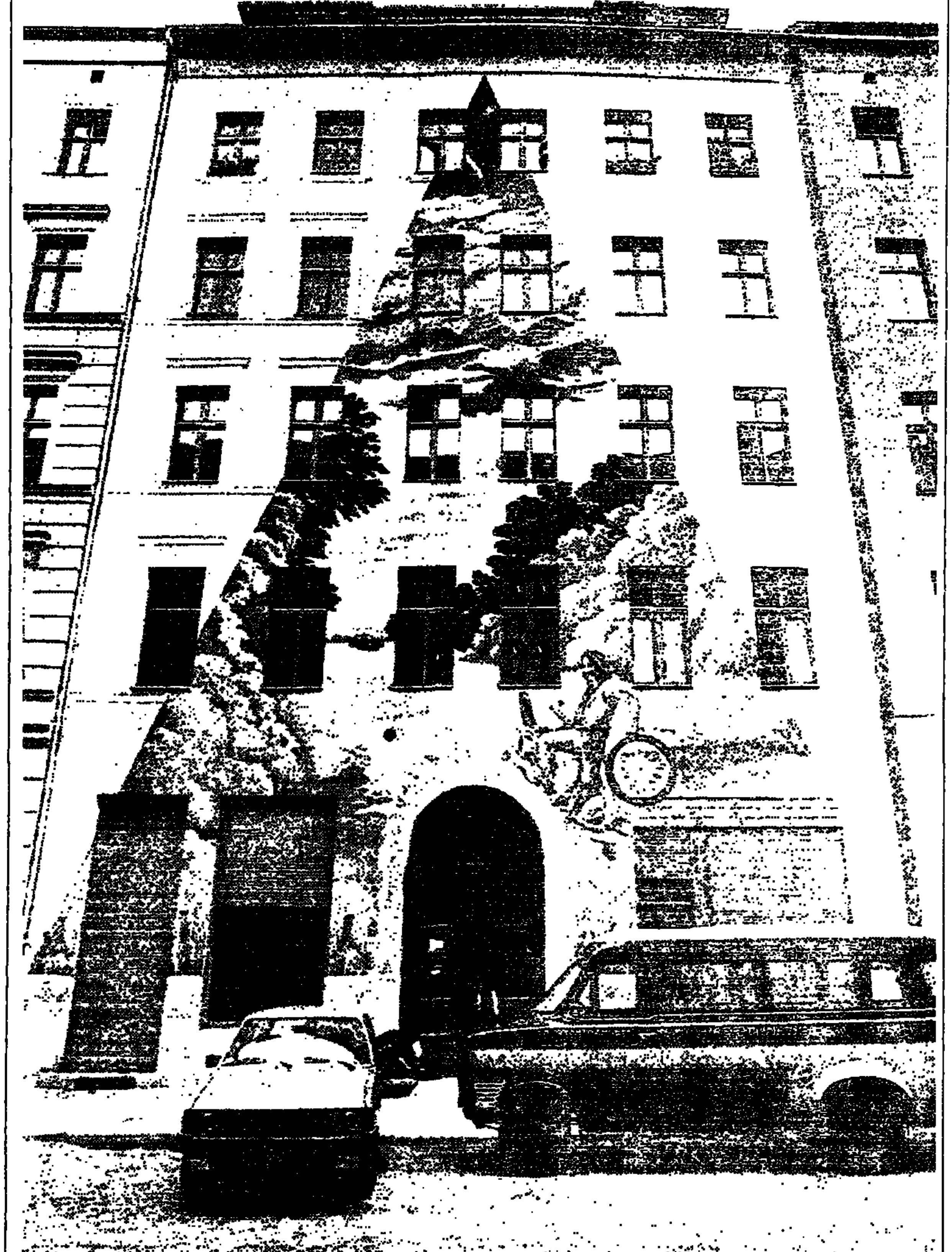
Der private Bauherr sollte sich von Zahlenspielen und Kurzfristtendenzen nicht beeindrucken lassen. Er hat es auch früher nicht getan. Den „gesättigten Markt" gibt es nicht. Immer wird es Nachfrage in bestimmten Segmenten geben, stets auch gleichzeitiges Überangebot in anderen. Wünsche wandeln sich eben schneller als die Märkte. Ein Beispiel dafür sind die gewandelten Ansprüche an das lebenslange Wohnen.

Ein junges Ehepaar drängt in die eigenen vier Wände. Vielleicht beginnt es mit einer Eigentumswohnung. Der zweite Schritt ist das Häuschen, der dritte vielleicht eine Ferienwohnung. Nach dem Zenit des Lebens sorgt man gern für das Alter vor und beteiligt sich vielleicht an der ersten Immobilie der Kinder und Enkel – der Kreis schließt sich.

Das ist eine relativ neue Erfahrung im Wohnungs- und Städtebau: Die Märkte atmen im Zyklus des Lebens. Das maßgeschneiderte Objekt orientiert sich nicht mehr primär am Stoßseufzer „Einmal im Leben", sondern an den sich wandelnden Bedürfnissen der Häuslebauer.

Individualität bedeutet heute mehr, als nur mit einem beliebigen Eigenheim versorgt zu sein. Die Sehnsucht erreicht neue Ufer. Sie nehmen sich in jedem Lebensabschnitt anders aus, im Frühling anders als im Herbst.

So sind alle Theorien über die angebliche endgültige Sättigung mit individuellem Wohneigentum grau. Sie haben für diesen Markt nie gestimmt (für alle anderen übrigens auch nicht). Von den einschlägigen endzeitlichen Bemerkungen werden sich die Menschen nicht anfechten lassen.



Der Bund fördert Sanierungsmaßnahmen: Haus in Berlins Innenstadt FOTO: DPA

Flächensparendes Bauen setzt sich durch

Kostensenkung bis zu 30 Prozent des Gesamtpreises

Kosten- und flächensparendes Bauen hat sich hierzulande durchgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Arbeitsgruppe Kooperation des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (GGW), des Bundes Deutscher Architekten (BDA) und des Deutschen Städtetages (DST) vorgelegter Bericht zu Erfahrungen mit dem kosten- und flächensparenden Bauen. Hierzu gibt es mittlerweile 450 Pilotprojekte beim Neubau und der Modernisierung. Die wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen, daß ohne wesentliche Qualitätsminderungen im Einzelfall bis zu 30 Prozent Kosteneinsparungen erreicht werden können und daß es möglich ist, heute noch ein bescheidenes Eigenheim für etwa 200 000 Mark anzubieten.

War das Konzept kosten- und flächensparendes Bauen zu Beginn eher auf Lösungen für eine bedarfsgerechte Nachfrage im sozialen Mietwohnungsbau ausgerichtet, wird dieses Konzept mittlerweile ebenso angewandt für den Bau von Eigentumswohnungen oder Eigenheimen, um Voraussetzungen dafür zu schaffen, Bevölkerungskreise mit mittlerem und niedrigem Einkommen die Eigentumsbildung zu ermöglichen. In Zukunft sind auch folgende Ziele mit einzubeziehen, so die Arbeitsgruppe:

- Das konzeptionelle Anliegen, eine hohe soziale Brauchbarkeit und gute architektonische und städtebauliche Gestaltungsqualität zu erreichen, sollte sich ebenso auf die Bestandspflege und -reparatur, auf die Wohnumfeldverbesserung, die Stadtsanierung und den Stadtumbau beziehen.
- Darüber hinaus gelte es, detaillierte Ansatzpunkte für sinnvolle Kosteneinsparungsmöglichkeiten bei der städtebaulichen Planung, den Erschließungsmaßnahmen sowie bei der Freiraumgestaltung aufzuzeigen und zeit- und damit kostensparende Formen der Organisation von Planungs- und Entscheidungsprozessen herauszuarbeiten.
- Untrennbar mit den Zielen des kosten- und flächensparenden Bauens verknüpft ist die Mitwirkung der Nutzer. Hier sind nach Meinung der Arbeitsgruppe vermehrt Anregungen für die Handhabung derartiger Beteiligungsverfahren zu geben.

Gute Planung, gestalterisches Können und enge Zusammenarbeit zwischen allen am Bau Beteiligten bilden wichtige Voraussetzungen dafür, mit dem Konzept kosten- und flächensparendes Bauen für einen Teilbereich des Wohnungsbaus erhöhte Nachfrage zu erzielen.

- Verstärkt werden muß die Zusammenarbeit vor allem zwischen Bauherren und Architekten;
- auszuweiten sind die Rationalisierungsbemühungen;
- unabdingbar bleibt eine begleitende Forschung sowie eine Überprüfung der rechtlichen und normativen Vorgaben;
- deutlicher als bisher ist preiswertes Bauen auch als Aufgabe kommunaler Planungs- und Wohnungspolitik herauszustellen.

Durch enge Zusammenarbeit von Gemeinden, Unternehmen, Architekten sowie Mitwirkung der Nutzer haben sich bei konsequenter Anwendung des von der AG Kooperation entwickelten Katalogs für Möglichkeiten der Kostenreduzierung bei fast allen Projekten die Baukosten auf 1200 bis 1300 Mark pro Quadratmeter eingependelt. Unter Zugrundelegung vergleichbarer kostenprägender Indikatoren wie Verhältnis von umbautem Raum zu Wohnfläche, Außenwandfläche zu Wohnfläche, Fensterfläche zu Wohnfläche, Grundrißfläche zu Wohnfläche sowie unter anderem der Kosten von Konstruktion und Haustechnik konnte als Ergebnis festgestellt werden:

- Hohe Qualität zu tragbaren Kosten ist immer dann erzielbar, wenn möglichst viele der aufgestellten Kriterien beachtet und zu optimalen Werten durchgeplant sind;
- die wesentlichen Reduzierungen sind bei der Erreichung der genannten Hauptindikatoren möglich;
- für die Gesamtkosten sind die Eckwerte für die Erschließung und die Baunebenkosten von entscheidender Bedeutung. (Hi.)

Wo das Wohnen zu einem Erlebnis wird

Aufgaben der Städtebaupolitik haben sich gewandelt – In vier Jahrzehnten wurden in der Bundesrepublik 18 Millionen Wohnungen gebaut

Von OSCAR SCHNEIDER

Wohnungs- und Städtebaupolitik stehen heute vor neuen Aufgaben. Die Jahrzehnte der Nachkriegszeit waren bestimmt von den Problemen der Wohnungsnot, vom Wohnraummangel, der Wohnungsneubau stand im Vordergrund. Immerhin 18 Millionen Wohnungen sind inzwischen nach dem Kriege gebaut worden, eine Zahl, die für sich spricht. Heute können wir feststellen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Wohnversorgung insgesamt gut ist.

Unsere Städte sind lebenswert. Dies sind Erfolge, auf die alle, die daran mitgewirkt haben, stolz sein können. Künftig gilt es vor allem, das Erreichte zu erhalten und weiter zu verbessern. Neue Aufgaben in der Stadterneuerung, die Stadtökologie oder bei der Umweltvorsorge kommen hinzu. Wohnungsbau und Städtebau müssen neue Qualitäten verwirklichen.

Wohnen ist mehr als das Benutzen von Wohnraum. Es umfaßt ein weites Erlebnisfeld des Menschen: seine Wohnung, sein Wohnumfeld, seine Stadt. Das Bundesbauministerium bemüht sich in vielfältiger Weise um das bedarfsgerechte und menschlich gestaltete Wohnen in einer lebenswerten Umwelt.

Dies geschieht beispielsweise durch die Wohnungsbauförderung, die Städtebauförderung, durch Modellvorhaben und Wettbewerbe, im Rahmen der Forschungstätigkeit und im Rahmen der Arbeit an den notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen, sei es nun im Baurecht, im Mietrecht oder auch im steuerpolitischen Raum.

Nach vielen Jahren, in denen auch bei uns nur das Neue, das Moderne als schön und erstrebenswert erschien, ist in den letzten Jahren mehr und mehr die Schönheit gewachsener, alter Strukturen und Bauwerke wieder bewußt geworden. Ältere städtische Wohnquartiere werden wieder in ihrem Wert geschätzt.

Im Rahmen der Stadterneuerung bemühen wir uns, die bauliche Substanz und das Wohnumfeld in älteren Stadtvierteln zu verbessern, ohne ihren Charakter und die gewachsene Struktur der Wohnbevölkerung grundsätzlich zu ändern.

Der Begriff der Stadterneuerung umfaßt dabei heute ganz selbstverständlich auch die städtebauliche Erneuerung von kleinen Städten und Dörfern. Gerade die gewachsenen, vielfältigen Funktionsmischungen machen heute ältere Quartiere im Bewußtsein ihrer Bewohner so attraktiv. Die in den Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre verfolgte strikte Funktionstrennung hat sich als in vielerlei Hinsicht problematisch erwiesen. Die Bedeutung des Wohnumfeldes für die Qualität des Wohnens ist heute klar erkannt.

Eine Vielzahl von Maßnahmen ist eingeleitet, um Belastungen durch den Straßenverkehr abzubauen und bestehende Mängel in der Ausstattung mit Grün- und Freiflächen zu vermindern. In der Praxis hat sich gezeigt, daß es dabei häufig gar nicht so sehr auf spektakuläre und vom Umfang und Finanzeinsatz her aufwendige Maßnahmen ankommt.

Oft läßt sich die Situation mit einfachen Mitteln, durch kleine, aufeinander abgestimmte Maßnahmen deutlich verbessern. Beispiele dafür sind Verkehrsberuhigung in Wohnstraßen, die Begrünung von Fassaden, Straßen und Plätzen, die Gestaltung auch von Hinterhöfen, das Anlegen von Kinderspielplätzen. Bedarf an Maßnahmen zu Verbesserungen des Wohnumfeldes gibt es nicht nur in älteren Stadtquartieren.

Auch in den Neubausiedlungen gibt es erhebliche Probleme. Die Qualität der Wohnungen ist in diesen Siedlungen in der Regel gut, die städtebauliche Qualität aber läßt zu wünschen übrig. In welchem Umfang in solchen Gebieten städtebauliche Nachbesserungen möglich sind, wie sie aussehen können, dies ist eine der Fragen, die wir aktuell in der Städtebaupolitik zu beantworten haben.

Die Stadterneuerung ist heute eindeutig zur vorrangigen kommunalpolitischen Aufgabe geworden. Die Gemeinden selbst geben ihr im Rahmen künftiger investiver Aufgabenfelder den höchsten Stellenwert.

Stadt und Dorferneuerung sind Aufgaben, die über ihre städtebauliche und kommunalpolitische Bedeutung hinaus starke gesellschafts-, wirtschafts- und nicht zuletzt auch beschäftigungspolitische Wirkungen erzielen.

Deshalb hat die Bundesregierung den Erneuerungsprozeß in den Städten und Dörfern durch die Verdreifachung ihrer Städtebauförderungsmittel in den Jahren 1986 und 1987 nachhaltig unterstützt. Allein in diesem Jahr werden insgesamt mehr als 1200 Sanierungsmaßnahmen in rund 1000 Städten und Gemeinden gefördert. Die Zahl der geförderten Maßnahmen und Gemeinden hat sich damit gegenüber 1985 verdoppelt.

Der Gesamtbedarf an staatlichen Mitteln auf diesem Feld allerdings, hätte man alle Anträge berücksichtigen können, hätte allein in diesem Jahr bei mehr als zehn Milliarden Mark gelegen.

Dies zeigt, vor welch großen Aufgaben wir auf diesem Feld noch stehen. Mit der kontinuierlichen Anhebung der Städtebauförderungsmittel seit 1983 wollte die Bundesregierung ein deutliches Zeichen für die Stärkung der Stadterneuerung setzen.

Obwohl die Wohnversorgung in unserem Land in Quantität und Qualität einen hohen Standard erreicht hat, bleibt auch auf diesem Feld noch viel zu tun. Aus vielen Umfragen wissen wir, daß sich mindestens 80 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte Wohneigentum wünschen. Es ist der Wunsch, eine eigene Wohnung entsprechend den persönlichen Bedürfnissen und Gewohnheiten gestalten zu können. Selbstverständlich ist menschengerechtes, familiengerechtes Bauen auch im Mietwohnungsbau möglich.

Wenn viele Mietwohnungen heutigen Anforderungen an menschengerechtes Wohnen noch nicht entsprechen, dann ist dies zum Teil auch auf unzureichende Planung von Architekten und Bauträgern zurückzuführen. Hier läßt sich in der Praxis noch manches verbessern.

Der starke Wunsch nach Wohneigentum ist einer der Gründe, warum wir auf absehbare Zeit davon ausgehen können, daß auch der Neubau noch eine erhebliche Rolle spielen wird.

Hinzu kommt, daß es in einigen Regionen noch immer Wohnungsmarkt-Engpässe gibt. Die vorhandene Nachfrage kann vor allem in den Verdichtungsräumen noch nicht immer voll aus dem vorhandenen Bestand gedeckt werden.

Natürlich ist zunächst jeder selbst gefordert, wenn es um die Erfüllung seiner Wohnvorstellungen geht. Nicht jeder Wunsch des einzelnen Bürgers kann vom Staat, also von der Gemeinschaft der Steuerzahler, erfüllt werden. Der Staat hat in erster Linie Rahmenbedingungen zu schaffen, die die private Initiative und Leistungsbereitschaft fördern. Öffentliche Unterstützung sollte in erster Linie immer Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Dabei übersehen wir natürlich nicht, daß es nach wie vor Bevölkerungsgruppen gibt, die sich trotz eigener Anstrengungen am Markt nicht angemessen, nicht familiengerecht mit Wohnraum versorgen können. Um sie muß sich die staatliche und kommunale Wohnungspolitik kümmern, will sie auch hier das menschengerechte Wohnen sichern.

Eine soziale Wohnungsmarktwirtschaft, wie wir sie anstreben, bedarf deshalb zugleich wirksamer sozialer Sicherungsmechanismen. Dazu gehört die Erhaltung des vorhandenen kostengünstigen Sozialwohnungsbestandes und vor allem im Rahmen der Objektförderung das Wohngeld.

Im Eigenheimbereich haben wir nach den rückläufigen Zahlen im vergangenen Jahr in diesem Jahr wieder Zuwachsraten zu verzeichnen. Diese Entwicklung zeigt, daß der Bedarf im Bereich der Eigentumsbildung nach wie vor groß ist.

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung wie auch die Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten ab 1987 haben dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Diese Entwicklung bestätigt die Richtigkeit der Konzeption der Bundesregierung, die öffentliche Förderung im Wohnungsbau auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen der Bedarf tatsächlich nach wie vor hoch ist.

Dies ist in allererster Linie der Bereich der Bildung von Wohneigentum. Die Förderung des Wohnungsbaus ist nur einer der Ansatzpunkte zur Unterstützung der privaten Wohnungsbauinvestitionen, nur eine Hilfe für unsere Bürger, ihre Vorstellungen vom menschengerechten Wohnen zu verwirklichen.

Das Bauen erleichtern kann beispielsweise auch eine Dämpfung der Baukosten. Das Vorurteil, Kostenersparnis am Bau führe zu schlechter Qualität, wird heute kaum noch ernsthaft vertreten. Längst ist praktisch erwiesen, daß kostengünstiger gebaut und dabei zugleich ein guter Wohnwert und eine ansprechende Baugestaltung gesichert werden können.

Zum menschengerechten Bauen gehört auch, daß wir uns besonders intensiv um das Bauen für sogenannte Problemgruppen kümmern, um die Wohnbedürfnisse älterer Menschen, um das Bauen für Behinderte, um die Förderung des Zusammenwohnens mehrerer Generationen.

In besonderem Maße bemühen wir uns auch um das ökologische Bauen. Dieses oft mißbrauchte Schlagwort will bewußt machen, daß Bauen in komplexer Prozeß ist mit vielfältigen Wirkungen auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Menschengerechtes Bauen und Wohnen bedeutet mehr, als allein „formaldehydfrei" zu bauen. Es berücksichtigt die Ziele des Umweltschutzes und der Naturerhaltung. Ökologisches Bauen aus dieser Sicht beginnt mit rohstoffschonend hergestellten Baumaterialien, vermeidet Schäden an Wasser und Boden, strebt nach sinnvoller Einbettung der Gebäude in die natürliche Umwelt.

Dies alles können nur einige Stichworte, Streiflichter sein zum umfassenden Thema des menschengerechten Bauens und Wohnens.

Alle Maßnahmen, die hier genannt wurden, müssen in ihrem Zusammenwirken dazu beitragen, in den Städten und Dörfern Wohn- und Lebensbedingungen zu schaffen und zu sichern, in denen die Menschen sich wohl fühlen. Lebensfähige, vitale Gemeinden sind eine Grundvoraussetzung dafür, daß unsere Bürger ihre Stadt oder ihr Dorf eben nicht nur als Wohnort sehen, sondern als Heimat im besten Sinne des Wortes.

Oscar Schneider, 59, ist Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Seit 1969 gehört der CSU-Politiker dem Bundestag an. Als Obmann im Innenausschuß des Bundestages war er maßgeblich am Zustandekommen des Städtebauförderungsgesetzes beteiligt. Unter seiner Federführung wurden die Steuervorteile für Eigenheime geändert.

Familien brauchen mehr Hilfe

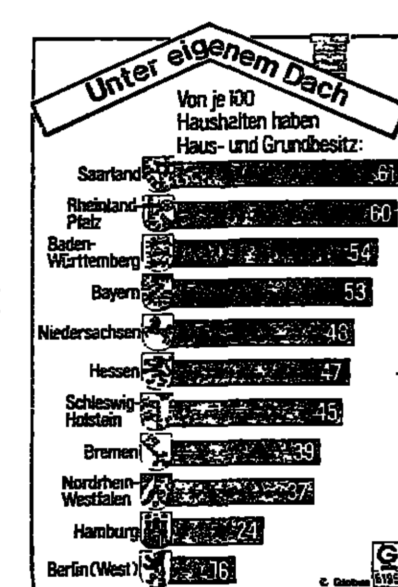
Von ALFONS GRAJEK

Weder Massenmiethäuser noch inhumane Betonburgen werden dem Anspruch einer wirklichen Wohnkultur gerecht. Denn die Wohnung muß mehr bieten als ein Dach über dem Kopf. Sie soll zugleich ein Heim sein, in dem sich Familien geborgen fühlen und entfalten können. Deshalb behält das Grundbedürfnis Wohnungen auch in Zukunft für jede Familie eine zentrale Bedeutung und bleibt staatliche Familien- und Eigentumsförderung gefordert.

Auch in kirchlichem Verständnis ist Wohnungspolitik praktische Familienpolitik, weil jedes Familienheim ein Stein gewordenes Bekenntnis zum Grundwert Familie und konkrete Vermögensbildung ist. Die Kirche begnügt sich nicht damit, nur Forderungen an den Staat zu stellen. Sie setzt vielmehr selbst immer wieder Zeichen und macht ihr Wort durch praktisches Handeln, durch Werke und Initiativen glaubhaft, häufig auch als Wegbereiter staatlichen Handelns. Kirchenland, Hilfsfonds und Siedlungswerke tragen zum Beispiel seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges bis heute in einer wichtigen Pilotfunktion zur Wohneigentumsbildung vieler Familien bei, die es vielfach aus eigener Kraft nicht geschafft hätten. Auf diese Weise wird katholische Soziallehre und evangelische Sozialethik in die Praxis umgesetzt.

Der Begriff „Familienheim", der auf dem Katholikentag des Jahres 1929 geprägt wurde, ist inzwischen zu einem Standardbegriff der Wohnungspolitik geworden, die sich erfreulicherweise wieder stärker als Instrument der Familienpolitik begreift. Sie sollte diesen Weg auch in der nächsten Legislaturperiode trotz knapper Kassen und mancher Einwände fortsetzen. Insbesondere wo Selbsthilfe den Bezug des eigengenutzten Familienheims nicht ermöglicht, bleibt das finanzielle Engagement des Bundes, der Länder und Gemeinden unerläßlich. Dabei wären weitere Maßnahmen hilfreich, die das geltende beziehungsweise beschlossene Förderungsinstrumentarium ergänzen:

- Bereitstellung preisgünstiger Grundstücke, deren Umsetzung zur Baureife und Überlassung zu familienfreundlichen Bedingungen als Eigentum oder im Erbbaurecht.
- Noch höhere Kinderfreibeträge für das zweite und weitere Kinder innerhalb der steuerlichen Förderung.
- Verzicht auf die Grunderwerbsteuer bei selbstgenutzten Familienheimen, zumindest Halbierung vom zweiten Kind an und völliger Verzicht bei drei Kindern.
- Fälligkeitsstellung der Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum frühestens fünf Jahre nach Bau oder Erwerb.
- Aufstockung der objektbezogenen Förderung zugunsten einkommensschwacher Familien.
- Weitere Verstärkung der Familienheim-Zusatzdarlehen.



Entwicklungshilfe für Familien bedingt ferner, daß die Geburt eines Kindes auch nachträglich zusätzliche Förderungshilfen oder Darlehenserlasse auslöst, wenn sich ein Elternteil ganz der Erziehung der Kinder widmet. Beim Einsatz von Kapitalsubventionen und/oder Ertragssubventionen (Aufwendungsbeihilfen) müssen Zins und Tilgungskonditionen der Entwicklung des Familienstandes angepaßt werden. Das Wohngeld, insbesondere auch in Form der Lastenzuschüsse, bedarf noch weiterer familienpolitischer Stärkung und Differenzierung. In Ballungszentren bleiben einkommensschwache Familien auf ein zusätzliches kommunales Wohngeld angewiesen.

Jede Selbsthilfe von Familien, auch in manueller Form, verdient ergänzende staatliche Hilfe mit verantwortungsbewußtem Augenmaß. Darüber hinaus sind eine fachgerechte Beratung beim Erwerb von Wohneigentum beziehungsweise eine solide Baubetreuung wichtiger denn je. Gerade für erfahrene Bauträger, Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften, die sich gemeinnützigem Handeln verpflichtet fühlen, liegt hier eine sinnvolle Daueraufgabe. Denn noch immer beweisen alle Umfragen: Das greifbare und erlebbare Wohneigentum entspricht weiterhin den Wohnvorstellungen vieler Familien.

Der Autor ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Katholischen Siedlungsdienstes, Köln.

Die Hypothekenbanken rechnen mit einer mäßigen Zinssenkung

Vom verfallenden Ölpreis profitierte auch der inländische Kapitalmarkt

Von HANS W. SCHMIDT

Das Geschehen am Rentenmarkt, der sich in diesem Jahr mit insgesamt sinkendem Zinstrend von seiner freundlichen Seite zeigte, bestimmt maßgeblich die Kosten der Baufinanzierung mit. Die Hypothekenkonditionen der privaten und öffentlichen Pfandbriefbanken hängen unmittelbar von der Rentenmarktentwicklung ab, die der anderen Baufinanzierer zumindest mittelbar.

Deshalb gelten Prognosen für den Rentenmarkt weiterhin auch für den Hypothekenmarkt. So gesehen, besteht für Hypothekennehmer kein Anlaß, die Kreditaufnahme weiter zurückzustellen und auf noch deutlich sinkende Zinsen zu hoffen.

Selbst wenn noch eine Zinsermäßigung kommen sollte, wird sie wohl nicht groß sein. Das sollte für Finanzierungsentscheidungen nicht ausschlaggebend sein; die Gefahr des verpaßten Zeitpunkts dürfte mehr ins Gewicht fallen. Natürlich liegt es nahe, sich die gegenwärtig niedrigen Hypothekenzinsen fest auf möglichst lange Zeit zu sichern, das heißt auf in der Regel zehn Jahre. Letztlich richtet sich aber die Dauer der Zinsbindungsfrist nach den individuellen Bedürfnissen des Kreditnehmers.

Und nun zum Rentenmarkt: In den ersten Monaten des Jahres 1986 präsentierte sich der Kapitalmarkt, nach einem etwas zögernden Jahresauftakt, durchweg in einer aufgelockerten Verfassung. Das internationale Zinsumfeld wurde in dieser Zeit von einem rasch verfallenden Ölpreis geprägt.

Sehr günstige Rahmenbedingungen

In den USA fielen die Renditen für 30jährige Staatstitel innerhalb von wenigen Wochen um fast ein Prozent auf das langjährige Rekordtief von rund 8,6 Prozent am Ende des Monats Februar.

Von dieser Entwicklung profitierte auch der Kapitalmarkt in der Bundesrepublik. Als dann noch Spekulationen auf eine weitere Aufwertung der D-Mark hochkamen, entwickelte sich zeitweilig, vor allem aus dem Ausland, ein regelrechter Nachfragesog nach deutschen festverzinslichen Wertpapieren. Eine deutlich rückläufige Inflationsrate und weitere Konsolidierungserfolge der Finanzpolitik schufen zusätzliche günstige Rahmenbedingungen für einen weiteren inländischen Zinsabbau. Nach der zweiten Diskontsenkung in den Vereinigten Staaten und in Japan war zunächst die Zinssenkungsphantasie erschöpft.

Jedoch zeigte der Markt Widerstandskraft. Über die Sommermonate hin bildeten sich die Kapitalmarktzinsen wieder leicht zurück. Der Markt lebte in dieser Zeit nicht zuletzt in der Hoffnung auf eine Diskontsenkung durch die Deutsche Bundesbank, die damit das Signal für eine weitere internationale Zinssenkungsrunde gegeben haben würde. Der Tiefpunkt vom April wurde allerdings im Jahresverlauf nicht mehr erreicht.

Wieder hochkommende Inflationsängste in den USA und die Einsicht, daß die Deutsche Bundesbank die Leitzinsen in naher Zukunft nicht ändern wird, führten Anfang September wieder zu einem leichten Zinsanstieg. In den letzten Tagen hat sich dann das Marktgeschehen erfreulicherweise wieder beruhigt.

Für die Einschätzung der weiteren Zinsentwicklung muß man vom Ausland ausgehende Einflüsse und gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der Bundesrepublik in Rechnung stellen. Gegen weiter sinkende Zinsen im Inland spricht vor allem das starke Wachstum der Zentralbank-Geldmenge; der Zielkorridor ist deutlich überschritten, und das schon über das ganze Jahr 1986 hin.

Die hierin liegende potentielle Inflationsgefahr wird die Bundesbank sehr vorsichtig agieren lassen. Daran wird – nach den deutlichen Worten aus dem Hause der Notenbank – auch der zunehmende politische Druck aus den USA nichts ändern, zumindest vorerst nicht.

Jedenfalls hat die Deutsche Notenbank in dieser Streitfrage die besseren wirtschaftlichen Argumente. Sie kann darauf hinweisen, daß das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland mit zur Zeit 3,5 Prozent international in der Spitzengruppe und vor dem der USA und Japan liegt. Vor allem kann sie ins Feld führen, daß mit der Verlagerung der wirtschaftlichen Antriebskräfte von der Auslandsnachfrage auf die Binnennachfrage die Konjunktur der Handelspartner über gesteigerte Importe gestützt wird. Sie kann auch fragen, was denn wohl eine Leitzinssenkung um ein halbes Prozent – mehr wäre wirklich nicht drin – schon zugunsten der US-Wirtschaft bewirken könnte. Die Antwort: Nicht mehr als eine Geste.

Labile Situation in Japan und in den USA

Gegen einen steigenden Zinstrend sprechen zur Zeit ebenso gewichtige Gründe: die günstige internationale Preisentwicklung, die labile konjunkturelle Situation in den USA, wohl auch in Japan, aber auch das Wiederaufflackern der internationalen Schuldenproblematik und die damit einhergehenden Probleme für das amerikanische Bankensystem dürften sich zumindest zinsstabilisierend auswirken.

Diese internationale Perspektive wird durch die anhaltenden überwiegend positiven binnenwirtschaftlichen Gegebenheiten und Aussichten gestützt.

Vieles spricht daher dafür, daß die Zinsen in den nächsten Monaten um die heutige Marke herum schwanken werden. Allerdings sollte man sich auch auf kurzfristige und eventuell sogar recht heftige Ausschläge einstellen.

Solche überraschenden Stimmungsumschwünge drohen vor allem durch die ausländischen Marktteilnehmer, die mittlerweile zu einer der wichtigsten Käufergruppen am heimischen Rentenmarkt geworden sind. Sie agieren am Rentenmarkt anders, als wir es bisher gewohnt waren: Weniger das Placement, sondern kaufen und verkaufen, ist ihre Devise.

Ab Spätherbst werden wohl auch die kommende Bundestagswahl und die Lohnrunde 1987 den Rentenmarkt tangieren – wie, das ist nicht vorhersehbar.

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Württembergischen Hypothekenbank AG, Stuttgart

Experten-Kommission empfiehlt dem Bundestag die Abschaffung von Steuerprivilegien

Von HANS GATTERMANN

Grundsätzliche Skepsis ist geboten, wenn das Steuerrecht in der Bundesrepublik als Instrument zur Verwirklichung anderer politischer Ziele als dem der finanzwirtschaftlich und gesamtwirtschaftlich ausgewogenen Geldbeschaffung zur Finanzierung staatlicher Aufgaben gefragt ist.

Längst allerdings scheinen sich Steuer- und Finanzpolitiker damit abgefunden zu haben, die beste Therapie zur Lösung aller möglichen politischen Probleme seien spezielle Regelungen im Steuerrecht. Der Steuerwirrwarr unserer Tage spricht eine deutliche Sprache.

Die Diskussionen über eine große Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode mit den Schlagworten wie zum Beispiel „Abbau von Steuervergünstigungen", „Verbreiterung der Bemessungsgrundlage", „so wenig Ausnahmen wie möglich, so niedrige Tarife wie nötig", „Vereinfachung und Transparenz" geben der Hoffnung Nahrung, die Einsicht in eine notwendige Trendumkehr wachse.

Dennoch erwartet wohl niemand, die Steuerpolitik könne gänzlich darauf verzichten, fördernd oder dämpfend in anderen Politikbereichen eingesetzt zu werden – warum nicht auch zur Erfüllung gesellschaftspolitischer Aufgaben im Wohnungs- und Städtebau?

Prinzipieller Steuerverzicht ist ein Instrument, das nicht einmal systemwidrig den Zielen der großen Steuerreform widerspricht. Der Gesetzgeber konnte deshalb folgerichtig mit Wirkung ab 1. Januar 1987 die Besteuerung des Nutzungswerts der vom Eigentümer selbst genutzten Wohnung abschaffen.

Das gesellschaftspolitische Ziel war:

Rückzug des Staates aus dem in der Wohnung manifestierten intimen Lebensbereich des einzelnen und seiner Familie. Erhöhung der Attraktivität der Vermögensbildung in Wohneigentum und Schaffung der Voraussetzungen für zusätzliche individuelle Alterssicherung durch miet- und steuerfreies Wohnen.

Anders ist es jedoch zu bewerten, wenn der Gesetzgeber die zugegeben schwierigen Finanzierungsprobleme bei der Stadtsanierung durch Verzicht auf Grunderwerbsteuern in besonderen Fällen erleichtern will. Dieser Plan sollte vereitelt werden, weil es ein erster Schritt wäre, durch Schaffung neuer Ausnahmetatbestände das gelungene Grunderwerbsteuerreformwerk zu durchlöchern. Eine nennenswerte Finanzierungshilfe wäre eine solche Maßnahme ohnehin nicht.

Sehr kritisch ist es auch zu beurteilen, wenn – wie bei der weitgehenden Steuerbefreiung gemeinnütziger Wohnungsunternehmen – steuerbefreite und steuerpflichtige Unternehmen in vergleichbaren Marktbereichen konkurrieren müssen. Die gesellschaftspolitische Zielsetzung, mit Hilfe des Steuerprivilegs für gemeinnützige Unternehmen die Versorgung leistungsschwacher Bevölkerungsgruppen mit „gesunden Kleinwohnungen" sicherzustellen, setzt eine saubere Trennung der Marktbereiche voraus.

Die aber wollen wir heute aus vielerlei gesellschaftspolitischen Überlegungen heraus nicht mehr!

Es ist deshalb folgerichtig, wenn die Sachverständigen-Kommission beim Bundesminister der Finanzen eine weitgehende Abschaffung dieses Steuerprivilegs vorgeschlagen hat.

Der Umgang mit unserem Boden

Von der Fläche der Bundesrepublik = 248 694 qkm sind:
Wald 30%
Landwirtschaftliche Fläche 55%
Siedlungsfläche 12%, davon für: Gebäude, Höfe, Garten 6%; Straßen, Wege, Schienen 4,9%; sonstiges 1,1%
Gewässer, Ödland 3%
5968 © Globus

Abschreibungsregelungen scheinen im Wohnungs- und Städtebau noch am ehesten vertretbare Instrumente zur Erzielung gesellschaftspolitischer Zwecke zu sein.

Zwar gilt grundsätzlich, daß steuerliche Abschreibungsfristen dem betriebswirtschaftlichen Werteverzehr zu entsprechen haben. Ohne eine gewisse Typisierung und Pauschalierung wird es aber schon aus zahlreichen verwaltungstechnischen Gründen nicht abgehen.

Wenn man sich dann noch in einem Bereich wie den Wohnungs- und Grundstücksmärkten bewegt, für die je nach Lage und Ausstattung Wertsteigerungen oder Wertverluste und allemal eine unzulängliche Rendite kennzeichnend sind, dann ist es legitim, durch höhere Anfangsabschreibungen (zum Beispiel Paragraph 7 Abs. 5 EStG) oder durch „Schnellst-Abschreibungen" (beispielsweise im Pragraphen 82a ff. DVEStG) stimulierend in Marktabläufe einzugreifen, um Neubauten zu fördern oder zur notwendigen Bestandspflege Modernisierungsinvestitionen zu begünstigen.

Wenn bei dieser Gelegenheit gleichzeitig das allseits bejahte Ziel des Energieeinsparens besonders gefördert wird, ist das aber nur konsequent.

Interessanterweise haben wir in den letzten Jahren in der Bundesrepublik erlebt, wie mit steuerlichen Maßnahmen betriebene gesellschaftliche Zielsetzungen plötzlich nicht mehr gelten sollen, wenn die eingetretenen Wirkungen aus einer anderen Zielsetzung heraus nicht mehr erwünscht sind.

Erhöhte Abschreibungen, sofortiger Werbungskosten-Abzug in Verbindung mit sehr hohen Finanzierungskosten bewirkten zwar eine beachtliche Neubauproduktion und einen erheblichen Modernisierungsschub: das war aber plötzlich in den Erscheinungsformen des Bauherrenmodells oder des Erhaltungsmodells verteilungspolitisch unerwünscht.

Deshalb wurden dagegen andere steuerpolitische Instrumente, nämlich die Verschiebung des Ansatzes von Verlusten im Rahmen der Einkommensteuer-Voraussetzung (Paragraph 37 Abs. 3 EStG) und die Abschaffung der Mehrwertsteuer-Option eingesetzt, und wieder zeigte sich: Wer sich auf den Pfad sektoraler und gruppenspezifischer steuerlicher Regelungen begibt, landet im Labyrinth.

Vergleichsweise übersichtlich ist die steuerpolitische Einflußnahme auf den Wohnungs- und Städtebau nur, wenn einheitlich für bestimmte Aufwendungen der privaten Lebensführung Sonderausgaben oder vergleichbare Abzüge anerkannt werden. Für den Bereich des selbstgenutzten Wohneigentums ist dies durch die Grundförderung und das Baukindergeld geschehen.

In der Wohnungs- und Städtebaupolitik sind auch in der Zukunft vielfältige gesellschaftspolitische Aufgaben zu erfüllen. Das steuerpolitische Instrumentarium ist aber zu deren Erfüllung weitgehend untauglich. Geeignete Mittel wie prinzipieller Steuerverzicht, klare Sonderausgaben-Vorschriften für alle oder großzügige Abschreibungsbestimmungen ebenfalls für alle sind jedoch teuer und haben gelegentlich auch nicht gewollte unerwünschte Nebenwirkungen.

Feinsteuerung führt aber unweigerlich zu dem Chaos komplizierter Regelungen und bleibt in ihren Wirkungen auch noch fragwürdig. Diese Gratwanderung bleibt dem Steuerpolitiker nicht erspart, wenn er sich auf den gefährlichen Weg begibt, gesellschaftspolitische Ziele anzustreben. Das gilt auch für den Wohnungs- und Städtebau.

Der Autor ist Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Wenn Mieter mit Eigenmitteln ihren Wohnkomfort erhöhen

37 Prozent der 14 Millionen Mietwohnungen haben weder Bad/WC noch Sammelheizung

Von FRIEDRICH MALZ

Die Erneuerung, Erhaltung und Pflege unserer Städte, Siedlungen und insbesondere ihres Wohnungsbestandes bleiben eine Daueraufgabe. Dieses Tätigkeitsfeld hat sich zwar in den letzten zehn Jahren immer mehr von großflächigen Sanierungen hin zur Gebäude- und Wohnungsmodernisierung sowie zur unmittelbaren Wohnumfeldverbesserung verlagert. Doch haben nach wie vor bundesweit 37 Prozent der insgesamt 14 Millionen Mietwohnungen weder Bad/WC noch Sammelheizung.

Bei rund sieben Millionen Wohnungen entsprechen Grundriß, sonstige Ausstattung, Haustechnik oder Bausubstanz nicht mehr heutigen Bedürfnissen und Standards. Dieser große Nachholbedarf in der Wohnungsmodernisierung wächst zudem ständig durch den Alterungsprozeß der Wohngebäude. Aus städtebaulicher Sicht wird beklagt, daß insbesondere ältere und liebenswerte Wohnquartiere sich qualitativ verschlechtern, weil unzureichende Investitionen in der Wohnungsmodernisierung getätigt werden.

Soweit die Eigentümer die Modernisierung nicht durchführen können und wollen, sind aber häufig die Mieter daran interessiert, die von ihnen genutzte Wohnung auf den gewünschten und zeitgemäßen Ausstattungsstandard zu bringen. Das ist seit 1982 rechtlich problemlos möglich, soweit sich Vermieter und Mieter einvernehmlich zu entsprechenden baulichen Maßnahmen entschließen. Die bis dahin herrschende Rechtsunsicherheit bei mieterseitigen Modernisierungen ist durch eine vom Bundesjustizministerium herausgegebene Mustervereinbarung, die als Zusatz zum Mietvertrag tritt, behoben. Sie ist kostenlos beim Bundesjustizministerium erhältlich.

In verschiedenen Großstädten wird diese „Mieter-Modernisierung" auch durch kommunale Mittelbereitstellung unterstützt. Ein Anruf beim Amt für Wohnungswesen kann hier Klarheit schaffen. Einen weiteren Anreiz für den Mieter bietet die Möglichkeit der steuer- und prämienunschädlichen Verwendung von Bausparmitteln bei einer einvernehmlich zwischen Hauseigentümer und Mieter zustande gekommenen Modernisierung.

Immerhin fließen nach Auskunft der Bausparkassen rund drei Prozent der für Modernisierung bereitgestellten und ausgezahlten Darlehen und Mittel an von Mieter veranlaßte bauliche Maßnahmen. Nach offiziellen Schätzungen werden jährlich rund 250 000 Wohnungen auf diesem Wege modernisiert. Angesichts des unverändert hohen Nachholbedarfs bleibt es wünschenswert, daß die Hauseigentümer auch auf diese Möglichkeit der Verbesserung und Erhaltung ihrer Vermögenswerte zurückgreifen.

Beim partnerschaftlichen Zusammenwirken von Hauseigentümer und Mieter, von Vermieter- und Mietergemeinschaft stehen vornehmlich bauliche Maßnahmen an zur Verbesserung

- des Zuschnitts der Wohnung und der Funktionsabläufe innerhalb derselben,
- der Belichtung und Belüftung,
- des Schallschutzes und der Wärmedämmung,
- der Energie- und Wasserversorgung sowie
- der sanitären Einrichtungen.

Die Maßnahmen können sich auch auf die Verbesserung des Wohnumfeldes und, soweit sich mehrere Eigentümer daran beteiligen, auf einen ganzen Wohnblock und dessen Wohnumfeld erstrecken.

Bei der Modernisierung durch den Mieter ist nicht nur an Maßnahmen zu denken, die der einzelne Mieter oder alle Mietparteien gemeinsam in baulicher Selbsthilfe oder durch Vergabe von Bauleistungen erbringen, sondern vor allem auch an die finanzielle Beteiligung des Mieters an den Maßnahmen des Vermieters.

Richtig gestaltet sind solche baulichen Maßnahmen und Finanzierungsbeiträge ein Mittel, die nachhaltigen Wohnkosten-Belastungen des Mieters bei steigendem Wohnwert niedrig zu halten, dem Vermieter seinen Hausbesitz und seine Vermögenswerte langfristig zu sichern.

Diese wirkungsvolle Ergänzung zur Erhaltung und Pflege des Wohnungsbestandes sowie des Stadtbildes ist mithin eine flankierende Maßnahme zur gesamten Stadterneuerung. Das Städtebauinstitut in Bonn hat diese Form der Bestandserhaltung seinerzeit mit auf den Weg gebracht, das gilt für die Lösung der Rechtsfragen und die Fördermodalitäten gleichermaßen.

Ein vom Institut herausgegebener Ratgeber „Wohnungsmodernisierung durch den Mieter" bringt Licht in das Gewirr möglicherweise auftretender Fragen. Die Broschüre unterrichtet umfassend über die rechtlichen Instrumente und die finanziellen Anreize, und zwar sowohl über die einzelnen baulichen Modernisierungsmaßnahmen, die der Mieter selbst durchführt, als auch über Maßnahmen, in denen er sich durch Zahlung eines Beitrages an den Hauseigentümer beteiligt.

Der Autor ist wissenschaftlicher Referent am Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparen, Bonn.

Leichtes Aufatmen bei den Bausparkassen

In den Chefetagen der 31 deutschen Bausparkassen haben sich die Mienen wieder etwas aufgehellt. Seit gut einem Jahr ist es mit der geschäftlichen Flaute vorbei. Zumindest im Neugeschäft, also dem Abschluß neuer Bausparverträge, gab es einen spürbaren Ruck. Die Zeichen stehen wieder auf Wachstum. So signalisierten die 18 privaten Bausparinstitute für die erste Jahreshälfte 1986 gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres 8,7 Prozent mehr Neuverträge über 25,3 Milliarden Mark Bausparsummen (plus 9,4 Prozent).

Ähnliche Zuwachsraten vermelden die 13 Landesbausparkassen, die als öffentlich-rechtliche Institute zum Sparkassen-Lager gehören: Sie verbuchten in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres neun Prozent mehr Neuverträge mit um sieben Prozent gestiegenen Bausparsummen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieses Schönwetter-Klima weiter anhält, wenngleich die Qualität eines Bausparjahrgangs entscheidend erst durch das Jahresschlußgeschäft, also in den letzten Wochen vor dem Jahresultimo, geprägt wird. So, wie die Dinge liegen, haben die verbesserten konjunkturellen Rahmenbedingungen, nämlich Preisstabilität, überwiegend rückläufige Baulandpreise sowie die Zunahme bei den Realeinkommen, nunmehr positiv auch auf das Bauspargeschäft durchgeschlagen.

Erkennbar wurde der Wandel bereits in der Güte des Bausparjahrgangs 1985: Alle deutschen Bausparkassen zusammen kamen im vergangenen Jahr, das noch durch eine schwache erste Halbzeit gekennzeichnet war, sozusagen im Schlußspurt dann doch noch mit rund 2,6 Millionen Neuverträgen über Bausparsummen von 78,7 Milliarden Mark auf Zuwächse von 3,3 beziehungsweise 5,1 Prozent. Die Bausparbranche hält sich dabei zugute, den Klimaumschwung zu einem beträchtlichen Teil durch ihre Innovationen und Kreationen auf dem Sektor der Tarifgestaltung und der Verbundfinanzierung wesentlich mitgefördert zu haben. Mit viel Werbegetrommel wurden und werden neue Tarife oder Finanzierungsangebote wie zum Beispiel Dispo 2000, Bonustarif, Rendite-Sparprogramm und vieles andere mehr auf die Bundesbürger losgelassen, eine Flut, die selbst manchen Bausparfachleuten die Übersicht verschwimmen läßt.

Letzten Endes bewies sich freilich erneut die alte These, daß dem jeweiligen Vorreiter alle anderen Bausparinstitute früher oder später mit gleichen oder leicht modifizierten Tarifangeboten folgen. Der scharfe Wettbewerb unter den Kassen sorgt schon dafür.

Und nicht nur unter den Bausparkassen tobt ein heftiger Konkurrenzkampf. Längst hat der gesamte Bankensektor das Feld der Baufinanzierung entdeckt und fährt – wie auch die Versicherungen – den Spezialinstituten, also neben den Hypothekenbanken immer stärker auch den Bausparkassen, mit attraktiven Programmen in die Parade. So mußten die Bausparkassen zusehen, wie insbesondere im Schnellspar- und -finanzierungsbereich im Zuge der allgemeinen Zinssenkungstendenz an den Märkten die Banken ihnen potentielle Kundschaft ausspannten.

Beschwichtigend wird von den Bausparkassen darauf verwiesen, daß sich damit die Struktur des Geschäftes verbessere. In der Tat bekommt dem Bausparen als kollektiver Sparform die längerfristige Note auch besser. Wie auch die „Blutauffrischung" im Bestand durch den steigenden Anteil junger Bausparer nur von Vorteil sein kann. Dies kann jedoch nicht überdecken, daß sich die Branche nach wie vor mit einem schwerwiegenden Problem konfrontiert sieht: Dies ist die praktisch seit Beginn der achtziger Jahre anhaltende Schrumpfungstendenz bei Spargeldeingang, wenngleich sie sich zuletzt etwas abgeflacht hat.

Nicht von ungefähr bekommt denn auch der Gesetzgeber von den Bausparinstituten permanent die Forderung zu hören, die staatlichen Vergünstigungen für das Bausparen zu verbessern, um auf diese Weise dem Bausparfleiß vielleicht zusätzliche Impulse zu geben.

Zwar konnten in den vergangenen Jahren die gewachsenen Tilgungsleistungen die abgesackten Spargeldzuflüsse in etwa ausgleichen. Dies reichte allerdings nicht aus, die Wartezeiten bis zur Zuteilung zu halten. Die Wartefristen insbesondere für den eiligen Bausparer, der auf einen Schlag beispielsweise 50 Prozent der Bausparsumme als Sparleistung einbezahlt und auf alsbaldige Zuteilung hofft, haben sich in den zurückliegenden Jahren beträchtlich verlängert. Aber auch für den sogenannten Regelsparer, der durch sporadische Sonderzahlungen das Zuteilungstempo zu beschleunigen versuchte, ergaben sich vielfach von ihm nicht einkalkulierte und deshalb ärgerliche, da verlängerte, Wartefristen.

Inzwischen haben es die meisten Bausparinstitute geschafft, bei den sogenannten Standardtarifen – die neuen Tarifangebote verwischen die weiterhin vorhandene Problematik etwas – zu einer Stabilisierung der Zuteilungsfristen zu kommen. Zu diesem Zweck mußten auch außerkollektive Mittel mobilisiert werden, die natürlich die Ertragsrechnung stärker beanspruchen.

Dies wiederum ist ein Handikap bei der Bildung einer angemessenen Eigenkapitaldecke. So wird man denn sicherlich auch weiterhin damit rechnen können, daß die Bausparkassen, um nicht eine unheilvolle Schraube in Gang zu setzen, zu weiterer Phantasie in Sachen Finanzdienstleistungen angespornt bleiben.

Wenn sie es wohl auch ungern einräumen, so sitzen den Bausparkassen-Managern doch zwei Seelen in der Brust: Zum einen kommt es letztlich auch ihrem Geschäft zugute, daß das derzeit verhältnismäßig niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt die Klimaverbesserung am Wohnungs- und Baumarkt fördert. In Anbetracht der relativ stabilen Konjunktur- und Arbeitsmarktlage und erstmals wieder spürbar werdende realen Einkommensverbesserungen fällt der da und dort zunächst zurückgehaltene Entschluß nun vielleicht doch leichter, an die Realisierung des Bau- oder Kaufwunsches zu gehen.

Sollte sich jedoch der Zinstrend irgendwann einmal wieder umkehren und in die andere Richtung zeigen, dann würden die Vorteile des zinsgünstigen Bauspardarlehens wieder stärker zu Buche schlagen, auch wenn Zinssteigerungen insgesamt nicht gerade positiv auf die Baukonjunktur ausstrahlten und von den Bausparkassen deshalb eigentlich nicht herbeigewünscht werden sollten.

Das Vertrauen, das der Bundesbürger in die Funktionstüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Bausparkassen setzt, ist enorm: Rund 17 Millionen Bausparer sind es, die Ende letzten Jahres 24,5 Millionen Bausparverträge über eine Bausparsumme von insgesamt fast 850 Milliarden Mark unterhielten. Dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen und immer neue Sparer für diese Zwecksparform zu gewinnen ist eine große Aufgabe, der sich die Branche immer wieder stellen muß.

WERNER NEITZEL

Ohne kommunalen Einsatz ist keine bessere Infrastruktur möglich

Gemeinden wird eine ausreichende Grundstücksvorratspolitik empfohlen

Von ROLF SCHOECK

Bei der Verbesserung der städtebaulichen Infrastruktur müssen private Initiative, kommunales Engagement und staatliche Förderung zusammenwirken. Kommunale Investitionen sollen die Rahmenbedingungen schaffen, insbesondere für den Wohnungsneubau, die Wohnungsmodernisierung und für die Erhaltung und Neuansiedlung von Gewerbebetrieben.

Zur Finanzierung dieser Vorhaben ist es notwendig, Mittel aus den einzelnen staatlichen Förderprogrammen einzusetzen und unter Berücksichtigung der außerdem benötigten Fremdmittel Gesamtfinanzierungen mit einer tragbaren Belastung sicherzustellen. Dabei müssen die an der Förderung mitwirkenden staatlichen Stellen, die Kommunen als Planungsträger und als Investoren sowie private Bauherren und Investoren zusammengeführt werden.

Die Landeskreditbank Baden-Württemberg (LKB), die im Jahr 1972 zur Unterstützung des Landes Baden-Württemberg bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben errichtet wurde, mißt aufgrund ihrer Erfahrungen dem koordinierten Einsatz von Fördermitteln besondere Bedeutung zu.

Neben Förderaufgaben für den Wohnungsbau und die gewerbliche mittelständische Wirtschaft führt die Bank seit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes die bankmäßige Abwicklung der Einzelprogramme zur Stadterneuerung durch.

Im Rahmen dieser bankmäßigen Abwicklung legt sie aufgrund der Bewilligungsbescheide die entsprechenden Konten an, nimmt Auszahlungsanträge entgegen, ruft die für die Auszahlung erforderlichen Bundes- beziehungsweise Landesmittel ab und vollzieht die Auszahlung. Insgesamt betreut die LKB in diesem Zusammenhang einen Kapitalbestand von über 3,2 Milliarden Mark.

Ihre Übersicht über die verschiedenen für die Stadterneuerung relevanten Förderprogramme ebenso wie über die Entwicklungen der Finanzmärkte ermöglicht der Bank eine umfassende Beratung von Kommunen und privaten Investoren.

Eine der Hauptaufgaben der kommunalen Entwicklungspolitik und damit auch der Stadterneuerung liegt in der Bereitstellung baureifen Geländes für Bauwillige. Über den Rahmen der Bauleitplanung hinaus kann eine Kommune die städtebauliche Entwicklung um so mehr beeinflussen, als sie selbst Eigentümer baureifer Grundstücke ist. Sie benötigt diese Grundstücke insbesondere

- für den Bau eigener Infrastruktureinrichtungen,
- zur Abgabe an Investoren, deren Vorhaben sie unterstützen will,
- als Tauschgelände, zum Beispiel bei der Verlegung störender Betriebe.

Voraussetzung für eine solche Gestaltung der städtebaulichen Infrastruktur durch die Gemeinde ist eine aktive kommunale Grundstücksvorratspolitik. Die Gemeinde muß dazu in der Lage sein, sich bietende Gelegenheiten zum Ankauf von Grundstücken zu nutzen und diese Grundstücke dann bis zu dem für die Verwendung vorgesehenen Zeitpunkt vorzuhalten.

Eine solche Grundstücksvorratspolitik wird eine Gemeinde nur betreiben, wenn nach einiger Zeit angemessene Einnahmen zu erwarten sind, zum Beispiel durch den Weiterverkauf der erworbenen und erschlossenen Baugrundstücke oder durch die Auszahlung von Fördermitteln. Gleichwohl muß die Gemeinde während der Dauer des Vorhaltens der Grundstücke Fremdmittel aufnehmen und finanziell verkraften, was letztlich häufig zu einer Einschränkung oder Verschiebung anderer kommunaler Investitionen führt.

In dieser Situation hat sich die im Jahr 1981 von der LKB als rechtlich unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtete LKB-Kommunal-Finanz bewährt. Aufgrund eines zwischen Gemeinde und dem Institut abgeschlossenen Vertrags übernimmt die Kommunal-Finanz auftragsgemäß Finanzierungen von Grundstückskäufen, Erschließungen und kommunalen Baumaßnahmen. Die Gemeinde bleibt dabei uneingeschränkt Herr des Verfahrens.

Das Institut wird nur im Auftrag der Kommune tätig und übernimmt die Zahlung der Kosten für die entstandenen Aufwendungen. Eingehende Beträge, wie Verkaufserlöse, Erschließungsbeiträge oder staatliche Zuschüsse, überläßt die Gemeinde der Kommunal-Finanz zum Ausgleich für die vom Institut geleisteten Zahlungen.

Die Gemeinde belastet damit ihren Haushalt nach Abrechnung der Maßnahme lediglich noch mit etwa verbleibenden Nettobeträgen. Werden bei einer Maßnahme Überschüsse erzielt, führt das Institut diese an die Gemeinde ab. Die Gemeinde kann somit unter Nutzung aller Förder- und Finanzierungsinstrumente Grundstücksvorratspolitik betreiben, ohne ihre finanziellen Spielräume einzuengen und ohne andere Maßnahmen zugunsten der Bodenpolitik einschränken zu müssen.

Seit seinem Bestehen hat das Institut im Auftrag baden-württembergischer Städte und Gemeinden in über 350 Fällen Maßnahmen der städtebaulichen Infrastruktur mit einem Volumen von über 550 Millionen Mark übernommen.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Landeskreditbank Baden-Württemberg, Karlsruhe.

Neue Leitbilder der Wohnungspolitik

Versorgung und Eigentum im Widerstreit? – Trend zum Eigenheimbau erwartet

Auf dem diesjährigen Königsteiner Gespräch des Städtebauinstituts (Bonn) vertrat der Direktor des Instituts, Martin Oschmann, folgende Thesen:

- Die Wohnversorgung in der Bundesrepublik sei gegenwärtig durch einen Widerspruch gekennzeichnet: Einerseits sei der Wohnungsmangel global überwunden, andererseits gebe es lokale und schichtenspezifische Mangellagen, welche die Träger der staatlichen Wohnungspolitik zum Eingreifen zwängen. Zweifelhaft sei nun, ob dafür eine besondere Förderung des Neubaues notwendig sei; zumindest müßten nach Meinung Oschmanns auch weitere Möglichkeiten der Wohnungsbestandspolitik ausgeschöpft werden.
- Der Mietwohnungsbau, einschließlich des Baues von Eigentumswohnungen zur Kapitalanlage, werde wahrscheinlich noch weiter zurückgehen. Dafür werde der Eigenheimbau, besonders als Bau von Einfamilienhäusern, jedenfalls anteilig am gesamten Wohnungsbau, noch zunehmen.
- Im wesentlichen entscheide die Wohnkaufkraft des Investors über die Investition, auch im Wohneigentum, das heißt seine Fähigkeit, das nötige Eigenkapital aufzubringen und nachhaltig die Lasten aus dem Objekt zu tragen. Beides sei jedoch abhängig von der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Meinung des Investors darüber; beide bestimmten gerade nach Beseitigung des globalen Wohnungsmangels wesentlich das Ausmaß der Wohnungsnachfrage allgemein und der Nachfrage nach Wohneigentum im besonderen (damit auch den Wohnungsbau).
- Dabei stehe das neugeschaffene Wohneigentum jedoch im Wettbewerb einerseits mit anderen Vermögensanlagen, der um so schärfer sei, je besser der Haushalt des Investors mit Wohnraum versorgt ist, und mit dem Angebot an vorhandenem Wohneigentum. Bei diesem dürfe nicht nur an das Angebot an Eigentumswohnungen aus der Umwandlung von Mietwohnungen oder an ursprünglich zur Kapitalanlage bestimmten Wohnungen gedacht werden.
- Die Konkurrenz des Angebots an gebrauchtem Wohneigentum mit dem Neubau werde sich weiter verschärfen. Der Erwerb aus dem Bestand vergrößere das Wohnangebot jedoch nur begrenzt.
- Die verstärkte Konkurrenz des Angebots an gebrauchtem Wohneigentum habe auch wesentliche Konsequenzen für die Preisbildung im Neubau. Jedenfalls dürften die Kosten der Bauerstellung in Zukunft nicht mehr so leicht wie bisher an die Endverbraucher des Wohneigentums weitergegeben werden können.
- Auch wenn der Wohneigentümer, insbesondere der Eigenheimer, Fragen der dauernden Vermietbarkeit seines Objekts nicht zum ausschlaggebenden Kriterium seiner Entscheidungen mache, so werde er doch wesentlich darauf abstellen, daß seine Investition auf die Dauer nicht an Wert verliere. (WP.)

Instandsetzung ist auf dem Vormarsch

Privateigentum soll auch weiter gefördert werden

Von WALTER ENGLERT

Die „neue Wohnungsnot", die Anfang der 80er Jahre konstatiert wurde, verschwand ebenso rasch, wie sie aufgetaucht war. Die Wohnungsleerstände von 1985, publizistisch wirksam aufgebauscht, sind inzwischen wieder geschrumpft. Eine so rasche Abfolge von völlig konträren Lagebeurteilungen wäre ohne das Fehlen einer aktuellen und akzeptierten Datenbasis wohl kaum denkbar gewesen. Heute, noch immer ohne Daten, aber immerhin mit der Hoffnung auf die Volkszählung 1987, kann man davon ausgehen, daß die Wohnungssituation in der Bundesrepublik wohl ausgeglichen ist.

Unbestritten sind gleichzeitig die Disparitäten räumlicher und sachlicher Art – aber auch zielgruppenbezogen –, die noch abzudecken sind. Mit der veränderten Wohnungsmarktsituation hat sich gleichzeitig ein Wandel im wohnungspolitischen Zielsystem ergeben. Im Vordergrund stehen heute nicht mehr Mengeneffekte, sondern strukturelle Zielsetzungen wie die Förderung des privaten Wohneigentums und die Einflußnahme auf räumliche Entwicklungen, also die Stadtentwicklung.

Förderung des privaten Wohneigentums, von der Bundesregierung in der Regierungserklärung als ausdrückliches Ziel genannt, bedeutet dabei unter den heutigen Bedingungen bereits zu einem erheblichen Teil Förderung des Wohnungsbestandes. Denn Wohneigentum wird – begünstigt durch die Ausdehnung des Paragraphen 7 b EStG und der Grunderwerbsteuerbefreiung auf den Gebrauchtwohnungserwerb –, in immer stärkerem Maße aus dem Bestand erworben.

Die Umsätze im Gebrauchtwohnungsmarkt dürften heute kaum noch unter denen des selbstversorgerischen Neubaus liegen. Gleichzeitig – und das ist noch wichtiger – ist mit dem Erwerb eines gebrauchten Eigenheims oder einer Eigentumswohnung in aller Regel eine grundlegende Instandsetzung oder gar Modernisierung verbunden. Dies schlägt sich auch bereits in der Baustatistik nieder. Schon seit Jahren entwickeln sich die Investitionen im Wohnungsbestand wesentlich günstiger als der Neubau. Der Anteil der Bauleistungen an bestehenden Gebäuden hat in den letzten Jahren rasch zugenommen und liegt derzeit bei etwa einem Drittel der Bauleistungen. Im internationalen Vergleich ist dieser Wert allerdings immer noch bescheiden.

Abschreibungsparagraph wurde erweitert

Städtebaupolitik, über Jahrzehnte hinweg im Schatten der sozial- und konjunkturpolitischen Ausrichtung des Wohnungsneubaus, gewinnt als eigenständiges wohnungspolitisches Instrument zunehmend an Bedeutung. Verdeutlicht wird dies durch die Verdreifachung des Verpflichtungsrahmens des Bundes für die Städtebauförderung in den Jahren 1986 und 1987.

Gleichzeitig hat sich aber auch das Verständnis der Stadtsanierung in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Während früher großflächige Sanierung und Abriß im Mittelpunkt standen, liegt heute das Gewicht auf Instandsetzung und Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz. Die Erhöhung der Bundesmittel für die Städtebauförderung hatte insofern Signalwirkung, als bewußt auf eine zusätzliche Förderung des Wohnungsbaus in Form früherer Konjunkturprogramme zugunsten des Wohnungsbestands verzichtet wurde.

An Stelle einer undifferenzierten Modernisierungsförderung – etwa das „Fensterprogramm" mit seinen erheblichen Mitnahmeeffekten –, wurden außerdem mit der Erweiterung der Abschreibung nach Paragraph 82 a EStDV auf den Einbau von Heizungs- und Warmwasseranlagen in ältere Gebäude gezielt solche Bestandsverbesserungen honoriert, die auch aus umwelt- und energiepolitischen Gründen sinnvoll sind.

Eigeninitiative ist unverzichtbar

Die Gründe, die für eine weitere nachdrückliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums sprechen, gerade auch im Rahmen der Überlegungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, haben in den letzten Jahren eher an Gewicht gewonnen.

Familie und eigenverantwortliche Altersvorsorge, beides Begriffe, die im unmittelbaren Umfeld des Eigenheims angesiedelt sind, werden wieder *häufiger – und sorgenvoller – in* der politischen Diskussion aufgegriffen. Die Städtebaupolitik besitzt die Instrumente, mit denen die Wohneigentumsbildung in Zukunft räumlich sinnvoller gesteuert werden kann. Ein attraktives innerstädtisches Umfeld fördert die Bereitschaft, dort zu investieren – und nicht nur dies; wer in den eigenen vier Wänden wohnt, hat auch ein starkes persönliches Interesse, diese zu erhalten und ansprechend zu gestalten.

Ohne diese Eigeninitiative als Triebfeder ist Stadterneuerung unter *den heutigen Gegebenheiten undenkbar.* Für den Staat bedeutet sie ein Stück Stadterneuerung zum Nulltarif.

Daß deswegen bei der Gewichtung der künftigen strukturellen Ziele der Wohnungspolitik die Förderung der Wohneigentumsbildung vorrangig sein muß, bedarf keiner Erläuterung. Nur wenn das Potential derer, die in der Lage sind, sich den Wunsch nach Wohneigentum zu erfüllen, ausreichend groß ist, kommt der Gesichtspunkt der räumlichen Steuerung voll zum Tragen. Hier ist noch viel zu tun.

Die Eigentumsquote in der Bundesrepublik hat sich zwar bis heute kontinuierlich auf über 40 Prozent erhöht. Träger des Wachstums waren jedoch in erster Linie die Haushalte der „oberen" Einkommensgruppen, wo die „Zielquote" der Bundesregierung von 50 Prozent schon erreicht sein dürfte. Ein weiteres Ansteigen der Quote ist deswegen nur dann zu erreichen, wenn zusätzliche Haushalte der unteren Einkommensschichten Hilfestellung zur Erlangung der Eigenheimreife bekommen.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender des Deutschen Volksheimstättenwerkes, Bonn



Verkehrsberuhigte Straßen sollen die City für Bürger wieder attraktiver machen FOTO: DIE WELT

Wie die Wohnqualität verbessert werden kann

Verkehrsberuhigung als Mittel der Stadterneuerung – Aus den Empfehlungen der Bundesregierung an die Kommunen

Von PETER ROHLAND

Wohnumfeldverbesserung durch Beruhigung des Verkehrs ist eine der wichtigsten städtebaulichen Aufgaben. Wir müssen in den Wohngebieten die Straßen grundlegend verändern, um Wohnlichkeit und Stadtbild deutlich zu verbessern. Wohnungspolitik, Städtebaupolitik und Stadtverkehrspolitik müssen eine Einheit bilden und gemeinsam dazu beitragen, daß der Wohnwert unserer Städte erhalten beziehungsweise verbessert wird, gerade auch für Familien mit Kindern, für alte Menschen und Behinderte." So lautet das Vorwort in der vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1980 herausgegebenen Zeitschrift „Wohnstraßen der Zukunft". Diese Forderungen haben heute unverändert volle Gültigkeit.

Zur Realisierung dieser Ziele hat sich das Instrument der Verkehrsberuhigung als ein sehr erfolgreiches und vergleichsweise sehr schnell realisierbares Konzept erwiesen, so der städtebauliche Bericht „Umwelt und Gewerbe in der Städtebaupolitik" der Bundesregierung vom September dieses Jahres. Mit der Verkehrsberuhigung wird nicht nur eine erhebliche Entlastung der Umwelt erreicht, sie wirkt sich zudem vorteilhaft für Verkehrssicherheit und Verkehrsablauf sowie für die städtebauliche Situation und das Wohnumfeld aus.

Die städtebaulichen Auswirkungen der flächenhaften Verkehrsberuhigungen sowie die Wirkungen auf Verkehrsverhalten, -sicherheit und -verteilung und auf die Umwelt werden in einem von der Bundesregierung Mitte 1981 initiierten Modellvorhaben „Flächenhafte Verkehrsberuhigung" in sechs hinsichtlich ihres Gebietscharakters und ihrer Gebietsgröße unterschiedlichen Gemeinden untersucht. Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es, aus den Modellen Planungsempfehlungen und -hilfen für die Gemeinden zur Durchführung flächenhafter Verkehrsberuhigung abzuleiten.

Neben der „flächenhaften" und „kostengünstigen" Komponente ist bei den Verkehrsberuhigungsmaßnahmen der „integrierte" Ansatz herauszustellen, also die gleichrangige Berücksichtigung von städtebaulichen, verkehrlichen und umweltbezogenen Belangen.

Zusammengefaßt folgt hieraus für die Stadt- und Verkehrsplanung: Mit kostengünstigen Maßnahmen ist in schutzbedürftigen Gebieten der Durchgangsverkehr zu verdrängen, die Attraktivität des Fußgänger- und Radverkehrs sowie des öffentlichen Nahverkehrs zu verbessern, sind die Parkprobleme städtebaulich vertretbar zu lösen und ist vor allem der Kraftfahrzeugverkehr zur rücksichtsvollen Fahrweise mit angepaßter Fahrgeschwindigkeit anzuhalten.

Die bisherigen Erfahrungen mit Maßnahmen der Verkehrsberuhigung haben gezeigt, daß erhebliche Minderungen der durch den Individualverkehr bedingten Lärmbelästigung eingetreten sind, was wiederum eine wesentliche Verbesserung der Gesamtsituation des betroffenen Gebiets zur Folge hat. Bei der Abgasreduzierung sind hingegen nach den ersten Auswertungen der Modellversuche die Möglichkeiten geringer anzusetzen, was schon allein daran liegt, wie im städtebaulichen Recht zutreffend festgehalten wird, daß die bei flächenhaften Maßnahmen einbezogenen Hauptverkehrsstraßen im allgemeinen von den entsprechenden Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgenommen sind, auf ihnen jedoch etwa 70 Prozent der gesamten innerstädtischen Fahrleistung erbracht und damit der Großteil der Abgasbelastungen erzeugt wird.

Gleichwohl können Verkehrsberuhigungsmaßahmen eine abgasarme Fahrweise fördern, so daß auch ein wesentlicher Rückgang bei den Schadstoffemissionen erzielt werden kann.

Dagegen wurde die bei Verkehrsberuhigungsmaßnahmen beabsichtigte soziale und ökologische Funktionsverbesserung, also die Nutzung der Straße als Aufenthaltsraum und ihr Beitrag zur Klimaverbesserung, jedoch nicht immer erreicht. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß das Instrument der Verkehrsberuhigung zu sehr als verkehrsplanerisches Instrument gehandhabt worden ist, also städtebauliche Gesichtspunkte vernachlässigt worden sind. Insbesondere wurde es versäumt, durch bauliche oder gestalterische Maßnahmen Frei- und Grünflächenmengen zu schaffen, also eine Begrünung der Straßenräume vorzunehmen oder hausnahe Verfügungsbereiche den anliegenden Wohnhäusern beziehungsweise Anwohnern zuzuordnen.

Bei den bisher durchgeführten Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wurde deutlich, daß ihr Erfolg sowohl in verkehrlicher als auch in sozialer und ökologischer Hinsicht wesentlich von der Akzeptanz der durchgeführten Maßnahmen bei den Anwohnern abhängt. Dies bedeutet, daß eine Bürgermitwirkung bei derartigen Maßnahmen selbstverständlich geworden ist. Eine erfolgreiche Verkehrsberuhigungsmaßnahme bedingt oftmals eine frühzeitige Beteiligung der Bürger an Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, insbesondere, um die nicht selten vorhandene Diskrepanz zwischen der Planungsidee und der Bürgerakzeptanz zu beseitigen.

Die bisherigen Erfahrungen sprechen dafür, daß Verkehrsberuhigung ein geeignetes Instrumentarium ist, das Wohnumfeld und die Verkehrssicherheit gleichzeitig zu verbessern.

Der Autor ist Geschäftsführer des Deutschen Volksheimstättenwerk, Bonn

So bessert man aus

Unverputztes Ziegelmauerwerk wirkt zwar dekorativ, ist aber schadenanfällig. Wer es „gesund" erhalten will, bessert kleine Schäden, die entstehen, so bald wie möglich aus, um größeren Mängeln rechtzeitig vorzubeugen.

Häßlich sehen Ausblühungen aus: graue oder weiße „Ausschläge", hervorgerufen durch wasserlösliche Salze (Chloride, Nitrate, Sulfate). Sie gelangen durch verdunstetes Wasser an die Oberfläche und werden dort abgelagert. Man entfernt sie mit einer Drahtbürste.

Falsch wäre es, sie abzuwaschen: Dadurch kommen sie nur noch stärker. Nach dem Abbürsten streicht man die Ziegelwand mit einem im Fachhandel erhältlichen neutralisierenden Mittel; die Flüssigkeit durchdringt den Stein und unterbindet weitere Ausblühungen.

Risse im Mauerwerk können zwei Ursachen haben: Setzungen *oder Schrumpfungen.* Setzrisse sind ein Zeichen für nachgebende Fundamente, sie entstehen auch an den Anschlußstellen von nachträglichen Anbauten. Um festzustellen, ob die Setzung noch nicht beendet ist, überbrückt man den Mauerriß mit einem Stückchen Stuckgips; dieses kann aber brechen, falls der Riß sich verbreitert.

Setzungen müssen fachmännisch durch Unterfangen oder Untermauern behoben werden. Breitere Risse füllt man am besten mit flüssigem Mörtel. Dabei verschließt man den vorderen Teil des Risses mit einem weichen Plastikfüller oder deckt ihn mit einem Klebestreifen ab. (itg)

Erhöhter Wohnkomfort

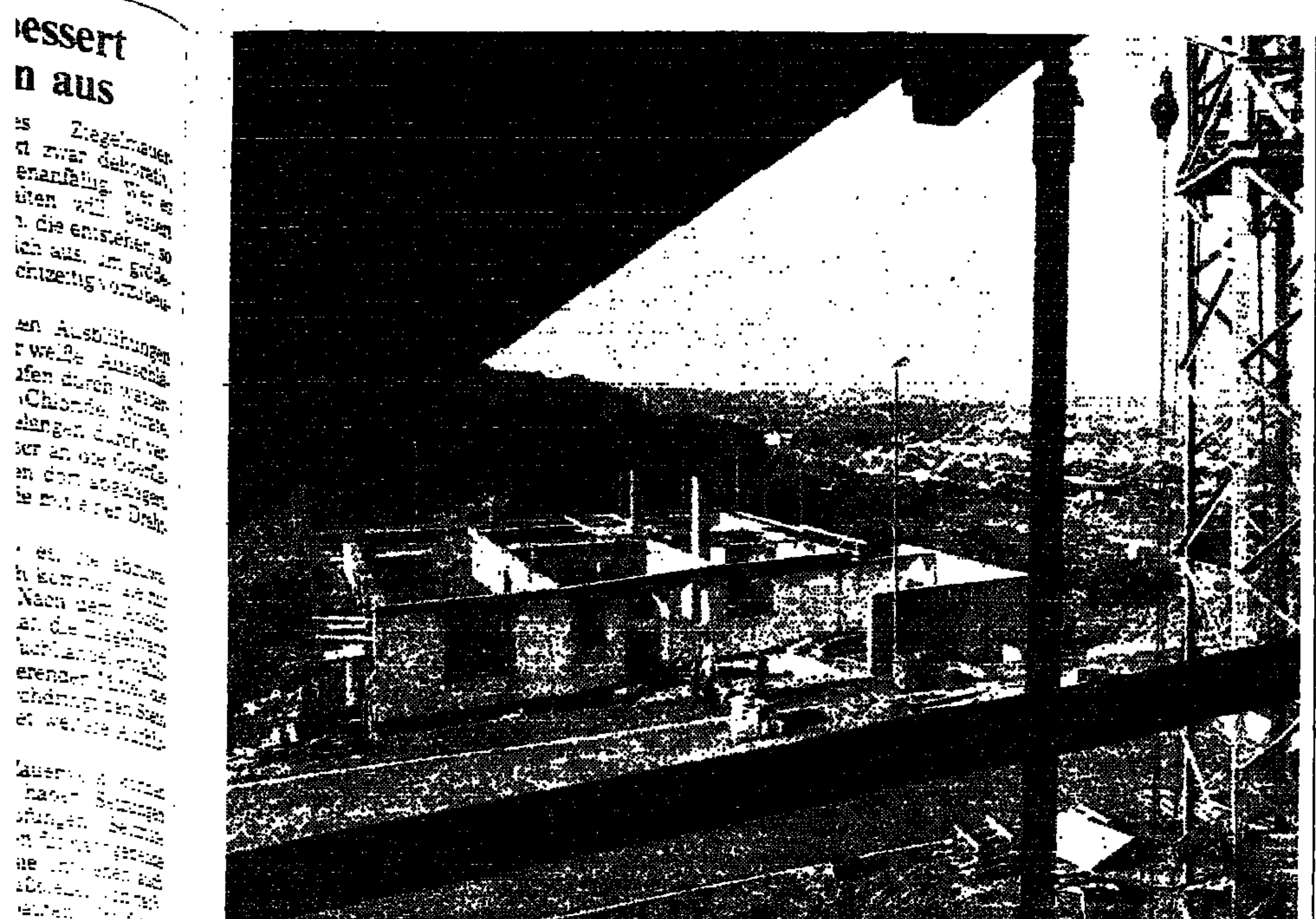
Im Winter geraten Heizkörper und Radiatoren aus zwei Gründen ins Blickfeld der Wohnungsbenützer: als Wärmespender und als „Möbel". Dabei entdecken immer mehr Leute, daß sie „nackte" Heizkörper nicht mögen – weil sie „technisch aussehen" und unpersönlich wirken.

Dem kann unschwer abgeholfen werden: durch Verkleidung verschiedener Art und Ausführung, die Radiatoren ganz oder teilweise unsichtbar macht.

Bei Warmwasser-Heizkörpern ist die Wirkungsweise optimal, wenn die Luft ungehindert daran vorbeistreichen kann. Deshalb muß man bei der „Tarnung" darauf achten, daß möglichst wenig Radiatoren-Oberfläche durch die Verkleidung beeinträchtigt wird. Metallgitter erfüllen diese Forderung in hohem Maße, außerdem dienen sie durch ihr gutes Leitvermögen dem Wärmeaustausch in der Wohnung.

Ziergitter zur Verkleidung von Radiatoren aller Typen (sowohl Rippen- wie auch Flachradiatoren) bietet der Fachhandel in reicher Auswahl an.

Die Gitter sind nicht nur in Standardgrößen lieferbar, sondern werden auf Wunsch auch nach Maß angefertigt. (itg)



Betonburgen sind nicht mehr gefragt: Neubauten am Stadtrand FOTO: M. GROHE

Die Trabantenstädte sind ins Kreuzfeuer der Kritik geraten

Sorgenkinder der Kommunalpolitiker: Leerstehende Wohnungen in Großsiedlungen

Großsiedlungen haben – meist undifferenziert – viele Namen bekommen: Trabantenstädte, Betonburgen, Schlafstädte, Wohnsilos oder Mietskasernen. Welchen Zweck man auch immer mit solchen Titulierungen verfolgt haben mag, sie sind ins Gerede gekommen, Politiker, Verbände und nicht zuletzt die Medien fordern Abhilfe. Abhilfe – wo? Als die WELT kürzlich meldete, „Die Giganten liegen im Koma", da hatte sich schon eine Fülle von Problemen aufgetan und verdichtete sich das Problembewußtsein, wenn auch noch gerätselt wurde, wie dies geschehen könnte. Nun sind aber diese Sorgenkinder des Wohnungsbestandes nicht erst in den letzten Jahren ins Kreuzfeuer der Kritik geraten.

Die Diskussion über *steigende Wohnungsleerstände, Vermietungs- und Belegungsschwierigkeiten* der Wohnungsunternehmen konzentriert sich in der Tat auf die Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre.

Hier stehen also städtebauliche Mißstände und – so meint man – die mangelnde Akzeptanz durch die Mieter einträchtig nebeneinander. Aber auch hier sollte man ein Fragezeichen setzen. Der Geschäftsführer eines großen Berliner Wohnungsbauunternehmens erklärte dazu vor einiger Zeit, der Leerstand in der von ihm verwalteten Siedlung belaufe sich auf weit weniger als ein Prozent, aber überzogene Presseberichte könnten zur weiteren Verunsicherung der Mieter beitragen.

Der Bundesbauminister hielt es deshalb für an der Zeit, die aktuelle Diskussion über die Großsiedlungen aus dem Bereich der Vermutungen und spektakulären Einzelfälle zu lösen und objektive Daten anzubieten. Dafür hatte er Mitte des Jahres 1986 die Ergebnisse einer Untersuchung über den Wohnungsbestand in Großsiedlungen in der Bundesrepublik Deutschland präsentiert, die eine Fülle von Eckdaten liefert und damit – so hofft man – zur Versachlichung der Diskussion beiträgt.

In der Fachdiskussion der letzten Zeit wurde immer deutlicher, daß die Stadterneuerung in ihrer Bedeutung zunimmt und sich dabei auch neuen Aufgaben zuwenden muß. Der künftige Erneuerungsbedarf wird vor allem von fünf Problemkomplexen bestimmt:

Von der Stadtgestalt und den Ortsbildproblemen, Wohnumfeldmängeln, Bausubstanzproblemen, Stellplatzmängeln und allgemeinen Verkehrsproblemen. Wohnumfeldmängel halten bei den Großstädten die Spitzenposition.

Zwar liegt der Schwerpunkt noch bei der Bewältigung der traditionellen Erneuerungsaufgaben, doch treten im Rahmen von Fachdiskussionen und in der Praxis zunehmend neue städtebauliche Aufgabenbereiche in den Vordergrund. So an vorderster Stelle auch die Nachbesserung von Großsiedlungen.

In den Großsiedlungen leben zwei Millionen

Um den erforderlichen Wissenshintergrund für politisch notwendiges Handeln zu erarbeiten und die Zweckmäßigkeit unterschiedlicher Strategien erproben zu können, hat sich das Bundesbauministerium im Rahmen seiner Ressortforschung verstärkt mit den Fragen der Bestandssicherung der Großsiedlungen befaßt. Im Rahmen des sogenannten experimentellen Wohnungs- und Städtebaus können Fragen an konkreten Bauvorhaben in der Praxis untersucht werden. Die Nachbesserung von Großsiedlungen ist ein Schwerpunkt dieses Programms.

Was nützt es, daß Großsiedlungen und Hochhäuser zu Wohnzwecken so gut wie nicht mehr gebaut werden, wenn Leerstände, Bauschäden und eine verstärkte Fluktuation der Mieter zeigen, daß die sogenannten Trabantenstädte für Politiker, Städtebauer und die Wohnungswirtschaft zu einer Hypothek geworden sind.

Gerade um einer pauschalen Abqualifizierung von Großsiedlungen entgehen zu können, war die Vorlage quantitativer Eckdaten zur Einschätzung der Bedeutung dieser Wohnkomplexe für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung und für zukünftige Aufgaben der Stadterneuerung von herausragender Bedeutung. Immerhin geht es um fast zwei Millionen Menschen, die in diesen Siedlungen wohnen.

Schwierigkeiten der Vermieter

Untersucht wurden 233 Großsiedlungen mit über 500 Wohneinheiten. Mindestens 400 000 bis 450 000 öffentlich geförderte Mietwohnungen liegen in den Großsiedlungen. Das sind über zehn Prozent des Gesamtbestandes des öffentlich geförderter Mietwohnungen in der Bundesrepublik.

● Etwa 30 von 100 Wohnungen liegen in den 14 größten Siedlungen mit über 500 Wohneinheiten. Mehr als 50 Prozent der Großsiedlungen umfassen aber nicht mehr als 2000 Wohneinheiten. Ein großer Teil dieser Wohnungen gehört gemeinnützigen Wohnungsunternehmen.

● Vermietungsschwierigkeiten beziehungsweise Wohnungsleerstände sind in dem untersuchten Wohnungsbestand nur teilweise deutlich geworden. Bei zwei Dritteln der Siedlungen liegt die Leerstandsquote zwar unter vier Prozent, diese Durchschnittszahl darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß in einigen Siedlungen auch Leerstände bis zu 35 Prozent entstanden sind.

● Von jeder dritten Siedlung werden Betonschäden – also Schäden an Fassaden und an Dächern – sowie fehlende oder mangelhafte Wärmeisolierung gemeldet.

● Gebäude mit mehr als zwölf Geschossen sind mit einem nennenswerten Anteil nur in den 14 größten Siedlungen der Bundesrepublik zu finden. Die Mehrzahl der Gebäude in den Großsiedlungen hat bis zu sieben Geschosse. Mietwohnungen mit mehr als vier Geschossen in den Großsiedlungen sind selten. Der Anteil an Ein- und Zweizimmerwohnungen ist relativ hoch.

Von Notstand, Mieterfluktuation und Massenflucht ist in der Regel nichts zu erkennen. Tatsache ist aber auch, daß nicht mehr jede Wohnung so ohne weiteres vermietbar ist. Patentlösungen für eine längerfristig akzeptable Wiedereingliederung dieses Teilmarktes in den Wohnungsmarkt sind zur Zeit nicht gegeben, doch gibt es Ansätze, wie mit gestalterischen und organisatorischen Mitteln die Wohn- und Lebensbedingungen in Großsiedlungen verbessert werden können.

Bei den Verantwortlichen ist die Einsicht in die Notwendigkeit zum Handeln vorhanden, wenn auch die Handlungsmuster durchaus unterschiedlich aussehen können. Da gibt es etwa die wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Einige Bundesländer sind bereits dazu übergegangen, Mietobergrenzen festzulegen oder durch zeitlich begrenzte Mietreduzierungen die Situation der Bewohner zu verbessern. Die Miethöhe kann allerdings nicht alleiniges Kriterium für eine Lösung sein. Bei den Großsiedlungen wirken wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Faktoren zusammen. Auch Mietsenkungen sind Grenzen gesetzt, wenn man zugleich eine Konzentration bestimmter sozialer Gruppen in Siedlungen abbauen will. Hier stellen sich auch vielmehr Fragen der wohnungsrechtlichen Bindungen, nach Möglichkeit städtebaulicher Nachbesserung und Erneuerung und nach den künftigen Aufgaben gemeinnütziger Wohnungsunternehmen.

Im städtebaulichen Bereich stehen bisher eine Reihe von Nachbesserungsmaßnahmen im Vordergrund:

Verkehrsberuhigung, Wohnumfeldgestaltung, Mietergärten, Verbesserung der Eingangsbereiche, Verbesserung der Flure und halböffentlichen Bereiche, Fassadenverbesserungen und farbliche Gestaltung.

Welchen baulichen Lösungsstrategien man den Vorzug gibt, hängt ganz entscheidend vom Einzelfall ab.

Nehmen wir beispielsweise das Märkische Viertel in Berlin: Hier gibt es einen Wohnblock von einem Kilometer Länge, der 54 Meter hoch ist und 18 Stockwerke hat. Die Mängel: Es gibt zwar zentrale Einkaufsmöglichkeiten, aber keine sogenannten „Tante-Emma-Läden" oder Handwerksbetriebe. Auch sind die Eingänge völlig unterdimensioniert. Realisiert oder in der Planung sind folgende Maßnahmen:

Die Hauseingänge werden vorgezogen, vergrößert und besser beleuchtet. Abstandsgrün wird nutzbar gemacht. Öder Rasen wird in eine parkartige Landschaft verwandelt, betonierte Kanäle werden rekultiviert und insgesamt Spaziermöglichkeiten geschaffen. Das Einkaufszentrum wird nach außen geöffnet und soll wieder die Funktion eines „alten Marktplatzes" bekommen.

Interessant ist auch eine Lösung, die sich in einer Bremer Siedlung anbietet. Hohe bepflanzte Erdwälle sollen hier den optischen Eindruck der Hochhäuser verbessern, sie kleiner und damit menschlicher erscheinen lassen.

Eine Herausforderung für die Zukunft

In den genannten Beispielen werden auch praktische Ergebnisse des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus sichtbar. Sie waren nicht zuletzt Grundlage für die Entscheidung, im Rahmen der Aufstockung der Städtebaufördermittel die Nachbesserung als Tatbestand städtebaulichen Mißstandes anzuerkennen.

Viele Mieter fühlen sich in diesen Siedlungen wohl, und man sollte dies respektieren. Dennoch bleibt die Nachbesserung von Großsiedlungen oder von Teilen dieser Siedlungen eine administrative, ökonomische, soziale, bauliche und vor allem politische Herausforderung der Zukunft. Man kann von Fall zu Fall sicher auch den Abriß von Siedlungsteilen oder den Rückbau von Hochhauskomplexen in Erwägung ziehen. Beispiele in Frankreich, in den Niederlanden, in Schweden oder in den USA zeigen, daß dies machbar ist. Dennoch muß jeder Einzelfall sorgfältig auf seine rechtliche, ökonomische, wohnungspolitische und städtebauliche Auswirkung geprüft werden, bevor ein solcher Schritt getan werden kann.

Wohnungsleerstände treten häufig dort auf, wo die Wohnungen in den Großsiedlungen gleich teuer oder teurer vermietet werden als Wohnungen in anderen – städtebaulich häufig attraktiveren – Wohngebieten einer Stadt. Soziale Probleme sind vor allem dort zu beobachten, wo eine einseitige Belegung der Wohnungen mit einkommensschwachen Haushalten die soziale Segregation beschleunigt. Aber diese Probleme stellen sich nicht nur in Trabantenstädten, sondern auch in kleineren Siedlungen.

HORST URBAN

Die meisten Hausbesitzer leben auf dem Land

Wohnungseigentum in der Stadt für viele unerschwinglich – Mehr öffentliche Hilfe ist erforderlich

Von WOLFGANG MÜLLER

Vier von zehn Familien besitzen ein eigenes Heim. Aber fast alle haben den Wunsch danach. Jeder kann es gewiß nicht erreichen, für viele jedoch gibt es gute Chancen. In den Städten ist die Unterstützung durch öffentliche Hilfen besonders wichtig.

Der Wunsch nach den „eigenen vier Wänden" hat vielschichtige Motive. Einige seien aufgezählt: sein eigener Herr sein, Entfaltung der Familie und Kreativität in der Ausgestaltung, der Garten – ein Stück Natur beim Eigenheim, sicheres und finanziell kalkulierbares Wohnen auch im Alter und nicht zuletzt schlichter Besitzerstolz.

Das Statistische Bundesamt hat für 1982 die Anteile der Eigentümerhaushalte an der jeweiligen Gesamtzahl der Haushalte festgestellt. Die nachstehende Tabelle zeigt, daß in den ländlichen Regionen sehr viel mehr Familien ein Heim ihr eigen nennen können als in den städtischen Bereichen. Am geringsten ist die Eigentumsquote in den Großstädten (Tabelle 1).

Die wichtigsten Gründe für die niedrigeren Werte in den städtischen Bereichen liegen auf der Hand. Knappe und teure Grundstücke sowie geringere Möglichkeiten der Nachbarschafts- und Verwandtenhilfe erschweren die Eigentumsbildung von der Kostenseite her, die höheren Lebenshaltungskosten und Mieten sowie sonstige Aufwandszwänge engen sowohl den finanziellen Spielraum in der Ansparphase der Eigenmittel als auch die Belastungsmöglichkeiten in der Nutzungsphase erheblich ein.

Wohneigentum als Statussymbol ist in ländlichen, kleinstädtischen Regionen bedeutsamer als in großstädtischen Bereichen, wo auch hoher Lebensstandard, teure Liebhabereien, aufwendige Reisen und dergleichen Ansehen verschaffen. Der Wunsch nach Anonymität, Mobilität und andere Anlagepräferenzen können ebenfalls zum bewußten Verzicht auf das eigene Heim führen. Die Wohneigentumsquote wird also mit zunehmender Gemeindegröße und Verdichtung abnehmen. Daß selbstgenutztes Wohneigentum nicht zwangsläufig ein Ausdruck finanzieller Leistungsfähigkeit sein muß, zeigt sich in den Großstädten, wo die Miete einer gut gelegenen, großzügigen und entsprechend ausgestatteten Wohnung samt laufendem Unterhalt – einschließlich Möblierung – sehr viel teurer sein kann als vergleichbares Wohneigentum. Auch aus der hohen Eigentumsquote in mehr landwirtschaftlich orientierten Ländern mit wesentlich niedrigerem Pro-Kopf-Einkommen und Lebensstandard als in der Bundesrepublik, ist zu schließen, daß einfach ausgestattetes, bescheidenes Wohneigentum billiger sein kann als die Kosten einer Mietwohnung, vorausgesetzt, es gibt überhaupt ein Angebot.

Dennoch ist es aus wohnungs- und sozialpolitischen Gründen, aber auch im Interesse der Lebensqualität sinnvoll, die Eigentumsbildung in den Städten im Rahmen des Möglichen besonders zu fördern. Das betrifft sowohl den Erwerb von Geschoßwohnungen – zum Teil durch Umwandlung von Mietwohnungen – als auch von Eigenheimen. Davon wird je nach vorhandenem Bestand und Angebotssituation ein mehr oder weniger großer Teil über den Gebrauchtmarkt gedeckt werden können. Im Neubaubereich würden am freien Markt jüngere Familien mit durchschnittlichem Einkommen und „normaler" Kapitalausstattung kaum zum Zuge kommen (Tabelle 2).

Deshalb sind in den Stadtregionen als Ergänzung zur Förderung durch Bundesgesetze und Länderprogramme kommunale Initiativen zugunsten dieser Zielgruppe erforderlich. Entsprechendes gilt auch für das Umland der verdichteten Regionen. Besondere Fördermaßnahmen sind dort ebenfalls sinnvoll, sie werden jedoch im jeweiligen Gesamtzusammenhang der Region (regionale Planungsverbände) zu entscheiden sein, unter Beachtung der Planungshoheit und kommunalpolitischen Ziele der einzelnen Kommunen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung des Bundesbauministers in Verbindung mit dem Baulandbericht 1986, wonach der Trend zum Stadtrand und ins Umfeld gebrochen ist und Objekte in den Zentren der Städte bevorzugt werden.

Für solche Maßnahmen, insbesondere im kosten- und flächensparenden Wohnungsbau, gibt es eine Reihe guter Beispiele. Sie zeigen zugleich die Bedeutung und Leistungsfähigkeit der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als Partner der Kommunen bei der Schaffung preisgünstigen, erschwinglichen Wohneigentums.

Die Aufgaben der Städte und Gemeinden beginnen mit der Ausweisung und Erschließung von Bauflächen für Eigentumsmaßnahmen, vor allem für den kosten- und flächensparenden Wohnungsbau. Dies kann – den örtlichen Gegebenheiten entsprechend – durch neue Bauflächen oder in Neuordnungsgebieten, aber auch durch Aktivierung von Baulücken geschehen. Wichtig dabei ist, daß Bebauungspläne in ihren Einzelbestimmungen dem kostengünstigen Bauen nicht zuwiderlaufen. Weder die öffentliche Erschließung noch beispielsweise die Parkierung dürfen etwa durch überzogene Dimensionen oder aufwendige Tiefgaragen zu einer mehr oder weniger „nutzlosen" Verteuerung führen. Eine auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Planung mag mehr Geist kosten, sie kann dem Bürger aber viel Geld sparen.

Anteil der Wohneigentümerhaushalte an der Gesamtzahl der Haushalte (1982 in Prozent)	
Bundesgebiet	**38,8**
Hochverdichtete Regionen	
Großzentren	16,2
Oberzentren	24,0
Große Mittelzentren	28,8
Kleine Mittelzentren	45,6
Unterzentren	52,9
Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung	63,7
Zusammen	**31,5**
Regionen mit Verdichtungsansätzen	
Oberzentren	26,2
Große Mittelzentren	34,3
Mittlere Mittelzentren	48,4
Kleine Mittelzentren	50,9
Unterzentren	57,8
Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung	67,0
Zusammen	**47,6**
Ländliche Regionen	
Oberzentren	31,9
Große Mittelzentren	45,0
Kleine Mittelzentren	48,7
Unterzentren	62,5
Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung	69,7
Zusammen	**53,0**

Soweit die Städte besondere Förderprogramme für den Erwerb von Wohneigentum auflegen und dabei Grundstücke oder Erbbaurechte unter dem Verkehrswert abgeben bzw. Finanzierungshilfen gewähren, kommt es entscheidend auf die soziale Treffsicherheit an. Um „Mitnahmeeffekte" möglichst auszuschließen, sollte der Kreis der Berechtigten klar eingeschränkt werden, etwa durch Einkommensgrenzen in Anlehnung an Paragraph 25 II. WoBauG. Beispielhaft ist das Sonderprogramm „Preisgünstiges Wohneigentum" der Stadt Stuttgart, wo auf städtischen Grundstücken durch eine erhebliche Senkung des Grundstückspreises auf 250 Mark/Quadratmeter oder wahlweise Einräumung verbilligter Erbbaurechte Familien der Erwerb von Wohneigentum ermöglicht wird, die sonst absolut keine Chance dazu hätten. Bewerben können sich kinderreiche Familien mit mehr als drei Kindern, junge Familien und Alleinerziehende.

Nicht zuletzt ist es die Pflicht aller zuständigen Ämter und Behörden, die Eigentumsbildung durch eine sinnvolle und bürgerfreundliche Handhabung des Planungs- und Baurechts, insbesondere im Genehmigungsverfahren, wirksam zu unterstützen.

Mehr Wohneigentum in der Stadt, mehr Eigenheime und Eigentumswohnungen sind also nötig und auch möglich. Vor allem solche Städte, denen ihre jungen Bürger mehr und mehr den Rücken gekehrt haben, um im Umland erschwingliches Wohneigentum zu erwerben, werden dies erkennen und entsprechend handeln müssen. Die Förderung der privaten Wohneigentumsbildung durch Bund und Länder erfährt erst auf der kommunalen Ebene ihre sinnvolle Abrundung.

Der Autor ist Geschäftsführer der Hausbau-Wüstenrot GmbH, Ludwigsburg

Bausparkredite für Gastarbeiter

Hierzulande arbeitende Türken können künftig deutsche Bausparkredite zum Erwerb von Immobilien in ihrem Heimatland aufnehmen. Dies ermöglicht ein Rahmentreuhandvertrag, der in Ankara zwischen den Verbänden der privaten und öffentlichen deutschen Bausparkassen, dem Siedlungsbaufonds und der Emlak-Bank *unterzeichnet wurde.* Nach den Bestimmungen muß der Türke, der den Bausparkredit in Anspruch nimmt, spätestens vier Jahre danach in sein Heimatland *zurückkehren. Tut er es* nicht, hat er alle Vorteile, die er aus dem Bausparen erwarb, zurückzuzahlen.

Nach türkischen Quellen haben etwa *130 000 Landsleute in der* Bundesrepublik rund vier Milliarden Mark auf Bausparkonten angesammelt.

Das Abkommen, das durch einen weiteren Vertrag zwischen der türkischen Regierung und dem Europäischen Wiedereingliederungsfonds ergänzt wurde, kam nach zweijährigen Verhandlungen zustande. (VWD)

Was Mieter wissen müssen

Gegen die weitere Erhebung der Fehlbelegerabgabe in Nordrhein-Westfalen macht der Verband rheinischer Wohnungsunternehmen schwere Bedenken geltend. Nach seiner Auffassung ist eine weitere Abgabepflicht nicht zuletzt deshalb problematisch, weil aufgrund eines Vorlagebeschlusses des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf das Bundesverfassungsgericht gegenwärtig prüft, ob die Abgabe überhaupt verfassungskonform ist. Das Düsseldorfer Gericht hat dies nach sorgfältiger Abwägung verneint.

Der Verband weist ferner auf das – noch nicht rechtskräftige – Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in Münster hin, wonach die Fehlbelegerabgabe in Bonn nicht erhoben werden dürfe.

Der Verband empfiehlt deshalb allen Mietern, gegen ergehende Bescheide über die Heranziehung zur Fehlbelegerabgabe fristgemäß *Rechtsmittel einzulegen.* (CBN)

Die Stadt wird als Lebensraum neu entdeckt

Baden-Württemberg: Landesregierung stellt für ihr Zweites Mittelfristiges Programm bis zum Jahr 1990 drei Milliarden Mark bereit

Von DIETMAR SCHLEE

Stadterneuerung betreiben alle Bundesländer – in Baden-Württemberg ist sie politische Schwer*punktaufgabe*, die Niederschlag in zahlreichen Festlegungen fand.

● So hat die Landesregierung ein Zweites Mittelfristiges Programm für Stadt- und Dorfentwicklung aufge*stellt, das mit einem Volumen von* drei Milliarden Mark Städten und Gemeinden eine konzeptionelle und finanzielle Grundlage bis zum Jahre 1990 bietet. Die Förderung der Stadt*erneuerung hat hierzulande fast* 900 Gebiete in über 500 Städten und Gemeinden erreicht.

Ziel ist es, jährlich rund 80 Stadterneuerungsmaßnahmen zusätzlich in *die Förderung aufzunehmen. Damit* wird die Zahl der geförderten Erneuerungsgebiete bis 1990 auf über 1100 ansteigen. Dabei hat sich die Ausweisung vor allem kleiner, stets überschaubarer Gebiete bewährt.

● Zur Verwirklichung des Zweiten Mittelfristigen Programms gibt es jährlich verschiedene Investitionsprogramme. Obwohl die Bundesfi*nanzhilfen 1986* erhöht wurden, setzt das Land weit mehr als das Doppelte der Bundesmittel an eigenen Landesmitteln ein.

● Städte und Gemeinden entscheiden über Bauabläufe und -vorhaben selbst. Die Bewilligungen werden, mit Ausnahme der Bundes*finanzhilfen*, pauschal über Jahre gewährt.

Grundsatz „Ausbau vor Neubau" wieder beachtet

Anfang der 60er Jahre war die These verbreitet, die Funktionen einer Stadt *zu trennen; so wurden den* Kernbereichen Dienstleistung und Handel zugeordnet. Räume zum Wohnen wurden am Rande dieser Kernbereiche geschaffen. Industrie und produzierendes Gewerbe orientierten sich nach verkehrsgünstig ge*legenen Standorten. Vorbild war eine* „autogerechte" Stadt. – Die Folgen?

Mangels attraktiven Wohnraums in den Kernbereichen wanderten viele Städter in Randbezirke oder ins Umland ab. Ausgestorbene Innenstädte nach Geschäftsschluß waren keine Seltenheit. Die „autogerechte" Erschließung für den Individualverkehr wurde mangels Parkraum zum Alptraum, nicht nur an verkaufsoffenen Samstagen. Die großzügige Erschließung neuer Gewerbe- und Industriegebiete, *meist auf der „grünen Wiese"*, ging nicht nur mit einer steigenden Flächeninanspruchnahme einher, sondern führte durch zahlreiche Verlagerungen von Firmen, die ihren *alten Standort aufgaben, zu Gewerbe-* und Industriebrache, für die mangels Nachfrage eine andere Nutzung nicht gefunden wurde.

Die Stadt, verstanden als Lebensraum, wo war sie geblieben? Ernüchterung machte sich breit, vielerorts wurde man sich bewußt, daß die Attraktivität und Wohnlichkeit der Innenstadt verschwunden war. Just zu dieser Zeit in den 60er Jahren *vollzog* sich ein Bewußtseinswandel, der wenige Jahre später die „gezielte Stadterneuerung" ins Leben rief. Galt früher noch die These „Funktionstrennung soweit möglich, Nutzungsmischung soweit nötig", so gilt seit dieser Zeit genau das Gegenteil. Die Innenentwicklung der Städte rückte wieder mehr und mehr ins Blickfeld der Kommunalpolitik, der Grundsatz „Ausbau vor Neubau" gewann zuneh*mend* an Bedeutung.

Die Politik hat erkannt: Wir müssen vom Nutzungskonflikt zur Nutzungsvielfalt kommen. Dabei stehen folgende Ziele im Vordergrund:

● Bessere Lebensbedingungen in unserer bebauten Umwelt schaffen.

*Es gilt, den Lebensraum der Men*schen dort zu verbessern, wo er Mißstände und Mängel aufweist: Sei es durch Verbesserung der Wohnungen und des Wohnumfeldes, durch städtebauliche Verbesserungen im Bereich der Arbeitsstätten, durch die *Ausweitung der kulturellen und son*stigen Freizeitangebote, durch die Schaffung von Einrichtungen für das kommunikative Zusammentreffen oder durch bessere Einkaufs- und Dienstleistungsangebote.

● Gestalt und Eigenart der Kommunen bewahren.

Unsere Städte und Gemeinden *sind über Jahrhunderte gewachsen.* Die geschichtliche Entwicklung hat ihnen ihre unverwechselbare Gestalt und Eigenart gegeben. Es gilt, die gewachsene Gliederung, die prägenden Merkmale und die charakteristische Substanz zu erhalten und den *heutigen Anforderungen anzupassen.* Dabei haben auch neue Bauformen ihren Platz. Den Gemeinden und ihren Planern obliegt die verantwortungsvolle Aufgabe, im Zweifel bei der eigenen Identität und nicht bei anderen Beispielen anzusetzen. Stadterneuerung, die – wie in Baden-Württemberg – in großem Umfang betrieben wird, läuft sonst Gefahr, Uniformität im Lande zu verbreiten.

● Eigentumsbildung erleichtern.

Städtebauliche Erneuerung trägt dazu bei, in Stadt- und Ortskernen die Möglichkeiten der Eigentumsbildung zu erweitern.

Wie sich eine „Förder"-Mark verachtfachen kann

Die Politik des Landes reiht sich mit den Bemühungen um Substanzsicherung und Modernisierung der Wohngebäude sowie der Förderung des Familienheim- und Eigentumswohnungsbaus unter dem Gesichtspunkt breiter Eigentumsstreuung auch in die familienpolitische Konzeption der Regierung ein.

● Landschaftsverbrauch eindämmen.

Städtebauliche Erneuerung bedeutet vor allem Siedlungsentwicklung nach innen. Sie lenkt Entwicklungs*potentiale in die bereits überbauten* Gebiete. Dieses Bemühen trägt dazu bei, den Siedlungsdruck auf die freie Landschaft zu mildern und die natürlichen Freiräume zu schonen. So ist in Baden-Württemberg zu beobachten, daß die starke Expansion der Siedlungsfläche in den 60er Jahren kontinuierlich zurückgeht. Wurden in den Jahren 1969 bis 1971 noch durchschnittlich 27,5 Hektar an Fläche in Anspruch genommen, so hat sich die Flächeninanspruchnahme *zwischen* 1983 und 1985 auf täglich 10,5 Hektar reduziert. Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke ist damit auf ein Drittel zurückgegangen.

● Natürliche Lebensgrundlagen verbessern.

*Unsere Städte und Gemeinden ver*banden mit ihren Erneuerungsmaßnahmen bisher schon ökologische Zielsetzungen. Diese werden sich in Zukunft noch verstärken. Grünpflanzung im öffentlichen und privaten Bereich, Freiräume, Grünflächen und Spielplätze, freigelegte Wasserläufe und neue Wasserflächen verbes*sern die natürlichen Grundlagen* in der bebauten Umwelt.

● Umweltbelastungen senken.

Durch Neuordnung des Straßenverkehrs, Schaffung von Parkierungseinrichtungen und Maßnahmen *der Verkehrsberuhigung wird Immis*sionsschutz betrieben. Verkehrsberuhigung dient zum einen der Erhöhung der Verkehrssicherheit der Nicht-Autofahrer, zum anderen wird *der Wohnbevölkerung ein Teil des öf*fentlichen Straßenraums als neugestalteter Freiraum zurückgegeben, Wohnsituation und Wohnumfeld wirkungsvoll verbessert.

● Handel und Wandel beleben.

Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen. Mittelständische Gewerbebetriebe erhalten ihre Entwicklungschance am angestammten Ort. Neue Betriebe siedeln sich an. Stadt- und Ortsmitten werden so wieder attraktiv als Wohn- und Lebensraum und können sich wieder der Konkurrenz der neueren Baugebiete stellen. *Baden-Württembergs Spezialität:* Bauherren, die in städtebaulichen Erneuerungsgebieten Gewerberäume schaffen, erweitern oder verbessern, können Darlehen erhalten.

● Mischgebiete stabilisieren und alte Gewerbegebiete für neue Investoren aufwerten.

Hier liegt ein neuer Schwerpunkt der Stadterneuerung in Baden-Württemberg. Auch künftig werden die Verhältnisse in einem Teil der Mischgebiete nur durch eine Trennung der *Nutzungen* verbessert werden können. Daneben verdienen aber Mischgebiete, in denen unterschiedliche Nutzungen durch städtebauliche, insbesondere abschirmende Maßnahmen verträglicher gestaltet werden können, im Interesse der Bewohner und der Betriebe verstärkte Aufmerksamkeit im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung. Daneben bieten sich in brachgefallenen Gewerbegebieten nach einer städtebaulichen Erneuerung Chancen für Unternehmensansiedlungen.

● *Nachfrage nach Bauleistungen stabilisieren.*

Die Stadterneuerung gibt der Bauwirtschaft in ihrer angespannten Situation wichtige Impulse. Von den Fördermitteln geht eine hohe Multiplikatorwirkung aus. Dies unterstreicht die Untersuchung eines baden-württembergischen Universitätsinstituts bei Sanierungsgemeinden: Danach löst eine Fördermark im Durchschnitt rund acht Mark an Anschlußinvestitionen aus.

● Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken.

Mit ihrem Zweiten *Mittelfristigen* Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen. Wir setzen Stadterneuerung bewußt *ein, um im ganzen Land gleichwerti*ge Lebensverhältnisse herbeizuführen. Stadterneuerung ist ein gutes Stück Strukturpolitik. Die Stadterneuerung heute steht vor der Aufgabe, *die vielfältigen Lebensansprüche* und Funktionen in einer Stadt zu ordnen. Eine zu strikte Trennung einzelner Funktionen führt – wie die Vergangenheit gezeigt hat – nicht nur zu *einem höheren Flächenverbrauch.*

Sie bewirkt auch ein höheres Verkehrsaufkommen zwischen Wohnen, Einkaufen, Arbeiten, Erholung und Kultur. Eine verträgliche Vermengung dieser unterschiedlichen Lebens- und Funktionsbereiche verknüpft diese auf engerem Raum. Sie gibt den einzelnen Stadtbereichen eine erlebbare Urbanität.

So wird ein Stadtzentrum, das attraktives Wohnen ermöglicht, auch in den Abendstunden noch *mit* Leben erfüllt sein.

Leitbild: Verträgliche *Nutzungsvielfalt*

Im Interesse einer Nutzungsvielfalt sollte bei Erneuerungsmaßnahmen die kleinteilige Gewerbestruktur in ihrem Fortbestand gesichert werden. Stadterneuerung kann aber auch heißen, Gewerbegebiete funktional zu verbessern und das Arbeitsumfeld *gestalterisch aufzuwerten.*

Weg von der Nutzungsmonotonie und der Monostruktur und hin zu einer verträglichen Nutzungsvielfalt – unter diesem Leitbild steht die Stadterneuerung in Baden-Württemberg. Stadt ist Lebensraum. Um diesen Ansprüchen *und Erwartungen* gerecht zu werden, wird Baden-Württemberg auch nach dem vorgesehenen Abbau der Mischfinanzierung dafür sorgen, daß die zur Verfügung stehenden Fördermittel für die Stadterneuerung so ausreichend bemessen sind, daß diese Schwerpunktaufgabe zusammen mit den Städten und Gemeinden auf hohem finanziellen Niveau auch in Zukunft bewältigt werden kann.

Der Autor ist Innenminister des Landes Baden-Württemberg.

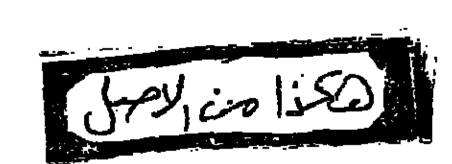
Schrumpfende Wohnungshalde

Die Wohnungshalden in Nordrhein-Westfalen schmelzen, nachdem sie zehn Jahre lang stark gestiegen sind. Zu diesem Ergebnis kommt der Verband Rheinischer Wohnungsunternehmen nach einer Schnellerhebung bei seinen 255 Mitgliedsunternehmen. Am ersten Juli standen bei ihnen 7863 Wohnungen leer, am 31. Dezember 1985 waren es 8386 Wohnungen. Dies bedeutet einen Rückgang um 6,2 Prozent. Bei einem Bestand von 720 000 Wohnungen im rheinischen Verband *macht dies eine Leerstandsquote* von 1,1 Prozent statt früher 1,2 Prozent aus. Stark abgenommen hat auch die Zahl der Wohnungen, die bis zu drei Monaten nicht ver*mietet werden konnten.* Ende letzten Jahres waren es 3366, jetzt fast 30 Prozent weniger, 2360. Allerdings ist eine spürbare Steigerung um fast 37 Prozent bei den lang*fristigen Leerständen über zwölf* Monaten festzustellen. 2288 Wohnungen waren es im Juli.

Die generelle Verminderung der Wohnungshalden in Nordrhein-Westfalen führt der Verband auf die höhere Zahl von Privathaushalten, auf die günstige Einkommensentwicklung, das verbesserte Wohngeld und den vom Land gewährten Härteausgleich zurück. Zudem haben sich die Unternehmen zuletzt verstärkt um durchgreifende Modernisierung und Wohnumfeldverbesserung bemüht. vos.

Stagnierender Immobilienmarkt

Nach einer Branchenumfrage der auf Bau- und Wohnungswirtschaft spezialisierten Unternehmensberatung Bernd Heuer, Krefeld, haben sich die Erwartungen der Immobilienbranche im bisherigen Jahresverlauf nicht erfüllt. Der Markt für Wohnimmobilien tue sich schwerer als erwartet. Die Situation der Immobilien- und Wohnungswirtschaft habe sich seit 1984 nicht wesentlich verändert. Immobilienkauf sei Stimmungssache, und der Verbraucher sei im Moment nicht in der richtigen Stimmung. (Hi.)



Die Länder sollen die Lücke ausfüllen, wenn sich der Bund von der Förderung zurückzieht

Deutsches Volksheimstättenwerk in Bonn: Nach vier Jahrzehnten Tätigkeit eine stolze Bilanz

Von ARNULF GOSCH

Wie viele Organisationen im Nachkriegsdeutschland feierte es in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag, seine Wurzeln jedoch sind älter: Sie reichen schon zurück zum Verband der Bodenreformer des Adolf Damaschke –, also praktisch 100 Jahre. Das Deutsche Volksheimstättenwerk (vhw) kann auf eine stolze Bilanz verweisen. Seit 40 Jahren leistet es mehr im Verborgenen als im grellen Licht der Schlagzeilen von Presse, Funk und Fernsehen, aber in um so zäherer Kleinarbeit seinen Beitrag zu der Idee, eine gerechte Bau- und Bodenordnung herbeizuführen und möglichst viel Kleineigentum im Wohnungswesen zu fördern.

Seine Satzung mag in zeitgenössischen Ohren etwas schwülstig antiquiert klingen. So heißt es unter dem Stichwort Zielsetzungen und Aufgaben des Verbandes, daß ein Instrument geschaffen werden sollte, um „die Erkenntnis, daß die künftige Entwicklung unseres Volkes entscheidend durch die Art und Gestaltung seiner Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse beeinflußt wird, zum Gemeingut aller verantwortungsbewußten Kreise zu machen".

Ist die Zielsetzung heute noch zeitgemäß?

Frage also, ist die aus der bitteren Wohnungsnot nach Kriegsende geborene Organisation vhw in Aufgabenstellung und Zielsetzung heute noch zeitgemäß? Ist nicht mit der Beseitigung von Schutt und Trümmern, mit dem Bau von vielen Millionen Häusern und mit der inzwischen erreichten weitestgehenden Sättigung des Wohnungsmarktes Sinn und Zweck der Organisation erfüllt?

Martin Oschmann, seit 1981 (in Personalunion mit dem Direktor des Bonner Städtebauinstituts) Hauptgeschäftsführer des vhw, antwortet so: Heute könne das Volksheimstättenwerk sich nicht allein aus einer Ideologie rechtfertigen und legitimieren, sondern durch den Beitrag, den es auch zu Fachfragen bringt. So arbeite es beispielsweise zur Zeit ganz stark an der Weiterentwicklung des Wohnungseigentumsrechtes.

Aber das vhw rechtfertige sich heute auch dadurch, daß es schon vor Jahrzehnten einen Teil der Schulung übernahm, die die Verbände oder Kommunen zum Teil nicht leisten könnten oder wollten, nämlich die Schulung im Bau- und Wohnrecht und im kommunalen Abgabenrecht.

Begonnen hatte alles am 15. August 1946 in Bielefeld. Gründungsväter waren Politiker aller Parteien, so Eugen Gerstenmaier (CDU), Werner Jacobi (SPD), der Kölner Oberbürgermeister Robert Görlinger (SPD) und Hermann R. Dietrich (FDP). 1950 siedelte das vhw dann nach Köln über, wo es bis 1983 domizilierte.

Von da ab gings nach Bonn. Dazwischen liegen – als herausragende Meilensteine – die Volksheimstättentage von Wiesbaden (1947), von Köln (1949), von Hannover (1951) mit den wegweisenden Ansprachen von Wilhelm Kaisen und Paul Lücke und wieder von Wiesbaden und Hannover (1967 und 1977).

Hier propagierte Oscar von Nell-Breuning die Erfassung des Bodenwertes und die Abschöpfung der Grundrente, und er unterbreitete Lösungsvorschläge zur Überwindung der Wohnungsnot und zur Eingliederung der Flüchtlinge.

Bei späteren Proklamationen und Programmen wurden – vor allem nach Beseitigung der größten Wohnungsnot – wichtige Weichenstellungen in Richtung auf eine differenziertere Wohnungs- und Städtebauförderung, vor allem stärkere Wohneigentumsförderung vorgenommen.

Heute gehören der Organsation rund 1200 Mitglieder an, davon 750 korporative (meistens Gemeinden und Wohnungsunternehmen). Das vhw finanziert sich durch Beiträge und Spenden, aber auch durch die Schuhungsgebühren, die die Landesverbände einnehmen.

Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den Baufertigstellungen

	1981 in %	1985 in %
Große Kernstädte	81,5	69,8
Hochverdichtetes Umland	93,1	87,2
Ländliches Umland großer Kernstädte	95,7	92,5
Mittlere Kernstädte	87,3	81,2
Ländliches Umland mittlerer Kernstädte	95,4	92,7
Ländlich geprägte Kreise	95,0	93,2

Offenhalten für alle Parteirichtungen

In jedem Land – mit Ausnahme von Berlin – gibt es eine Geschäftsstelle. Insgesamt verfügt das vhw nur über rund 25 Mitarbeiter, davon zehn in der Bonner Zentrale.

So manches wichtige Gesetz, etwa das neue Gesetz über die steuerliche Förderung des Wohneigentums, verrät die Handschrift des vhw, seit 1981 speziell die von Martin Oschmann, der als Fachmann immer wieder zu den Vorbereitungen wichtiger Gesetzesvorhaben von Regierung und Opposition, von Exekutive und Legislative hinzugezogen wird. Daher auch Oschmanns „sehr starke Bestrebung", sich für alle Parteirichtungen offenzuhalten.

Gewiß auch für diejenigen, „die vielleicht etwas völlig Neues wollen im Wohnungswesen". Zeitweilig galt nämlich das vhw als zu unionslastig, dann wieder als zu SPD-nah.

Wie geht es weiter? Die Rationalisierung macht auch vor dem Verbandswesen nicht halt. Nicht zuletzt aus Kostengründen wurden die Geschäftsstellen des vhw und des den Bausparkassen nahestehenden Städtebauinstituts zusammengelegt und die Personalunion ihres vertretungsberechtigten Geschäftsführers hergestellt.

Resultieren hieraus irgendwelche Interessenionflikte? Antwort: Nein! Denn „die große Zielsetzung" beim vhw und bei den Bausparkassen sei gleich.

Beide hätten, wie es heißt, ein Interesse daran, daß das Baurecht in vernünftigem Sinne novelliert und weiterentwickelt und die Wohneigentumspolitik fortgeführt werde. Beide seien daran interessiert, daß sich alle aus dem Wohneigentum ergebenden rechtspolitischen Fragen rechtzeitig angepackt werden und daß auf lange Sicht das im Wohnungsbestand investierte Vermögen erhalten bleibe.

Und es gibt noch viel zu tun im Bereich von Wohnungsrecht und Wohneigentum. So werde beispielsweise zu prüfen sein, ob als Alternative zur klassischen Eigentumswohnung etwa die Genossenschaft vor allem in Form der sogenannten Haus- oder Kleingenossenschaft wiederbelebt werden könnte. So möchte das vhw mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die Bewegung im Wohnungsbestandsmarkt verstärkt wird.

Ganz spezielle Forderungen gegenüber Bundesregierung und Legislative hat Oschmann nicht, wohl aber den Wunsch, daß die Länder in die Lücke stoßen, die bei der direkten Wohneigentumsförderung gerissen worden sei, wenn sich der Bund von 1990 an praktisch dort ganz verabschiedet.

Die Nachfrage bestimmt den Absatz

Auch müsse auf jeden Fall die nach 1987 beim Bund auslaufende Städtebauförderung im Gesamtvolumen erhalten bleiben. Auf eine Wunschzahl für die Wohnungsversorgung beziehungsweise den jährlichen Wohnungsneubau möchte sich das vhw nicht festlegen. Es komme nicht darauf an, daß viele Wohnungen, sondern daß sie an der richtigen Stelle und in richtiger Größe und Form gebaut würden.

Die Förderung müsse berücksichtigen, wieviel der Konsument bereit sei, für seine Wohnung als Mieter oder als Eigenheimer zu zahlen. Nicht mehr der Bedarf, sondern die (kaufkräftige) Nachfrage bestimme den Absatz, auch von Wohneigentum.



Wird auch vom Bund gefördert: Sanierung alter Fachwerkhäuser FOTO. DIE WELT

Bürger besitzen sechs Billionen Mark

Bei der Eigentumsquote sind die Deutschen das Schlußlicht in Westeuropa

Seit Gründung der Bundesrepublik haben die rund 25 Millionen Privathaushalte Vermögenswerte von annähernd sechs Billionen Mark gebildet; davon sind knapp 45 Prozent in Haus- und Grundbesitz angelegt, weitere knapp 35 Prozent sind reines Geldvermögen, rund elf Prozent stecken in beweglichem Sachvermögen und knapp zehn Prozent in Betriebsvermögen.

Zu diesem beachtlichen Vermögenspolster hat nach Meinung des Bonner Städtebauinstituts auch die staatliche Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand mit ihren klassischen Systemsteinen, Spar-Prämien-, Wohnungsbau-Prämien- und Vermögensbildungsgesetz, maßgeblich beigetragen.

Ob das „Klassenziel" einer breiten Streuung privaten Vermögens in allen Teilen der Bevölkerung erreicht wurde, ist jedoch zweifelhaft. Denn einerseits ist die Vermögenskonzentration weitergegangen; andererseits haben die Fördermaßnahmen bei einkommensschwachen Haushalten vielfach nicht gegriffen, und vor allem werden auch in Zukunft neugegründete Haushalte davon nicht mehr erreicht.

Darüber hinaus gibt es vermögenspolitisches „Entwicklungsland", etwa bei der Bildung selbstgenutzten Wohneigentums; hier bildet die Bundesrepublik mit einer Wohneigentumsquote von knapp 42 Prozent das Schlußlicht im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern.

In welcher vielfältigen Weise die Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die am Anfang der Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit ins Leben gerufen worden war, immer wieder ergänzt, geändert, aufgestockt und seit Mitte der 70er Jahre erheblich zurückgeschnitten wurde – erstmals durch das Haushaltsstrukturgesetz 1975 und drastisch durch das Subventionsabbaugesetz 1981 –, wird vom Bonner Städtebauinstitut in zwei Halbbänden dokumentiert:

Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – Thesen, Pläne und Gesetze. Fünfte Folge 1977 bis 1981. Sechste Folge 1981 bis 1985. Redaktion: Dr. Friedrich Malz. Bd. 42/I und 42/II der Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen, Bonn 1985 (Gesamtpreis der etwa 550 Seiten 89,50 Mark – unverbindliche Preisempfehlung – einschließlich Mehrwertsteuer und Versandkosten; zu beziehen beim Domus-Verlag GmbH, Postfach 150 137, 5300 Bonn 1). (WR)

Das Konjunkturtal konnte endlich überwunden werden

Bauwirtschaft meldet eine Erhöhung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahr

Von MICHAEL NIFFKA

Das Baugewerbe in der Bundesrepublik Deutschland findet – nach Jahren einer schweren Krise – offensichtlich wieder Anschluß an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung. Im Herbst 1986 scheint nunmehr auch die Bauwirtschaft das jahrelange Konjunkturtal endlich durchschritten zu haben. So konnte der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), der als baugewerbliche Spitzenorganisation die Interessen von mehr als 50 000 Unternehmen vertritt, Anfang September 1986 in seinem monatlichen Lagebericht unter anderem feststellen: „Die Bauproduktion erreichte in den meisten Betrieben ein Niveau, das erstmals wieder höher lag als im Vorjahr."

Voraufgegangen war dieser Entwicklung ein deutlicher Anstieg der Baunachfrage sowie eine spürbare Verbesserung der Auftragsbestände *und der Auslastung der betrieblichen* Kapazitäten. Damit hat die Bauwirtschaft allerdings nur die erste Etappe auf dem Weg zu einer Normalisierung beschritten. Zu groß waren die Verluste, die sie vor allem in den letzten Jahren immer wieder hinnehmen mußte. So wird die Bauproduktion im Jahresdurchschnitt 1986 wahrscheinlich nur das niedrige Niveau des Vorjahres, günstigstenfalls einen leichten Wiederanstieg erreichen.

Mit dieser Entwicklung, die im Wohnungsbau wesentlich ungünstiger verläuft als im Gewerbebau und im gesamten öffentlichen Bau, hat sich zudem nur die konjunkturelle *Situation des Baugewerbes* wieder leicht verbessert; die wirtschaftliche Lage vieler Bauunternehmen hat sich damit aber noch keineswegs konsolidiert. Zwar geht inzwischen auch die Zahl der Konkurse im Baugewerbe erstmals wieder geringfügig zurück, trotzdem muß auch für 1986 noch mit über 2000 Insolvenzfällen gerechnet werden.

In der Öffentlichkeit besteht vielfach die Meinung, daß eine wesentliche Ursache für die langjährige Krisenentwicklung in der bauausführenden Wirtschaft im Mangel an Baubedarf gesehen werden müsse. Die sogenannte Wiederaufbauphase nach dem Kriege sei endgültig vorbei, so daß sich die Volkswirtschaft auf einen geringeren Baubedarf eingestellt habe.

Diese These von der Marktsättigung als entscheidender Ursache für die jahrelange Schwäche in der Baunachfrage ist nach Meinung des Baugewerbes schlichtweg falsch. Bauen hat in jedem Fall eine Zukunft. Dies läßt sich nicht nur aus der geschichtlichen Entwicklung herleiten; diese Erkenntnis ist insbesondere auch das Ergebnis von Analysen gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge. Bauinvestitionen bilden nach wie vor den größten Teil aller volkswirtschaftlichen Anlage-Investitionen und diese sind ihrerseits die Grundlage jeden wirtschaftlichen Wachstums. Diese Erkenntnis wird nicht zuletzt auch in anderen entwickelten Volkswirtschaften immer wieder bestätigt.

Gestiegene Nachfrage der Gemeinden

Eine genaue Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik offenbart, daß sich der jahrelange Rückgang der allgemeinen Investitionsquote – und damit verbunden der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit – fast ausschließlich auf dem Rücken der Bauwirtschaft abgespielt haben. Der Anteil der Bauinvestitionen am *Bruttosozialprodukt* sank im gleichen Umfang wie der Anteil der gesamten Anlage-Investitionen. Er ging von 15,7 Prozent Anfang der 70er Jahre auf nur noch rund 11,2 Prozent im Jahre 1985 zurück.

Diese einseitige Strukturverschiebung zu Lasten der Bauwirtschaft ist mehr als bedenklich. Für die Ausweitung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials – und nur dadurch würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen – werden in erster Linie Bauinvestitionen benötigt. Wenn also viel gebaut wird, ist die Arbeitslosigkeit – nicht nur in der Bauwirtschaft – gering; wird immer weniger gebaut, wächst die allgemeine Arbeitslosigkeit.

Das Baugewerbe fragt sich schon seit langem: Warum werden aus dieser Erkenntnis nur in so geringem Umfang die notwendigen und naheliegenden Konsequenzen gezogen?

Die größten wirtschaftlichen Engpässe gibt es gegenwärtig ohne Zweifel bei den Infrastrukturbauten der öffentlichen Hand. Wenn hier von einer angeblichen Sättigung gesprochen wird, bedeutet dies keine wirkliche Deckung des Bedarfs, sondern den bewußten Verzicht auf Investitionen, die zum Nutzen der Bevölkerung dringend notwendig wären.

Dies wird gegenwärtig vor allem im Städtebau deutlich. Es ist inzwischen eine allgemeine Auffassung, daß die städtebaulichen Erneuerungsaufgaben *den ersten Rang unter* den künftigen öffentlichen Bauaufgaben einnehmen. Die Städtebauförderung, die nicht nur Großstädte, sondern gleichermaßen Dörfer, Kleinstädte und größere Ortsteile zum Ziele hat, ist dabei mehr als bei vielen anderen öffentlichen Investitionsaufgaben am Bedarf orientiert. Dies zeigt nicht zuletzt der Antragsstau bei der *Zuteilung der entsprechenden öffentlichen* Finanzmittel. Trotz Verdreifachung der Bundesmittel in den Jahren 1986 und 1987 übersteigt hier die Nachfrage der Gemeinden das verfügbare Mittelvolumen um mehr als das Vierfache.

Die Städtebauförderung dient der Erhaltung historischer Altstädte und der Strukturverbesserung der Innenstädte ebenso wie den notwendigen *Investitionen zur Revitalisierung* nicht mehr genutzter städtischer Gewerbeflächen sowie der allgemeinen Wohnumfeldverbesserung.

Nach Ansicht des Baugewerbes handelt es sich bei den Aufgaben der Stadterneuerung um einen öffentlichen Investitionsbereich, von dem insbesondere für die Bauwirtschaft vielfältige direkte und indirekte Anstoßwirkungen ausgehen. Dabei ist wegen der breiten regionalen Streuung in erster Linie das mittelständische Bauhandwerk gefragt. Die betreffenden Bauaufgaben sind gleichzeitig überaus beschäftigungsintensiv und ziehen in der Regel ein Vielfaches an privaten Investitionen nach sich.

Weitere wichtige öffentliche Investitionsaufgaben liegen im Verkehrswegebau und im Umweltschutz. Die bestehenden Nahverkehrssysteme entsprechen noch keineswegs dem erreichten Ausbaustand der Volkswirtschaft. Bei Straßen muß insbesondere auf die unterbliebenen Erhaltungsmaßnahmen hingewiesen werden. Die bereits eingetretenen Umweltschäden haben vor allem Konse*quenzen für die Versorgung mit* Trinkwasser sowie für die Abwasserentsorgung und die Abfallbeseitigung.



Zukunftsaufgabe Stadterneuerung: Das mittelständische Handwerk hofft auf neue Impulse FOTO: DIE WELT

Wenn mit diesen Beispielen hier auf den ungedeckten öffentlichen Baubedarf hingewiesen wird, so sind damit natürlich nur die gesellschaftlich für notwendig gehaltenen und ökonomisch sinnvollen Investitionen gemeint. Dieser Bedarf wächst, solange sich auch die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung ausweitet. Tatsächlich hat sich der Anteil der öffentlichen Bauinvestitionen am Bruttosozialprodukt in den letzten zehn Jahren aber am stärksten vermindert. *Dies wurde allein durch das Verhal*ten des Staates verursacht und kann deshalb auch nur durch eine Änderung der staatlichen Politik korrigiert werden.

Darüber hinaus müßten auch die gewerblichen Bauleistungen wesentlich stärker ausgeweitet werden, als dies gegenwärtig geschieht. Durch Wirtschaftsbauten läßt sich das Produktionspotential in der Volkswirtschaft ebenfalls entscheidend vergrößern. Angesichts von über zwei Millionen Arbeitslosen kann also auch hier sicher nicht von einer Marktsättigung gesprochen werden.

Nach Ansicht des Baugewerbes ist *schließlich* auch im Wohnungsbau, der größten Sparte innerhalb der gesamten Bauwirtschaft, der potentielle Bedarf noch keineswegs gedeckt. Bei *einer* anhaltend positiven Wirtschaftsentwicklung, steigenden Einkommen und Vermögen sowie zunächst auch noch steigenden Haushaltszahlen wird die Wohnungsnachfrage auch mittelfristig noch höher sein als gegenwärtig.

Vertrauen in den Baubedarf der Zukunft

Die Zunahme dürfte sich allerdings weiter verlangsamen. Wenn es zudem zutrifft, daß 70 bis 80 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik in einem eigenen Haus oder zumindest in einer Eigentumswohnung *leben* wollen und erst gut 40 Prozent dieses Ziel erreicht haben, dann wird diese Einschätzung der möglichen Wohnungsbauentwicklung sehr schnell belegt.

Im übrigen darf insbesondere im Wohnungsbau nicht vergessen werden, daß es schon heute einen permanenten Ersatzbedarf und einen rasch steigenden Bedarf an Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen gibt. Nicht mehr die Ausweitung des Wohnungsbestandes wird daher im Vordergrund stehen, sondern die Bewältigung von erheblichen Strukturanpassungen im Wohnungsbestand. Zuschnitt, Ausstattung, Lage und räumliche Verteilung des Wohnungsbestandes entsprechen schon heute vielfach nicht mehr der potentiellen Nachfrage.

Die marktwirtschaftliche Orientierung der Wohnungspolitik wird unter diesen Umständen immer wichtiger. *Auf Dauer* kann *nur* ein anpassungsfähiger Markt sicherstellen, daß sich das Wohnungsangebot auf die Änderungen der Nachfrage einstellt.

Zusammenfassend läßt *sich also* feststellen, daß der Baubedarf in den nächsten Jahren wahrscheinlich größer sein wird, als die Bauleistungen, die in den vergangenen Jahren tatsächlich erbracht wurden.

Der Autor ist Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Bonn.

Baulandreserve vorhanden

Der von Bundesbauminister Oscar Schneider Anfang September in Bonn vorgelegte Baulandbericht 1986, der detaillierte Aussagen zur Bauland-, Markt- und Siedlungsentwicklung umfaßt, kommt im wesentlichen zu folgenden Ergebnissen:

- Seit 1982 hat sich der Preisanstieg für baureifes Wohnbauland bei regionalen Abweichungen deutlich abgeschwächt. Im Jahr 1985 lag der durchschnittliche Kaufwert um 6,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau.
- Trotz zurückgehender Wohnbevölkerung wird die Siedlungsfläche weiter wachsen. Unterschiedliche Modellrechnungen weisen unter anderem für die Wohnbaulandnachfrage zum Jahr 2000 einen Anstieg von 180 000 bis 230 000 Hektar Bauland aus, für Gewerbeflächen 22 000 Hektar.
- Wie schon im Baulandbericht 1983 ermittelt, bestätigen die jetzt vorliegenden Untersuchungen, daß für die nächsten zehn Jahre ausreichende Baulandreserven vorhanden sind; das sagt allerdings nichts über ihre Verfügbarkeit aus.
- *Die heute deutlich hervortretenden* Folgen der Ausweisung neuer Bauflächen im Außenbereich haben eine Umorientierung städtebaulicher Zielsetzungen bewirkt, die neue Maßstäbe für die Innen/Außenentwicklung der Städte und Gemeinden setzt. Die neuen Aufgaben liegen in der verstärkten Innenentwicklung. Unter dem Gesichtspunkt, daß ökologische Erfordernisse das Baulandpotential im Außenbereich zunehmend einschränken werden, hat die Bauleitplanung ihre integrative Funktion in diesem Bereich verstärkt wahrzunehmen. Dabei sind den Erfordernissen des sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden besonders Rechnung zu tragen.
- Die Untersuchungen über Praxis und Bedeutung der Bodenvorratspolitik der Gemeinden haben gezeigt, daß eine langfristig angelegte Grundstückspolitik der Gemeinden auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine erfolgreiche Strategie ist. (Hi.)

Schluß mit dem ständigen Landschaftsverbrauch

Ohne Investoren läuft nichts – Die Schwerpunkte bei der Stadterneuerung in den Kommunen der Bundesrepublik / Von HANS EUGEN GRUBER

Die Sanierungsgemeinden in der Bundesrepublik sehen als künftige Schwerpunkte die Stadtentwicklung/Stadterneuerung, Wirtschaftsförderung, Gewerbepolitik, Verkehrsneuregelungen, Wohnungsneubau/Bestandsverbesserung, Ver- und Entsorgung, Umweltschutz und Stadtökologie.

Die Ausweisung neuer Bauflächen ist nicht mehr das zentrale Thema. Der Landschaftsverbrauch soll vielmehr eingedämmt, vorhandene Stadträume sollen besser genutzt und qualitativ verbessert werden. Die Innenentwicklung sowie die veränderte Nutzung von Gewerbe- und Industriebranchen sind neue Aktionsschwerpunkte.

Kommunale Stadterneuerungspolitik beruht auf differenzierten Strategien: Stadtsanierung, erweiterter Denkmalschutz, präventive Stadterneuerung, Stadtstabilisierung und Revitalisierung.

Stadtsanierungsmaßnahmen sind durch ein ausgeprägtes Mängelbeseitigungsdenken geprägt, bei dem sich die Gemeinden schwerpunktmäßig auf die Behebung von städtebaulichen Mißständen im Stadtgebiet konzentrieren (veraltete Stadt- und Geschäftszentren, heruntergekommene, zentrumsnahe Wohn-, Misch- und Gewerbegebiete).

Heute kennzeichnet das Machbarkeitsdenken die Stadtsanierung. Statt Flächensanierung wird objektbezogene Erneuerung betrieben, statt Abriß und Neubau sind jetzt Erhaltung und Modernisierung in kleinen, feinteilig abgegrenzten Sanierungsbereichen bevorzugte Stadtverbesserungsmethoden.

Bei der Stadtsanierung erwies sich die Bereitstellung privaten Kapitals als größtes Problem.

Bei der Vielzahl der Sanierungsgebiete herrscht eine Knappheit an Fördermitteln.

Man nimmt von Bilderbuchsanierungen Abstand, um Mittel freizubekommen zur Verbesserung weiterer, förmlich nicht festgelegter Erneuerungsgebiete.

Erweiterter Denkmalschutz im Rahmen der Stadterneuerung wurde erforderlich, weil die von den Ländern aufgebrachten Denkmalschutzmittel zu gering sind. Diese verteilen sich fast ausschließlich auf die bedeutenden kirchlichen und staatlichen Baudenkmale. Es blieb für denkmalswerte Bürgerhäuser nichts übrig. Daher entwickelten sich Strategien des erweiterten Denkmalschutzes, die mit ökonomischen Zielen der Zentrumsstärkung und der Verbesserung der Wohnraumversorgung verbunden werden können. Erweiterter Denkmalschutz gehört zur erfolgreichen Erneuerung einer mittelalterlich geprägten Altstadt.

Präventive Stadterneuerung war für die Gruppe von Städten wichtig, die nicht nur die Stadtbereiche mit den dringendsten Problemen sahen, sondern der vorbeugenden Sanierung weiterer gefährdeter Stadtquartiere Aufmerksamkeit widmeten, damit der Niedergang eines Gebietes zur Kostenbegrenzung in einem möglichst frühen Stadium aufgehalten werden kann.

Bei der präventiven Stadterneuerung muß die Gemeinde stärker als bei kleinen Sanierungsgebieten die vorhandenen Eigentümer, ihr Investitionsverhalten, ihre Investitionsbereitschaft und -fähigkeit berücksichtigen. Kommunale Planung muß von den realen Veränderungsabsichten und Fähigkeiten ausgehen, die sich aus dem Gebiet heraus entwickeln. Erneuerungsgrundsätze wachsen somit von innen heraus. Sie setzen auf die Selbstorganisations- und -heilungskräfte.

Die sich dezentral anbietenden Initiativen werden darauf geprüft, inwieweit sie sich mosaikartig zu einem Leitbild zusammenfügen lassen.

Stadtstabilisierung setzt auf die Erhaltung des Gleichgewichts aller Faktoren im Stadtquartier. Außerdem gilt es, den Niedergang eines Bereiches infolge baulicher Alterung, Abwanderung, sozialer Erosion und Desinvestition zu bremsen. Eine zu schnelle Gebietsaufwertung durch Zuwanderung, durch Verdrängung zahlungsschwacher Gruppen oder durch Luxusmodernisierung sollte wegen nachteiliger Folgen für die Bewohner zur Gewährleistung der Ausgeglichenheit der Stadtstruktur gebremst werden.

Eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Stadterneuerung ist die Planungssicherheit, die den Investoren über die langfristigen Ziele der Gemeinde Klarheit verschafft.

Sonderregelungen müssen voll ausgeschöpft werden

Bei der Stadterneuerung gibt es zwei Maßnahmenschwerpunkte, Stadtkernumbau und Wohngebietserneuerung. Der Stadtkernumbau, Aufgabe der Klein- und Mittelstädte, ist über Jahre noch intensiv weiterzuführen. Demgegenüber steht die Wohngebietserneuerung in den Großstädten, die mit konzentriertem Mitteleinsatz ihre Citys bereits funktionsfähig gemacht haben, stärker im Vordergrund. Sie wird allgemein als Bedarfsschwerpunkt angesehen.

Zur Durchführung der Stadterneuerungsprogramme der Gemeinden dienen Rechtsinstrumente, finanzielle Instrumente, Vorleistungen und werbliche Maßnahmen.

Zu den Rechtsinstrumenten gehören neben dem Bebauungsplan Gebote und Verbote des Bauplanungs- und Bauordnungsrechtes, der Umlegungsverfahren, Vorkaufsrechte, der Denkmalschutzgesetze, der Wohnungspflegegesetze und Immissionsschutzgesetze, ferner die Satzungen der Gemeinden.

Zu den finanziellen Grundlagen zählen alle öffentlichen Zuschuß-, Darlehens- und Aufwandssubventionen aus Förderungsprogrammen des Bundes, der Länder und Gemeinden. Zum anderen gehören dazu Steuererleichterungen, die private Eigentümer aufgrund der Steuergesetze wahrnehmen können. Abhängig von der Höhe und den Bedingungen der Subventionen im Einzelfall wirken sich Investitionsanreize auf die Kosten und Ertragssituation des Eigentümers aus, geben ihm jedoch die Freiheit, Angebote anzunehmen oder abzulehnen.

Vorleistungen wollen die externen Effekte verändern, mit indirekten Auswirkungen auf Kosten und Erträge. Kommunale Vorleistungen verändern die Verkehrs-, Wirtschafts- und Sozialinfrastruktur. Kommunale Eigeninvestitionen im Wohnungsbau oder Modellmodernisierungen mit nachbarschaftlichen Rücksichtnahmen verbessern die Standortbedingungen privater Investoren. Die wesentlichste kommunale Vorleistung ist die Baugebietsneuordnung. Sie bewerkstelligt die Veränderung von Grundstückszuschnitten, der Eigentümerstruktur sowie Umsetzung oder Verlagerung von störenden Gewerbebetrieben als indirekte Anreize, neben den Erschließungsmaßnahmen.

Zu den werblichen Möglichkeiten gehören die Information, Beratung, das Überzeugen. Es gibt sogenannte „weiche Techniken", nämlich Informationsveranstaltungen, Bürgerversammlungen, Werbekampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, Erörterungen, Einzelberatungen und Verhandlungen. Dazu zählen aber auch alle technischen und personellen Dienstleistungen, die geeignet sind, Defizite des Privatmanagements zu überbrücken, zum Beispiel durch Baubetreuung oder Hilfe bei der Antragstellung.

Wirksam ist auch der Einsatz des Privatrechts beim Weiterverkauf von Grundstücken durch die Kommune. Die Gemeinde bestimmt den Käufer und auch die Nutzungsart. Über Auflagen im Vertrag können weitere Bindungen des Investors durchgesetzt werden, die aufgrund des öffentlichen Rechts nicht oder noch nicht möglich waren und sind.

Eine effektive Förderung der Stadterneuerung ist im Rahmen der Mitwirkung der Gemeinde beim Baugenehmigungsverfahren möglich durch die Zusammenarbeit zwischen Stadtplanung und Bauordnung. Auch das Verhältnis des Bauherrn zu seinen Nachbarn ist für den Erfolg von Sanierungs- und Stadterneuerungsmaßnahmen von Bedeutung, weil zahlreiche Bauvorhaben nur mit nachbarlicher Zustimmung möglich sind. Da Stadterneuerung in bestehenden baulichen Anlagen und deren Umfeld stattfindet, müssen bei Modernisierungen die Sonderregelungen der Bauordnung voll ausgeschöpft werden. Während der Feuerschutz teilweise durch das Bauordnungsrecht mit abgedeckt wird, beeinflussen Stellplatzregelungen der Gemeinden die Investitionen beträchtlich.



Wichtige Förderungsstrategien bei Stadterneuerungsvorhaben sind darüber hinaus kommunale Wohnungsbauprogramme, die Bodenvorratspolitik der Gemeinden, kommunale Baumaßnahmen mit Verwaltungsbauten, Parkgaragen, Verkehrsanlagen und modellhafte Erneuerung von Einzelbauten. Üblich ist die auch räumlich konzentrierte Kombination von Finanzmitteln, zum Beispiel nach Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz, nach Kulturförderungsprogrammen mit Denkmalschutzmitteln und sonstigen städtischen Zuschüssen. Die Kommune kann bei der Mittelzuteilung ein abgewogenes Steuerungsverhalten üben, wenn Erneuerungsmaßnahmen außerhalb von Sanierungsgebieten gefördert werden sollen.

In der Regel stellen die Eigentümer in Stadterneuerungsgebieten den überwiegenden Anteil der Investoren. Zuerst ist der private Einzeleigentümer zu nennen. Für ihn hat Haus- und Grundbesitz in seiner Wertordnung einen hohen Rang: Sicherung vor plötzlicher Kündigung des Wohnverhältnisses, hypothekarisch belastbarer Sachbesitz; in wirtschaftlichen Notzeiten Nutzung des Gartens für Konsumbedürfnisse; Vermietung und Verpachtung mit erweiterten Dauereinnahmen auch im Rentenalter; Gefühl von Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit, über den Rahmen der eigentlichen Wohnverhältnisse hinausgehend, vermittelt Prestigefunktionen.

Der private Einzeleigentümer als Vermieter, der wie alle Eigentümer auf Rendite bedacht ist, sieht bei kurz- und mittelfristiger Perspektive in seinem Grund- und Gebäudebesitz eine äußerst interessante Form der Kapitalanlage auch ohne Investitionen. Wenn er modernisiert und Geld aufwendet, kann er durchaus auch noch Rendite erzielen. Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten im Hausbesitz sind in den letzten Jahren wesentlich verbessert worden.

Ein besonderes Augenmerk muß man dem selbstnutzenden privaten Eigentümer widmen. Er ist oft nicht investitionsfreudig und muß überzeugt werden. Für ihn spielt Selbsthilfe eine ganz besondere Rolle mit den Möglichkeiten zur Kostensenkung.

Eine weitere Gruppe von Eigentümern bilden die Wohnungsbaugesellschaften mit ihrem Altbestand aber auch als Beteiligte am Erneuerungsprozeß, als zusätzliche Investoren. Sie sind oft als Ersatzinvestoren tätig für die Gemeinden, wenn kein genügender Investitionsschub in einem Stadtquartier festzustellen ist.

Bei aufwendigen, anspruchsvollen Investitionsvorhaben, für die keine gebietsansässigen Investoren zu finden sind, spielen freie Wohnungsunternehmen, Immobilienfonds und Versicherungen eine wichtige Rolle.

Die freien Wohnungsunternehmen errichten und betreiben insbesondere Wohn- und Geschäftshausbauten.

Offene Immobilienfonds sind kapitalkräftig. Sie setzen fast ausschließlich Eigenkapital ein, und es fällt ihnen leichter, ein Investitionsvolumen durchzuhalten und sich Kapitalmarktänderungen anzupassen. Neben dem Gesichtspunkt der Verläßlichkeit der Investition gibt es auch die langfristige Orientierung der Anlage bei einer Reihe von Investoren dieser Art. Für diese kommen natürlich nur interessante Standorte innerhalb der Stadt in Frage, und sie sind auf eine Mischung der Nutzung bei Anlagen angewiesen. Das Problem ist heute der Bau von Wohnungen in Verbindung mit Geschäftsräumen, weil der Wohnungsbedarf auch in den zu sanierenden Innenstädten rückläufig ist. Geschlossene Immobilienfonds sind vor allem an Steuerersparnissen und Erleichterungen für die Investoren interessiert. Dabei ist es weniger wichtig, ob es sich um eine Neubaumaßnahme oder Altbausanierung handelt, solange die steuerliche Konzeption Abschreibungen ermöglicht. Die aus steuerlichen Gründen notwendige Beschränkung auf ein genau festgelegtes Projekt setzt der Flexibilität von geschlossenen Fonds Grenzen. Das Anlagerisiko ist wegen der fehlenden Streuung vergleichsweise hoch.

Lebensversicherungen haben bis jetzt eine starke Zurückhaltung beim Anlagengeschäft mit Immobilien gezeigt.

Wie ein Niedergang verhindert wird

Versicherungsunternehmen als Kapitalsammelstellen haben einige Vorteile. Ihre Finanzierungsstrategie ist die der offenen Fonds. Anfangsverluste bei der Bewirtschaftung sind aufgrund der angesprochenen langfristigen Anlageorientierung tragbar. Ein Anlageobjekt kann in die Rentabilität hineinwachsen. Solange die langfristige Rentabilität gesichert ist, ist die Planungssicherheit nicht so wichtig wie bei den anderen Anlageformen. Das Investitionsklima ist für Versicherungsunternehmen günstiger, weil ihnen von den Gemeinden mehr Vertrauen als den Fonds entgegengebracht wird.

Für alle freien Investoren gibt es Verunsicherungsfaktoren, seien es der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Wohnungsbauförderung, oder die Verzögerung aufgrund von Verfahrensproblemen, bau-, miet- und planungsrechtliche Auflagen, die Steigerung der kommunalen Gebühren und Lasten.

Zu beachten ist auch das Investitionsverhalten privater Eigentümer in Stadterneuerungsgebieten. Es wird allgemein bestimmt durch die Situation des Wohnungsbaus, gekennzeichnet durch Minimierungen des freifinanzierten Mietwohnungsbaus, starke Einschränkung oder Auslaufen des öffentlich geförderten Sozialmietwohnungsbaus und Stabilisierung durch Eigenheimbau.

Baukosten, Grundstückskosten und Kapitalkosten halten sich zur Zeit in Grenzen, sie sind gegenüber den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Der Wohnungsneubau pendelt sich auf rund 300 000 Wohnungen im Jahr ein. Gewerbe- und Ladenbauten verzeichnen einen ganz leichten Zuwachs. In Stadterneuerungsgebieten haben Umbaumaßnahmen/Erneuerungsmaßnahmen schlechthin den Vorrang.

Die Eigentümerstruktur in Althausgebieten ist oft überaltert. Ältere Eigentümer investieren weniger als jüngere. Der Gebietsniedergang verläuft daher kaum gebremst weiter.

Ein großer Teil der Eigentümer in den Erneuerungsgebieten hat ein zu geringes Einkommen und keine ausreichende Kapitalkraft für die notwendigen Erneuerungsinvestitionen. Die Eigentumsstruktur in Altbaugebieten ist kleinteilig und zersplittert, häufig findet man Eigentümergemeinschaften. Typisch ist eine lange Besitzdauer im Erneuerungsgebiet und die Feststellung, daß mehr als die Hälfte der Eigentümer schuldenfrei ist und keinerlei Zins- und Tilgungsbelastungen hat, in der Regel bei niedrigen Einkommen.

Die Bindung an das Eigentum ist wesentlich für die Art und den Wert des Besitzes. Eine enge Beziehung zum Eigentum, Heimatgefühle, Besitzerstolz und Werterhaltungsdenken für die Familie überwiegen, wie Befragungen ergeben haben, eindeutig bei privaten Eigentümern in Sanierungsgebieten.

Es leuchtet ein, daß starke Investitionsabhängigkeiten von der Struktur des Gebäudebestandes ausgehen. Gebäudealter, Denkmalschutzbestimmungen, Kriegszerstörungen und Wiederaufbau, Gebäudezustand, Gebäudeausstattung, Nutzungsstruktur und Größe der Gebäude spielen eine wesentliche Rolle bei der Investitionshöhe. Auch Kosten und Erträge beeinflussen die Investition. Bruttomietverträge und niedriges Preisniveau und nicht in Ansatz gebrachte Bewirtschaftungskosten sind in den Erneuerungsgebieten kennzeichnend sowie langfristige Mietverhältnisse mit den daraus sich ergebenden Bindungen. Eine zunehmende Investitionsbereitschaft ist nur festzustellen, wenn die Erwartung höherer Mieteinnahmen einen konkreten realistischen Hintergrund hat.

Gelegentlich ist es bei der Stadtsanierung erforderlich, entweder Investorengemeinschaften, Eigentümergemeinschaften bzw. Fonds zu gründen oder von außen einen finanzstarken Investor heranzuholen, weil die Erneuerungsaufgabe die Leistungsfähigkeit der ortsansässigen Eigentümer übersteigt.

Investoren sind bei der Stadterneuerung, die nicht nur in formell festgelegten Gebieten stattfinden muß, in zunehmendem Maße die wichtigsten Partner der Gemeinde. Sie muß ein möglichst partnerschaftliches Verhältnis anstreben, und dann kann sie auch mit guten Erfolgen bei der Durchführung von Stadtverbesserungsmaßnahmen rechnen.

Der Autor ist Stadtbaurat in Salzgitter

Kleines ABC für alle, die bauen wollen

Abschreibung 7b: Der Paragraph 7b Einkommensteuergesetz – wird ab 1. Januar 1987 durch Paragraph 10 e abgelöst – gibt die Möglichkeit, beim Einfamilienhaus, der Eigentumswohnung und beim Zweifamilienhaus eine erhöhte Abschreibung vorzunehmen. Die Abschreibung von jeweils bis zu fünf Prozent der Herstellungskosten oder Anschaffungskosten ist auf die ersten acht Jahre beschränkt.

Danach ist beim Einfamilienhaus und der Eigentumswohnung die Sonderabschreibung ausgeschöpft, während beim Zweifamilienhaus weitere 40 Jahre je 2,5 Prozent Sonderabschreibungen möglich sind. Die Sonderabschreibung führt zu Verlusten aus Vermietung und Verpachtung und damit zu einer Minderung des steuerpflichtigen Einkommens.

Mit Stichtag 30. Juli 1981 wurden die Abschreibungshöchstbeträge für das Einfamilienhaus und für die Eigentumswohnung auf 200 000 Mark und bei einem Zweifamilienhaus auf 250 000 Mark angehoben. Stichtag bedeutet, daß erst nach diesem Termin der Bauantrag gestellt, oder der Kaufvertrag abgeschlossen oder mit den Bauarbeiten begonnen werden durfte.

Neu ist ebenfalls die Berücksichtigung von Kindern. Danach darf für Bauvorhaben nach dem vorgenannten Stichtag bei Eigennutzung vom zweiten Kind an ein Betrag von 600 Mark je Kind und Jahr von der Steuer abgezogen werden.

Bauantrag: Antrag auf Genehmigung einer Baumaßnahme (Neubau, Umbau oder Anbau). Dabei ist in jedem Fall vorher abzuklären, ob die beabsichtigte Baumaßnahme genehmigungspflichtig ist. In einigen Bundesländern sind für Ein- und Zweifamilienhäuser nur noch sogenannte Bauanzeigen im Genehmigungsverfahren erforderlich. In anderen werden entsprechende Verordnungen vorbereitet. Ist ein Genehmigungsantrag erforderlich, so sind Baubeschreibung, Lageplan, Bauzeichnungen, statische Berechnungen, Berechnungen der Be- und Entwässerungsanlage und Unterlagen über die Anordnung von Kfz-Stellplätzen einzureichen.

Mit dem Bau darf in der Regel erst nach Erteilen der Baugenehmigung (Bauschein) begonnen werden. Der Bauschein verliert nach einem Jahr seine Gültigkeit, wenn mit dem Bau nicht begonnen beziehungsweise Verlängerung nicht beantragt wurde.

Abweichungen von den genehmigten Plänen bedürfen der Zustimmung. Der Baubeginn und die ausführende Firma sind der Bauaufsicht zu melden.

Nach Fertigstellung des Gebäudes erfolgt die Gebrauchsabnahme und Erteilung eines Gebrauchsabnahmescheins (Schlußabnahmeschein).

Darlehen, gemeint sind hier ausschließlich Baudarlehen: Verschiedenartige Kredite, die von Banken, Sparkassen, Bausparkassen, Versicherungen usw. zur *Finanzierung* eines Bauvorhabens gewährt werden. Das Baudarlehen ist durch den Grundstückswert und den geschätzten Wert des Bauvorhabens abgesichert. Seine Höhe hängt von den bestehenden Belastungen, der Belastbarkeit des Grundstücks und seinem Beleihungswert ab.

Eigenkapital, Eigenmittel: Dies sind Mittel, die der Bauherr selbst besitzt. Dazu gehören der Wert eines eigenen Grundstücks (soweit bezahlt), Bausparguthaben, eigenes Geldkapital oder die Eigenleistung, *in Form von persönlichen Arbeitsleistungen*, sowie Sachleistungen.

Finanzierungskosten: Die Kosten für die Beschaffung der Finanzierung, insbesondere einmalige Geldbeschaffungskosten, zum Beispiel Disagio, Gebühren, Kapitalkosten. Wichtig ist, daß bei der Planung und Finanzierung diese Kosten mit berücksichtigt werden.

Grundpfandrechte: Werden als Sicherheit für Baudarlehen zugunsten des Geldgebers in Abt. III des Grundbuchs eingetragen (Hypotheken oder Grundschulden). Die Eintragung erfolgt auf Antrag des Eigentümers. Der Antrag muß vom Notar oder Gericht beurkundet werden.

Haftpflichtversicherung: Wird für verschiedene Zwecke abgeschlossen. Zur Abdeckung von Haftpflichtansprüchen, die sich aus dem Besitz eines Hauses oder Grundstücks ergeben, dient die „Haus- und Grundstücks-Haftpflichtversicherung". Zwei der häufigsten Ursachen von Haftpflichtschäden, für die der Haus- und Grundbesitzer einzustehen hat, sind Vernachlässigung der Streupflicht bei Winterglätte und fehlende oder ungenügende Abdeckung von Gruben oder Vertiefungen. Bei Ölheizung empfiehlt sich die Öl-Haftpflichtversicherung, die die Risiken mit der Lagerung von Heizöl abdeckt. Während der Bauzeit kommt die „Bauherren-Haftpflichtversicherung" *hinzu*, die vor den finanziellen Folgen von Haftpflichtansprüchen schützt, die gegen den Bauherrn im Zusammenhang mit seinem Bauvorhaben geltend gemacht werden können. Denn der Bauherr ist für Schäden verantwortlich, die Außenstehende durch seinen Bau erleiden.

Kaufvertrag. Der Vertrag über den Erwerb eines Grundstücks bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. In diesem Vertrag werden der Kaufpreis, die Zahlungsweise und die übrigen Bestimmungen über den Übergang von Nutzungen und Lasten festgelegt. Die zur Übertragung des Eigentums an einem Grundstück erforderliche Einigung des Veräußerers und des Erwerbers wird in der Regel als Auflassung in diesem Vertrag ebenfalls erklärt. Der Käufer eines Grundstücks wird erst dann *Eigentümer*, wenn der Eigentumsübergang im Grundbuch eingetragen ist.

Leibrente, Zeitrente: Gebäude werden auch gegen Zahlungen einer laufenden Rente veräußert. Wenn der oder die Empfänger diese Rente lebenslang *erhalten, nennt* man dies „Leibrente". Wird eine Rente auf eine bestimmte Zeit vereinbart, so spricht man von „Zeitrente". Hier wird eine Rentenzahlung mit Ablauf der vereinbarten Frist eingestellt.

Modernisierung – Verbesserung von Wohnraum: Altbauwohnungen, die modernisiert werden, können durch verschiedene staatliche Kreditprogramme gefördert werden. Durch die Gewährung von Darlehen, einmaligen Zuschüssen oder laufenden Aufwendungsbeihilfen *oder Aufwendungsdarlehen*. Daneben sind auch die Möglichkeiten der Sonderabschreibungen für Modernisierungen für einen Althausbesitzer interessant. Hier geht es in erster Linie um Herstellungsaufwand, daneben aber auch um Erhaltungsaufwand. Beide Arten werden steuerlich verschieden behandelt. Informationen zum Thema Modernisierung erhalten Sie beim Amt für Wohnungsbauförderung Ihrer Gemeinde und bei Ihrem Finanzamt.

Nutzungswert: Eigennutzung eines Einfamilienhauses oder einer *Eigentumswohnung wird steuer*lich als Einkommen betrachtet. Die Besteuerung erfolgt nach einem vereinfachten Verfahren, und zwar in Höhe von jährlich 1,4 Prozent des Einheitswertes. Zinsen können in diesen Fällen nur bis zur Höhe des Nutzungswertes steuerlich geltend gemacht werden.

Öffentliche Mittel: Werden im Rahmen einer Vielzahl von Programmen von Bund, Ländern und Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaues, der Instandsetzung und der Modernisierung bereitgestellt. An ihre Vergabe sind verschiedene Bedingungen geknüpft, insbesondere Einkommensbeschränkungen.

Risiko-Lebensversicherung: Vielfach *zur zusätzlichen Absicherung* von langfristigen Darlehen. Bei verschiedenen Bausparkassen ist der Abschluß einer Risiko-Lebensversicherung bei Auszahlung des Darlehens vorgeschrieben. Sie gilt nur für den Todesfall während der vereinbarten Laufzeit. Im Erlebensfall hat der Versicherungsnehmer mit Ablauf keinen Anspruch auf Auszahlung eines Kapitals. Die Prämie für Risiko-Lebensversicherungen ist deshalb auch entsprechend günstig.

Schlüsselfertig: Vollständige Fertigstellung eines Hauses. Erst *dann übernimmt* der Bauherr das Gebäude. Schlüsselfertige Häuser werden durch Bauunternehmen beziehungsweise Bauträgerfirmen erstellt.

Tilgung: *Der* vereinbarte Rückzahlungsbetrag des Darlehens. Bei langfristigen Darlehen wird normalerweise vereinbart, daß die durch die Tilgung ersparten Zinsen zusätzlich zur Tilgung verwendet werden. Der Tilgungsbetrag erhöht sich also laufend.

Umzug: Er muß rechtzeitig in die „neue" Wohnung oder in die „ei*genen vier Wände" geplant werden.* Die Beförderungsbedingungen des deutschen Möbeltransportgewerbes regeln Rechte und Pflichten. Es empfiehlt sich, auf jeden Fall einen Kostenvoranschlag einzuholen, damit man weiß, mit welchen Kosten man zu rechen hat und nicht unangenehm überrascht wird.

Variabler Zins: Der Zins für Darlehen kann mit der Bank auch als variabler Zins vereinbart werden. Er ist dann veränderlich, und die Bank ist berechtigt, den Zinssatz – unter Einhaltung der vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist – zu erhöhen oder zu ermäßigen. Beim variablen Zins wird oftmals auch eine Koppelung an den Diskont- oder Lombardsatz der Deutschen Bundesbank vorgenommen. Verändert sich der Bezugszinssatz durch Beschluß des Zentralbankrates, so verändert sich auch der Kreditzinssatz entsprechend.

Wohngeld: Gibt es als Mietzuschuß; nicht nur für den Mieter, auch für Eigentümer eines Mehrfamilienhauses (für die darin von ihm bewohnte Wohnung) und – als Lastenzuschuß – *für den eigengenutzten* Wohnraum eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung. Wohngeld wird aber nur gewährt, wenn das *maßgebende* Einkommen (Familieneinkommen) eine nach der Familiengröße gestaffelte Grenze nicht übersteigt und kein Versagensgrund im Sinne des 2. Wohngeldgesetzes vorliegt. Antrag auf Wohngeld ist bei den zuständigen örtlichen Verwaltungsbehörden zu stellen. Dort erhält man auch Antragsformulare.

Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen: *Wenn ein Bau*sparer den Bausparvertrag für Hauskauf, Hausbau oder sonstigen vertragsgemäßen Zweck vor Zuteilung einsetzen will, muß die gesamte Vertragssumme, also auch das Bausparguthaben, zwischenfinanziert werden. Zwischenkredit gewährt die Bausparkasse zu marktüblichen Konditionen, die in der Regel deutlich über den Zinsen für das spätere Bauspardarlehen liegen.

Entnommen aus: Die KKB-Baufinanzierung; Stand: 1. August 1985

Steuervorteile bei Abfindung von Miterben

Wer Miterben eines Hauses abfindet, wird jetzt steuerlich bessergestellt. Nach einem Grundsatzurteil des Bundesfinanzhofs (AZ: 9R49/83) können jetzt die Abfindungszahlungen grundsätzlich wie Anschaffungskosten nach Paragraph 7b EStG oder Paragraph 7 Abs. 4 EStG abgeschrieben werden. Welche Besonderheiten dabei zu beachten sind, hat die Bausparkasse Schwäbisch Hall zusammengestellt. Die Erben müssen das Haus gemeinsam geerbt haben, und ein Erbe den Anteil eines anderen Erben erwerben. Die Abfindung darf außerdem weder direkt noch indirekt aus der Erbschaft gezahlt werden. Der Wert des sonstigen Erbanteils des neuen *Eigentümers* wird daher von der Abfindung abgezogen.

Abgezogen wird von der Abfindung auch der Teil, der auf das Grundstück entfällt. Denn nach Paragraph 7b und Paragraph 7 Abs. 4 EStG können nur die Anschaffungskosten für den Gebäudeteil abgeschrieben werden. Anders wird es nach Angaben der Bausparkasse ab 1987 sein. Dann wird das Bundesfi*nanzhofurteil* dem Sinne nach *auf* die neue Eigentumsförderung nach Paragraph 10e EStG angewendet werden müssen.

Nach Paragraph 10e EStG sind bei selbstgenutztem Eigentum neben den Anschaffungskosten für das Gebäude auch die Grundstückskosten zur Hälfte begünstigt. Schuldzinsen für einen Kredit, der zur Abfindung von Miterben aufgenommen wurde, sind nach der oben zitierten Bundesfinanzhof-Entscheidung Werbungskosten aus Vermietung und Verpachtung. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Abfindung ganz oder teilweise aus der übrigen Erbschaft hätte bestritten werden können. (WR)

Jeden Tag verschwinden hundert Hektar Grün

Stadterneuerung ohne ein kleines Stückchen Natur nicht denkbar – Eine Farbe ist wieder überall gefragt

Der nordrhein-westfälische Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr spricht von einer breiten Bewegung, die für eine umfassende Stadtbegrünung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von Bürgern und Stadtverwaltungen entstehen muß. So gesehen stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung, die die Grünplanung als integrierten Bestandteil der Stadtplanung akzeptiert und die Stadt- und Quartiersbewohner über die institutionalisierten Beteiligungsverfahren in der Baugesetzgebung hinaus unmittelbar in die Ziele einer ökologischen Stadterneuerung mit einbinden will.

Mehr Wohnqualität in der Stadt, in den Wohnquartieren und Wohnblocks ist ein Anliegen, das Städte und Bewohner wieder zusammenbringt. Denn die Stadt kann nur Lebensraum sein, wenn sie ihren Bewohnern auch Lebensraum bietet.

Eine Untersuchung im zentralen Verdichtungsraum Nordrhein-Westfalen zum wohnumfeldbezogenen Freizeitverhalten hat ergeben, daß mehr als die Hälfte der Bewohner des Verdichtungsraums an Rhein und Ruhr weder über Balkon noch Loggia noch Garten am Haus oder weiter entfernt davon verfügt. Fast die Hälfte der Bewohner in stark belasteten und hoch verdichteten Wohngebieten zeigt sich über das Angebot öffentlicher Grünflächen unzufrieden.

Das Fazit: Ein Großteil der Bevölkerung der Städte und Gemeinden in *Nordrhein-Westfalen ist mit Grün un*terversorgt, eine Feststellung, die nicht nur für das größte Bundesland der Republik gelten dürfte. Und die Statistiken belegen: Jeder Flächenverlust in den Städten zu Lasten des Grüns geht weiter. Zur Zeit beträgt der tägliche Grünflächenverlust bundesweit etwa *100 Hektar*.

Neuerdings erst wird die städtebauliche Aufgabe in ihrer Bedeutung hoch eingeschätzt, durch Schaffung und Erhaltung von Grün eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Wohngebieten der Städte und Gemeinden herbeizuführen. Ein Blick auf die in den letzten Jahren bundesweit ins Leben gerufenen kommunalen Aktivitäten zur Wohnumfeldverbesserung zeigt, daß „Grün" in der Stadtplanung endlich den „Weg durch die Instanzen" geschafft zu haben scheint.

Im Zuge des Wiederaufbaus und der expansiven Entwicklung der Städte war Grün in der Stadt nicht das Leitbild, das sich in den letzten 40 Jahren in die konzeptionellen Anpassungszwänge der Stadtplanung einordnen ließ. Im Gegenteil, in den Phasen, die unsere Stadtplanung in der *Nachkriegszeit durchlaufen hat*, wurde in vielen Quartiersbereichen, vor allem in den innerstädtischen Wohngebieten, das Grün zurückgedrängt oder, wie in neu erstellten Wohngebieten, das Grün unbenutzbar verplant.

So wichen Straßenbäume, Vorgärten, Plätze und Höfe den Anforderungen einer „autogerechten Stadt", so entstanden im Zusammenspiel der Vorstellungen von „städtebaulicher Verdichtung" und baurechtlichen Bestimmungen am Rande der Städte heute abfällig als Abstandsgrün be*zeichnete Freiflächen – ungenutzte* Möglichkeiten für ein sozial brauchbares Wohnumfeld im „halböffentlichen Raum".

Verschlechterung der Lebensverhältnisse

Die Verzahnung von Stadt- und Grünplanung, in ihrer Bedeutung und Notwendigkeit seit dem 19. Jahrhundert erkannt, konnte sich, wenn überhaupt, bis zur Gegenwart nur partiell gegen die Nutzungskonkurrenz in den Städten durchsetzen. Entsprechend verschlechterten sich die Lebensverhältnisse vor allem dort, wo auch keine wohnungsnahen öffentlichen Grünflächen beziehungsweise Haus-, Hof-, Kleingärten oder Balkone Ersatz boten. Das galt besonders für Stadtkerne und innerstädtische Wohnquartiere, deren Wohnwert Anfang der 70er Jahre bedrohlich abgesunken war.

„Rettet unsere Städte jetzt" hieß vor zehn Jahren der dramatische Aufruf, als es schien, daß der Zug der Stadtbewohner ins „grüne Umland" kaum gestoppt werden konnte. Als Abwanderungsmotive wurden vor allem Lärm, Verkehrsbelastung, schlechtes Klima, Abgase und fehlendes Grün genannt. Die Umweltbelastung in den Städten hatte einen Grad erreicht, der ihre Attraktivität noch weit in die Zukunft hinein bela*sten wird*.

Das gilt nicht nur für die Stadt als Wohnort, sondern auch für die Standortbedingungen von Industrie, Handel und Gewerbe. Nur durch die Verbesserung der städtischen Umweltqualität ist vielerorts eine Verbesserung für städtisches Investitionsklima zu erreichen.

Die damals zuerst eingeleiteten Maßnahmen zur Gegensteuerung wurden die Grundlage für Stadterneuerungskonzepte in kleinen Schritten mit dem Ziel der Verbesserung von Stadtgestalt und Wohnumfeld; *sie fließen heute in das Anliegen einer* ökologisch orientierten Stadterneuerung ein.

Neben den umfassenden Aufgaben, die mit dem Landschaftsschutz, der Freiflächensicherung sowie der Erhaltung und Schaffung von Grünräumen in besiedelten Bereichen zu berücksichtigen sind, wird als eine ergänzende Voraussetzung für die Verbesserung der ökologischen Bedingungen in den Städten die Durchgrünung der Wohnquartiere angesehen. Parks und Grünanlagen ersetzen nicht das fehlende Grün vor der Haustür, wenn man bedenkt, daß zwei Drittel der Freizeit in der Wohnung oder dem Wohnumfeld verbracht werden.

Stadtgrün in das belastete Wohnumfeld zu bringen, kann aber auch unter finanziellen Gesichtspunkten nicht allein Aufgabe öffentlicher Verwaltungsinstanzen sein. Und so zielt das Bemühen der Kommunen darauf, auch private Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Wohnquartieren zu stärken.

Ökologische Erneuerung für das Wohnumfeld

Heute gibt es kaum eine größere Stadt, die etwas auf sich hält, die hierzu nicht einen umfangreichen Katalog entwickelt hat: Patenschaften für Baumpflanzungen, Fassadenwettbewerbe, Dachbegrünung, Innenhofbegrünung, Begrünung von Straßen und Plätzen sowie brachliegenden Flächen und schließlich auch Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung in den typischen Siedlungen der 60er und 70er Jahre gehören zu den *wohnumfeldbezogenen Maßnahmen*, bei denen viele Kommunen nicht zuletzt über Anreizfinanzierungen die Zusammenarbeit mit den Bürgern suchen. Fast durchgängig gelten zum Beispiel im Rahmen von Programmen zur Innenhofbegrünung Förderrichtlinien für solche Gebäude, die mindestens zwei Vollgeschosse oder drei Wohnungen haben. Eine weitere Voraussetzung ist, daß die dem Innenhof zugeordneten nutzungsberechtigten Wohneinheiten überwiegend Mietwohnungen sein müssen. Gerade im Zusammenhang mit diesen Programmen *zeigen sichtbare Er*folge, welche Bedeutung dem „kleinen Grün" in der ökologischen Stadterneuerung für das Wohnumfeld zukommt.

Mehr Grün in der Stadt – diese Forderung des Städters für seine Naherholung ist kein romantisierendes Wunschdenken oder bloße Stadtverschönerung, sondern ein wichtiger Baustein, sich aktiv für lebensgerechte und umweltfreundliche Bedingungen in den Städten einzusetzen, die ohne ein Stück Natur nicht entstehen können. INGE HILDEBRAND

Neue Impulse für die bayerischen Städte und Landgemeinden

Sanierung im südlichsten Bundesland: Historische Substanz konnte erhalten werden

Von KARL HILLERMEIER

Die überkommenen Konturen in Bayern sind nicht verlorengegangen, aber sie haben an Prägnanz gewonnen, in ihnen ist heute mehr Leben – und nach außen strahlen sie mehr Glanz aus. Weder museale Erstarrung noch seelenlose Verfremdung – das ist die Leitlinie klug gestaltender bayerischer Städtebaupolitik. Lebensqualität erwächst in Städten und Dörfern aus der Wechselwirkung von Erhaltung und Gestaltung. Für Städtebau ergibt sich aus dieser Einsicht zugleich sehr konkret und manchmal recht beschwerlich, daß die Bürger immer wieder mit Baustellen konfrontiert werden – konfrontiert werden müssen. Sie sind ein Preis, ohne den es eben Lebensqualität durch Sanierung nicht geben kann.

Kein Zweifel: Der städtebauliche Handlungsbedarf ist gegenwärtig besonders ausgeprägt. Das hängt mit dem gewachsenen Bewußtsein für den Wert historischer Substanz, aber auch mit volkswirtschaftlichen Wirkungen zusammen. In besonderem Maß lautet darum heute die bayerische Antwort: „Packen wir's an!"

Strauß setzte Erhöhung der Mittel durch

„Angepackt" hat es – und zwar nicht auf Bayern beschränkt – mit der ihm eigenen Weitsicht unser Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Er überzeugte die Bundesregierung, daß die städtebauliche Erneuerung als kommunale und als gesamtwirtschaftliche Aufgabe heute noch weit bedeutsamer ist als vor 15 Jahren. Im Jahr 1971 begann die „Städtebauförderung" des Bundes mit der Bereitstellung von 100 Millionen Mark. In der Folgezeit stiegen die Finanzhilfen des Bundes – und der Länder – zur Unterstützung kommunaler Erneuerungsmaßnahmen zwar an, sie erreichten jedoch dann im Jahr 1982 mit 220 Millionen Mark wieder einen beklagenswerten Tiefstand.

Nach dem Regierungswechsel in Bonn wurden die Bundesmittel im Jahr 1983 sofort um 60 Millionen Mark, in den Folgejahren 1984 und 1985, um weitere 30 Millionen Mark auf je 330 Millionen Mark erhöht.

Dem bayerischen Ministerpräsidenten gelang es dann, vor allem mit dem Hinweis auf die außerordentliche Beschäftigungswirkung städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen, die Bundesregierung zu einer Erhöhung der Bundesmittel in den Programmjahren 1986 und 1987 auf je eine Milliarde Mark – das entspricht einer Verdreifachung – zu veranlassen. Damit wurde eine völlig neue Dimensionierung erreicht. Zusammen mit den ungefähr verdoppelten Mitteln der Länder und Gemeinden werden 1986 und 1987 bundesweit fast fünf Milliarden Mark in städtebauliche Maßnahmen investiert.

Diese „öffentlichen Mittel" entwickeln eine gewaltige Schubkraft für private Bauinvestitionen. Die Erfahrung lehrt, daß durch die öffentliche Förderung in fast allen älteren, auch historischen Quartieren ein neues „Investitionsklima" erzeugt wird. Es strahlt auf viele andere Branchen aus. Für das Baugewerbe ist die Städtebauförderung wegen ihrer großen beschäftigungspolitischen Impulse zum Zauberwort geworden. Die städtebauliche Sanierung eines in traditioneller Weise bebauten Gebietes verlangt weit mehr Handarbeit als der Neubau „auf der grünen Wiese". In Bayern stehen 1986 und 1987, die Eigenleistungen der Gemeinden eingerechnet, für Investitionen im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung jährlich 415 Millionen Mark zur Verfügung. Das sind jeweils 250 Millionen Mark mehr als im vergangenen Jahr.

Von 1987 an werden wieder 36 Millionen Mark Landesmittel im bayerischen Städtebauförderungsprogramm hinzukommen. Im Rahmen des Programms 1986 konnten 306 Gemeinden mit 327 Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Denn die Bereitschaft der Gemeinden zur Mitwirkung an dem Bund/Länder-Programm war überwältigend. 528 Gemeinden hatten sich um die Aufnahme in das Programm beworben und Maßnahmen mit einem Kostenumfang von insgesamt 1,215 Milliarden Mark angemeldet. Mögen auch nicht alle Wünsche unverzüglich erfüllt werden können, so ist das außerordentliche Interesse doch auf jeden Fall positiv zu bewerten: Denn es zeigt, wie hochentwickelt in den Gemeinden das Bewußtsein für den Wert alter Baubestände ist. Die Zahlen machen zugleich deutlich: Sowohl die städtebaulichen Aufgaben als auch das Gebot kontinuierlicher Beschäftigung im Baugewerbe verlangen noch über die nächsten Jahrzehnte den Einsatz öffentlicher Mittel. Schon wegen der langen Zeiträume bei Planung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen wäre gerade hier eine „Stop-and-go"-Politik in besonderem Maße verfehlt. Die bayerische Staatsregierung strebt deshalb an, die Städtebauförderung in Bayern auf der Basis des 1986 und 1987 erreichten Niveaus fortzuführen.

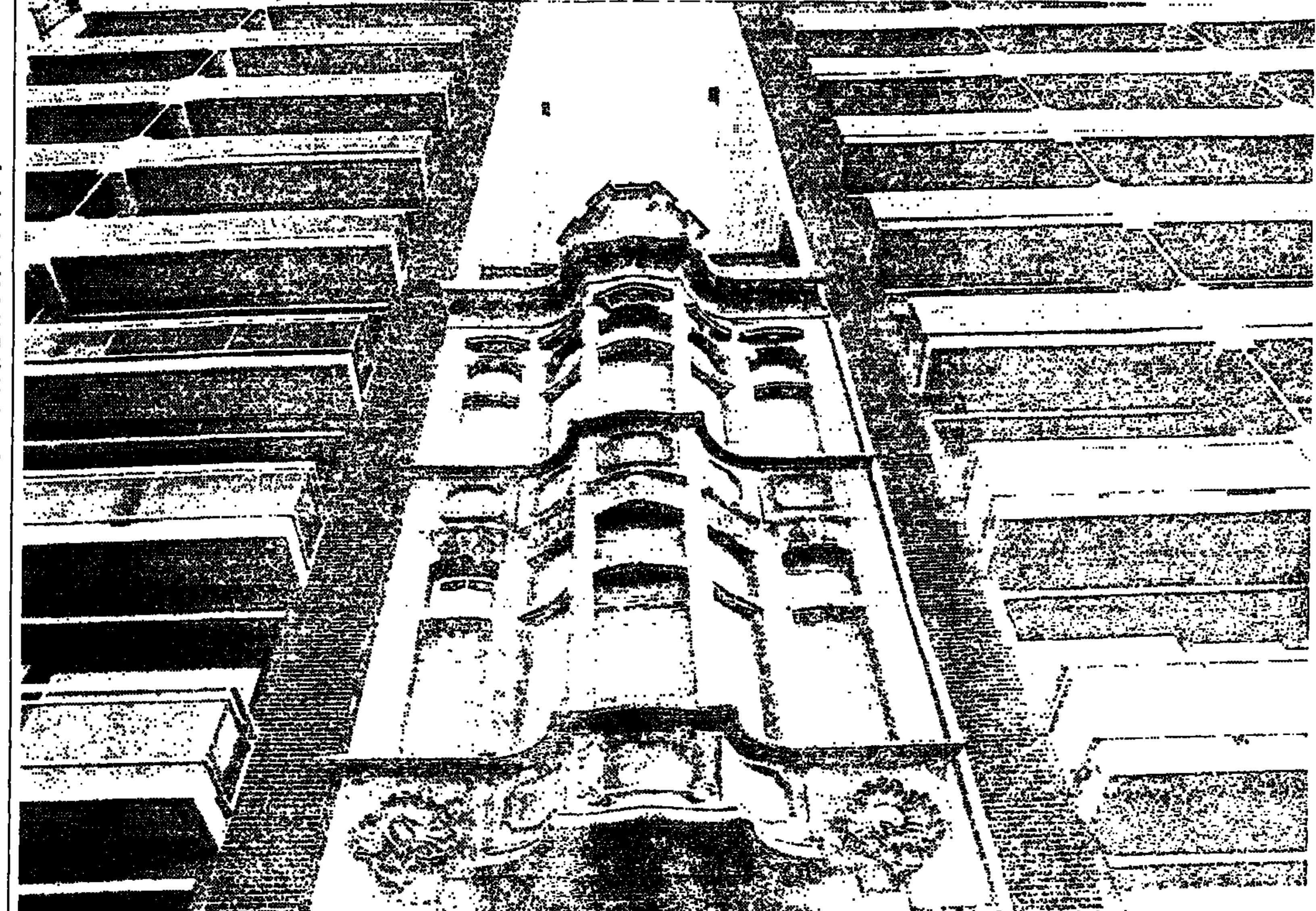
Landschaftsverbrauch eingedämmt

Die bayerischen Gemeinden haben von Anfang an – im Gegensatz zu vielen Kommunen anderer Länder – kaum Flächen- oder „Kahlschlag"-Sanierung betrieben. Das gesunde Mißtrauen gegenüber einer bedenkenlosen Neuerungssucht hat entscheidend dazu beigetragen, zahlreiche wertvolle Ensembles und stadt- und ortsbildprägende, aber auch einfach ortstypische und schöne Ortsbilder zu erhalten. Bei der Sanierung historischer Stadtkerne geht es nach bayerischem Verständnis weder um Kahlschläge, die Kontinuitäten zerstören, noch um eine Art museale Gettobildung, in deren Rahmen sich kein städtisches Leben mehr vollzieht.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Städtebauförderung liegt nach bayerischem Verständnis darin, historische Altstädte dauerhaft wirtschaftlich zu beleben. Wirtschaftliche Aktivität ist der beste Motor für ein lebendiges kommunales Leben – andere Impulse, so wichtig sie sind, können ihn nicht ersetzen. Es gilt darum, Rahmenbedingungen zu gestalten, die dem Standort historische Altstadt förderlich sind.

Städtebauliche Erneuerung dient auch aktiv dem Umweltschutz. Durch die Aktivierung alter Baugebiete wird der „Verbrauch" an freier Landschaft für neue bauliche Nutzungen eingedämmt. Die Verlagerung störender Betriebe im Rahmen der städtebaulichen Sanierung trägt zum Schutz der Wohnbevölkerung bei. Die bayerischen Gemeinden stehen hier noch vor großen Aufgaben.

Der Autor ist Bayerischer Staatsminister des Innern



An der Finanzierung der Bauprojekte waren die Kreditbanken zu rund elf Prozent beteiligt FOTO: DIE WELT

150 Milliarden Mark Kredit für Bauherren

Städtebauinstitut: Großbanken steigerten ihre Aktivitäten in den letzten 18 Jahren um das Siebzigfache

Zur Finanzierung des Wohnungsbaues, des sonstigen Baues sowie anderer wohnungswirtschaftlicher Maßnahmen wurden 1968 Kredite in Höhe von rund 159 Milliarden Mark gewährt. 1985 betrugen sie 793 Milliarden Mark, also annähernd das Fünffache.

Nach Angaben Städtebauinstituts in Bonn waren an dem Zuwachs des Kreditvolumens in diesen 18 Jahren die einzelnen Institutsgruppen jedoch recht unterschiedlich und mit erheblichen Schwankungen bei den Zuwachsraten beteiligt. So konnten etwa Kreditbanken ihre wohnungswirtschaftlichen Kredite verzwölffachen: Von knapp 7,4 Milliarden Mark auf rund 89 Milliarden Mark; dabei legten die Großbanken sogar das Siebzigfache zu, und zwar von 0,54 Milliarden Mark auf rund 38,4 Milliarden Mark.

Noch höher war der Zuwachs bei den genossenschaftlichen Zentralbanken und den Primärbanken der Genossenschaftsorganisation: Zusammen steigerten sie ihr Volumen von 7,3 Milliarden Mark auf knapp 93 Milliarden Mark, also fast auf das Dreizehnfache; bei den Zentralbanken gab es sogar einen Zuwachs von 0,23 Milliarden Mark auf 6,34 Milliarden Mark, also auf fast das Achtundzwanzigfache. Demgegenüber blieben die Zuwachsraten bei den klassischen Kreditgebern der Wohnungs- und Baufinanzierung zurück.

Am günstigsten hielten sich noch die Bausparkassen, deren Kreditvolumen auf knapp das Sechsfache anstieg; dabei kamen die privaten Bausparkassen von knapp 16 Milliarden Mark auf rund 98 Milliarden Mark, also auf mehr als das Sechsfache, während die Öffentlichen- und die Landes-Bausparkassen das Fünffache erzielten (von rund 8,5 Milliarden Mark auf 46 Milliarden Mark). Die Sparkassen erreichten nur das Viereinhalbfache von 40,5 Milliarden Mark (1968), nämlich 185 Milliarden Mark (1985). Auch die Anteile der Institutsgruppen an der Wohnungs- und Baufinanzierung haben sich in den achtzehn Jahren wesentlich verändert.

Die Kreditbanken hatten 1968 einen Anteil von 4,6 Prozent, 1985 dagegen von 11,2 Prozent; bei den Großbanken lauten die Verhältniszahlen 0,3 und 4,8 Prozent. Bei der Sparkassenorganisation fiel der Anteil von 34,3 auf 32,3 Prozent. (WR)

Nordrhein-Westfalen: Probleme im dichtbesiedelsten Industrieland

Die Regierung in Düsseldorf setzt auf eine behutsame und erhaltende Stadterneuerung

Von CHRISTOPH ZÖPEL

Die Städte sind in den vergangenen zwanzig Jahren in einem erschreckenden Umfang in die Fläche gewachsen. In der mehrtausendjährigen Geschichte der Stadt gibt es dazu keinen Vergleich. Das südliche Kalifornien von Los Angeles bis nach San Diego an der mexikanischen Grenze ist das wohl bekannteste Beispiel einer ungeordneten, flächenverschwendenden Zersiedlung.

Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen einer derartigen Siedlungsentwicklung können die Zivilisationsform „Stadt" ersticken. Man braucht allerdings nicht in die Vereinigten Staaten zu gehen, um Beispiele für die Folgen einer dichten Besiedlung zu finden, da Nordrhein-Westfalen selbst das dichtest besiedelte Industrieland der Welt ist.

Hier leben etwa 500 Menschen auf einem Quadratkilometer, während es in Holland, Japan und Belgien „nur" 350 sind. Das Ruhrgebiet hat eine Bevölkerungsdichte von 1000 Personen pro Quadratkilometer erreicht. Der sparsame Umgang mit dem verbliebenen Freiraum ist daher in Nordrhein-Westfalen ein Thema von besonderer Dringlichkeit. Größere zusammenhängende Freiflächen sind die unabdingbare Voraussetzung für die hydrologische und klimatische Stabilisierung eines Raumes. Sie ermöglichen die von der Natur kostenlos geleistete Ausfilterung von Schadstoffen, bewahren Trinkwasserreserven und ermöglichen dem Menschen die unverzichtbare Begegnung mit der Natur als kontrastierendes Erlebnis zur geballten Stadt.

Problematisch ist auch die infrastrukturelle Versorgung von Ballungsräumen. Es entstehen lange Wege für den Transport von Menschen, Gütern, Wasser, Abwasser und Energie, wobei vor allen Dingen der Kraftfahrzeugverkehr über den Flächenverbrauch der Verkehrswege hinaus in erheblichem Umfang Schadstoffe und Lärm emittiert.

Mobilität abhängig vom Einkommen

Wer in flächenverschwendenden Großagglomerationen die sozialen Möglichkeiten der Stadt noch nutzen will, muß in erheblichem Umfang mobil sein. Mobilität aber ist abhängig vom Einkommen, vom sozialen Status und vom Alter. Die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen sind daher kaum in der Lage, die langen Wege von der Wohnung zum Arbeitsplatz, zu den kulturellen Angeboten und den weit abgelegenen Erholungsgebieten zu bewältigen. Sie sind von den Vorteilen der Zivilisationsform „Stadt" daher weitgehend ausgeschlossen.

Kraftfahrzeugverkehr, Industrie, Kraftwerke und Heizungen emittieren Abgase und Lärm sowie schädliche Abwässer in einem Ausmaß, das zwischenzeitlich über die Ballungsräume hinausreichend zu möglicherweise irreversiblen Schäden in weit abgelegenen Regionen geführt hat. Einzelne Schadstoffkomponenten konnten reduziert werden, woanders hingegen haben sich Emmissionsmengen und Gefährlichkeit erhöht.

Die „Politik der hohen Schornsteine", noch vor wenigen Jahren als Ausweg in Ballungsgebieten angesehen, mit der die örtlichen Emissionen in erträglichen Grenzen gehalten werden sollten, ist wohl endgültig zu Ende, da nun die Schäden überall auftreten – selbst in von den Ballungszonen weit entfernten Gebieten wie in den Wäldern Kanadas. Es sterben nicht nur die Bäume, sondern auch die Steine und mit ihnen die Denkmäler der Stadtbaukunst und die Zeugen städtischer Kultur in den Großstädten, die mehr und mehr „um das Auto herum" gebaut wurden. Der Mensch scheint dabei die größte Resistenz gegen Schadstoffe aufzuweisen, aber auch hier sind die Folgen einer dauerhaft hohen Umweltbelastung nicht mehr zu übersehen. Lärm und schlechte Atemluft machen krank. Sie sind mitverantwortlich für die starke Zunahme modernerer Zivilisationskrankheiten.

Die Stadtpolitik der 70er Jahre wurde beherrscht von der Vision, man könnte Städte umfassend und in einem kurzen Zeitraum neu gestalten. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen. Objekt heutiger und künftiger Stadtpolitik muß vielmehr die bebaute Umwelt und das soziale Gefüge der existierenden Städte sein, deren strukturelle und bauliche Umgestaltbarkeit begrenzt ist.

Daß vor allem die bebaute Umwelt existiert und nur in engen Grenzen veränderbar ist, läßt sich sowohl an der Bevölkerungsentwicklung wie am Verhältnis von Wohnungsbestand zu Wohnungsneubau ablesen:

- Die Bevölkerungszahl in den Industriestaaten generell, speziell aber in den Ballungsräumen, nimmt seit Mitte der 70er Jahre ab oder stagniert.
- Anfang der 50er Jahre wurden in der Bundesrepublik Deutschland bei zwölf Millionen Wohnungsbestand 609 000 Wohnungen neu gebaut; dies entsprach einer Neubaurate von fünf Prozent. Ende der 60er Jahre betrug die Neubaurate bei einem Bestand von 20 Millionen Wohnungen nur noch 2,5 Prozent. Heute werden bei 25 Millionen bestehenden Wohnungen nur noch 350 000 jährlich hinzugebaut, was einem Anteil von 1,5 Prozent entspricht.

Diese Zahlen sollten jedem eindrucksvoll vor Augen führen, daß Stadtpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts endgültig von der Fixierung auf den Neubau von Wohnungen, Infrastruktur und Betriebsstätten Aschied nehmen muß.

Soziales Zusammenleben muß verbessert werden

Es geht statt dessen darum, in existierenden und sich quantitativ nur noch gering verändernden Städten das soziale Zusammenleben der Menschen zu verbessern. Für Ballungsräume gilt dies in besonderem Maße.

In den Ballungsgebieten Nordrhein-Westfalens sind in den dicht bebauten Wohngebieten beinahe die Hälfte der Haushalte starkem Verkehrslärm und Gefährdungen durch den Straßenverkehr ausgesetzt. Die Antwort darauf kann nur eine konsequente Verkehrsberuhigung sein.

Die Diskussion um den notwendigen Umbau der Industriegesellschaft wird häufig von dem vermeintlichen Problem eines Gegensatzes zwischen Ökonomie und Ökologie dominiert. In der Praxis bedeutet dies, daß in den Städten trotz der verbreiteten Einsicht um umweltpolitische Notwendigkeiten ökologische Fortschritte zurückgestellt werden, um angebliche wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden.

Gerade in einem alten und dicht besiedelten Industrieland wie den nordrhein-westfälischen Ballungszentren können solche kurzsichtigen Rücksichtnahmen fatale Konsequenzen haben. Wir müssen uns klarwerden, daß die ökonomische Kraft unserer Städte davon abhängt, ob sie tatsächlich auch in Zukunft Städte bleiben können.

Zu dieser Politik der behutsamen und erhaltenden Erneuerung gibt es aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen keine Alternative! Sie wird in Nordrhein-Westfalen seit 1980 konsequent umgesetzt. Beispiele für die behutsame Erneuerung in hochverdichteten Wohngebieten, für Industrieflächenrecycling und für neue Nutzungen in alten Industriebauten gibt es flächendeckend im ganzen Land.

Der Autor ist Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen

Warum das Wohneigentum dem Aktienbesitz überlegen ist

Neues Gesetz soll Arbeitnehmern eine stärkere Kapitalbeteiligung ermöglichen

Von JOACHIM DEGNER

Die vermögenspolitische Diskussion hat mit dem Entwurf eines zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes, der dem Bundesrat gegenwärtig zur Stellungnahme vorliegt, neuen Auftrieb erhalten. Bereits jetzt sind jedoch Überlegungen für weitere Schritte im Gange, die in der nächsten Legislaturperiode unternommen werden sollen.

Dabei dürfte der Gewichtung des Wohneigentums im Verhältnis zu dem Produktivvermögen eine besondere Bedeutung zukommen. Maßgebende politische Kräfte tendieren zu einer bevorzugten Förderung des Produktivvermögens. Es stellt sich daher die Frage nach einem „Qualitätsvergleich" beider Vermögensarten.

Für eine verstärkte Förderung von Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer werden im wesentlichen folgende vier Gründe genannt:

● Die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsordnung werde gefestigt, wenn eine breite Schicht von Eigentümern diese Ordnung trage und die soziale Marktwirtschaft im Sinne verbesserter sozialer Gerechtigkeit weiterentwickelt werde.

So werden Arbeitsplätze besser gesichert

● Die Selbständigkeit, Mitverantwortung und Motivation der Arbeitnehmer werde durch eine verstärkte Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer erhöht.

● Eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital diene zugleich der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung, erleichterte die Finanzierungsmöglichkeiten und stärke damit die Investitionskraft der Wirtschaft. Sie verbessere damit die Voraussetzung für die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze.

● Die Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivkapital der Wirtschaft diene auch der Eigenvorsorge für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in wirtschaftlichen Notfällen und bei verminderter Leistungsfähigkeit. Sie trage mit dazu bei, eine Überforderung der gesellschaftlichen Sicherungssysteme zu verhindern.

Der Aktualität wegen sei der vierte Punkt vorwegbehandelt. In der letzten Zeit hat der Gesichtspunkt der Eigenvorsorge für die Sicherung des Alters eine besondere Bedeutung erhalten. Anlaß dafür war die Erkenntnis, daß die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherungen auf längere Sicht nicht ausreicht, um einen angemessenen Lebensstandard im Alter aufrecht zu erhalten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Wohneigentum dem Produktivvermögen klar überlegen, weil die mit Kapitalbeteiligungen verbundenen Risiken es kaum zulassen, diese Form der Vermögensbildung zu einem Eckpfeiler der Alterssicherung zu machen. Das Wohneigentum ist hier ein geradezu optimales Instrument, wie nicht zuletzt anläßlich der Verabschiedung des Gesetzes zur steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums deutlich geworden ist.

Nicht gelöst sind dagegen die Fragen der Vorbereitung der privaten Haushalte auf den Erwerb von Wohneigentum: die Bildung von Eigenkapital. Diese Frage hat deshalb zentrale Bedeutung, weil jetzt zunehmend mittlere Einkommensgruppen an der Schwelle zum Wohneigentum stehen. Mit geringerem Einkommen steigt jedoch der Eigenkapitalbedarf, weil die Finanzierung bei zu hoher Verschuldung mit erheblichen Risiken belastet ist, wie die gestiegene Zahl der Zwangsversteigerungen beweist. Daher verdient die Eigenkapitalbildung zum Zwecke des Erwerbs und der Erhaltung von Wohneigentum gerade unter dem Gesichtspunkt der Altersvorsorge eine besondere Priorität.

Und nun zu den genannten weiteren Punkten:

● Breitgestreutes persönliches Kleineigentum bildet unbestritten einen wichtigen Pfeiler einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Es ist kein Zufall, daß sowohl die Bundesregierung als auch die SPD-Opposition eine erhebliche Verbesserung der nach wie vor außerordentlich niedrigen Wohneigentumsquote von 40 Prozent anstreben.

Finanzierung muß verbessert werden

● Es bedarf kaum eines Beweises dafür, daß durch den Erwerb von Wohneigentum eine Motivation entsteht, wie sie sonst nur selten zu beobachten ist. Wohneigentum schafft Voraussetzungen für die Entfaltung der Persönlichkeit wie der Familie, wie sie kaum eine andere Form der Vermögensbildung zu bieten vermag.

● Die Eigenkapitalausstattung der Eigenheiminvestoren muß in gleicher Weise verbessert werden wie die Eigenkapitalausstattung der Wirtschaftsunternehmen. Der bereits erwähnte Anstieg der Zahl der Zwangsversteigerungen ist ein eindeutiges Indiz dafür, daß in vielen Fällen mit zu hohen Kreditanteilen finanziert wird.

Daß eine effizientere Förderung des Bausparens auch neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende sichern hilft, braucht kaum näher begründet zu werden.

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der privaten Bausparkassen, Bonn

Bauherren vor schweren Entscheidungen

Das „Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums (Wohneigentumsförderungsgesetz – WohneigFG)" vom 15. Mai 1986 (Bundesgesetzblatt 1985 I S. 730) regelt die Behandlung der vom Eigentümer selbst zu Wohnzwecken genutzten eigenen Wohnung *im Einkommensteuerrecht* ab 1. Januar 1987 neu.

Grundsätzlich wird von diesem Tage an der Nutzungswert der vom Eigentümer selbstgenutzten eigenen Wohnung („Eigenmiete") oder der einem Dritten unentgeltlich überlassenen Wohnung nicht mehr besteuert (Privatgut-Lösung). Im Prinzip bleiben jedoch dem Eigentümer die ihm bisher gewährten Vergünstigungen des Einkommensteuerrechts erhalten.

So fallen bei dem Eigentümer eines bisher („pauschal besteuerten") selbstgenutzten Einfamilienhauses oder einer selbstgenutzten Eigen*tumswohnung*, dem bereits 1986 dieses Objekt gehörte, der Grundbetrag und mit ihm der Schuldzinsen-Abzug bis zu dieser Höhe weg, wenn das Gebäude oder die Wohnung vor dem 1. Januar 1987 fertiggestellt war. Aber

● die erhöhten Absetzungen für Abnutzung nach Paragraph 7 b EStG oder anderen Vorschriften des Einkommensteuerrechts (zum Beispiel für Modernisierungsaufwendungen nach Paragraph 82 a EStDV, einschließlich der hier besonders begünstigten Werbungskosten), und

● der 1982 eingeführte erweiterte Schuldzinsen-Abzug werden auch ab 1987, jedoch in Form eines Sonderabgaben-Abzuges, diesem Eigentümer weiter gewährt, solange und soweit er jeweils diese Vergünstigungen in dem bisherigen Umfang hätte in Anspruch nehmen können.

Für eine bisher mit dem Überschuß des Mietwerts über die Werbungskosten oder Betriebsausgaben besteuerte selbstgenutzte Wohnung, die bereits vor dem 1. Januar 1987 fertiggestellt oder erworben worden ist und die der Eigentümer bereits 1986 selbst zu Wohnzwecken genutzt hat, bleibt dagegen die bisherige Be*steuerung maßgeblich, solange die* Voraussetzungen für die „Überschuß-Besteuerung" gegeben sind, längstens jedoch bis 1998 einschließlich. Doch kann der Eigentümer bereits früher, also ab 1987, (in der ESt-Erklärung) unwiderruflich beantragen, daß das neue Recht gelten soll; er wird das etwa tun, wenn die bisherigen Vorteile der Überschuß-Besteuerung (zum Beispiel bei der Abschreibung oder der Schuldzinsen-Abzug) wegfallen.

Wer jetzt vor der Frage steht, ob er eine Wohnung zur Selbstnutzung fertigstellen oder erwerben soll, wird deshalb häufig prüfen, ob die alte Regelung (zum Beispiel für die selbstgenutzte Wohnung in einem Zwei- oder Mehrfamilienhaus) oder die neue Regelung (zum Beispiel für selbstgenutzte Einfamilienhäuser oder Eigentumswohnungen) für ihn günstiger ist. Er hat es dabei in der Hand, die Anwendung des alten oder neuen Rechts herbeizuführen. Denn dieses gilt unmittelbar für die vom Eigentümer selbstgenutzte Wohnung nur,

● wenn die Wohnung nach dem 31. Dezember 1986 fertiggestellt worden ist (fertiggestellt ist die Wohnung, wenn den Bewohnern der Bezug nach objektiven Gesichtspunkten zugemutet werden kann, auch wenn sie die Wohnung noch nicht beziehen) oder

● wenn der Eigentümer die Wohnung nach dem 31. Dezember 1986 angeschafft hat.

Maßgeblich ist der Tag des Überganges von Besitz, Nutzungen, Lasten und Gefahren, wie er in dem notariell beurkundeten Vertrag festgelegt wird, nicht etwa das Datum der Beurkundung.

Wer also vor der Frage steht, noch 1986 fertigzustellen oder zu erwerben oder dies erst nach dem 31. Dezember 1986 zu tun, kann so darauf hinwirken, daß nachher für ihn günstigere Regelungen gelten. (WR)

Den Reiz der alten Häuser wiederentdeckt

Wenn das Umfeld attraktiv sein soll: Altbaumodernisierung und Stadtbildpflege müssen sich gegenseitig ergänzen

Von ALFRED RÖHER

Viele haben den Reiz von Altbauten mitten in der Stadt wiederentdeckt und finden es sogar „schick", in alten Häusern zu wohnen. Im Gegensatz dazu werden viele Siedlungen am Rande der Städte heute zu Problemgebieten. Die meist vielgeschossige, monotone Fertigbauweise dieser Gebäude führt unter den Bewohnern zu großer Anonymität.

Um die Unwirtlichkeit unserer Städte zu beseitigen, bedarf es gezielter Maßnahmen zu Pflege, Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz. In diesem Zusammenhang spielt die Behebung von Außenschäden an Gebäuden eine wichtige Rolle. Seit langem steht fest, daß diese durch Luftverschmutzung entstehen können. Ebenso können nämlich normale Alterung sowie fehlerhafte Planung und Ausführung Bauschäden hervorrufen, deren Schadensbilder denen der umweltbedingten Bauschäden sehr ähnlich und deshalb schwer voneinander zu unterscheiden sind.

Um so wichtiger ist es aber auch, Einwirkungsart und Rolle der Luftverschmutzung für die Lebensdauer von Bauteilen gründlicher zu untersuchen. Diesem ökologisch wie bautechnisch gleichermaßen hochaktuellen Thema „Bauschäden im Altbau – erkennen, beheben, verhindern" widmet sich der diesjährige Kongreß des Bundesarbeitskreises Altbauerneuerung e. V. (BAKA), der unter der Schirmherrschaft von Bundesbauminister Oscar Schneider vom 6. bis 8. November 1986 im Nürnberger Messezentrum stattfindet.

Indem Altbaumodernisierung Umweltschäden beseitigt, verschönert sie gleichzeitig das Erscheinungsbild unserer Städte. Die Modernisierung *des Äußeren muß jedoch durch Maß*nahmen im Inneren der alten Häuser ergänzt werden, um diese den neuzeitlichen Vorstellungen von Wohnkomfort anzupassen. Dies betrifft insbesondere die Ausstattung mit sanitären Anlagen und mit modernen Heizungssystemen.

Menschen, die in derart modernisierte Wohnungen einziehen, werden sich aber darin nur wohlfühlen, wenn auch das Wohnumfeld verbessert worden ist. Hierzu sind im Rahmen der Stadtbildpflege eine Reihe von Maßnahmen zur ökologischen Revitalisierung erforderlich.

Altbaumodernisierung und Stadtbildpflege müssen sich also gegenseitig ergänzen. Denn Eigentümer von Altbauten werden nur dann zu Mo*dernisierungsinvestitionen bereit* sein, wenn das Wohnumfeld attraktiver gestaltet wird und dadurch der Wohnwert der Altbauten steigt. Umgekehrt können die Gemeinden nur dann Investitionen für Stadterneuerungsmaßnahmen verantworten, wenn die Wohngebäude selbst von ihren Eigentümern angepaßt werden.

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der Öffentlichen Landesbausparkassen in Bonn

Eine Berufsgruppe fühlt sich nicht ausreichend anerkannt

Der lange Weg vom ehemaligen „Baumeister" zum heutigen „Baulöwen"

Von P. J. BERNATZEDER

Um zum Thema zu kommen, soll unter privat nicht nur „persönlich", „familiär", sondern „außeramtlich", „nicht öffentlich" verstanden werden. „Initiative" heißt soviel wie „Anstoß", „Anregung zu einer Handlung", „Entschlußkraft", „Unternehmergeist".

Privatinitiativen waren zu allen Zeiten dominierend. Es muß aber in diesem Zusammenhang auch gesagt werden, daß diese Privatinitiativen durch die „Selbstdarstellung" der Politiker, Behörden und Beamten in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängt werden.

Diejenigen, von denen die Bauleistungen erbracht werden, wurden bei der Übergabe „amtlicher Bauten" mit dem „Dank an alle Arbeiter und Ingenieure" ohne Nennung der Bauleistungsträger abgespeist.

Heute gelten die nicht öffentlichen Auftraggeber und Bauunternehmer, einst als „Baumeister" tituliert, als die „Buhmänner der Nation". Sind sie erfolgreich, dann werden sie „Baulöwen" genannt. Damit wird die Meinung vertreten, der Betreffende habe sich nur bereichern wollen.

Oder es sind „Versager", weil sich die „öffentliche Hand" immer noch als Obrigkeit und weniger als Dienstleistungsbetrieb versteht und Opportunisten jede Möglichkeit nutzen, so lange Einsprüche zu erheben, bis die Gerichtsinstanzen diese bearbeiten konnten.

Minderheiten versuchen der Gemeinschaft ihren Willen aufzuzwingen, koste es die Mehrheit, was es wolle.

Daß in solchen Situationen wertvolle Privatinitiativen im Bauwesen einschließlich des Städtebaus unterbleiben oder erstickt werden, liegt auf der Hand. Dazu kommt, daß es bis heute nicht gelungen ist, die Verstetigung einer finanzierbaren Nachfrage zum mindesten im Bereich der öffentlichen Bauten mittel- und langfristig zu erfüllen und die Bauunternehmer je nach Couleur der Regierungsparteien in der konjunkturellen Achterbahn bleiben.

Eine Branche, die dadurch so viele Konjunkturschwankungen zu überleben hatte, hat keine Reserven mehr, um die wünschenswerten Privatinitiativen zu verwirklichen. Es sei denn, Architekten, Planungs- und Ingenieurbüros sowie Bauunternehmer und die Vielzahl von Ausbaufirmen konzentrieren sich auf die Gesundschrumpfung auf niedrigem Niveau als noch vertretbare Privatinitiative oder schließen die Betriebe.

Bei dieser Betrachtung sei aber daran erinnert, daß zum Beispiel die Stadt München als „Weltstadt mit Herz" mit anerkannten Bauwerken – und das gilt stellvertretend für alle Städte –, während der Monarchie sogar Straßen nach bekannten, nicht mehr lebenden Architekten und Baumeistern benannnt hat.

Heute wird offenbar die Leistung des einzelnen durch die Anonymität der Masse verdrängt. Die umfassenden behördlichen Bauordnungen in den Bundesländern bis zu je 700 Seiten beschränken Privatinitiativen außerordentlich. Einige Beispiele von Privatinitiativen in München:

● Jacob Heilmann, Baumeister mit 19 Jahren, der spätere Mitbegründer der angesehenen Baugesellschaft Heilmann & Littmann. Anfang 1880 führte die Idee von der Wasserkraftverwertung der Isar zur Planung und zum Ausbau des ersten Isar-Kraftwerks. Er kaufte das Gelände, projektierte, zog dazu Oskar von Miller und Ingenieur Brown von Brown, Boverie & Co. mit heran, gründete die Isarwerke GmbH mit einem Bankenkonsortium und errichtete in Höllriegelskreuth in den Jahren 1893/94 das erste Isar-Kraftwerk für die Stadt. Sie lehnte das Angebot, die Isarwerke zu übernehmen, damals ab, und so waren um 1908 nur zahlreiche Gemeinden um die Stadt München herum, auch die Stadt Pasing, an die elektrische Versorgung angeschlossen.

Lob von zahlreichen ausländischen Fachleuten

Ebenso das erste Industrieviertel Münchens, damals an der Peripherie am Bahnhof Mittersendling. Jacob Heilmann kaufte hierzu die Ländereien, erschloß sie durch Straßen, Bahn-, Wasser- und Stromanschlüsse und ließ Fabriken bauen.

Die Gründung der Isarwerke und des ersten Industriegebiets Münchens, als Eigeninitiative und Pionierleistung vorangestellt, waren nur Teile seiner umfangreichen Initiativen im gesamten Bauwesen.

● Der Unternehmer Borst errichtete in einer Zeit größter Wirtschaftsnot in den 30er Jahren am damaligen Stadtrand Münchens in der Nähe des ersten Flughafens eine Wohnsiedlung – nach seinerzeitigen Maßstäben „Sozialwohnungen" –, die nach der heutigen Beurteilung gutbürgerliche Wohneinheiten sind. Gemeint ist die „Borstei" mit Geschäften und einem sehr ansprechenden Areal als Innenhof zur Verbesserung/Erhaltung der Lebensqualität.

● Ingenieur F. Todt trat 1921 in die Bauunternehmung Sager & Woerner ein, die sich vornehmlich mit dem Verkehrswegebau befaßte und in München die meisten Isar-Brücken um die Jahrhundertwende errichtete. Seine Doktor-Dissertation über „Fehlerquellen im modernen Straßenbau" erfolgte 1924 nach Studium der italienischen „Autostradas", anschließend die Verfassung der Denkschrift über die „Schaffung eines Netzes von Autobahnen in Deutschland".

Das entscheidende an diesen Autobahnen als zweites Bein der Eisenbahnen war nicht nur die doppelspurige Straße mit Trennstreifen in den Fahrtrichtungen, sondern die kreuzungsfreie Straße, ein Konzept, das uns heute befähigt, von den sichersten Autostraßen der Welt zu sprechen.

● Josef Schörghuber, Bau-Ingenieur. Er zählt in der Nachkriegszeit zu den größten privaten Bauherren, auch in München. Es war seine Privatinitiative, sein Erbteil, das Areal der durch König Ludwig I. für dessen Städtebaukonzept ausgebeuteten Lehmgruben im Nordosten Münchens, dazu zu benutzen, den international angesehenen Arabella-Park aufzubauen.

Durch diese Privatinitiative wurden dort Hotels, Banken, Verwaltungszentren, Kongreßzentren, Wohnungen, Geschäfte, Restaurants und Versorgungseinrichtungen erstellt. Sein Konzept ist immer die Mischung von Wohnbereichen mit Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben. Dieser Arabella-Park im Stadtteil Bogenhausen mit seinen beachtlichen Bauleistungen von international anerkannten Münchner Bauunternehmungen fand auch die Anerkennung amerikanischer Baufachleute.

Die Beispiele haben gezeigt, daß es am Anfang immer die Privatinitiativen gegeben hat, die das Werk begannen und/oder vollenden ließen. Die soziale Marktwirtschaft basiert auf dem Schwerpunkt Privatinitiative.

Die Politiker sind sicherlich gut beraten, diese zu fördern und die staatlichen Initiativen dahingehend abzubauen, daß Bauträger und Bauunternehmungen auch im Städtebau nicht nur Funktionsgehilfen sind, sondern vollwertige Partner innerhalb einer verantwortungsbewußten Gemeinschaft.

Jede stabile Volkswirtschaft beruht auf Privatinitiativen und existiert von deren Gewinnen als der Topf für das soziale Netz.

Es ist Aufgabe der Politiker, den Akteuren solcher Privatinitiativen wieder zu dem erforderlichen Risikokapital zu verhelfen, um sich auch in den internationalen liberalisierten Großmärkten behaupten zu können und ein verläßlicher Wirtschaftspartner mit größtem Qualitätsstandard zu bleiben.

Die Bauwirtschaft hat mit der Landwirtschaft eines gemeinsam: Das Risiko durch die vier Elemente Luft, Erde, Wasser und Feuer.

Baugeld – woher?

Gelder der Kapitalsammelstellen* für den Wohnungsbau 1985 insgesamt 107,5 Mrd DM davon:

Sparkassen 27%
Pfandbriefinstitute 26%
Bausparkassen 42%
5% Lebensversicherungen
28% private
14% öffentliche

*ohne Banken

6122 © Globus



Die Wohnqualität in älteren Häusern hat sich durch die Sanierung fühlbar verbessert
FOTO: DIE WELT

Prämientermin beachten

Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß die Wohnungsbauprämie alle Jahre wieder neu beantragt werden, und zwar bis zum 30. September. Für die 1985er Bausparbeiträge bekommt eine Prämie von mindestens 14 Prozent, wer im Jahr 1984 bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten hat. Wer gut verdient, muß aber genau rechnen. Die gesetzliche Grenze von 24 000 Mark (Ledige) beziehungsweise 48 000 Mark (Verheiratete) plus 1800 Mark je Kind unter 18 betrifft das „zu versteuernde" Einkommen. Das Brutto-Einkommen kann wegen verschiedener Freibeträge erheblich höher liegen. Was wegen persönlicher Besonderheiten über die Pauschalen und Freibeträge hinausgeht, kommt nochmal dazu. Wer zu hoch liegt, kann seine Beiträge bei der Einkommensteuer unter der Rubrik „Sonderausgaben" absetzen. (WR)

Wie Schäden verhindert werden

In der warmen Jahreszeit sollte man alles dransetzen, Mauerschäden durch im Winter vereiste Dachrinnen zu verhindern. Außerdem sind gerade jetzt Installationsfirmen dankbar für Arbeitsaufträge. So vermeiden Sie Terminschwierigkeiten. Eispropfen, die sich in Dachrinnen und Ablaufrohren unter bestimmten Temperaturverhältnissen bilden, können das klaglose Abfließen des Schmelzwassers verhindern. Das Wasser rinnt dann über, dringt ins Mauerwerk ein. Bei nachträglichem Gefrieren können schwere Gebäudeschäden entstehen. Die Enteisung von Dachrinnen erfolgt durch elektrische Beheizung der gefährdeten Leitungssysteme. (itg)

Die Wohnung, ein Schauplatz des Familienlebens

Sechs Thesen zur Eigentumsbildung – Weder starre Grundrisse noch festgelegte Quadratmeter

These 1: Der Druck der Bevölkerung auf die Ballungsräume und der so hoch angesiedelte Wohneigentumswunsch der Mieter-Haushalte – acht von zehn haben diesen Wunsch – zwingen zu Problemlösungen. Verdichtete Bauformen im Flach- und Geschoßbau, die darüber hinaus Kosteneinsparungen ohne Qualitätseinbußen in Wohnung und Wohnumwelt ermöglichen, sind geeignet, einen Teil dieser Nachfrage zu befriedigen.

These 2: Wohnen ist soziales Verhalten; die Wohnung ist primärer Schauplatz des Familienlebens. Wohnung und gebaute Wohnumwelt sind äußerst wichtige Rahmenbedingungen für die Sozialisationsleistungen der Familie; unstreitig hat die Wohnsituation Einfluß auf soziale Verhaltensweisen, wenn auch nicht in der einseitigen Form des Zitats: „Zuerst bauen die Menschen die Häuser, dann formen die Häuser die Menschen."

Nicht starre Wohnungsgrundrisse und eine starre Funktionsbestimmung einzelner in Mindestquadratmetern festgelegter Räume dürfen das bauliche Konzept bestimmen, sondern es sind Möglichkeiten baulicher Veränderungen und variabler Nutzungen zu gewährleisten.

These 3: Wohnen in verdichteter Bauweise. Wohnen in Ballungsräumen unterscheidet sich vom Wohnen in ländlichen Regionen, im freistehenden Einfamilienhaus. Wohnen in Ballungsräumen heißt gemeinschaftsorientiertes Wohnen allerdings unter Ermöglichung weitgehend selbstbestimmter Freiräume für das private Leben. Das erfordert in der baulichen Konzeption: nachbarliche Rücksichtsnahme und Gemeinverträglichkeit, Vermeidung erzwungener Sozialkonflikte und Offenhaltung einer auf eigener Initiative beruhenden Wahl unter Kontaktpersonen.

These 4: Die Popularität kosten- und flächensparender Bauformen gründet sich auf das vorzeigbare Ergebnis; das Reihenhaus oder Familienheim zum Preis zwischen 200 000 und 250 000 Mark und Kostensenkungen im Geschoßbau bis zu 20 Prozent bei Gewährleistung heutiger Wohnstandards und Wohnwertkriterien – trotz aller Sparmaßnahmen.

Es fehlt den Konzepten aber die breite Basis, um damit in absehbarer Zeit eine größere Nachfrage nach Wohneigentum zu befriedigen. Denn alle bisher bekanntgewordenen Projekte sind unter Sonderkonditionen realisiert worden, die es nicht zulassen, die Häuser an jedem beliebigen Ort, zur selben Qualität und zum selben Preis zu errichten.

These 5: Die weite Verbreitung dieses Bauens steht und fällt mit der Entscheidung, die Sonderkonditionen, unter denen sie entstanden sind, in allgemein verbindliche Rahmenbedingungen zur erleichterten Bildung von Wohneigentum zu überführen. Das umfaßt

● die Bereitstellung von besonders preisgünstigen Grundstücken durch Kommunen und Träger der staatlichen Wohnungspolitik;

● den Einsatz und die Lenkung zusätzlicher staatlicher Fördermittel auf derartige Maßnahmen;

● die Gewährung bauplanungs- und bauordnungsrechtlicher Dispense;

● die enge Kooperations- und Koordinationsbereitschaft von allen am Bau Beteiligten;

● den Verzicht auf die üblicherweise realisierbare ganze Höhe von Honoraren, Gebühren und Kosten;

● „intelligente" und „baulich-raffinierte" Lösungen, die auch im Rahmen behutsamer Stadterneuerungsmaßnahmen genutzt werden können;

● die Ermöglichung und individuelle Abstufung eines hohen Anteils an baulicher Selbsthilfe.

These 6: Wohnen in der Verdichtung ist ein Lernprozeß. Der Widerspruch zwischen der einerseits angestrebten Individualisierung und der andererseits erwünschten Gemeinschaftsorientierung familiengerechten Wohnens ist nicht lösbar, er kann aber durch bauliche Maßnahmen gering gehalten und gemildert werden.

Kurt Tucholsky hat diesen Widerspruch in folgende Zeilen gefaßt: „Ja, das möchste! – Eine Villa im Grünen mit großer Terrasse – vorn die Ostsee, hinten die Friedrichstraße; mit schöner Aussicht, ländlich-mondän – vom Badezimmer ist die Zugspitze zu sehn – aber abends zum Kino hast Du's nicht weit."

Zusammengestellt von Friedrich Malz, Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen, Bonn

Bürgeraktionen halfen tatkräftig bei der Sanierung in Bremen

Bausenator der Hansestadt: Immer mehr Freiwillige engagieren sich

Von BERND MEYER

Das bislang stark vom Bund bestimmte und geförderte System des Mitteltransfers zwischen Gebietskörperschaften und in den privaten Sektor hinein droht auseinanderzubrechen. Das in großen Zügen bislang noch bundeseinheitliche städtebauliche Fördersystem soll regionalisiert und länderunterschiedlichem Schicksal überantwortet werden.

Ob diese Liberalisierung, Föderalisierung und behauptete Verwaltungsvereinfachung Früchte trägt, ist zu bezweifeln. Nach dem bereits vollzogenen Rückzug des Bundes aus der Modernisierungs- und Energiesparförderung, dem jüngst beschlossenen allmählichen Rückzug aus der Wohnungsbauförderung (mit bereits vollzogenem Ausstieg aus der Mietwohnungsbauförderung und nach neuesten Beschlüssen sukzessive reduzierter Eigentumsförderung), droht dies auch der gerade 1986 und 1987 auf Milliarden-Niveau gelifteten Städtebauförderung. Diese Entwicklungen ergeben gegenwärtig keine stabilen Rahmenbedingungen für zukunftsweisende Investitionen in den Städten und Gemeinden, engen bereits jetzt örtlich sinnvolle Handlungsspielräume ein.

Hinzu kommt, daß weitere tragende Säulen des Systems – die Wohngeldgewährung und das Gemeinnützigkeitsrecht noch ungelöste Probleme in sich bergen – Fragen offenlassen.

Das nicht ohne investitionspolitische Rückwirkungen bleibende Wohngeld ist zwar aufgestockt worden, es benachteiligt aber immer noch bestimmte Mieterhaushalte (Ein- bis Zwei-Personenhaushalte), und eine regelmäßige, rechtzeitige Anpassung an die Miet- und Einkommensverhältnisse ist nicht gewährleistet.

Die Verlängerung und Ergänzung der Abschreibungsvergünstigungen für bestimmte Energiesparinvestitionen und städtebaulich bedeutsame Erhaltungsinvestitionen in Sanierung und Denkmalschutz sind zwar positive Rahmendaten für eine Förderpolitik im Wohnungs- und Städtebau – leider aber noch zu stark einkommensabhängig.

Ein beachtlicher Nachholbedarf

Hier wünsche ich mir noch eine Verbesserung steuerlicher Anreize für Niedrigverdiener. Diese Breitenwirkung kommt auch bei der ab 1. Januar 1987 geltenden Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums zu kurz.

Die Fortsetzung der möglichst bundesgestützten Wohnungsbauförderung, Städtebauförderung, Modernisierungs- und Energiesparförderung, eine regelmäßige Wohngeldfortschreibung, eine zügige Gemeinnützigkeitsreform, sozialere Steuerregelungen, das alles sind Voraussetzungen für mehr Investitionen im privaten Sektor.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Auslösung privater Erneuerungsaktivitäten sind kommunale Investitionen. Der Nachholbedarf und Nachbesserungsbedarf im *öffentlichen Investitionsraum* unter, auf und über der Erde ist vielfach beachtlich.

Oft genügt beispielsweise die Umgestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen, um als Folgeerscheinung erstaunliche, nicht weiter subventionsbedürftige Privatinvestitionen im neu gestalteten Umfeld auszulösen – ein immer wieder zu beobachtender faszinierender, visuell erlebbarer Multiplikatoreffekt.

Dieser Weg ist in manchen Bereichen sinnvoller als der Transfer öffentlicher Fördermittel in den privaten Sektor zur Erleichterung von Vorhabenfinanzierungen.

Der viel beschworene hohe Multiplikatoreffekt der Stadterneuerung ist sichtbarer Ausdruck eines sich aus privaten und öffentlichen Anstößen entwickelnden Investitionsprogramms mit privatwirtschaftlichen und staatlichen Investitionsanteilen, ist Ergebnis einer „konzertierten Aktion", wobei im Durchführungsprozeß – wie viele Beispiele zeigen – der Chor der Mitspieler ansteigt.

Die Kommunen müssen daher vor allem finanziell in die Lage versetzt werden, verstärkt stadtökonomische und stadtökologische Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Was kann die öffentliche Hand in ihrer Einflußsphäre noch investitionsfördernd tun? Voraussetzung für ein verstärktes privates Engagement ist die Entwicklung und Bekanntgabe von städtebaulichen Rahmenplänen, die auch Legislaturperioden überdauern und Flexibilität für Fortentwicklungen beinhalten.

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung ist die Verfügbarkeit von geeignetem Personal und geeigneten Organisationsstrukturen, um den Grundsatz der Stadterneuerung, nämlich die Bündelung privater und öffentlicher Aufgabenträger, wirksam zum Tragen zu bringen und „koordiniertes Handeln" zu erzeugen.

Oft genug kommen Dinge erst richtig in Bewegung, wenn zweckgerichtet administrative Zuständigkeiten verändert werden und auch politische Strukturen umdefiniert werden, um besser auf Stadterneuerungsprozesse reagieren zu können. Hier liegt noch ein Entwicklungspotential zur Förderung privater Stadterneuerungsinitiativen, das den Staat nicht Geld kostet, sondern nur Mut zur rechtzeitigen, bedarfsorientierten Anpassung seines Dienstleistungsapparates bedeutet.

Günstigere Rahmenbedingungen für private Investitionen können Städte und Gemeinden auch durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit leisten. Hier könnte noch mehr getan werden, zum Beispiel durch das Aufzeigen verbesserungswürdiger städtebaulicher Strukturen, die Aufarbeitung von innerstädtischen Baulücken mit aktivem Zugehen auf Bürger, die städtebauliche Potenzen ungenutzt besetzt halten.

Gibt es Chancen für verstärktes privatwirtschaftliches Engagement im Städtebau? Privat ausgelöste und privat finanzierte Stadterneuerungsaktivitäten hat es in der Vergangenheit vielerorts gegeben.

Optimistische Prognosen

Hier sind aus Bremen beispielhaft die Entstehung der Böttcherstraße, des Schnoors, der Wiederaufbau des Heimatstraßenviertels, die stadtteilprägenden Aktivitäten der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zum Beispiel in der Vahr zu nennen. Hinzu kommen viele einzelne, wertvolle Bürgeraktivitäten – auch jüngeren Datums.

Die Ergänzung der Bemühungen zur Wiederherstellung der Bremer Teerhofbebauung auf der Weserstrominsel zwischen Altstadt und Neustadt durch private Initiative ist ein herausragendes Beispiel dafür. Im übrigen stehen angesichts sich wandelnden Bewußtseins die Chancen nicht schlecht, Bürger wieder zu Spenden und Stiftungen für identifizierbare, sichtbare, anfaßbare stadterneuernde oder stadtbereichernde Einzelmaßnahmen zu gewinnen.

Dieses private Engagement zu fördern ist eine reizvolle Aufgabe, der sich Politik, Verwaltung und Private gemeinsam und verstärkt stellen sollten.

Aus heilsamen Zwängen heraus wächst die Erkenntnis, daß die Städte im Verbund mit privaten Aktivitäten über erstaunliche Möglichkeiten verfügen, Sozialprodukt zu erzeugen und auch gewisse Selbstfinanzierungsprozesse in Gang zu setzen.

Diese Stadterneuerungstendenz ist vielleicht die entscheidende Rahmenbedingung für eine darauf aufbauende, noch stärker als bisher privat finanzierte Stadterneuerung.

Die Voraussetzungen für das Erkennen von richtigen und wichtigen Zukunftsinvestitionen und der Wille, sie mit Schwung und Optimismus umzusetzen, steigen vielleicht gerade jetzt, wo der bislang bevölkerungspolitisch erforderliche Versorgungsgrundbedarf in notwendigstem Umfang erstellt ist (Wohnungen, Schulen, Kindertagesstätten, Hallenbäder, Bürgerhäuser, Sportplätze).

Der Autor ist Senator für das Bauwesen in Bremen



Nach Ansicht der Architekten sind Eigenheime schon für 200 000 Mark zu haben
FOTO: DIE WELT

Keller und Dach bevorzugt ausgebaut

Die durchschnittliche Nutzfläche erhöhte sich um mehr als 30 Prozent

Der Anteil der Baumaßnahmen an bereits vorhandenen Wohn- und Nichtwohngebäuden am gesamten Bauvolumen in Deutschland nimmt stetig zu. Gemessen an den veranschlagten Baukosten, sind die erfaßten und genehmigten Bauvorhaben im Gebäudebestand in den letzten 15 Jahren von 7,5 Prozent im Jahre 1970 auf zwölf Prozent im Jahre 1984 angestiegen.

Dazu verweist das Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen (Arnold-Knoblauch-Institut) e. V., Bonn, auch auf die Ergebnisse der Baugenehmigungsstatistik von Bund und Ländern und die im Jahre 1983 erteilten 262 300 Baugenehmigungen; von ihnen waren fast ein Viertel für Baumaßnahmen im Gebäudebestand vorgesehen. Dieser Anteil dürfte nach Schätzungen des Bonner Instituts 1985 noch gestiegen sein.

Von den rund 59 800 im Jahre 1983 genehmigten Vorhaben an vorhandenen Gebäuden entfielen 14 400 (28 Prozent) auf Nichtwohngebäude; die anderen 45 400 (72 Prozent) auf Wohngebäude.

Davon betraf der weitaus überwiegende Teil, nämlich rund zwei Drittel, vor allem Umbauten und Erweiterungen an Ein- und Zweifamilienhäusern mit dem Schwerpunkt Keller- und Dachgeschoßausbau.

Diese Bauvorhaben erbrachten einen erheblichen Zuwachs an Wohn- und Nutzfläche, führten in etwa einem Drittel der Fälle zur Änderung der Gebäudeart und verteilten sich einschließlich der dabei veranschlagten Baukosten wie folgt:

- mit rund 17 100 Baumaßnahmen auf bestehende Einfamlienhäuser, mit veranschlagten durchschnittlichen Baukosten von 86 000 Mark und mit einem Anstieg der Wohn- und Nutzfläche von rund 111 auf 156 Quadratmeter, mithin mit einem Zuwachs an nutzbarer Fläche von 41 Prozent;
- mit knapp 10 290 Baumaßnahmen ebenfalls auf bestehende Einfamilienhäuser, durch die diese in Zweifamilienhäuser umgebaut wurden, mit veranschlagten durchschnittlichen Baukosten von 120 500 Mark und mit einer Erweiterung der Wohn- und Nutzfläche im Durchschnitt von rund 127 auf 204 Quadratmeter, also mit einem Zuwachs an nutzbarer Fläche von 61 Prozent;
- mit 7650 Baumaßnahmen auf bestehende Zweifamilienhäuser, mit veranschlagten durchschnittlichen Baukosten von rund 96 000 Mark und mit einer vorgesehenen Erweiterung der Wohn- und Nutzfläche von 159 auf knapp 212 Quadratmeter, und demnach mit einem mittleren Flächenzuwachs von rund 33 Prozent;
- mit 4020 Bauvorhaben auf bestehende Mehrfamilienhäuser mit drei oder mehr Wohnungen und insgesamt betroffenen rund 34 400 Wohnungen, die entweder erweitert, zusammengelegt oder geteilt werden sollten;
- dabei betrugen die veranschlagten Baukosten je Wohnung im Durchschnitt 23 350 Mark bei Gebäuden, in denen keine Eigentumswohnungen, und 35 170 Mark bei Gebäuden, in denen nach der Maßnahme Eigentumswohnungen vorgesehen waren;
- schließlich erhöhte sich die durchschnittliche Wohn- und Nutzfläche bei zur Vermietung bestimmten Wohnungen von knapp 69 auf rund 72 Quadratmeter, demgegenüber war bei Eigentumsmaßnahmen ein Rückgang an Wohnfläche von rund 79 auf knapp 77 Quadratmeter zu verzeichnen.

Die Baumaßnahmen im Wohngebäudebestand und die dabei zu veranschlagenden Baukosten, die 1983 insgesamt rund 5,6 Milliarden Mark betrugen, dürften jedoch um ein Vielfaches höher liegen, als es die Statistik ausweist, denn: Von dieser Statistik werden weder die nichtgenehmigungspflichtigen Maßnahmen erfaßt – wie etwa einfache Modernisierung und Instandsetzung – noch die genehmigungspflichtigen Bauvorhaben, die ohne Genehmigung durchgeführt werden, unterstreicht das Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen (Bonn) in seinem Bericht. (WR)

Nicht mehr Sache des Bundes?

Von DIETMAR KANSY

Nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause geht der Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in die Endrunde der Detailberatungen über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Baugesetzbuches. Dieses wichtige Gesetzesvorhaben von Wohnungsbauminister Schneider beinhaltet als einen wesentlichen Teil die Zusammenführung und Reform der Vorschriften des bisherigen Bundesbaugesetzes und des Städtebauförderungsgesetzes.

Die im jetzigen Städtebauförderungsgesetz noch enthaltenen Bestimmungen über die Städtebauförderung des Bundes werden im neuen Baugesetzbuch nicht mehr enthalten sein. Damit ist einer von allen elf Länderregierungschefs an den Bundeskanzler gerichteten Forderung Rechnung getragen, nämlich die Städtebauförderung ab 1. Januar 1988 in die alleinige Kompetenz der Länder zu überführen, während es sich bisher um eine Gemeinschaftsaufgabe handelte, die von Bund, Ländern und Gemeinden gelöst wurde.

Es ist kein Geheimnis, daß es die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Bauwirtschaft vorgezogen hätte, wenn die Bundeskompetenz für die Städtebauförderung erhalten geblieben wäre. Angesichts der unterschiedlichen Finanzkraft einzelner Bundesländer wird es großer Anstrengungen bedürfen, um sicherzustellen, daß auch in den finanzschwächeren Ländern der gegenwärtige Rahmen erhalten bleibt.

In die Verhandlungen über die Entflechtung der Städtebauförderung geht der Bundesfinanzminister mit der Vorstellung, die 330 Millionen Mark Bundesmittel des Haushaltsansatzes von 1985 an die Länder zu übertragen. Einige Länder erwarten den Betrag von einer Milliade Mark, der vom Bund für die Jahre 1986 und 1987 aufgewendet wird.

Sollte nicht umgehend eine Einigung über die Höhe der Städtebauförderung ab diesem Datum gelingen, so wird die dadurch insbesondere bei den Kommunen mit Sicherheit auftretende Unsicherheit über Finanzierungsmöglichkeiten zu unnötigem *Attentismus* führen.

Der Autor ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Raumordnung-Bauwesen-Städtebau des Deutschen Bundestages

STÄDTEBAUFÖRDERUNG UND VERMÖGENSBILDUNG
Redaktion: Werner Neitzel, Stuttgart, *Heinz Kluge-Lübke und Klaus Boden*, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg